



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 28. April 2004

B+A 16/2004

Geschäftsbericht 2003

Vom Grossen Stadtrat
beschlossen am
24. Juni 2004

Inhaltsverzeichnis

1	Das Jahr 2003 im Rückblick	5
2	Hauptziele des Stadtrates 2003	6
3	Ergebnis der Rechnung 2003	8
3.1	Gesamtüberblick	8
3.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	10
3.2.1	Aufwand	11
3.2.2	Ertrag	12
3.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	14
3.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO	14
3.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO	14
3.3	Laufende Rechnung / Zusammenfassung nach funktionaler Gliederung	16
3.3.1	Übersicht nach Funktionaler Gliederung und Nettobelastung	17
3.3.1.1	Funktionale Gliederung	17
3.3.1.2	Vergleich der Nettobelastung 2001 / 2002	17
3.3.2	Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden	19
3.4	Investitionsrechnung	20
3.5	Bestandesrechnung	22
3.6	Ausserbilanzgeschäfte	25
3.6.1	Eventualverpflichtungen per 31. Dezember 2003	25
3.6.2	Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2003	25
3.6.3	Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2003	25
3.7	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	26
3.8	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	27
3.8.1	Nettoschuld	27
3.8.2	Selbstfinanzierungsgrad	27
3.8.3	Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 1999–2003	28
3.8.4	Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 99–03	28
3.9	Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt Luzern	29
3.9.1	ewl Holding AG	29
3.9.2	Verkehrsbetriebe Luzern AG	29
3.9.3	ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern, ab 1.1.2004 Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG	30
3.10	Abnahme der Jahresrechnung 2002 durch den Regierungstatthalter	30
4.	Kennzahlen aus dem Personalbereich	31
4.1	Entwicklung der Teilzeitstellen	31
4.2	Personalfuktuation	31
4.3	Nationalitäten	31
4.4	Pyramide der Dienstjahre	32
4.5	Besoldungsklassen	32

5. Direktionen	33
5.1 Sozialdirektion	33
Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	34
5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	35
5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick	37
5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	39
5.1.4 Kennzahlen	45
5.1.4.1 Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)	47
5.1.4.2 Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ)	48
5.1.4.3 Übrige Aufgaben	49
5.1.4.4 Sozialamt	50
5.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe	51
5.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	54
5.1.4.7 Amtsvormundschaft	56
5.1.4.8 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	57
5.1.4.9 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren	58
5.1.4.10 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	60
5.2 Bildungsdirektion.....	61
Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor	62
5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	63
5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick	65
5.2.3 Schulpflege	67
5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	68
5.2.5 Kennzahlen	73
5.2.5.1 Stadtarchiv	75
5.2.5.2 Kindergärten	76
5.2.5.3 Primarschulen	77
5.2.5.4 Kleinklassen	78
5.2.5.5 Sekundarstufe I	79
5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern	80
5.2.5.7 Kulturförderung	81
5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	82
5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	84
5.2.5.10 Ferienpass	85
5.2.5.11 Stadtbibliothek	86
5.2.5.12 Musikschule	87
5.2.5.13 Mittelschulen DMS und WML	88
5.3 Sicherheitsdirektion.....	90
Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin	91
5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	92
5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick	93
5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	95
5.3.4 Kennzahlen	98
5.3.4.1 Polizei	99
5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei	100
5.3.4.3 Einwohnerdienste	102
5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen	103
5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen	105
5.3.4.6 Feuerwehr	106
5.3.4.7 Zivilschutzorganisation	107
5.3.4.8 Umweltschutz	108
5.3.4.9 öko-forum	109

5.4 Baudirektion	110
Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	111
5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	113
5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick	115
5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	116
5.4.4 Kennzahlen	120
5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens	121
5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof	122
5.4.4.3 Stadtentwässerung	125
5.4.4.4 Abfallwirtschaft	127
5.4.4.5 Baulicher Unterhalt für die Verwaltungliegenschaften	129
5.4.4.6 Stadtplanung	132
5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum	134
5.5 Finanzdirektion	135
Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor	136
5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	137
5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick	139
5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	140
5.5.4 Kennzahlen	142
5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug	143
5.5.4.2 Teilungsamt	144
5.5.4.3 Prozesse und Informatik	145
5.5.4.4 Gastrodienste	146
5.6 Beitragswesen	149
5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick	149
Antrag des Stadtrates	151
Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern.	152
Anhang	154
a) Gesamt-Organigramm per 1.1.2004	154
b) Separate Berichte	155
c) Berichte Regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände	156

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern B+A 16/2004**

Stadtratsbeschluss 480 vom 28. April 2004

1 Das Jahr 2003 im Rückblick

Die Stadt Luzern kann für das Jahr 2003 einen erfreulichen Rechnungsabschluss präsentieren. Bei einem Umsatz von über Fr. 600 Mio. lässt sich sagen: Aus einer roten Null im Voranschlag ist eine schwarze Null in der Rechnung geworden. Eine zufriedenstellende schwarze Null, denn die getätigten Investitionen sind wiederum vollständig abgeschrieben worden, die notwendige Rückstellungen sind gemacht, und die Nettoschuld hat sich nur marginal erhöht.

Weltweites Hauptthema des Jahres 2003 war sicherlich der Irak-Krieg. Er hat auch gewisse Auswirkungen auf Luzern gezeigt. Zum Jahresbeginn mobilisierte der drohende Kriegsausbruch in der gesamten westlichen Welt Millionen Menschen. Gerade in Europa fanden in allen grösseren Städten Friedensdemonstrationen statt, so auch in Luzern. Vorwiegend junge Menschen waren betroffen und äusseren ihre Ohnmacht und Enttäuschung auf diese Weise. Die Vorbereitungen der USA auf den Irak-Krieg entzweiten die Staaten in Europa, prüften aber auch die UNO.

Das ganze Jahr über begleiteten uns Nachrichten über terroristische Attentate und militärische Gegenschläge in Israel und Palästina. Der Begriff "Krieg gegen Terror" wurde zum Schlagwort. In Frankreich mussten Moslems Übergriffe erleiden, in der Schweiz wurden wir von derartigen fremdenfeindlichen Auswüchsen glücklicherweise weitgehend verschont. Nicht verschont blieb die Schweiz von der deutlich eingeschränkten Reisefreudigkeit aufgrund von Kriegs- und Terrornachrichten. Die Zahl der Gäste aus den USA sank im Berichtsjahr markant, was die Branche in Luzern besonders spürte. Chinesische und indische Gäste kompensierten die Ertragseinbussen nur teilweise.

Der Irak-Krieg dämpfte zudem die Ansätze des erwarteten Wirtschaftsaufschwungs massiv. Erst nach Ende des Krieges im Mai hat ein zögerlicher wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt. Insbesondere der Aktienmarkt hat sich seither gut entwickelt und bis Ende 2003 eine doch recht beachtliche Jahresperformance gezeigt. Davon hat vor allem das Bankengeschäft profitiert. Dennoch sind die Steuererträge juristischer Personen deutlich unter dem Budget 2003 geblieben.

Um sich den wandelnden gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten anzupassen, hat der Stadtrat verschiedene Vorlagen ausgearbeitet und zum Teil auch umge-

setzt. So wurde ein umfassendes Beteiligungs- und Beitragscontrolling eingeführt. Um in der regionalen Zusammenarbeit einen Schritt weiterzukommen, hat er gemeinsam mit dem Gemeinderat Littau eine Grundlagenstudie in Auftrag gegeben, die Vor- und Nachteile einer Fusion darlegen soll. Die Studie wurde Ende Jahr zur Kenntnis genommen und in eine breite Vernehmlassung geschickt. Um den sich ändernden, vielgestaltigen Familienstrukturen gerecht zu werden, erarbeitete der Stadtrat verschiedene Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung, die in einer dreijährigen Pilotphase getestet werden sollen. Der Tagesschule, die auf ausdrücklichen Wunsch der Schulpflege und des Parlamentes aufgenommen wurde, erwuchs Widerstand. Da das Referendum zustande kam, wird der Souverän am 16. Mai 2004 darüber zu befinden haben.

Zweimal konnte sich die Stimmbevölkerung auch zu grossen Kulturbauten äussern. Einmal ging es um die vollständige Entschuldung des KKL und um eine Erhöhung der jährlichen Beiträge an die das Haus betreibende Management AG. Am 30. November folgte die Mehrheit der Stimmenden den Anträgen von Stadtrat und Parlament. Eines der wichtigsten Argumente für Luzern als Veranstaltungsort von Kongressen und kulturellen Anlässen ist damit auf Jahre hinaus gesichert.

Im anderen Fall wollte der Stadtrat zum Schutz der Nachbarschaft die Gebäudehülle der Boaliegenschaft umfassend schallisolieren. In der Referendumsabstimmung folgten 52 % der Stimmenden den Darlegungen der Gegner und verwarfen die Vorlage. Seither kann die Boa aus Rücksicht auf die Nachbarschaft nur noch mit eingeschränkten Öffnungszeiten betrieben werden.

Zwei alte Pendenzen konnten erfolgreich erledigt werden. Die Schiessanlage Allmend ist jetzt nicht mehr in Betrieb, nachdem mit den Gemeinden Kriens und Emmen Lösungen erarbeitet werden konnten, die eine Auslagerung der Schiesstage ermöglichen.

Das bis 2080 dauernde Baurecht auf der Liegenschaft Kreuzbuch belastete die jährliche Rechnung der Stadt überaus stark. Im Berichtsjahr konnte ein Unterbaurechtsvertrag mit einer Generalunternehmung begründet werden, die dort Wohnbauten im gehobenen Segment plant. Die Stimmbevölkerung stimmte dem Vertrag am 19. Oktober mit 80 % Ja-Anteil zu.

2 Hauptziele des Stadtrates 2003

Wie in den Vorjahren hat der Stadtrat mit dem Voranschlag 2003 im B+A nicht nur die Zahlen für das Jahr 2003 präsentiert, sondern auch seine Hauptziele für das Berichtsjahr und die Jahresziele der Direktionen beschrieben. Mit

dem vorliegenden B+A 16/2004 erstattet er nun Bericht über die erreichten Ziele, die ergriffenen Massnahmen und die erreichten Ergebnisse im Rechnungsjahr 2003.

- Integrationsförderung ist als koordinierte Querschnittsaufgabe organisiert, und erste Massnahmen zur Integrationsförderung auf Quartierebene sind umgesetzt.
- Agglomerations- und Zentralschweizer Regionalpolitik: Luzerns aktive Rolle innerhalb der bestehenden Gremien ist konsolidiert.
- Allmendplanung: Voraussetzung für die Auslagerung des 300-m-Schiesswesens ist geschaffen.
- Familienergänzende Tagesbetreuung: Netz für Kinder und Jugendliche ist erweitert.

Integrationsförderung

Die Integrationsaufgabe konnte durch Beratungen innerhalb der Verwaltung und auch in Zusammenarbeit mit privaten Fachstellen, Quartierinstitutionen, Religionsgemeinschaften, anderen Gemeinden, dem Kanton und dem Bund gut verankert werden. Für die Umsetzung von Integrationsinstrumenten konnten teilweise externe Finanzierungen beschafft werden. Im Herbst fand die erste Durchführung von Informationsveranstaltungen "Leben in Luzern" statt. Aufträge für ein Projekt "Begleitung von Neuzuziehenden durch Freiwillige" und ein Projekt "Zusammenleben im Gebiet Maihof – Löwenplatz" wurden ausgehandelt. Im Projekt "BaBeL – Nachhaltige Quartierentwicklung Basel-/Bernstrasse" liegt ein Konsensszenario vor. Dazu wurden 16 Bausteine entwickelt, welche schrittweise umgesetzt werden. Ein Instrumentarium zur Projekt- und Veranstaltungsförderung ist entwickelt. 15 Projekte von Privaten wurden durch das Projektförderungsteam des Interkulturellen Forums fachlich und/oder finanziell unterstützt.

Agglomerations- und Zentralschweizer Regionalpolitik

Das Projekt Gemeindereform 2000+ des Kantons wirkte im Berichtsjahr in zweierlei Hinsicht auf die Stadt Luzern. Die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton hat in den meisten Bereichen für die Stadt noch weitreichendere Auswirkungen als auf andere Gemeinden. Insbesondere in den Bereichen der Kulturförderung, der Trägerschaft grosser Kulturinstitutionen und im Sozialbereich. Die Luzerner Vertretungen in diesen Teilprojekten konnten bisher die besonderen Bedürfnisse der Stadt plausibel machen, sodass man fairen Lösungen näher gekommen ist.

Die Thematik der Gemeindefusionen trifft Luzern ebenfalls anders als viele kleine Landgemeinden. Luzern und seine umliegenden Gemeinden sind alleine durchaus überlebensfähig. Um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind aber zuverlässigere Zusammenarbeitsformen zu finden als die bisherigen. Um insbesondere die Möglichkeiten eines Gemeindezusammenschlusses mit Littau zu prüfen, wurde im Frühjahr eine Studie in Auftrag gegeben, die seit Dezember vorliegt. Unter der Federführung des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern erarbeiteten Berner und deutsche Experten einen umfassenden Bericht. Er zeigt Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses der beiden Gemeinwesen auf. Nach einer breiten Vernehmlassung wird dem Parlament eine Vorlage zur Beratung unterbreitet werden, die das weitere Vorgehen klären soll.

Im Projekt PASL ist Luzern mit allem Nachdruck bemüht, die Zusammenarbeitsformen in der gesamten Region neu zu gestalten. Bi- und multilateralen Verträgen mangelt es grundsätzlich an der notwendigen, dauerhaften Verlässlichkeit, zudem fehlen in manchen Fällen die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Angestrebt werden darum Mehrzweckverbände in den Bereichen Entsorgung (heute GALU und GKLÜ) sowie Verkehr und Raumordnung (heute RPV und ÖVL). Für einen, aus Luzerner Sicht wünschenswerten, weiteren Mehrzweckverband im Kulturbereich scheint die Akzeptanz bei den PASL-Gemeinden noch nicht genügend.

Allmendplanung

Der Kredit für die Konzeptplanung Allmend konnte vom Parlament erst im September 2003 (statt Juni) verabschiedet werden. Anschliessend haben Stab Baudirektion und Hochbau die Ausschreibungsgrundlagen erarbeitet. Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung wurden zehn Angebote für die Konzeptplanung eingereicht.

Aufgrund der Zuschlagskriterien wurde im Februar 2004 das Angebot der Firma Metron, Brugg, berücksichtigt. Die Konzeptarbeiten starten im März 2004. Im Herbst 2004 sollten dem Stadtrat die Ergebnisse vorliegen, sodass anschliessend (1. Quartal 2005) dem Parlament der versprochene Planungsbericht zugeleitet werden kann.

Verschiedene Allmendnutzer sind im Berichtsjahr an die Stadt herangetreten und haben neue Projekte vorgeschlagen bzw. Nutzungsansprüche angemeldet. Darauf wurde nur insofern eingetreten, als sie reversibel sind bzw. die Konzeptplanung nicht präjudizieren. Separate Planungen sind als denkbare Szenarien der Konzeptplanung unterzuordnen.

Parallel zu den planerischen Arbeiten wurde die Auslagerung der städtischen Schiessanlagen durch den Hochbau weiter umgesetzt. Mit Genehmigung des B+A 22/2003 "Auslagerung der Schiessanlagen Allmend, Gemeindeverträge über die Mitbenutzung der Schiessanlagen Stalden (Kriens/Littau) und Hüslenmoos (Emmen)" durch den Grosse Stadtrat konnte am 18. September 2003 das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden. Am 1. Januar 2004 wurde der Schiessbetrieb auf den städtischen Anlagen in der Allmend eingestellt.

Familienergänzende Tagesbetreuung

Im Jahr 2003 wurden 170 Kleinkinder zwischen 2 Monaten und 5 Jahren in einer städtisch subventionierten Krippe oder durch eine Tagesmutter betreut. Für diese Betreuung wurden im Berichtsjahr neue Rechtsgrundlagen geschaffen: Im Juni verabschiedete das Stadtparlament ein neues Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung, das die Basis schafft für eine leistungsorientierte Förderung und Finanzierung des Fachbereichs. Es ermöglicht, die subventionierten Angebote zu koordinieren und mit Leistungsverträgen quantitativ und qualitativ zu steuern.

Finanziert wird der Fachbereich Kinderbetreuung/Vorschule ab dem kommenden Jahr mit einem Rahmenkredit, der neben Subventionen und Fördergeldern auch die verwaltungsinternen Aufwendungen umfasst. Für 2004 genehmigte das Parlament einen entsprechenden Kredit von Fr. 1,4 Mio.

Die neuen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung wurden so gestaltet, dass insbesondere auch die Familien in der Stadt Luzern konkret profitieren können. So werden mit der neuen Elternbeitragsverordnung die Elterntarife in den subventionierten Institutionen systematisch vereinheitlicht und tendenziell gesenkt. Und die städtische Internet-Seite enthält erstmals übersichtliche Informationen über die aktuellen Betreuungsangebote.

3 Ergebnis der Rechnung 2003

3.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2003 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	603,0	561,5
Ertrag	604,2	560,7
Ergebnis	+1,2	-0,8

Obwohl das Ergebnis nur leicht besser als budgetiert ausfällt, weichen Aufwand und Ertrag deutlich vom Voranschlag ab. Zum Teil ist dies auf die Auszahlung des Sonderbeitrages von Fr. 18 Mio. an das KKL mit gleichzeitiger Entnahme aus der Vorfinanzierung und auf die höheren Umsätze im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe, insgesamt Fr. 11 Mio. mehr Beiträge und Fr. 8 Mio. mehr Rückerstattungen, zurückzuführen.

Beim Steuerertrag konnten erwartungsgemäss die Rekordeinnahmen des Jahres 2002 klar nicht mehr erreicht werden.

[in Mio. Franken]	2002 Rechnung	2003 Budget	2003 Rechnung
Nat. Pers.	172,6	165,8	178,3
Jur. Pers.	74,2	59,3	51,6
Total	246,8	225,1	229,9

Die Steuererträge betragen 2003 zirka Fr. 17 Mio. weniger als im Jahr davor. Ein Minus von zirka Fr. 11 Mio. ist auf die Senkung des Steuerfusses (von 1,95 auf 1,85 Einheiten) per 2003 zurückzuführen. Die verbleibende Differenz resultiert aus dem prognostizierten Rückgang der Erträge der juristischen Personen, welcher noch stärker ausfiel als erwartet.

Der gesamte Rückgang fiel allerdings etwas geringer aus als erwartet, sodass das Budget 2003 um Fr. 5 Mio. übertroffen wurde. Anders als in den Vorjahren ist der Mehrertrag auf die Steuerleistungen der natürlichen Personen zurückzuführen. Sie liegen zirka Fr. 13 Mio. über Budget und können deshalb die Einnahmen der juristischen Personen – welche Fr. 8 Mio. tiefer als budgetiert ausfallen – mehr als nur kompensieren. Die markante Steigerung der Steuererträge der natürlichen Personen ist insbesondere auf die Nachträge (rund Fr. 24 Mio. statt budgetierte Fr. 14 Mio.) zurückzuführen, dieser Mehrertrag ist mit der Umstellung von der zweijährigen zur einjährigen Veranlagung begründet. Es kann also nur teilweise auf einen Trend geschlossen werden.

Der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuerertrag hat sich wieder auf "durchschnittlichere" rund 22 % reduziert (im Jahr 2002: über 30 %). Deshalb werden nur Fr. 4,4 Mio., also rund die Hälfte der budgetierten Fr. 8,2 Mio., in die Steuerreserve eingelegt. Der 5-Jahres-Schnitt der Erträge, welcher massgebend ist, ob und in welcher Höhe eine Einlage erfolgen soll, wird also immer noch überschritten.

Positiv kann die Entwicklung der Konsumausgaben beurteilt werden. Als Konsumausgaben wird der Nettoaufwand für die Gemeindeaufgaben gemäss funktionaler Gliederung 0–8 bezeichnet, ohne die unter den Gemeindeaufgaben verbuchten Abschreibungen. Der Konsumaufwand hat sich im Vergleich zur Rechnung 2002 um rund Fr. 1,2 Mio. erhöht. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg von zirka 0,5 % und damit ziemlich genau dem, nominalen BIP-Wachstum. Dies ist zu einem grossen Anteil den besonderen Massnahmen zu verdanken, welche der Stadtrat im Sommer – angesichts der sich abzeichnenden Budgetüberschreitungen – veranlasst hatte. Die Anstrengungen brachten Einsparungen in der Grössenordnung von Fr. 3,5 Mio. Wären die budgetierten Aufwendungen in vollem Umfang in dieser Rechnungsperiode getätigt worden, so sähen wir uns mit einem Wachstum von mehr als 2 % konfrontiert. Ein konsequentes Kostenmanagement ist eine Daueraufgabe, welche auch im kommenden Jahr nicht vernachlässigt werden darf.

Eine Studie hat gezeigt, dass die bereits zurückgestellten Fr. 8,5 Mio. für die Behebung von Altlasten im Zusammenhang mit der Überbauung im Tribschengebiet nicht ausreichen. Neu wird mit einem Bedarf zwischen Fr. 12,1 und Fr. 13,7 Mio. gerechnet. Es wurde deshalb entschieden, die Rückstellungen zumindest auf den zu erwartenden Minimalbedarf zu erhöhen.

Wie schon im Vorjahr konnten die budgetierten Investitionen nicht vollumfänglich realisiert werden. War der Plafond im Voranschlag mit Fr. 33 Mio. ausgeschöpft, wurden effektiv (im Rahmen des Plafonds) nur Investitionen in der Höhe von Fr. 22,3 Mio. getätigt. Wie mit der GPK im letzten Jahr abgesprochen, wurde aber in diesem Jahr der Plafond der Investitionsrechnung ausgeschöpft, indem aus den

budgetierten Investitionskrediten Kreditübertragungen auf das Rechnungsjahr 2004 in der Höhe von Fr. 10,7 Mio. vorgenommen wurden. So wird es auch möglich, die Abschreibungen auf dem ganzen Plafond zu berechnen. Faktisch handelt es sich bei diesem Vorgehen um Vorfinanzierungen. Die erwähnten Kreditübertragungen betreffen ausschliesslich bereits beschlossene Projekte, die im Jahr 2003 nicht im erwarteten Mass vorangetrieben werden konnten. Aus heutiger Sicht ist damit zu rechnen, dass im laufenden Jahr sowohl die für 2004 budgetierten Investitionen in der Höhe von Fr. 33 Mio. als auch die aus dem Vorjahr übertragenen Investitionen realisiert werden können.

Das Parlament hat bei der Budgetierung die Abschreibungen um Fr. 4 Mio. reduziert, um trotz der beschlossenen Steuersenkung um 1/10 Einheit ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. Das Rechnungsergebnis

erlaubt es, die Abschreibungen auf die ursprünglich budgetierten Fr. 33 Mio., bzw. 100 % der Nettoinvestitionen gemäss Plafond, festzulegen. Für die zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 4 Mio. wird mit dem Rechnungsabschluss 2003 der erforderliche Nachtragskredit beim Parlament eingeholt.

Die Nettoschuld liegt Ende 2003 bei Fr. 131,2 Mio. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr nur um Fr. 3,8 Mio. angestiegen. Der Voranschlag rechnete noch mit einem Anstieg um Fr. 28 Mio. Die Mehrerträge sowie die nicht getätigten Investitionen in der Höhe von jeweils über Fr. 10 Mio. führten in erster Linie zu dieser massiven Verbesserung. Was die Investitionen betrifft, so wird allerdings die Schuld im laufenden Jahr entsprechend stärker ansteigen, wenn die Projekte, für die Kreditübertragungen gemacht wurden, realisiert werden können.

3.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2003 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1,16 Mio. ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 0,78 Mio.

Die Rechnung 2003 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen
Personalaufwand	234'107'621	236'615'700	2'508'079	
Sachaufwand	67'486'694	63'684'000		3'802'694
Passivzinsen	15'159'623	12'706'100		2'453'523
Abschreibungen	47'921'317	49'268'100	1'346'783	
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	12'125'239	11'905'000		220'239
Entschädigungen an Gemeinwesen	10'186'181	11'485'600	1'299'419	
Eigene Beiträge	147'843'999	114'952'400		32'891'599
Durchlaufende Beiträge				0
Einlagen in Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	23'538'316	16'772'300		6'766'016
Interne Verrechnungen	44'669'089	44'137'100		531'989
Total	603'038'080	561'526'300	5'154'280	46'666'060
Mehraufwand			41'511'780	
Ertrag	Rechnung 2003	Voranschlag 2003	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen
Steuern	265'330'032	255'530'000	9'800'032	
Konzessionen und Regalien	3'886'333	4'028'000		141'667
Vermögenserträge	32'159'965	30'550'300	1'609'665	
Entgelte	158'017'776	147'785'700	10'232'076	
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'242'201	10'242'200	1	
Rückerstattung von Gemeinwesen	12'021'452	10'790'200	1'231'252	
Beiträge für eigene Rechnung	45'737'689	41'766'600	3'971'089	
Durchlaufende Beiträge				
Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	32'135'910	15'912'600	16'223'310	
Interne Verrechnungen	44'669'089	44'137'100	531'989	
Total	604'200'447	560'742'700	43'599'414	141'667
Mehrertrag				43'457'747
Ergebnis	1'162'367	-783'600		
Differenz zum Voranschlag			1'945'967	

Abweichungen gegenüber Vor-
anschlag (fett = kommentierte
Abweichungen)

3.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 234,1 Mio. um Fr. 2,5 Mio. tiefer als budgetiert. Innerhalb des Globalbudgets HAS konnten geplante Mutationsgewinne nicht erzielt werden, und der effektive Aufwand für Aushilfen lag rund Fr. 0,4 Mio. über dem Budget. Für Besoldungen mussten daher insgesamt Fr. 0,9 Mio. mehr aufgewendet werden. Der Personalaufwand beim Globalbudget TBA liegt mit Fr. 0,8 Mio. unter dem Vorschlag, ist aber im Vergleich zur Rechnung 2002 praktisch unverändert. Im Bildungsbereich entfielen die Annuitäten von Fr. 0,8 Mio. nach der Rückzahlung der Schuld gegenüber der Luzerner Pensionskasse per Ende 2002. Rund Fr. 0,3 Mio. weniger machten die Stellvertretungen und der zu hoch budgetierte Besoldungsanstieg beim Pensenpool aus. Bei der Stadtpolizei führten Abgänge und Verzögerungen für geplante Anstellungen in Richtung Soll-Bestand zu Einsparungen von Fr. 0,6 Mio. In den Dienstabteilungen der Finanzdirektion wurde ein Minderaufwand von rund Fr. 0,3 Mio. durch Mutationsgewinne und vakante Stellen (Betreibungsamt) erzielt. Für Übergangsrenten und Einkauf der Teuerungszulagen auf Renten mussten rund Fr. 0,4 Mio. weniger aufgewendet werden.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 67,5 Mio. und übersteigt somit das Budget um Fr. 3,8 Mio.

Die Projekte Strukturelle Entlastung und betriebliche Stabilisierung KKL über Fr. 0,15 Mio., Integrierte Kommunikation Fr. 0,21 Mio. sowie Fr. 0,1 Mio. für den Auftritt an der Luga und die Fusionsstudie Luzern-Littau wurden vom Stadtrat nachträglich beschlossen.

Bei den Einwohnerdiensten machten die Aufwendungen für den neuen Pass und die neu brutto ausgewiesene Weiterleitung der Fremdenpolizeigebühren an den Kanton total Fr. 0,8 Mio. aus, die jedoch mit der Gebührenverrechnung (431.00) kompensiert werden. Innerhalb des Globalbudgets TBA wurden zusätzliche Dienstleistungen für die Stadtentwässerung, den Fuhrdienst und den baulichen Unterhalt von insgesamt Fr. 1,4 Mio. erbracht und weiterverrechnet.

Verschiedene ausserordentliche Dienstleistungen über Fr. 0,7 Mio. wurden durch die Bau- und Direktion in Auftrag gegeben: Plakatierungskonzept der APG, Waldbewirtschaftung durch Korporation, Parkplatzbewirtschaftung

Allmend, höhere Versicherungsprämien und Nachbelastungen 2002 für Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. Vermehrte Vandalenschäden Fr. 0,17 Mio. (total Fr. 0,37 Mio.) und zusätzlich bewilligter baulicher Unterhalt von Fr. 0,4 Mio.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 15,2 Mio. um Fr. 2,5 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Für den positiven Ausgleichszins von 2,5 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern mussten den Steuerpflichtigen rund Fr. 3,3 Mio. Zinsen vergütet werden, budgetiert waren Fr. 0,4 Mio. Infolge geringerer Bestände und des tiefen Zinsniveaus mussten für die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und der Spezialfinanzierungen durchwegs tiefere Zinsen gutgeschrieben werden als budgetiert.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 47,9 Mio. und sind um Fr. 1,3 Mio. tiefer als budgetiert. Darin sind die Abschreibungen aus der Investitionsrechnung und den Spezialfinanzierungen enthalten. Ebenfalls sind die Fr. 4 Mio. zusätzlichen Abschreibungen bereits berücksichtigt, die der Grosse Stadtrat beim Budget gekürzt hatte und die nun mit diesem B+A dem Grossen Stadtrat als Nachtragskredit unterbreitet werden. Die Abschreibungen erreichen somit wieder die 100 % der Neuinvestitionen gemäss Plafond. Die Abschreibungen zu Lasten von Auflösung von Reserven fielen um Fr. 2,1 Mio. tiefer aus, hauptsächlich wegen der Verzögerung bei der Erschliessung des Tribschenlandes. Die Einlage von Fr. 5 Mio. in die Vorfinanzierung Mobilität, vorgesehen als Abschreibung innerhalb des Investitionsplafonds, wurde direkt der Einlage in die Vorfinanzierung (Konto 995.385) belastet. Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 0,6 Mio. mehr abgeschrieben und zusätzlich Fr. 0,9 Mio. in das Delkredere eingelegt werden.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen** mussten mit Fr. 10,2 Mio. rund 1,3 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden. Bei der Entschädigung an den Betrieb der Kehrrichtverbrennungsanlage konnte der Systemwechsel zur Sackgebühr, per 1.7.2003, im Budget noch nicht berücksichtigt werden. Der Aufwand sowie die Gebühreneinnahmen reduzierten sich um Fr. 1,6 Mio. Der Beitrag an den Verband ARA fiel um Fr. 0,3 Mio. höher

aus und entspricht mit Fr. 5,9 Mio. dem Aufwand gemäss Rechnung 2002.

Für **eigene Beiträge** mussten Fr. 32,9 Mio. mehr aufgewendet werden als budgetiert. Im Bereich SOD, Wirtschaftliche Sozialhilfe, lagen die Beiträge Fr. 10,9 Mio. über dem Voranschlag. Die Alimentenbevorschussungen und -inkassohilfen fielen Fr. 0,4 Mio. tiefer aus. Die zusätzlichen Beiträge an den Kanton für Invalidenversicherung, Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen und Heimfinanzierung von total Fr. 2,7 Mio. sowie der neu brutto ausgewiesene Zuschuss an die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg von Fr. 0,7 Mio. führten zu Mehraufwendungen gegenüber dem Budget. Die Stadt hat ihre kalkulatorischen Raumkosten über Fr. 0,67 Mio. in Rechnung gestellt.

Mehr Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Luzern an der Kantonsschule und in den städtischen Mittelschulen lösten Mehrkosten von Fr. 0,3 Mio. aus.

Im Beitragswesen macht die Auszahlung des Sonderbeitrages an das KKL, Fr. 18 Mio. aus der Vorfinanzierung, den grössten Mehraufwand aus. Die Abweichung beim Beitrag an den öffentlichen Verkehr, netto Fr. 0,9 Mio. mehr, ist auf zu tiefe Budgetierung zurückzuführen. Die Denkmalpflegebeiträge fielen

3.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 265,3 Mio. liegt um Fr. 9,8 Mio. über dem Voranschlag. Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 241,4 Mio. übertraf das Budget um Fr. 7,9 Mio. Hauptverantwortlich sind die Erträge der natürlichen Personen, die trotz Steuerfussreduktion rund Fr. 12,6 Mio. höher ausfielen. Dagegen wurde das Budget bei den juristischen Personen um zirka Fr. 7,7 Mio. nicht erreicht. Die Mehrerträge der Sondersteuern auf Kapitalauszahlungen (Fr. 1,6 Mio.), der Quellensteuern (Fr. 0,7 Mio.) und der Nach- und Strafsteuern (Fr. 0,7 Mio.) ergaben insgesamt Fr. 3 Mio. mehr.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern mit Fr. 0,4 und die Grundstückgewinnsteuern mit Fr. 0,6 Mio. über dem Voranschlag, die Handänderungssteuern jedoch mit Fr. 0,1 Mio. unter dem Budget. Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern ist um Fr. 0,8 Mio. und die Billettsteuern sind um Fr. 0,2 Mio. höher ausgefallen.

aufgrund von weniger Gesuchen als angenommen um Fr. 0,4 Mio. geringer aus.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen** und Spezialfonds fielen um Fr. 6,8 Mio. höher aus als budgetiert.

Dank höheren Feuerwehrpflicht-Ersatzabgaben konnten Fr. 0,3 Mio. in die Rückstellung Spezialfinanzierung eingelegt werden. Eine erneute Einlage von Fr. 3,6 Mio. in die Vorfinanzierung Altlasten Tribtschenland war nötig, um den Minimalbedarf gemäss Studie von Fr. 12,1 Mio. abzudecken.

Bei der Baudirektion erfolgten zusätzliche Einlagen von Fr. 0,3 Mio. in die Spezialfinanzierungen für Stadtentwässerung und Grabenaufbrüche.

Die Billettsteuererträge als Einlage zu Gunsten von Kultur und Sport fielen um Fr. 0,2 Mio. höher aus. Die Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen, Ferienheim Caslano und Kasimir-Pfyffer-Str. 10, wurden mit total Fr. 1,2 Mio. für kommenden Investitionsbedarf zurückgestellt. Die Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität von Fr. 5 Mio. war im Budget unter der Investitionsrechnung vorgesehen.

Diesen Mehreinlagen steht aufgrund tieferer Steuererträge bei den juristischen Personen eine reduzierte Einlage von Fr. 3,8 Mio. in die Steuerausgleichsreserve entgegen.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 32,2 Mio. rund Fr. 1,6 Mio. mehr ein als budgetiert. Dieser Mehrertrag erklärt sich hauptsächlich mit den Buchgewinnen von Fr. 1,2 Mio. aus dem Verkauf der Finanzliegenschaften Ferienheim Caslano und Kasimir-Pfyffer-Str. 10 (Tausch Zürichstr. 45). Die Verzugs- und Ausgleichszinsen auf verspätete Steuerzahlungen ergaben Fr. 1,5 Mio. mehr als budgetiert. Diesen standen jedoch Ertragsausfälle von Fr. 1,1 Mio. durch tiefere Verzinsung der Geldmarktgeschäfte und Kontoguthaben entgegen.

Die Mehreinnahmen bei den **Entgelten** von Fr. 10,2 Mio. setzen sich aus sehr vielen Positionen von Mehr- oder Mindererträgen zusammen.

Bei der Sozialdirektion fielen mehr Rückerstattungen von Fr. 6,7 Mio. im Bereich Wirtschaftliche Sozialhilfe an. Innerhalb des Globalbudgets HAS wurden für Heimtaxen und Nebenleistungen rund Fr. 0,6 Mio. mehr eingenommen.

Bei den Einwohnerdiensten machten die Gebühren für den neuen Pass, die Gebührenanpassungen per 1.1.2003 und die neu brutto ausgewiesenen Fremdenpolizeigebühren rund Fr. 1,1 Mio. aus. Die mit Fr. 7,8 Mio. budgetierten Polizeibussen wurden aufgrund der Unterbestände beim Korps um zirka Fr. 1 Mio. nicht erreicht. Die Zunahme der Feuerwehrpflicht-Ersatzabgaben betrug Fr. 0,4 Mio. Im Bereich Globalbudget TBA wirkte sich der Systemwechsel zur Kehricht-Sackgebühr per 1.7.2003 durch weniger Gebühreneinnahmen von Fr. 2,9 Mio. aus, dafür konnten vom Zweckverband KVA rund Fr. 1,1 Mio. für Transportleistungen vereinnahmt werden. Einnahmen von rund Fr. 1 Mio. wurden vom TBA durch vermehrte Dienstleistungen, allgemein und für die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung, erzielt.

Beim Steueramt wird die Entschädigung des Kantons für Veranlagungen Selbstständigerwerbender von Fr. 1,3 Mio. neu in der Position Steuerinkassoprovision, im Abschnitt Rückerstattung an Gemeinwesen, ausgewiesen. Die Ordnungsbussen im Steuerwesen erhöhten sich um rund Fr. 1 Mio. auf Fr. 1,2 Mio. nach der Anpassung der Ansätze gemäss den Weisungen der kantonalen Steuerverwaltung. Die definitiven Abrechnungen mit dem Kanton, nach der Kantonalisierung der gewerblichen Berufsschulen per 1.1.2003, schliessen mit einem Saldo von Fr. 1,4 Mio. zu Gunsten der Stadt ab. Unbenützte Kreditübertragungen aus dem Jahre 2002 von Fr. 0,6 Mio. konnten zu Gunsten der Rechnung 2003 aufgelöst werden.

Bei den **Rückerstattungen an Gemeinwesen** können die Mehrerträge von Fr. 1,2 Mio. hauptsächlich durch die folgenden drei Positionen begründet werden: Einerseits wird die unter Entgelte erwähnte Entschädigung von Fr. 1,3 Mio. des Kantons für die Steuerveranlagungen Selbstständigerwerbender neu hier ausgewiesen, und andererseits wurden durch höhere Fallentschädigungen gemäss Verordnung des Steuerwesens Fr. 0,5 Mio. Mehreinnahmen erzielt.

Die Beiträge anderer Gemeinden an die Diplommittelschule fielen aufgrund weniger Schüler und Schülerinnen aus ihrem Gebiet um Fr. 0,5 Mio. unter dem Voranschlag aus.

Die Mehrerträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** von rund Fr. 4 Mio. betreffen mit insgesamt Fr. 3,4 Mio. hauptsächlich die Sozialdirektion. Die Kantonsbeiträge an die Wirtschaftliche Sozialhilfe machten Fr. 1,5 Mio. mehr aus als budgetiert. Der Aufwand zu Lasten der Stadt für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg von jährlich Fr. 0,7 Mio. wurde neu als Zuschuss ausgewiesen. Der Zuschuss an das Betagtenzentrum Eichhof für Ertragsausfall während des Umbaus wurde mit Fr. 1,2 Mio. der Investitionsrechnung belastet. Die Kantonsbeiträge im Bildungswesen fielen gegenüber dem Voranschlag um Fr. 0,7 Mio. geringer aus, was auf zu hohe Budgetierung, hauptsächlich für den Fremdsprachenanteil, zurückzuführen ist. Der Mehraufwand für mehr Kinder in der Heilpädagogischen Sonderschule ergab zusätzliche IV-Beiträge in Höhe von rund Fr. 0,6 Mio. Infolge Änderung des Zahlungsplanes beim Kanton für Beiträge an das GIS-Dienstleistungszentrum lagen die Erträge Fr. 0,2 Mio. über dem Budget.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 16,2 Mio. höher aus als vorgesehen.

Die Auszahlung des Sonderbeitrages an das KKL von Fr. 18 Mio. (Volksabstimmung vom 30.11.2003) erfolgte durch Entnahme zu Lasten der Vorfinanzierung.

Die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung fiel aufgrund der höheren Entschädigung an den Zweckverband ARA um Fr. 0,5 Mio. höher aus.

Für zusätzliche Abschreibungen mussten rund Fr. 2,1 Mio. weniger aus Rückstellungen entnommen werden, da der Baufortschritt der spezialfinanzierten Investitionsprojekte unter der Annahme im Investitionsbudget war, insbesondere bei der Erschliessung des Tribschenslandes.

Kennzahlen Steuerertrag	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Total Steuerertrag pro Einheit	99'958'717	103'571'409	118'284'281	110'778'625	118'364'857	128'510'769	126'521'622
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	12,27%	15,64%	19,31%	18,00%	25,57%	29,60%	22,19%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'166	1'984	2'428	2'310	2'501	2'447	2'411
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'953	3'587	5'056	4'415	6'702	11'420	7'855
Erlasse, Verluste, Abschreibungen	2'971'658	2'732'521	2'974'757	2'672'349	5'331'173	3'715'223	3'589'664
E, V + A in % des Steuerertrages	1,92%	1,70%	1,62%	1,56%	2,31%	1,48%	1,53%

3.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenband ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

3.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 13,15 Mio. ge-

sprochen werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO

	2002	2003
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	96'200.–	44'600.–
Sozialdirektion	2'865'700.–	6'784'300.–
Bildungsdirektion	4'560'900.–	1'543'700.–
Sicherheitsdirektion	590'200.–	887'800.–
Baudirektion	1'779'100.–	1'093'500.–
Finanzdirektion	544'600.–	245'600.–
Zentrales Beitragswesen	281'400.–	1'247'200.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	304'100.–	10'600.–
Investitionsrechnung	400'000.–	1'295'000.–
Total	11'422'200.–	13'152'300.–

3.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die pauschalierte Limite von Fr. 5 Mio. wurde im

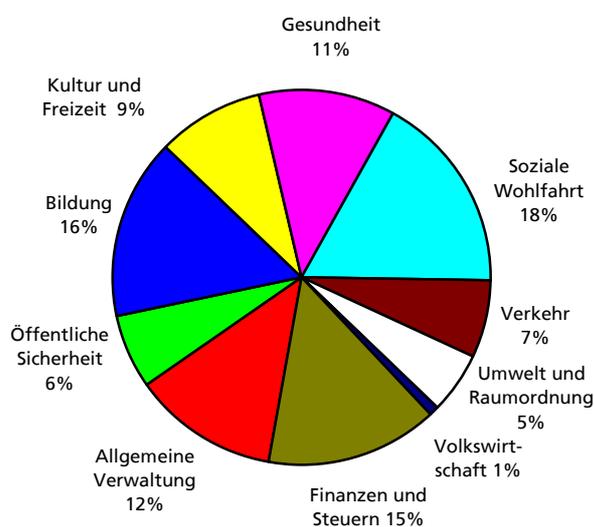
Jahr 2003 im Umfang von Fr. 3,62 Mio. beansprucht. Der Stadtrat hat mit StB 107 vom 29.1.2003 auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz verzichtet.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO	2002	2003
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	583'300.–	687'900.–
Sozialdirektion	560'200.–	229'500.–
Bildungsdirektion	502'600.–	642'300.–
Sicherheitsdirektion	204'400.–	145'000.–
Baudirektion	978'700.–	1'006'800.–
Finanzdirektion	277'700.–	285'800.–
Zentrales Beitragswesen	120'000.–	227'100.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	228'800.–	40'000.–
Investitionsrechnung	160'000.–	362'000.–
Total	3'615'700.–	3'626'400.–

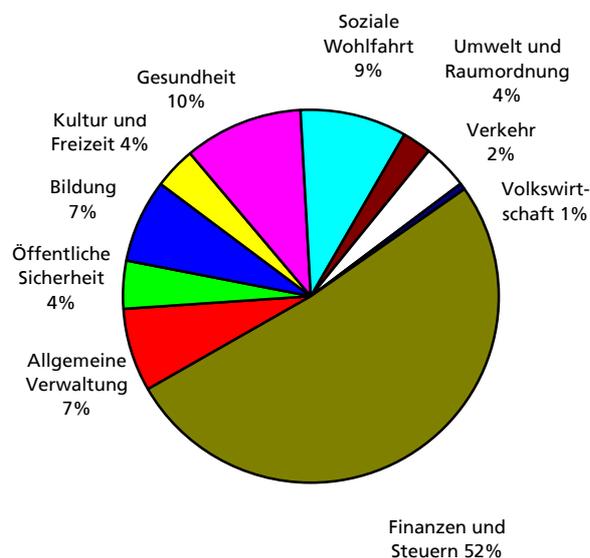
3.3 Laufende Rechnung / Zusammenfassung nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2003 (in 1000 Fr.)		Voranschlag 2003 (in 1000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderebetrag)
Allgemeine Verwaltung	74'740	44'163	73'975	42'318	765	1'845
Öffentliche Sicherheit	38'864	25'090	39'184	25'542	(320)	(452)
Bildung	94'676	43'118	94'819	42'552	(143)	566
Kultur und Freizeit	55'436	22'706	37'533	4'320	17'903	18'385
Gesundheit	68'806	61'528	68'237	59'573	569	1'955
Soziale Wohlfahrt	103'915	55'662	89'853	47'219	14'063	8'443
Verkehr	40'704	14'242	37'788	12'930	2'916	1'311
Umwelt und Raumordnung	32'818	23'899	30'213	24'816	2'606	(917)
Volkswirtschaft	4'775	3'087	4'958	3'060	(182)	27
Finanzen und Steuern	88'303	310'706	84'968	298'412	3'335	12'294
Total	603'038	604'200	561'526	560'743	41'512	43'458

AUFWAND



ERTRAG



Netto	Rechnung 2003 (in 1000 Fr.)		Voranschlag 2003 (in 1000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderebetrag)
Allgemeine Verwaltung	30'576		31'656		(1'080)	
Öffentliche Sicherheit	13'774		13'642		132	
Bildung	51'558		52'267		(709)	
Kultur und Freizeit	32'731		33'213		(482)	
Gesundheit	7'278		8'664		(1'386)	
Soziale Wohlfahrt	48'253		42'634		5'620	
Verkehr	26'462		24'857		1'605	
Umwelt und Raumordnung	8'919		5'396		3'522	
Volkswirtschaft		(1'688)		(1'898)		210
Finanzen und Steuern		222'402		213'444		8'959
Ergebnis	(1'162)		784		(1'946)	

3.3.1 Übersicht nach Funktionaler Gliederung und Nettobelastung

3.3.1.1 Funktionale Gliederung

Die anteilmässige Verteilung der Nettoaufwände spiegelt die Hauptaufgaben der Stadt wider. Dabei ist zu beachten, dass in den Aufgabenbereichen noch nicht die Vollkosten aus-

gewiesen werden. Insbesondere die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) sind separat im Bereich 9 Finanzen und Steuern erfasst.

3.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung 2001 / 2002

Das kantonale Amt für Statistik veröffentlicht regelmässig die Kennziffern aus dem Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden. Der neuste Bericht "Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2002" ist auf der Homepage des Amtes für Statistik abrufbar. Somit können wiederum direkte Vergleiche der Gesamtausgaben und

der Ausgaben pro Kopf nach funktionaler Gliederung gezogen werden.

In den folgenden Tabellen sind die Nettoausgaben insgesamt und pro Kopf für die Aufgabenbereiche 0 bis 7 für die Jahre 2001 und 2002 dargestellt.

Tabelle 1: Vergleich Nettobelastung zwischen der Stadt, dem Agglomerationsgürtel und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern

Jahr 2002	Nettobelastung absolut			Vergleichsausgaben		Differenz	
				[Anzahl Einw. Stadt Luzern x Nettobelastung pro Kopf]		Netto-Mehrbelastung der Stadt Luzern	
in Fr. 1'000.–	Stadt Luzern	Agglomerationsgürtel (14 Gemeinden)	92 übrige Gemeinden des Kt. Luzern	des Agglomerationsgürtels (14 Gemeinden)	der 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern	gegenüber dem Agglomerationsgürtel	gegenüber den 92 übrigen Gemeinden
Funkt. Gliederung	Stadt Luzern	(14 Gemeinden)	Kt. Luzern	(14 Gemeinden)	Kantons Luzern	dem Agglomerationsgürtel	gegenüber den 92 übrigen Gemeinden
1 Sicherheit	13'772	6'425	6'759	2'991	2'263	10'781	11'509
2 Bildung	58'027	158'677	218'799	74'433	73'264	-16'406	-15'237
3 Kultur und Freizeit	27'630	14'330	12'179	6'730	4'078	20'900	23'552
4 Gesundheit	9'290	8'956	4'588	4'199	1'536	5'091	7'754
5 Soziale Wohlfahrt	33'884	65'025	80'037	30'487	26'800	3'397	7'084
6 Verkehr	27'231	23'884	18'405	11'217	6'163	16'014	21'068
7 Umwelt und Raumordnung	8'332	7'323	7'323	3'451	4'316	4'881	4'016
0 Allgemeine Verwaltung	31'017	48'727	67'358	22'836	22'555	8'181	8'462
Total Nettobelastung	209'183	333'347	421'015	156'345	140'976	52'838	68'207
Mittlere Wohnbevölkerung:	57'522	122'621	171'786				

In Tabelle 1 werden die absoluten Nettoausgaben der Stadt verglichen mit den Ausgaben der Gemeinden des Agglomerationsgürtels sowie den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Wenn die Stadt netto gleich hohe Pro-Kopf-Ausgaben tätigen würde wie der Durchschnitt der 14 Agglomerationsgemeinden bzw. der übrigen 92 Luzerner Gemeinden des Kantons Luzern, so läge ihre Belastung um rund Fr. 52,8 Mio. bzw. Fr. 68,2 Mio. tiefer, als dies effektiv der Fall ist. Im Jahre 2002 konnte die Nettobelastung im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden nochmals um Fr. 2,5 Mio. reduziert werden, im Vergleich zu den übrigen 92 Gemeinden sank die Netto-Mehrbelastung ebenfalls um Fr. 2,8 Mio. Im Jahr 1995 betrug dieser Unterschied gegenüber den Agglomerationsgemeinden Fr. 85,4 Mio. (./ 38 %), gegenüber den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern noch rund Fr. 98 Mio. (./ 30 %).

Die Mehrbelastung der Stadt konnte in diesem Zeitraum also merklich reduziert werden! Hauptgründe für diese Verbesserung sind Optimierungen und Einsparungen im eigenen Bereich, Ertragssteigerungen sowie erfolgreich realisierte Lösungen im Bereich der zentralörtlichen Leistungen. Im Bericht B 12/2000 "Der Weg zum Rechnungsausgleich II – Erster Berichtsteil" weist der Stadtrat für die letzten Jahre allein in den Bereichen Optimierungen und ZöL Verbesserungen von gegen Fr. 40 Mio. aus. Diese wurden bisher weitgehendst realisiert. Der weiterhin bestehende grosse Unterschied erklärt sich in erster Linie aus der Zentrumsfunktion der Stadt. Im ersten Bericht B 5/1998 "Der Weg zum Rechnungsausgleich" wurden rund Fr. 90 Mio. als Ausgaben für die zentralörtlichen Leistungen der Kernstadt ausgewiesen, wovon über ein Drittel für auswärtige Nutzniesser erbracht werden.

Tabelle 2: Vergleich Steuerkraft zwischen 2001 und 2002 pro Einheit in Fr. 1'000.-- und pro Kopf in Fr.

Angaben aus der Steuerstatistik	Stadt Luzern			übrige 92 Gemeinden des Kt. LU [Kanton Luzern ohne Stadt Luzern und 14 Agglomerationsgemeinden]			Mehrertrag der Stadt Luzern [Anz. Einw. Stadt x Mehrertrag pro Kopf der Stadt Luzern]		
	2001	2002	Veränd.	2001	2002	Veränd.	2001	2002	Veränd.
Steuerertrag pro Einheit	121'203	131'815	9%	177'202	190'965	8%	37'200	42'258	14%
St.-Ertrag pro Kopf u. Einheit	2'110	2'292	9%	1'463	1'557	6%	648	735	13%

Die absolute und relative Steuerkraft der Stadt Luzern (ersichtlich in Tabelle 2) ist im Vergleich zum Kanton und den übrigen 92 Luzerner Gemeinden bedeutend höher. Für das Jahr 2003 liegt der Steuerertrag einer Einheit (absolute Steuerkraft) bei rund Fr. 126,5 Mio. (vgl. Tabelle in Kapitel 3.2.2 Ertrag). Der Anteil der Stadt Luzern am Steuerertrag aller Luzerner Gemeinden ist von 32,8 % im Jahr 1981 auf 24,3 % im Jahr 1998 gefallen. Seither ist er wieder angestiegen: Per Ende 2001 lag er bei 25,1 %, per

Ende 2002 neu bei 26,1 %. Die Ursachen dieser Steuererosion waren unter anderem der Bevölkerungsrückgang (Einbusse an Steuersubstrat) und die durch die Wanderungströme bewirkte Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Strukturveränderung). Es zeichnet sich ab, dass mit der städtischen Wohnoffensive die Entwicklung des Steuerertrages bei den natürlichen Personen ab 2003 wieder positiv verläuft.

Tabelle 3: Vergleich Nettobelastung pro Kopf in Franken zwischen 2001 und 2002

Funkt. Gliederung	Nettoaussgaben der Stadt			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gden Kt. LU		
	2001	2002	Veränd.	2001	2002	Veränd.	2001	2001	Veränd.
1 Sicherheit	244	239	-2%	52	52	0%	43	39	-9%
2 Bildung	1'067	1'009	-5%	1'204	1'294	7%	1'201	1'274	6%
3 Kultur und Freizeit	489	480	-2%	118	117	-1%	68	71	4%
4 Gesundheit	85	162	91%	60	73	22%	26	27	4%
5 Soziale Wohlfahrt	654	589	-10%	516	530	3%	459	466	2%
6 Verkehr	403	473	17%	199	195	-2%	103	107	4%
7 Umwelt und Raumordnung	124	145	17%	49	60	22%	57	75	32%
0 Allgemeine Verwaltung	511	539	5%	399	397	-1%	384	392	2%
Total Nettobelastung pro Kopf	3'577	3'636	2%	2'597	2'718	5%	2'341	2'451	5%
Mittlere Wohnbevölkerung	57'435	57'522	87	121'157	122'621	1'464	170'593	171'786	1'193
Mittlere Wohnbevölkerung des Kantons Luzern: 2001: 349'185; 2002: 351'929									

In der dritten Tabelle sind die Konsumausgaben pro Kopf für die Stadt Luzern, die 14 Agglomerationsgemeinden sowie die 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern dargestellt. Hier erkennt man auch, welche Aufgaben besonders "stadtlastig" sind.

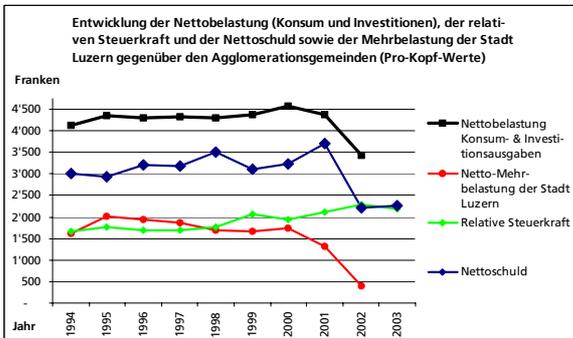
Insgesamt ist die Nettobelastung in der Stadt Luzern pro Kopf leicht angestiegen. Sie liegt im Durchschnitt immer noch um mehr als 34 % über derjenigen der Agglomerationsgemein-

den oder 48 % über dem Durchschnitt der übrigen Gemeinden des Kantons Luzern.

Der Stadtrat hat seit dem Bericht über die zentralörtlichen Leistungen verschiedene Massnahmen eingeleitet, um das strukturelle Ungleichgewicht im Finanzhaushalt zu beheben und um die Problematik der hohen Ausgabenbelastung anzugehen.

Weitere Schritte sind im Rahmen des Ausgaben- und Kostenmanagements angeordnet.

3.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden

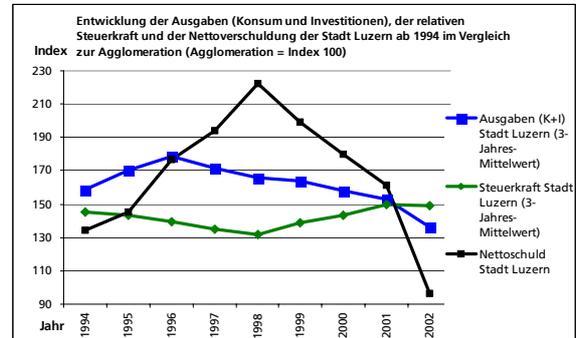


Die linke Grafik zeigt die Entwicklung der Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld, der relativen Steuerkraft sowie der Mehrausgaben (Konsum und Investitionen) gegenüber der Agglomeration (alle Werte in Franken pro Kopf).

Die rechte Grafik stellt die Entwicklung der städtischen Ausgaben, der Nettoschuld und der Steuerkraft in Relation zu den entsprechenden Werten der Agglomerationsgemeinden dar. Die statistischen Daten sind bis und mit dem Jahr 2002 verfügbar.

Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung dieser drei Grössen ist das "finanzpolitische Dreieck", welches in schematischer Weise aufzeigt, wie die Finanzpolitik die Balance finden muss zwischen guter und innovativer Aufgabenerfüllung (Ausgaben), Sparsamkeit und Konkurrenzfähigkeit (Steuerbelastung) sowie Nachhaltigkeit (Nettoschuld). Indem die Werte für die drei Eckpunkte des Dreiecks in Relation gesetzt werden zu den entsprechenden Werten aus der Agglomeration, wird ein konsistenter Vergleich möglich.

Ein Blick auf die Grafik rechts zeigt, dass der Index der städtischen Steuerkraft (im Vergleich mit der Agglomeration) im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist. Weiterhin liegt die relative Steuerkraft um fast 50 % über jener der Agglomeration. Im Jahr 2003 sind die städtischen Steuererträge (auch steuerfussbereinigt) etwas zurückgegangen. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass der Index der Steuerkraft im abgelaufenen Jahr mindestens nicht weiter angestiegen ist.



Bei der Nettoschuld ist die erwartete Entwicklung eingetreten. Der massive Schuldenabbau im Gefolge des Rechnungsabschlusses 2002 (tiefe Investitionen, Sonderfaktoren Berufsschulen, hohe Steuererträge juristische Personen) führt dazu, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt per Ende 2002 sogar absolut (und nicht nur steuerkraftbereinigt) unter dem Wert der Agglomeration liegt. Im Jahr 2003 stieg die Nettoschuld nur geringfügig an, sodass sich auch der Vergleichsindex nur unwesentlich verändern dürfte. Die Verschuldungssituation der Stadt darf somit als gut bezeichnet werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Investitionsmehrbedarf der kommenden Jahre teilweise auch über eine Neuverschuldung finanziert werden kann.

Bei der Ausgabenbelastung hat sich der städtische Wert weiter verbessert. Allerdings ist dies in erster Linie auf die tiefen Investitionen im Jahr 2002 zurückzuführen, die sich auch auf den 3-Jahres-Schnitt noch deutlich auswirken. Die in den nächsten Jahren absehbaren höheren Investitionen werden diesen Wert zweifellos wieder nach oben treiben. Es würde nicht überraschen, wenn der Ausgabenindex dann den Steuerkraftindex wieder übersteigen würde. Weiterhin gilt also die Aussage, dass die Stadt das Geld, welches sie aufgrund der höheren Steuerkraft mehr einnimmt, auch wieder ausgibt, um die höheren Pro-Kopf-Leistungen zu finanzieren. Die Selbstbeschränkung beim Wachstum der Konsumausgaben bleibt daher weiterhin eine zentrale Herausforderung der Finanzpolitik, erst recht wenn es zusätzlich gilt, einen vorübergehend massiv erhöhten Investitionsbedarf verkraften zu können.

3.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2003			Budget 2003			Netto- Abweichung	
	Ausgaben	Einnahmen	Netto	Ausgaben	Einnahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	5.15	0.28	4.87	5.16		5.16	0.29	5.6%
1 Öffentliche Sicherheit	2.82	0.26	2.57	5.33	2.00	3.33	0.76	23.0%
2 Bildung	12.35	0.98	11.37	8.01	0.00	8.01	-3.36	-42.0%
3 Kultur und Freizeit	8.60	0.05	8.55	11.89	0.07	11.82	3.27	27.7%
4 Gesundheit	9.14	0.00	9.14	6.21	0.00	6.21	-2.93	-47.2%
5 Soziale Wohlfahrt	0.38	0.00	0.38	1.49	1.49	0.00	-0.38	
6 Verkehr	6.42	0.00	6.42	15.74 ¹	1.66	14.07	7.65	119.2%
7 Umwelt und Raumordnung	5.67	2.41	3.25	4.98	2.00	2.98	-0.27	-9.1%
8 Volkswirtschaft	0.11	0.00	0.11	0.19	0.00	0.19	0.08	42.2%
9 Finanzen und Steuern	0.00	0.61	-0.61		0.00	0.00	0.61	
Total	50.64	4.60		58.99¹	7.22			
Zunahme/Abnahme der Nettoinvestitionen			46.04			51.76	-5.72	-12.4%

Arten-Gliederung	Rechnung 2003		Budget 2003	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	45'783'920		61'655'050	
500 Grundstücke	20'939			
501 Tiefbauten	10'650'060		19'080'000 ¹	
503 Hochbauten	29'830'657		34'007'950	
506 Mobilien, Masch., Fahrz.	5'132'402		3'467'100	
509 Konservierung	149'861		100'000	
52 Darlehen und Beteilig.	25'000			
56 Eigene Beiträge	4'742'637		2'190'000	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	87'202		142'500	
60 Abgang von Sachgütern				
61 Nutzungsabgaben		1'974'980		3'320'600
63 Versicherungen		5'332		
66 Beiträge für eigene Rech- nung		2'617'881		3'902'400
5 Ausgaben	50'638'758		58'987'550	
6 Einnahmen		4'598'193		7'223'000

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 50,64 Mio. brutto bzw. Fr. 46,04 Mio. netto auf. Die Brutto-Investitionen liegen Fr. 8,35 Mio. und die Netto-Investitionen Fr. 5,72 Mio. unter den budgetierten Werten¹. Darin sind auch die Fr. 10,7 Mio. Kreditübertragungen enthalten. Wie aus der Detailübersicht im Zahlenteil ersichtlich, belaufen sich die Investitionen innerhalb des Plafonds auf Fr. 37,95 Mio. – der Budgetwert von Fr. 38 Mio. wurde eingehalten. In Kredite ausserhalb des Plafonds wurde wesentlich weniger investiert. Es handelt sich dabei um "Wohnen im Tribtschen" und die räumliche Zusammenlegung der Verwaltung bei der

Liegenschaft Rex. Die Einlage von Fr. 5 Mio. in die Vorfinanzierung Mobilität entfällt, sie wurde zu Lasten der Laufenden Rechnung vorgenommen.

Bei den Hochbauten mussten aufgrund von Verzögerungen aus den Vorjahren (vgl. Begründungen zur Investitionsrechnung im Zahlenteil) bei den Ausführungskrediten – Schulanlage Wartegg/Tribtschen, Neubau Garderobe Allmend Süd, Neubau Jugendhaus und beim BZ Eichhof Wohnheim 2 – Kreditübertragungen in der Höhe von Fr. 9,5 Mio belastet werden. Die nicht getätigten Investitionen sind lediglich aufgeschoben, und die Ausgaben erfolgen zusätzlich im 2004. Aus den gleichen Gründen mussten bei den Krediten Erneuerung PC und Ersatz Spül- und Saugwagen Übertragungen in der

¹ Ohne Fr. 5 Mio. Einlage in Vorfinanzierung Mobilität, Belastung in Laufender Rechnung 2003

Höhe von rund Fr. 1,2 Mio. vorgenommen werden.
Gegenüber dem Investitionsprogramm sind in der Rechnung 2003 verschiedene Verschiebungen zu verzeichnen. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags- und Sonder-

kredite aufgeführt. Ebenso sind die im Jahre 2003 abgeschlossenen Sonderkredite aufgelistet. Die Abrechnungen wurden mit B+A 32/2003 vom Grossen Stadtrat am 6. November 2003 genehmigt.

3.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2003	Stand am 31. Dezember 2002	Veränderungen
Total Aktiven	625'267'087.80	624'226'573.43	1'040'514.37
10. Finanzvermögen	428'874'253.08	421'099'774.47	7'774'478.61
100. Flüssige Mittel	615'243.65	4'724'242.15	-4'108'998.50
101. Guthaben	297'438'912.33	267'798'124.69	29'640'787.64
102. Anlagen	116'056'444.22	134'764'620.10	-18'708'175.88
103. Transitorische Aktiven	14'763'652.88	13'812'787.53	950'865.35
11. Verwaltungsvermögen	196'392'834.72	203'126'798.96	-6'733'964.24
114. Sachgüter	104'361'501.12	83'193'398.86	21'168'102.26
115. Darlehen und Beteiligungen	17'456'000.00	21'870'000.00	-4'414'000.00
116. Investitionsbeiträge	34'862'764.90	45'982'878.10	-11'120'113.20
117. Übrige aktivierte Ausgaben	39'712'568.70	52'080'522.00	-12'367'953.30
12. Spezialfinanzierungen	0	0	0
13. Bilanzfehlbetrag	0	0	0
Total Passiven	625'267'087.80	624'226'573.43	1'040'514.37
20. Fremdkapital	560'130'401.77	548'473'829.52	11'656'572.25
200. Laufende Verpflichtungen	116'233'677.22	72'187'924.55	44'045'752.67
201. Kurzfristige Schulden	0	0	0
202. Langfristige Schulden	351'671'974.00	392'561'458.20	-40'889'484.20
203. Verpflichtungen Sonderrechnungen	52'217'628.70	51'213'693.93	1'003'934.77
204. Rückstellungen	36'708'527.47	26'133'757.34	10'574'770.13
205. Transitorische Passiven	3'298'594.38	6'376'995.50	-3'078'401.12
22. Spezialfinanzierungen	46'798'987.88	63'013'413.19	-16'214'425.31
23. Kapital	18'337'698.15	12'739'330.72	5'598'367.43

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2003) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1 Mio. auf Fr. 625,3 Mio. gestiegen.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 428,9 Mio. auf, der 68,6 % der Bilanzsumme ausmacht. Die Zunahme von Fr. 7,8 Mio. verteilt sich auf diverse Positionen und wird nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Mit der Steuerfälligkeit auf Ende Jahr sind sehr viele Zahlungseingänge auf Ende Dezember erfolgt. Durch den Abschluss von Geldmarktgeschäften fiel der Stand des Kontokorrents der Bank per Stichtag 31. Dezember 2003 gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4,1 Mio. tiefer aus.

Guthaben

Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 29,7 Mio. gestiegen. Die Steuerausstände haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 34,4 Mio. zugenommen, weil diese erstmals brutto ausgewiesen wurden, d. h., vorausbezahlte Steuern (Fr. 56,8 Mio.) sind neu unter den Kreditoren bilanziert. Die Steuerausstände betragen Fr. 62,7 Mio. Die offenen Debitoren sind mit Fr. 8,4 Mio. um Fr. 0,7 Mio. unter dem Vorjahr. Der Bestand an Festgeldern von Fr. 145,7 Mio. ist um Fr. 25,6 Mio. gestiegen. Unter dem Verbindungskonto sind Zahlungen über Fr. 13,3 Mio. im Januar 2004 eingegangen, die noch die Rechnung 2003 betrafen. Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 0,2 Mio. zu. Die Abgrenzungen 2002 aus der Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschulen über Fr. 9,7 Mio. wurden im 2003 abgerechnet.

Durch den Übergang der Gewerbeschul-Lehrpersonen zum Kanton wird der entsprechende Anteil von Fr. 9,6 Mio. am städtischen Annuitätendarlehen neu als Guthaben gegenüber dem Kanton ausgewiesen.

Ebenfalls neu unter dieser Position ist das Guthaben über Fr. 1,1 Mio. gegenüber der Gebr. Amberg AG aus dem Unterbaurechtsvertrag der Liegenschaft Kreuzbuch (Volksabstimmung vom 19. Oktober 2003) ausgewiesen.

Anlagen

Der Wert der Anlagen ist im Berichtsjahr um Fr. 18,7 Mio. auf Fr. 116,1 Mio. gesunken. Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 102,6 Mio. zu Buch. Die Liegenschaft Tribtschen ist darin noch mit Fr. 12,1 Mio. enthalten.

Im Berichtsjahr wurden die restlichen von der Bürgergemeinde übernommenen Schuldbriefe auf eigenen Liegenschaften gelöscht.

Die Vorräte sind mit Fr. 1,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven erhöhten sich im Berichtsjahr um Fr. 1 Mio. auf Fr. 14,8 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind:

Fr. 4,8 Mio. Dezember-Rechnungen der Heime und Alterssiedlungen, Fr. 1,1 Mio. Rückerstattungen an Sozialamt, Fr. 1,6 Mio. Beiträge der kant. Heimfinanzierung an KJS Utenberg, Fr. 1,9 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 0,9 Mio. Anteil Motorfahrzeugsteuern, Fr. 0,7 Mio. unbezahlte Polizeibussen, Fr. 1,1 Mio. ausstehende Neben- und Reinigungskosten im Liegenschaftsbereich, Fr. 1,4 Mio. ausstehende Kantonsbeiträge an DMS und Fr. 0,3 Mio. IV-Beiträge an HPS.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 6,7 Mio. abgenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 196,4 Mio. auf. Insgesamt 31,4 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.

Bei den Sachgütern, bilanziert mit Fr. 104,4 Mio., entfallen Fr. 72,2 Mio. auf Hochbauten, Fr. 11 Mio. auf Grundstücke und öffentliche Anlagen und Fr. 9,2 Mio. auf Tiefbauten.

Der Gebäudeversicherungswert aller Liegenschaften des Verwaltungsvermögens beträgt per Jahresende rund Fr. 670 Mio. Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 11,9 Mio. bilanziert. Davon machen die Fahrzeuge der Baudirektion Fr. 6,5 Mio. und das Informatikprojekt Steueramt 2001 Fr. 2,1 Mio. aus. Die

Darlehen und Beteiligungen sind mit Fr. 17,5 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 2,4 Mio. der Stiftung KKL und Fr. 11,3 Mio. Aktienkapital der vbl AG. Die Darlehen an die privaten Unternehmungen über Fr. 3,6 Mio. für die Gütschbahn, das Parkhaus Gütsch, das stattkino und das Regionale Eisenzentrum (REZ) sind durch Rückstellungen im gleichen Ausmass gedeckt.

Die aktivierten Investitionsbeiträge, u. a. für das KKL, das Bourbaki-Panorama und die Schliessungskosten Schlachthof konnten durch die Abschreibungen 2003 von Fr. 11,3 Mio. bis auf Fr. 34,9 Mio. reduziert werden. Bei den übrigen aktivierten Ausgaben sind noch Planungskosten NSL und VBL im Umfang von Fr. 1,4 Mio. sowie die Aufzahlungsschuld gegenüber der städtischen PK mit Fr. 38,3 Mio. ausgewiesen.

Fremdkapital

Das Fremdkapital ist – hauptsächlich aufgrund der Zunahme der Rückstellungen – um Fr. 11,7 Mio. auf Fr. 560,1 Mio. gestiegen. 89,6 % der Bilanzsumme ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 44 Mio. zugenommen, was hauptsächlich auf die erstmalige Bilanzierung der vorausbezahlten Steuern über Fr. 56,8 Mio. unter den Kreditoren zurückzuführen ist. Die Steuerkreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2003) über Fr. 42,5 Mio. wurden per Mitte Januar 2004 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 5,1 Mio., das sind rund Fr. 2,3 Mio. weniger als im Vorjahr.

Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 1 Mio. auf Fr. 5,6 Mio. abgenommen. Davon betreffen Fr. 2,3 Mio. die Heime und Alterssiedlungen, Fr. 1,4 Mio. die Grundstück- und Handänderungssteuern und Fr. 1 Mio. den Grabunterhaltsfonds. Die im Vorjahr passivierten Fr. 0,4 Mio. an die Jugendförderung des FCL (im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Nachlass) wurden ausbezahlt.

Der Bestand an Kontokorrenten, hauptsächlich mit den Zivilschutzorganisationen, beträgt Fr. 0,4 Mio.

Das Verbindungskonto für den Zahlungsverkehr alte/neue Rechnung nahm gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1,7 Mio. zu und weist einen Bestand von Fr. 2,5 Mio. aus.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden konnten im Berichtsjahr um insgesamt Fr. 40,9 Mio. abgebaut werden. Davon entfielen Rückzahlungen über Fr. 37,1 Mio. auf fällig gewordene feste Darlehen. Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 235,9 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende blieb mit 3,52 % praktisch unverändert. Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 115,8 Mio. passiviert. In dieser Summe sind auch die Anteile der ewl AG mit Fr. 20,1 Mio., der vbl AG mit Fr. 24,5 Mio., des Kantons (GBL) mit Fr. 9,6 Mio. sowie der angeschlossenen Arbeitgeber mit Fr. 10,8 Mio. enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter den übrigen Guthaben aktiviert.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen erhöhten sich um 1 Mio. auf Fr. 52,2 Mio. Die Verbindlichkeiten gegenüber der städtischen Pensionskasse belaufen sich auf Fr. 30,1 Mio. Davon entfallen Fr. 30 Mio. auf drei Darlehen mit Fälligkeiten per Ende 2006 bis 2008. Die stadträtliche Pensionsordnung hat um die budgetierte Einlage 2003 von Fr. 1 Mio. zugenommen und ist mit Fr. 4,1 Mio. ausgewiesen.

Die Zuwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert und sind mit Fr. 7,9 Mio. bilanziert. Mit Fr. 2,3 Mio. weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus. Insgesamt mit Fr. 2,9 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALL-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Einlagen in die Rückstellungen übertrafen die Entnahmen um Fr. 10,6 Mio. Die Rückstellungen machen neu Fr. 36,7 Mio. aus. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 21,9 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 2,1 Mio. und aus Kreditübertragungen 2003 der Laufenden Rechnung von Fr. 2 Mio. Zur Ausschöpfung des Investitionsplafonds wurden für Fr. 10,7 Mio. Kreditübertragungen auf 2004 vorgenommen. Die Buchgewinne von Fr. 1,2 Mio. wurden für erhöhten Investitionsbedarf beim Verwaltungsvermögen zurückgestellt. Das Delkredere für Steuerdebitoren musste um Fr. 0,9 Mio. auf total Fr. 13 Mio. erhöht werden.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen weisen eine Bestandesabnahme von Fr. 3,1 Mio. auf und sind mit Fr. 3,3 Mio. bilanziert. Die Beiträge an den Kanton für Arbeitslosenhilfe und für erlassene AHV-Beiträge von insgesamt Fr. 0,3 Mio. wurden noch nicht in Rechnung gestellt. Die Abgrenzung der Liegenschaftenverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,3 Mio. aus. Die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen betragen Fr. 2,6 Mio. Diese nahmen aufgrund der Rückzahlungen um Fr. 0,2 Mio. ab.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 16,2 Mio. auf Fr. 46,8 Mio. abgenommen. Bei den Vorfinanzierungen wirken sich hauptsächlich die Entnahmen für den Sonderbeitrag an das KKL mit Fr. 18 Mio. und insgesamt Fr. 2,4 Mio. für die Erschliessung und die Beseitigung von Altlasten im Tribtschenland aus. Demgegenüber stehen die Einlagen von Fr. 5 Mio. für Mobilität und von Fr. 3,6 Mio. für erhöhten Bedarf bei den Altlasten Tribtschenland.

Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden aufgrund des Baufortschrittes rund Fr. 1 Mio. mehr für Abschreibungen entnommen als Anschlussgebühren eingegangen sind.

Die Betriebskosten 2003 für die Stadtentwässerung und die Kehrriechbeseitigung erforderten Entnahmen von Fr. 3,1 Mio. aus den betreffenden Spezialfinanzierungen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt total Fr. 18,3 Mio. Darin enthalten sind die Steuerausgleichsreserven von Fr. 14,9 Mio.

Die Zunahme des Eigenkapitals entstand aus Einlagen von insgesamt Fr. 5,6 Mio. in die Steuerausgleichsreserven. Fr. 4,4 Mio. davon stammen aus den Erträgen juristischer Personen und Fr. 1,2 Mio. aus dem Rechnungsergebnis 2003.

Würde das Eigenkapital von Fr. 18,3 Mio. mit der restlichen, aktivierten Aufzahlungsschuld der städtischen Pensionskasse von Fr. 38,3 Mio. verrechnet, müsste noch immer ein Bilanzfehlbetrag von Fr. 20 Mio. ausgewiesen werden.

3.6 Ausserbilanzgeschäfte

3.6.1 Eventualverpflichtungen per 31. Dezember 2003

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	Betrag in Fr.
Tennisclub Allmend	StB 1052 / 15.07.1998	Solidarbürgschaft	Fr. 48'000.-
Verein Schüür	StB 1221 / 19.11.2003	Solidarbürgschaft	Fr. 80'000.-
Drogen Forum Innerschweiz	StB 1352 / 11.12.2002	Solidarbürgschaft	Fr. 70'000.-
Verkehrshaus der Schweiz	StB 987 / 17.09.2003	Solidarbürgschaft	Fr. 100'000.-
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	Fr. 2'500'000.-
Total Eventualverbindlichkeiten			<u>Fr. 2'798'000.-</u>

3.6.2 Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2003

Pensionsordnung für die Mitglieder des Stadtrates

Mit B+A 44/2003 beschloss der Grosse Stadtrat das total revidierte Reglement. Im Gegensatz zur früheren Absicht werden die laufenden Renten der pensionierten Stadträte weiterhin zu Lasten der Laufenden Rechnung geleistet. Für die beim Übergang amtierenden Mitglieder des Stadtrates muss die Stadt die Leistungen, die sie als Folge der Umlagefinanzierung in der Vergangenheit nicht erbracht hat, im

Umfang von rund Fr. 4,6 Mio. nachfinanzieren. Diese sind für den Einkauf in die Städtische Pensionskasse mit dem unter Konto 2032 bilanzierten Guthaben "Pensionsordnung Stadträte" vollständig gedeckt.

Die Verpflichtungen für die Finanzierung der Besitzstandsgarantie gemäss Art. 14 der Personalordnung können jedoch nicht quantifiziert werden, da sie vom Zeitpunkt des Rücktritts der heute amtierenden Stadträte abhängen.

3.6.3 Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2003

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2000 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2003 aktualisiert.

	31.12.2002	Abgerechnete Projekte 2003	Neue Projekte 2003	Abrechnungsdifferenz	31.12.2003
Pendente Projekte	14	-2	4		16
Investitionsvolumen Total	56,9 Mio.	-0,3 Mio.	1,2 Mio.	0,9 Mio.	58,7 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	3,4 Mio.	-0,1 Mio.	0,6 Mio.	0,3 Mio.	4,2 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-1,4 Mio.	0,1 Mio.	-0,1 Mio.	-2,2 Mio.	-3,6 Mio.
Saldo ausstehend	2,0 Mio.	0,0 Mio.	0,5 Mio.	-1,9 Mio.	0,6 Mio.

3.7 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben des kantonalen Gemeindegesetzes, §§ 66 ff., den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2000. Zur Anwendung kommt dabei das harmonisierte Rechnungsmodell (NRM) gemäss Verordnung vom 19. Mai 1989.

Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die

Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttonprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Finanzhaushaltsreglements (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

3.8 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

3.8.1 Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1994:

Jahr	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gemeinden des Kt. Luzern			
	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1994	181 399 544	60 386	3 004	260 105 000	116 366	2 235	734 605 566		162 568	4 519
1995	174 082 186	59 434	2 929	235 844 000	116 902	2 017	777 656 459		163 833	4 747
1996	188 506 472	58 982	3 196	213 033 000	117 824	1 808	814 830 180		165 542	4 922
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422		166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756		167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514		168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019		169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689		170 593	5 301
2002	127 374 055	57 522	2 214	282 150 921	122 621	2 301	885 594 091		171 786	5 155
2003	131 256 149	57 806	2 271							

Definition:

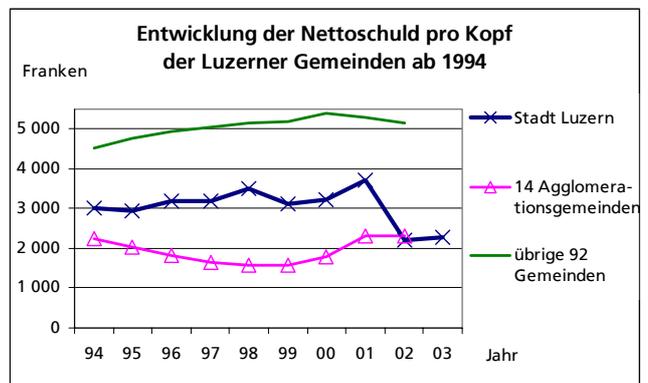
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik.

Aussage:

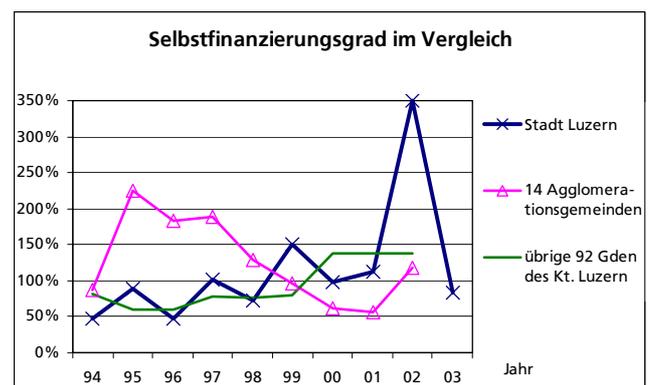
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen, kaum noch tragbaren Verschuldung gesprochen.



3.8.2 Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1994:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	übrige 92 Gden des Kt. Luzern
1994	47.5%	86.6%	80.8%
1995	89.2%	225.6%	59.1%
1996	47.6%	183.6%	59.3%
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%	118.2%	138.4%
2003	83.3%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen

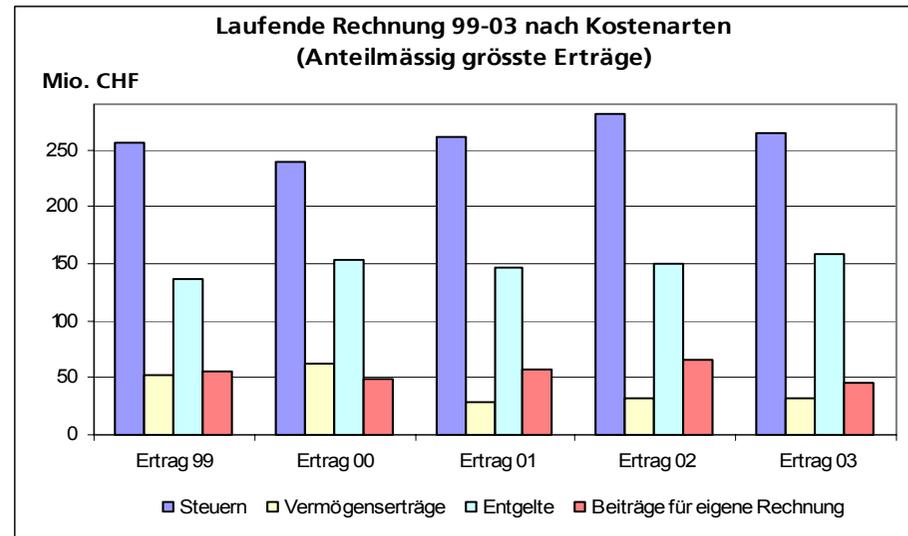
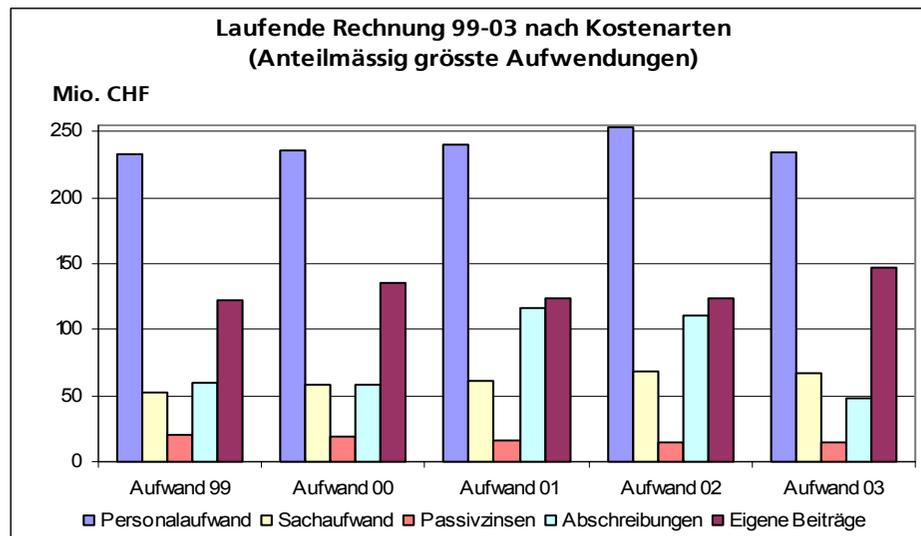
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2001, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik, errechnet aus S. 34/35; Werte 2001 bis 2003 der Stadt aus der Jahresrechnung.

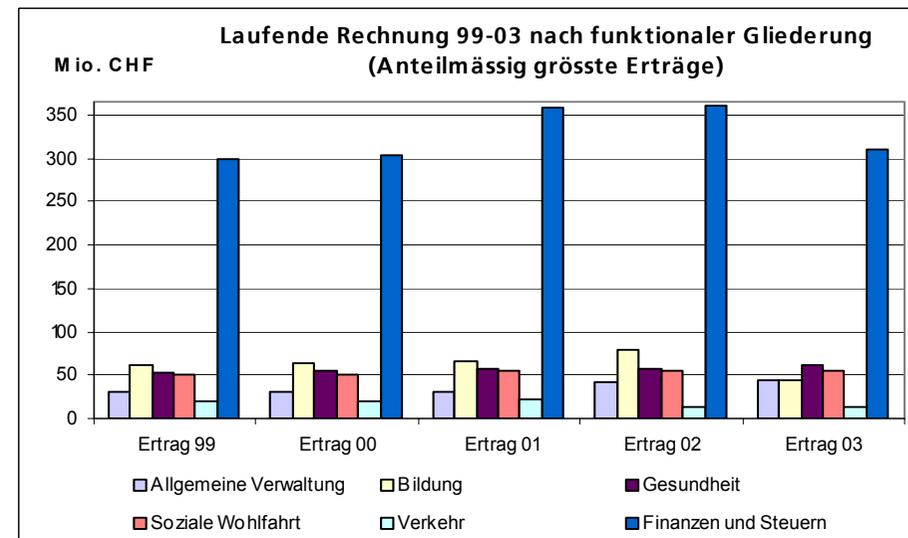
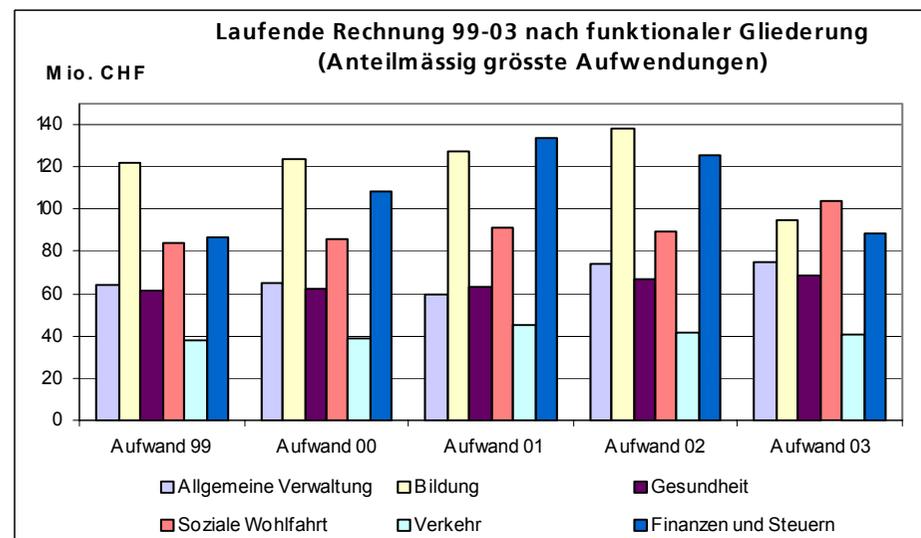
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung. Die Neuverschuldung wird bei einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der Selbstfinanzierungsgrad bei 100 % liegen.

3.8.3 Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 1999–2003



3.8.4 Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 1999–2003



3.9 Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Der Stadtrat hat seit der Verselbstständigung der ÖKK, die im 2003 umfirmiert wurde in Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, sowie der ewl Holding AG und der vbl AG als Vertreter der alleinigen Aktionärin die Stellung der Generalversammlung. Ein Mitglied des Stadtrats ist in den Verwaltungsrat jeder dieser drei Gesellschaften delegiert. Mit StB 1411 vom 18. Dezember 2002 und dem B+A 40/2003 "Beteiligungs- und Beitragscontrolling" wurde die Finanzverwaltung beauftragt, ein effizientes Zielsetzungs-, Controlling- und Reportingsystem zu entwickeln. Die im B+A 40/2003 beschriebenen und im Reglement über das Beteiligungs- und Beitrags-

controlling festgelegten Normen und Instrumente treten auf den 1. Januar 2006 in Kraft. In diesem Geschäftsbericht wird in der üblichen Form über die Geschäftstätigkeit der obigen drei Gesellschaften berichtet, da die Controllinginstrumente zum Teil noch überarbeitet oder weiterentwickelt werden.

Alle drei Tochtergesellschaften erstellen einen eigenen Geschäftsbericht, der den Mitgliedern des Grossen Stadtrates zur Information zugestellt wird. Details zur Jahresrechnung und zum Geschäftsverlauf können diesen Geschäftsberichten entnommen werden.

3.9.1 ewl Holding AG

Im Berichtsjahr 2003 hat die Tendenz zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts in der Schweiz wieder zugenommen. Die ewl Gruppe verfolgte die in der Eigentümerstrategie der Stadt festgelegten Ziele weiter und baute ihre Stärken, die lokale Verankerung und das breite Produktangebot, aus.

Im Hinblick auf die kommende Verschärfung des Wettbewerbs im Energiesektor erhielten die Anstrengungen zur Optimierung der Betriebsabläufe innerhalb und zwischen den Gesellschaften der ewl-Gruppe einen erhöhten Stellenwert.

Im Jahr 2003 wurde mit der Gemeinde Kriens ein Wasserlieferungsvertrag ausgehandelt und die Netzinfrastruktur Luzern / Kriens / Horw zur Verstärkung der Wasserversorgung ausgebaut.

Als Mitaktionärin der Erdgas Zentralschweiz AG trug die ewl den Entscheid mit, die Zweiteinspeisung in das Zentralschweizer Erdgasnetz zu realisieren. Dadurch bleibt die Versorgungssicherheit der Region mit Erdgas nach der Stilllegung des Propan-Kugeldruckbehälters in Littau langfristig erhalten.

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der ewl Holding AG mit externen Persönlichkeiten, die die Fachgebiete Unternehmensführung, Energiewirtschaft, Personal, Marketing und Finanzen abdecken, hat sich auch im vergangenen Jahr bewährt. Der Verwaltungsrat nimmt die ihm zugedachte Aufgabe der Ausrichtung der Gesamtunternehmung auf ihre strategischen Zielsetzungen wahr und richtet sich dabei auch nach den Zielen der Eigentümerstrategie der Stadt.

Das dritte Geschäftsjahr der ewl-Gruppe verlief durchaus erfreulich, der Absatz von Elektrizität, Gas und Wasser konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Beim Wasser haben speziell die hohen Temperaturen im Sommer 2003 zu diesem Resultat beigetragen. Der konsolidierte Ertrag liegt mit Fr. 145,7 Mio. leicht über den Zielsetzungen. Der um Fr. 2,6 Mio. auf Fr. 13,2 Mio. gestiegene Gewinn wird es erlauben, im 2005 eine höhere Dividende an die Stadt auszurichten. Im Jahr 2004 wird die ewl Holding AG wie im Vorjahr eine Dividende von Fr. 7,8 Mio. bzw. 12,6 % auf dem Aktienkapital an die Stadt Luzern auszahlen.

3.9.2 Verkehrsbetriebe Luzern AG

Im Geschäftsjahr 2003 hat die Verkehrsbetriebe Luzern AG (vbl AG) die in Hinsicht auf Qualität die folgenden Meilensteine:

- Re-Zertifizierung des Unternehmens nach den ISO-Normen 9001 (Qualität) und 14001 (Umwelt)

- Erreichen des Qualitäts-Gütesiegels der Stufe III von Schweiz Tourismus
- Erwerb des Labels "Best Board Practice" als erster Verwaltungsrat in der Schweiz. Diese Auszeichnung durch die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) attestiert dem Ver-

waltungsrat, dass er seine strategische Verantwortung im Sinne der Corporate Governance wahrnimmt.

Der Verwaltungsrat verfolgte im 2003 erfolgreich seine Unternehmensstrategie, die auf die Eigentümerstrategie der Stadt Luzern abgestimmt ist.

Die Ausrichtung der vbl AG auf die Marktöffnung (Anfang 2006) erfordert auch Anstrengungen zur Motivierung der Mitarbeitenden. Das Ergebnis der Personalumfrage im Herbst 2003 fiel gegenüber dem Vorjahr deutlich besser aus – dies dank geänderten Schwerpunkten in der Unternehmenskultur und der verbesserten Information und Kommunikation. Die Mitarbeiterinformation wurde ausgebaut und verfolgt unter anderem das Anliegen, die sich abzeichnenden Veränderungen innerhalb der vbl AG und im öV-Markt verständlich und

nachvollziehbar zu machen.

In betrieblicher Hinsicht wurden wichtige Ziele erreicht, wie die Übernahme aller ehemaligen Mitarbeiter der Tochtergesellschaft Gowa AG auf den 1. Januar 2003 durch die vbl AG, die Einführung des Ersatzes der rechnergestützten Betriebsleitstelle, die im 1. Quartal 2004 den Betrieb voll aufgenommen hat, sowie die Eröffnung des neuen EvoBus-Kunden-Centers im Mai 2003, das die vbl AG zur kompetenten Ansprechpartnerin für alle Betreiber von Mercedes- und Setra-Linienbussen im Raum Luzern macht.

Der Gewinn der vbl-Gruppe belief sich im Berichtsjahr auf Fr. 312'488. Das positive Ergebnis ist auf verschiedene innerbetriebliche wie externe Faktoren zurückzuführen, ist aber letztlich auch Ausdruck der stetigen Verbesserungen im Kostenbereich.

3.9.3 ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern, ab 1.1.2004 Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG

Im Berichtsjahr 2003 ist die ÖKK Luzern nach gründlichem Abwägen der Vor- und Nachteile zur Überzeugung gelangt, das auch in der provisorischen Eigentümerstrategie der Stadt enthaltene Ziel, sich mit den anderen vier Trägerkassen des Verbandes der Öffentlichen Krankenkassen (ÖKKV) zu einem Unternehmen zusammenzuschliessen, nicht mehr weiterzuverfolgen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 12. November 2003 der Strategieänderung zugestimmt.

Mit diesem Entscheid war der Austritt der ÖKK Luzern aus dem ÖKKV verbunden, der die Änderung der Firma "ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern" erforderte. Die ausserordentliche Generalversammlung vom 4. Dezember 2003 hat dem Namenswechsel in "Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG" zugestimmt, der auf den 1. Januar 2004 vollzogen wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem ÖKKV wurde auf den 31. Dezember 2003 beendet. Die Xundheit konzentriert sich in der nächsten Zukunft auf den Ausbau von bereits bestehenden Kooperationen mit verschiedenen starken Partnern.

Seit dem 1. September 2003 erweiterte die Xundheit mit der Gesundheitspraxis HMO Zug ihr Angebot im Managed-Care-Bereich. Zusammen mit der Luzerner HMO-Praxis werden ab 1. Januar 2004 über 4500 Versicherte betreut.

Im Jahr 2003 stieg die Anzahl der versicherten Personen in der Grundversicherung um 3'718 oder 8,7 % auf 46'465. Auch bei den Zusatzversicherten konnte eine leichte Zunahme verzeichnet werden. Nach wie vor ist die Xundheit in der Stadt Luzern stark verankert: Rund einer von fünf Einwohnern ist bei Xundheit versichert. Mit dem Austritt aus dem ÖKKV wird die Xundheit ihre Leistungen in Zukunft vermehrt in der ganzen Schweiz anbieten.

Die letzten Jahre waren von einem starken Wachstum und einer Verjüngung des Durchschnittsalters der Versicherten geprägt, das mit sehr hohen Zahlungen in den Risikoausgleich verbunden war. Beim Risikoausgleich handelt es sich um einen Solidaritätsbeitrag an andere Krankenkassen mit schlechterer Risikostruktur. Für das Berichtsjahr 2003 wird die Xundheit einen Gewinn ausweisen können, der vollumfänglich den Reserven zugewiesen wird.

3.10 Abnahme der Jahresrechnung 2002 durch den Regierungstatthalter

Die Jahresrechnung 2002, umfassend den Geschäftsbericht 2002 sowie den Zahlenteil 2002, ist vom Regierungstatthalter des Amtes

Luzern Land am 23. Dezember 2003 ohne Bemerkungen visiert worden.

4. Kennzahlen aus dem Personalbereich

4.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total	
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen
Februar 1998	1 0,1 %	45 4 %	1'105 96 %	19 7 %	114 42 %	136 51 %	20 2 %	159 11 %	1'241 87 %	1'151 81 %	269 19 %
Februar 2001	27 3 %	76 9 %	728 88 %	233 21 %	536 49 %	330 30 %	260 13 %	612 32 %	1'058 55 %	831 43 %	1'099 57 %
Februar 2002	28 3 %	81 10 %	695 87 %	290 25 %	533 47 %	314 28 %	318 16 %	614 32 %	1'009 52 %	804 41 %	1'137 59 %
Februar 2003	22 3 %	98 12 %	682 85 %	270 24 %	583 51 %	284 25 %	292 15 %	681 35 %	966 50 %	802 41 %	1'137 59 %
Februar 2004	28 3 %	111 14 %	688 83 %	274 24 %	594 52 %	275 24 %	302 15 %	705 36 %	963 49 %	827 42 %	1'143 58 %

Kommentar:

Der Trend zur Zunahme von Teilzeitstellen hat sich fortgesetzt. War dieser Anteil bei den Frauen schon früher beträchtlich, so stieg dieser bei den Männern seit 2001 von 76 auf

111, was einem Zuwachs von 40 % entspricht. Während Teilzeitstellen bis 49 % stagnieren, nimmt die Anzahl derjenigen zwischen 50 und 99 % weiterhin zu.

4.2 Personalfluktuations

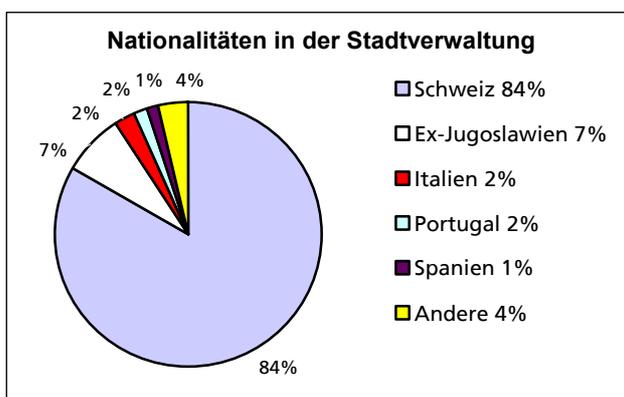
	2001		2002		2003	
Austritte	193	79,1 %	218	86,5 %	130	75,6 %
Pensionierungen	51	20,9 %	34	13,5 %	42	24,4 %
Austritte in % des Personalbestandes (Fluktuationsziffer)		10,5 %		11,9 %		6,6 %
Kündigung durch Arbeitgeber	23	11,9 %	13	6,0 %	20	15,4 %
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	170	88,1 %	205	94,0 %	110	84,6 %

Kommentar:

Während die Personalfluktuations in den Jahren 2001 und 2002 etwa auf gleichem

Niveau verharrte, hat sich diese im Jahr 2003 um 40 % auf 6,6 % reduziert.

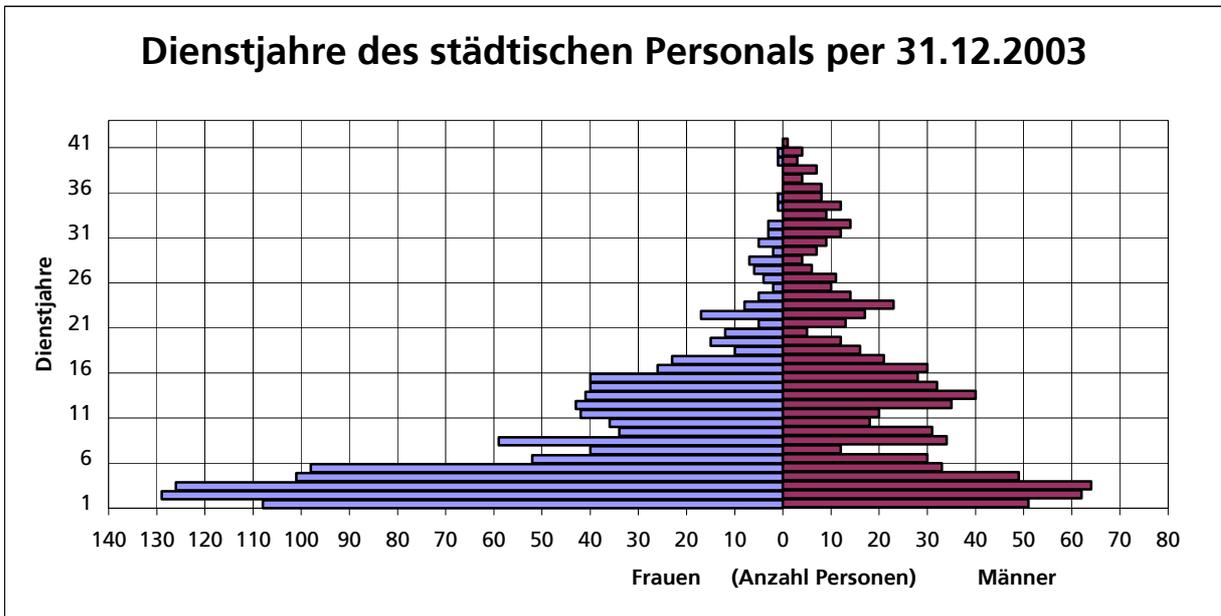
4.3 Nationalitäten



Kommentar:

84 % des städtischen Personals besitzt das Schweizer Bürgerrecht. Die grösste ausländische Gruppe mit 7 % oder 147 Personen stammt aus Ex-Jugoslawien, davon arbeiten 113 in den städtischen Heimen und Alterssiedlungen.

4.4 Pyramide der Dienstjahre

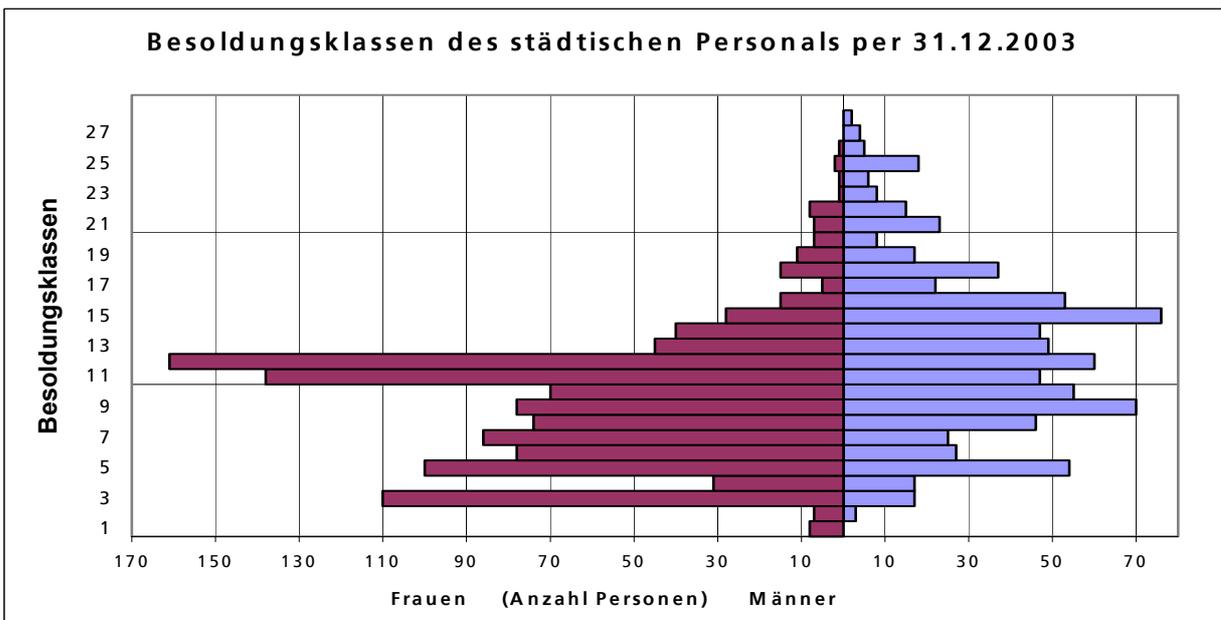


Kommentar:

Aufgrund der nach wie vor beträchtlichen Fluktuation beim Pflegepersonal ist der Anteil mit 1–5 Dienstjahren bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern. Immerhin ist der

Anteil mit 2–4 Dienstjahren gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, was mit der rückläufigen Fluktuation zusammenhängt.

4.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

Der grosse Frauenanteil bei den Lohnklassen 11 und 12 ist auf das diplomierte Pflegepersonal zurückzuführen. Bei der Lohnklasse 3

handelt es sich vorwiegend um Reinigungspersonal.

5. Direktionen

5.1 Sozialdirektion

Der Stadtrat will das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung fördern und ausbauen.
(Städtische Kinderkrippe Eichhörnli im Betagtenzentrum Eichhof)

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Nachdem im Jahre 2002 vom Stadtrat zusammen mit dem Grossen Stadtrat die strategischen Grundlagen für die zukünftige Sozial-, Gesundheits- und Alterspolitik gelegt worden sind, ging es im Jahre 2003 nebst der Abwicklung der alltäglichen Dienstleistungen vor allem um die organisatorische und inhaltliche Umsetzung in den einzelnen Politikbereichen.

Im organisatorisch-strukturellen Bereich wurde ein übergeordnetes Organisationsentwicklungsprojekt innerhalb der Sozialdirektion gestartet, das sich in drei Teilprojekte gliedert: Sozialamt, Sekretariat Vormundschaftsbehörde/Amtsvormundschaft, Schaffung neue Dienstabteilung Kinder/Jugend/Familie.

Dabei werden zwei Hauptziele anvisiert:

- Organisatorisch-strukturelle Bereinigung der einzelnen Abteilungen im Hinblick auf den Bezug des Sozialzentrums im Haus Rex
- Wirksamerer Mitteleinsatz durch eine bessere Koordination der Schnittstellen innerhalb der Sozialdirektion, der Stadtverwaltung und mit externen Leistungserbringern.

Hinter diesen Bemühungen steht zum einen die konsequente Umsetzung der Zusammenlegung der ehemaligen Bürgergemeinde und der Einwohnergemeinde und der Dauerauftrag für einen möglichst haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, um Freiraum für neue Aufgaben schaffen zu können. Zum andern geht es vor allem aber auch darum, den markant höheren Bedarf an Leistungen im Bereich Kinder- und Jugendschutz, Familienbegleitung und in der Minimalbetreuung von sozial schlecht integrierten, oft vereinsamten und kranken Personen bewältigen zu können. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass das Sozialamt die als Folge der wirtschaftlichen Rezession und des Abbaus der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gestiegene Fallzahl ohne zusätzliches Personal bewältigt.

Als ein schwieriges Teilprojekt erweist sich die neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Sozialbereich. Die Frage der Finanzen – neuer Finanzausgleich und neue Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden, kommender neuer Finanzausgleich und neue Aufgabenteilung Bund/Kantone, wirtschaftliche Rezession, Steuerabbau-Druck – beeinträchtigt alle Fragestellungen im Bereich von Organisation/Struktur und Qualität. Es kommt dazu, dass

sich die Projektphilosophie – konsequente Unterteilung in Kantons-, Gemeinde- und Verbundaufgaben – nur sehr schwierig in die Praxis umsetzen lässt. Das Bestreben der Stadt Luzern ist es dabei, ein Anwachsen der Zentrumslasten zu vermeiden. Darum kämpft sie einerseits für eine in der Qualität möglichst gleichmässige Versorgung aller Gebiete des Kantons und andererseits für die Beibehaltung des finanziellen Ausgleichs bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe.

Bei den Heimen und Alterssiedlungen HAS sind gleich drei von sechs Zentrumsleitungen neu besetzt worden. In der Frage des zukünftigen Verpflegungssystems wurde ein strategischer Grundsatzentscheid gefällt. Es geht darum, die drei gesetzten Anforderungen umzusetzen: Verbesserung der Qualität, grössere Flexibilität und mehr Einfluss der einzelnen Zentren, Einsparung von Kosten.

Im Investitionsbereich erwiesen sich die Investitionskosten für die Betagtenzentren und Heime als zu tief, obwohl bereits im Entwicklungsbericht zur stationären Alterspolitik markante Erhöhungen prognostiziert wurden.

Daraus resultierte eine Überarbeitung des gesamten Investitionsbedarfs in Verbindung mit der gesamtstädtischen Investitionspolitik der kommenden Jahre. Die grundsätzliche Ausrichtung – mehr Individualität/Intimität und mehr Wohnlichkeit – bleibt dabei weiterhin Richtschnur.

Mit dem Abschluss des Untersuchungsberichts wurden die Betagtenzentren, vor allem aber der Eichhof, wiederum von den tragischen Tötungsereignissen eingeholt. Der anstehende Prozess und die mittlerweile von einem Angehörigen eines Opfers eingereichte Klage auf Strafuntersuchung wird die Mitarbeitenden der Betagtenzentren, die Direktion und die Öffentlichkeit weiterhin belasten.

Bewährt hat sich die Übernahme des Präsidiums und der Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik durch die Sozialdirektion. Auf der einen Seite muss vieles, was sozialpolitisch auf Gemeindeebene entscheidende Wirkung hat, auf Bundes-, interkantonalen und kantonaler Ebene entschieden werden (Familienpolitik, neue Akzente bei der Invalidenversicherung usw.). Auf der andern Seite kann eine Stadt wie Luzern in der Zusammenarbeit und im Vergleich mit andern Städten enorm viel profitieren.

5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Bedarfsorientierte Steuerung im Sozial- und Gesundheitsbereich ist aufgebaut.
- Detailliertes Betriebskonzept für die Auskunft-, Beratungs- und Triagestelle ABT im Haus Rex ist entwickelt.
- Bedarfsgerechtes Angebot in der stationären Altersbetreuung ist entwickelt.
- Strukturbereinigung Kinder- und Jugendbereich/Soziokultur in der Bildungs- und Sozialdirektion in Koordination mit der Schulsozialarbeit ist durchgeführt.

Bedarfsorientierte Steuerung im Sozial- und Gesundheitsbereich ist aufgebaut

Im Berichtsjahr 2003 erfolgten insbesondere im Bereich der persönlichen Sozialhilfe viele interne und externe Abklärungen. Es stellte sich heraus, dass diesem Bereich bis anhin in der Stadt Luzern zu wenig Augenmerk geschenkt wurde und dass in den letzten Jahren aufgrund fehlender freiwilliger Angebote oftmals die teurere Variante von vormundschaftlichen Massnahmen angewandt wurde. In diesem Zusammenhang verfasste der Stab der Sozialdirektion einen Bericht über die Entwicklungen im Bereich der persönlichen Sozialhilfe (B 26/2003), welcher am 6. November 2003 vom Grossen Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Gestützt auf diesen Bericht begannen die einzelnen Verhandlungen mit Anbietern freiwilliger persönlicher Sozialhilfe, wie dem Hilfsverein für Psychischkranke des Kantons Luzern, der Pro Senectute Kanton Luzern und dem Verein Kirchliche Gassenarbeit. Das genaue Dienstleistungsangebot wird mittels Leistungsvereinbarungen ausgehandelt und insbesondere dort, wo möglich und notwendig, nebst der Sozialberatung auch Sachhilfe vereinbart, wie z. B. freiwillige Einkommensverwaltung. Dieser Bericht ermöglichte auch dem städtischen Sozialamt, eine eigene Stelle für freiwillige Einkommensverwaltung aufzubauen.

Für eine sinnvolle Steuerung der Angebote muss die Vernetzung mittels regelmässiger Koordinationsgespräche verschiedenster städtischer, kommunaler und kantonaler Institutionen im Fokus sein. Eine Herausforderung wird sein, den für eine bestimmte Zielgruppe ausgewiesenen Bedarf von allfällig persönlichen Bedürfnissen unterscheiden zu können. Regelmässige Fach- und Austauschgespräche werden deshalb angestrebt.

Im Gesundheitsbereich wurde auf Beginn des Berichtsjahres die Ortsgesundheitskommission stark verkleinert, damit ein kleineres Gremium effizienter und effektiver die strategische Arbeit in den Bereichen Gesundheit, Gesundheitsförderung und Prävention angehen und

vermehrt steuern kann. Schwerpunkt ist die Thematik Kinder und Jugendliche. Es wurde eine Verordnung über die Ortsgesundheitskommission erarbeitet, welche am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist.

Detailliertes Betriebskonzept für die Auskunft-, Beratungs- und Triagestelle ABT im Haus Rex ist entwickelt

Im Grossen Stadtrat vom 12. Juni 2003 wurde das detaillierte Betriebskonzept der Auskunft- und Triagerungsstelle Sozial Info Rex zustimmend zur Kenntnis genommen. Aufgabe der neuen Fachstelle, welche dem städtischen Sozialamt angegliedert sein wird, ist die direkte Auskunftserteilung und Triage an die jeweils zuständige Fachstelle. Ebenfalls sollen ein EDV-System und eine Dokumentation, im Sinne eines Schlagwortverzeichnis mit dazugehörigem Dokumentationsmaterial über die verschiedenen Lebenslagethemen, Auskunft geben. Kundinnen und Kunden sollen im Sinne von Eigenverantwortlichkeit selbstständig Antworten für den sie interessierenden Problembereich suchen.

Die neu zu schaffende Stelle Sozial Info Rex im Sozialzentrum Rex wird aufgrund ihrer seismografischen Funktion aufzeigen, in welchen Feldern der persönlichen Sozialhilfe weiterhin Lücken bestehen, die gestützt auf das Sozialhilfegesetz zu schliessen sind.

Bedarfsgerechtes Angebot in der stationären Altersbetreuung ist entwickelt

Die Bestrebungen zur Sicherung eines bedarfsgerechten Angebots in der stationären Altersbetreuung wurden fortgesetzt:

Die zwei Berichte "Demenzgerechte städtische Alters- und Pflegeheime" sind in der Vernehmlassung positiv aufgenommen worden. Als erster Umsetzungsschritt wird nun ein Konzept für spezialisierte Demenzbetreuung erarbeitet, das im Betagtenzentrum Dreilinden im Jahr 2005 erstmals umgesetzt werden soll.

Eine weitere Projektgruppe, die zur Ablösung

des Pflegeheims Hirschpark durch eine Erweiterung der Pflegewohnungen (auf 2006) eingesetzt wurde, überarbeitete im ersten Jahr das bestehende Konzept der Pflegewohnungen. Ziel ist ein zukunftsweisendes Konzept, das auch bei einer Vergrößerung der Pflegewohnungen bewohnerorientiert und wirtschaftlich ist. Das Konzept befindet sich zurzeit in der Vernehmlassung.

Zur Kompensation von verloren gegangenen Wohnheimplätzen (Umbau Wohnheim 2 im BZE u. a.) bewilligte der Grosse Stadtrat im Herbst den Aufbau eines Wohnheimangebots in den untersten vier Stockwerken des Hochhauses Eichhof, mit vergrössertem Dienstleistungsangebot für die Mieter/innen der Alterswohnungen. Die Eröffnung eines ersten Teilangebots erfolgt nach den notwendigen Vorbereitungsarbeiten (Einrichten und Personalsuche) im März 2004.

Zur Steuerung und Koordination sämtlicher Bauvorhaben der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen wurde Anfang Jahr eine eigene Projektorganisation aufgebaut.

Für den Umbau des Pflegeheims Eichhof lag im Sommer das Ergebnis des selektiven Verfahrens mit Studienauftrag vor. Die Kostenberechnungen des Siegerprojekts machten dann allerdings einen Zwischenhalt notwendig. Im November beschloss der Stadtrat, die laufenden Projekte wie folgt weiterzubearbeiten:

- Pflegeheim Eichhof: Überarbeitung des Siegerprojekts

- Wohnheim Wesemlin: Durchführung einer Machbarkeitsstudie
- Betagtenzentrum Dreilinden: Durchführung einer Nutzungs- und Entwicklungsstudie
- Provisorien: Weiterbearbeitung

Strukturbereinigung Kinder- und Jugendbereich/Soziokultur in der Bildungs- und Sozialdirektion in Koordination mit der Schulsozialarbeit ist durchgeführt

Der Stadtrat beschloss auf Sommer 2004 die Schaffung einer neuen Dienstabteilung Kinder, Jugend und Familie (KJF) in der Sozialdirektion. Eine Projektorganisation, bestehend aus Vertretungen der Bildungs-, Sicherheits-, Finanz- und Sozialdirektion, entwickelte ein Konzept für dieses neue Kompetenzzentrum. In diesem werden die Bereiche Animation/Partizipation, familienergänzende Kinderbetreuung (Krippen, Horte), die Kinder- und Jugend-siedlung Utenberg sowie das (Beratungs-) Team des Kindes- und Jugendschutzes der Amtsvormundschaft zusammengefasst. Im Bereich des gesetzlichen Kindes- und Jugendschutzes nehmen die Fallzahlen stark zu. Um möglichst viele Kinder, Jugendliche und Familien auf freiwilliger Basis beraten und unterstützen zu können, wird die psychosoziale Beratung ausgebaut. Dieser Zusammenhang und die entsprechende Koordination wird im B+A Schulsozialarbeit aufgezeigt werden.

5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
in Fr. 1'000.-												
K211	Stab Sozialdirektion	1'304	1'248	56	4%	5	2	3		(1'299)	53	
K212	Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV- Zweigstelle	1'137	1'135	2	0%	253	243	10	4%	(884)		8
K213	Amtsvormundschaft	3'678	3'450	228	7%	327	188	139	74%	(3'351)	89	
K214	Sozialamt	3'910	3'922	-13	0%	11	11	0	0%	(3'899)		12
K215	Heime und Alters- siedlungen	1'581	1'538	43	3%	1'581	1'538	43	3%	0		
K216	Sekretariat Vor- mundschaftsbehörde <i>Spezialaufgaben</i>	1'468	1'487	-18	-1%	137	166	-29	-17%	(1'331)	10	
K220	Gesundheitsdienste	95	111	-15	-14%	0	0	0		(95)		16
K221	Wirtschaftliche Sozialhilfe	44'775	33'895	10'880	32%	34'350	26'030	8'320	32%	(10'425)	2'560	
K222	Alimentenbevor- schussung, Ink.Hilfe	2'734	3'100	-366	-12%	1'791	2'125	-334	-16%	(943)		32
K223	Bestattungskosten für mittellose Verstorbene	33	25	8	32%	2	4	-2	-50%	(31)	9	
K226	Konzert der Stadt Luzern	0	0	0		0	0	0		0		
K227	Gastarbeiter- betreuung	78	80	-2	-3%	0	0	0		(78)		2
K228	Kinderkrippe Eichhörli <i>Beitragswesen</i>	295	279	17	6%	104	116	-12	-10%	(191)	29	
K274	Gesundheit	3	36	-33		0	0	0		(3)		33
K275	Soziale Wohlfahrt	30'935	27'438	3'498	13%	27	0	27		(30'908)	3'470	
K278	Volkswirtschaft <i>Spezial- finanzierungen</i>	363	398	-35	-9%	0	0	0		(363)		35
K290	BZ Eichhof	22'036	21'764	272	1%	21'631	20'457	1'174	6%	(405)		902
K291	BZ Dreilinden	12'191	12'404	-213	-2%	11'808	11'487	321	3%	(383)		535
K292	BZ Rosenberg	10'333	10'354	-21	0%	10'372	10'534	-162	-2%	38	141	
K293	BZ Wesemlin	11'147	10'967	180	2%	10'692	10'100	592	6%	(454)		413
K294	Pflegeheim Hirschpark	5'267	5'278	-11	0%	4'887	4'779	108	2%	(379)		120
K295	Pflegewohnungen	2'639	2'239	400	18%	1'617	1'687	-70	-4%	(1'022)	469	
K296	Tagesheim Eichhof	441	416	25	6%	256	221	35	16%	(185)		10
K297	Alterssiedlungen	1'887	1'905	-18	-1%	2'737	2'719	18	1%	850		36
K298	Kinder- und Jugend- siedlung Utenberg	6'300	6'542	-242	-4%	6'548	5'852	696	12%	247		937
Total		164'630	150'011	14'622	10%	109'136	98'259	10'877	11%	-55'494	6'830	3'091
Nettover- schlechterung												3'739

Die Sozialdirektion schliesst bei einem Aufwand von Fr. 164'630'000.- mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 3'739'000.-, oder 2,49 % ab.

Dies ist v. a. auf folgende Punkte zurückzuführen:

Infolge der schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöhte sich der Nettomehr-

aufwand bei der WSH um Fr. 3,3 Mio. Demgegenüber steht ein Mehrertrag - vor allem bei der Mutterschaftsbeihilfe - von Fr. 0,4 Mio., da der letztmalige Kantonsbeitrag nicht im Budget enthalten war. Aus dem kantonalen Ausgleichsfonds resultierte ein um knapp Fr. 0,3 Mio. höherer Ertrag. Dies führt insgesamt zu den Fr. 2,56 Mio. Mehraufwand.

Soziale Wohlfahrt: Im Zeitpunkt der Budgetierung war das Ausmass der Erhöhung der einzelnen Kantonsbeiträge (IV/AHV/Heimfinanzierung) noch nicht bekannt. Dieser Mehraufwand beträgt Fr. 3,47 Mio.

Im Stab resultierten Mehrkosten aus dem Aufbau des Projekts "Umsetzung der neuen städtischen Krippenpolitik". Auch wurden durch eine gesundheitlich bedingte Langzeitabsenz eines Mitarbeiters Mehrkosten verursacht.

In der Amtsvormundschaft erfolgte mit zusätzlichem Personaleinsatz ein Pendenzenabbau, der auch zu entsprechenden Mehrerträgen führte. Unfallbedingte Ausfälle konnten teilweise mit SUVA-Taggeldern abgedeckt werden.

Das Sozialamt verzeichnete zwei Mutterschaftsurlaube und eine Überlappung bei einer Personalmutation. Zusätzlich wurde eine Praktikantenstelle geschaffen.

Die Kosten für die Alimentenbevorschussung nahmen um zirka Fr. 0,4 Mio. zu; diese Mehr-

ausgaben konnten zu einem grossen Teil mit entsprechenden Rückzahlungen kompensiert werden.

Die Kinderkrippe Eichhörnli ist noch in der Pilotphase, darum fehlten entsprechende Erfahrungswerte, und es wurde zu tief budgetiert. Die Auslastung war im ersten Halbjahr noch ungenügend, nahm aber in der zweiten Jahreshälfte zu.

Die Aufgabe Gesundheit / Wartegelder Hebammen ist an den Kanton übergegangen.

Das erheblich bessere Ergebnis bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist einerseits auf einen nicht vollständig ausgenützten Personaletat, andererseits auf die Praxisänderung zurückzuführen, dass die von der Stadt getragenen Raumkosten als Ertrag ausgewiesen werden. Die entsprechenden Kosten erscheinen auf dem Konto 2758.363.00.

Die Abteilung HAS hat ein um Fr. 1,4 Mio. besseres Ergebnis. Dieses wird im nachstehenden Teil des Globalbudgets näher kommentiert.

5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Im Jahr 2003 wurden 170 Kleinkinder zwischen 2 Monaten und 5 Jahren in einer städtisch subventionierten Krippe oder durch eine Tagesmutter betreut. Für diese Betreuung wurden im Berichtsjahr neue Rechtsgrundlagen geschaffen: Im Juni verabschiedete das Stadtparlament ein neues Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung, das die Basis schafft für eine leistungsorientierte Förderung und Finanzierung des Fachbereichs. Es ermöglicht, die subventionierten Angebote zu koordinieren und mit Leistungsvereinbarungen quantitativ und qualitativ zu steuern. Finanziert wird der Fachbereich Kinderbetreuung/ Vorschule ab dem kommenden Jahr mit einem Rahmenkredit, der neben Subventionen und Fördergeldern auch die verwaltungsinternen Aufwendungen umfasst. Für 2004 genehmigte das Parlament einen entsprechenden Kredit von Fr. 1,4 Mio.

Die neuen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung wurden so gestaltet, dass insbesondere auch die Familien in der Stadt Luzern konkret profitieren. So werden mit der neuen Elternbeitragsverordnung die Eltern tarife in den subventionierten Institutionen systematisch vereinheitlicht und tendenziell gesenkt. Und die städtische Internet-Seite enthält erstmals übersichtliche Informationen über die aktuellen Betreuungsangebote.

Die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschul- und im Schulalter wird im Sommer 2004 in das neu zu schaffende Kompetenzzentrum Kinder, Jugend und Familie integriert.

Zur Umsetzung der strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik (B+A 12/ 2002) wurden weitere Leistungsvereinbarungen mit externen Leistungserbringenden abgeschlossen: so mit der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern FABIA und der Fachstelle für Suchtprävention Drogen Forum Innerschweiz DFI. Mit der Ärztesgesellschaft Stadt Luzern wurde eine Leistungsvereinbarung zur Sicherstellung des ärztlichen Notfalldienstes auf dem Gebiet der Stadt Luzern vereinbart.

Die Leitung der Sozialdirektion übernahm das Präsidium und die Geschäftsstelle der schweizerischen Städteinitiative Sozialpolitik. Die Städteinitiative ist ein Zusammenschluss von 50 der grösseren Städte der Schweiz mit dem Ziel, die Anliegen der Städte im sozialpolitischen Bereich auf Bundesebene zu vertreten. Dieses Engagement ermöglicht der Stadt

Luzern bessere Vernetzungen und schafft Synergien.

Kinderkrippe Eichhörni

Die Kinderkrippe erfreut sich einer guten Nachfrage. Sowohl Mitarbeitende des Alters- und Pflegeheimbereiches HAS als auch Mitarbeitende der Stadtverwaltung und Bewohnende aus dem Quartier nutzen das Angebot. Per 2004 wechselte die Trägerschaftsverantwortung vom Betagtenzentrum Eichhof zum Stab Sozialdirektion. Um die zweijährige Pilotphase auswerten zu können, wird eine externe Evaluationsstudie durchgeführt. Diese soll auch betriebswirtschaftliche Daten sowie Vorschläge zur zukünftigen Trägerschaft (verwaltungsintern oder -extern) aufzeigen.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Im Berichtsjahr hat sich die allgemeine Konjunkturlage nochmals verschlechtert. Bei der AHV-Zweigstelle hat sich dies hauptsächlich bei der Zunahme der Anzahl Anmeldungen für die individuelle Prämienverbilligung gezeigt. Auch hat die Zahl der Bezüger und Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen zur AHV- oder IV-Rente wieder zugenommen.

Im Arbeitsamt hat die Zahl der erwerbslosen Personen jeden Monat zugenommen. Auch die saisonal bedingte Entlastung im Frühjahr und Sommer ist im Berichtsjahr ausgeblieben. Durchschnittlich meldeten sich pro Monat 229 Personen an, abgemeldet haben sich aber im Durchschnitt nur 122 Personen. Im November und Dezember waren erstmals seit den frühen Neunzigerjahren wieder über 2'000 Erwerbslose registriert.

Sozialamt

Die Fallzahlen sind bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Alimentenhilfe im Vergleich zum Vorjahr bis gegen 10 % angestiegen. Für den Mehraufwand wurde nicht zusätzliches Personal rekrutiert, sondern die Fallbelastung der Mitarbeitenden erhöht. Das für das Controlling zuständige Personal musste für Neuaufnahmen eingesetzt werden. Die Belastung der Mitarbeitenden ist nicht nur wegen den Fallzahlen, sondern auch wegen der Komplexität der Fälle und der lang andauernden Rezession sowie der daraus folgenden längeren Sozialhilfeabhängigkeit sehr hoch.

Auffallend war die grössere Nachfrage nach Sozialhilfe im 2. Semester des Berichtsjahres. Dies ist nicht zuletzt auf die Verkürzung der Bezugsberechtigung bei der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen.

Langzeitarbeitslose kommen früher in die Sozialhilfe. Junge Erwachsene haben Karenzfristen, bis sie Arbeitslosenversicherungsleistungen beziehen können. In der Zwischenzeit ist das Sozialamt für die Existenzsicherung zuständig.

Arbeit statt Fürsorge gilt seit einigen Jahren als Orientierung bei den Neuerungen in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe. Die ausgearbeiteten Anreizmodelle aus Basel und Zürich sind für Luzern nicht umsetzbar. Mit einer aussenstehenden Fachperson erarbeitete das Sozialamt ein Modell für die Stadt Luzern, welches pragmatisch das bestehende System der SKOS anwendet: knappe finanzielle Anreize, aber umso mehr persönliche Beratung. Durch interne Pensenverlagerungen wurde eine Fachstelle für Arbeit eingerichtet. Die Arbeitsschwerpunkte dieser Fachstelle liegen in der vertieften Abklärung von arbeitsmarktlichen Problemen und Fragestellungen sowie im Ergreifen von geeigneten Massnahmen, wobei die dauerhafte Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt an erster Stelle steht. Die bisher gemachten Erfahrungen sind äusserst positiv.

Amtsvormundschaft

Seit Frühjahr 2003 arbeiten die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft in neu zusammengesetzten Teams. In einem Team werden Massnahmen für Kinder und Jugendliche und in zwei Teams Massnahmen für Erwachsene geführt. Die Umsetzung der neuen Teamzuweisung verlief erfolgreich und hat sich bewährt. Insbesondere für die Mitarbeitenden des Teams Kinder und Jugend erleichtert die Zusammenarbeit in einem Team den Fachaus-tausch und die gegenseitige Unterstützung. Ihre Fachfragen und Anliegen haben innerhalb der Amtsvormundschaft mehr Gewicht erhalten.

Die stark gestiegenen Fallzahlen bei gleich bleibendem Personalbestand führten in den Vorjahren zu einem Anstieg der Pendenzen. Diese konnten in diesem Jahr dank grossem Einsatz aller Mitarbeitenden und der Anstellung von zusätzlichem Personal massgeblich reduziert werden. Die Aufarbeitung rückständiger Berichte und Abrechnungen führte zu Mehreinnahmen. Zudem wurden überdurchschnittlich viele Massnahmen abgeschlossen oder übertragen. Für das laufende Jahr

konnte dadurch ein weiteres Ansteigen der Massnahmenzahlen verhindert werden. Dies trifft allerdings für die Kinderschutzmassnahmen nicht zu. In diesem Bereich sind überdurchschnittlich viele Neuzugänge zu verzeichnen. Damit ein weiterer Anstieg in Grenzen gehalten werden kann, braucht es das ergänzende Angebot einer präventiv wirkenden psychosozialen Beratung, wie sie das ehemalige Jugendsekretariat kannte.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Das geltende Vormundschaftsrecht ist seit seinem In-Kraft-Treten im Jahre 1912 – abgesehen von den Bestimmungen über die fürsorgliche Freiheitsentziehung – praktisch unverändert geblieben. Seit Jahren wird darüber diskutiert, dass es den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und Anschauungen nicht mehr entspricht. Im Herbst 2003 gelangten der Entwurf zum neuen Erwachsenenschutzrecht sowie ein Expertenvorschlag für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in Vernehmlassung. Wesentliche Ziele der beiden Entwürfe sind die Förderung des Selbstbestimmungsrechts durch eigene Vorsorge (Vorsorgeaufträge und Patientenverfügung), die Stärkung der Solidarität innerhalb der Familie und Entlastung des Staates, behördliche massgeschneiderte Massnahmen auf den Einzelfall, Beseitigung stigmatisierender Ausdrücke (wie Entmündigung, lasterhafter Lebenswandel, Misswirtschaft usw.), Verbesserung des Rechtsschutzes und Schliessung der Lücken bei der fürsorglichen Freiheitsentziehung, besserer Schutz urteilsunfähiger Personen in Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Reform der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Forderung nach unabhängigen, unparteiischen und interdisziplinär zusammengesetzten Fachgremien) und Ersetzen der heutigen Zuständigkeiten und von Kanton zu Kanton verschiedenen Verfahren durch eine landesweit einheitliche Zuständigkeit sowie ein bundesrechtlich geregeltes Verfahren. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde hat in verschiedenen Gremien zu den vorgesehenen und dringend notwendigen Neuerungen Stellung genommen.

2003 hat sich vor allem der Abbau der Pendenzen bei den Berichts- und Rechnungsablagen in der Amtsvormundschaft auf die Tätigkeit des Sekretariats der Vormundschaftsbehörde ausgewirkt. Trotz der immer noch stetig wachsenden Zahl von Anträgen wurden wiederum weniger Massnahmen errichtet. Vor allem für betagte Menschen konnten mit

grossen Aufwand und dank intensiver Motivationsarbeit oft Lösungen im privaten Umfeld gefunden werden. Rund 30 % der gesamten Abklärungen betrafen die Situation von Kindern und vor allem Jugendlichen und deren Familien. Autoritätsverlust der Eltern und Lehrpersonen, Mangel an geeigneten Lehrstellen, ungewisse Zukunftsaussichten führen vermehrt schon in früher Pubertät zur Orientierungslosigkeit, die fachliche Unterstützung und Begleitung erfordert. Während in der Regel in früheren Jahren höchstens 1/3 der neu angeordneten Massnahmen Kinder und Jugendliche betrafen, wurden 2003 rund 45 % Kinderschutz- und 55 % Erwachsenenschutzmassnahmen angeordnet.

Heime und Alterssiedlungen

Die Dienstabteilung – im zweiten Jahr mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt – weist für 2003 einen erfreulich positiven Rechnungsabschluss aus. Das Trimestercontrolling auf Abteilungsebene hat sich bewährt. Es ermöglichte einen verbesserten Überblick und Prognosen, woraus rechtzeitig Massnahmen zur zielorientierten Steuerung abgeleitet werden konnten. Die Informatikinstrumente zum Controlling weisen jedoch nach wie vor grosse Lücken und Probleme auf, sodass den Kostenverantwortlichen in den Betagtenzentren, Heimen und Pflegewohnungen wichtige Kennzahlen nur dank grossen manuellen Vorleistungen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die zentrale Anmelde- und Beratungsstelle Wohnen im Alter hatte im Berichtsjahr das neue EDV-Programm RIMO für die städtische Liegenschaftenverwaltung zu installieren und in Betrieb zu nehmen. Mit der Alterssiedlung Rank verloren Ende Jahr die letzten Alterswohnungen der Stadt Luzern die Bundesbeiträge im Sinne des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG), was entsprechende Mietvertragsänderungen notwendig machte.

Organisatorisch sind die Cafeterias auf den 1.1.2003 von den Gastrodiensten auf die Betagtenzentren Dreilinden, Rosenberg und Wesemlin übergegangen. Gleichzeitig wechselte die Verrechnung von Cafeteria-Produkten seitens der Gastrodienste, indem neben den eigentlichen Warenkosten neu auch die Produktionskosten in Rechnung gestellt werden. Dies führte zu erheblichen Preisaufschlägen. Trotzdem ist der Übergang insgesamt positiv verlaufen. Im Herbst fällt dann der Stadtrat einen Vorentscheid zur Neuorga-

nisation von Produktion und Aufbereitung auch der restlichen Heimgastronomie. Die Umsetzung soll auf den 1.1.2005 vollzogen werden.

Zur Steuerung und Koordination der anstehenden Sanierungs- und Bauvorhaben im Heimbereich wurde Anfang Jahr eine eigene Projektorganisation aufgebaut. Diese beschäftigte sich im Berichtsjahr hauptsächlich mit der Umbauplanung des Pflegeheims Eichhof, des Wohnheims Wesemlin und mit der Provisoriumssuche.

Das pflegerische Qualitätsmanagement (PQM) befasste sich im Berichtsjahr vor allem mit der relativ aufwändigen, flächendeckenden Schulung des ersten Pflegestandards (Dekubitusprophylaxe). Mit der Rekrutierung von Pflegeexpertinnen in den Betagtenzentren sollen in Zukunft Qualitätsschulungen und Fallbesprechungen deutlich vereinfacht werden.

Anfang 2003 erfolgte die Einsetzung der neuen "Fachkommission für Weiterbildungsfragen". Diese soll die Dienstabteilung in fachlichen, praxisbezogenen und bildungspolitischen Fragen der Aus- und Weiterbildung im Pflegebereich beraten und unterstützen. Sie löst damit die bisherige Schulkommission der ursprünglichen Pflegehilfenschulung ab. Das zweite abteilungsinterne Weiterbildungsangebot "Weiterbildung Pflege" wurde 2003 erstmals in Form themenspezifischer "Module" angeboten, mit insgesamt gutem Erfolg. Im Frühjahr wurden zudem in Zusammenarbeit mit dem Personalamt ein "Wegweiser für Beratungsangebote" herausgegeben und einheitliche "Ausführungsbestimmungen für Aus-, Fort- und Weiterbildungen in der Pflege" verabschiedet.

Verschiedene weitere Arbeitsgruppen legten im 2003 der Geschäftsleitung ihren Bericht vor: Aufgrund des Schlussberichts zum zielgruppenspezifischen Personalmarketing im Pflegebereich konnten bereits erste Erfolg versprechende Massnahmen eingeleitet werden. Der Zwischenbericht zu neuen Arbeitszeitmodellen löste einen Auftrag zur Weiterarbeit aus. Das Konzept der Freiwilligenarbeit in den Heimen wurde verabschiedet und soll im Jahr 2004 umgesetzt werden. Die beiden Grundlagenberichte zur Betreuung Demenzkranker hat der Stadtrat zur Kenntnis genommen und die Erarbeitung eines Konzepts zur spezialisierten und zur integrierten Betreuung demenzkranker Menschen in Auftrag gegeben.

Im Mai 2003 führte die Dienstabteilung erstmals unter eigener Federführung eine Fachtagung mit dem Titel "Demenz und Lebensqualität" im Kultur- und Kongresszentrum Luzern KKL durch. Die Tagung fand über die Stadtgrenzen hinaus grossen Anklang und war inhaltlich und finanziell erfolgreich. In den nächsten Jahren sollen weitere ähnliche Tagungen durchgeführt werden.

Betagtenzentrum Eichhof

Im Berichtsjahr konnte der Eichhof sein 30-jähriges Jubiläum feiern. Mit einer Erlebnis- und Fortbildungswoche für Bewohner/innen und Mitarbeiter/innen, einem Jubiläumsausflug mit Dampfschiffen auf dem Vierwaldstättersee und vielen weiteren Aktivitäten wurde diesem Anlass gebührend Rechnung getragen.

Im Weiteren wurden der Umbau des Wohnheimes 2 vorangetrieben sowie die Projektarbeiten für die Sanierung des Pflegeheimes weitergeführt. Durch die Anschaffung eines neuen, modernen Heimbusses kann den Bewohnerinnen und Bewohnern in Zukunft ein bequemes und sicheres Fahren geboten werden. Im Qualitätsbereich sind insbesondere die Einführung und Schulung der Kinästhetik in der Pflege zu erwähnen sowie die verschiedenen Projekte der internen Qualitätsgruppe.

Früher als vorgesehen erfolgte am 1. November der Wechsel des Zentrumsleiters. Urs Hess hat zu diesem Zeitpunkt den Eichhof verlassen, und Marco Borsotti hat seine Nachfolge angetreten.

Der Eichhof steht vor einem intensiven Jahr. Bauprojekte, organisatorische Anpassungen, qualitätsfördernde Massnahmen in allen Bereichen sowie insbesondere die konsequente Ausrichtung aller Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen werden alle fördern. Eine angenehme Betriebskultur sowie eine gezielte Förderung der Mitarbeitenden sollen die Basis für eine erfolgreiche Zielerreichung bilden.

Betagtenzentrum Dreilinden

Das Jahr 2003 war geprägt von einer gewissen "Normalität", was nicht heissen soll, dass nicht an 365 Tagen mit grossem Engagement die Bewohner/innen begleitet, betreut und gepflegt wurden. Normalität bedeutet in diesem Falle, dass nicht grosse Projekte auf die Umsetzung warteten oder das Leitungs-

kader mit ausserordentlichen Aufträgen betraut war.

Im baulichen Bereich wurde die Zielrichtung auf funktionelle Anpassungen gelegt. Die Bewohnerbetreuung im Haus Pilatus konnte mit der Vergrösserung und Neugestaltung von zwei Wohn- und Essstuben mit integrierter Küche stark verbessert werden. Auch der Bewohnerkontakt untereinander kann so gefördert werden. Zudem besteht nun nicht mehr die Notwendigkeit, dass Bewohner/innen mit einer eingeschränkten Mobilität sich im Speisesaal verpflegen müssen. Im Haus Rigi konnten auf zwei Etagen die prekären Platzverhältnisse für das Erbringen der Grundpflege dank grosszügigen Duschanlagen markant verbessert werden. Zur Förderung der Sicherheit wurde der Verbindungsweg im Freien vom Haus Mythen ins Haus Pilatus mit einem Geländer versehen.

Ab dem 1. Januar wurde die Cafeteria vom Zentrum geführt. Der Wechsel von den Gastrodiensten in den Verantwortungsbereich der Zentrumsleitung hat gut funktioniert. Die erstmals übers Zentrum budgetierten Einnahmen konnten gar leicht überschritten werden.

Im Personalbereich wurde wiederum ein grosses Gewicht auf die Fort- und Weiterbildung gelegt. Das Interesse bei den Pflegenden, sich gezielt weiterbilden zu lassen, ist sehr gross. Neben der allgemeinen Fachvertiefung wurden die Schwerpunkte auf den Qualitätsstandard Dekubitus sowie auf die Kinästhetik gelegt.

Sicher war der im Frühling angekündigte Austritt von Jules Frey als Zentrumsleiter auf Ende Februar 2004 für alle eine grosse Überraschung. Mit der Nachfolge von Marianne Wimmer, vorher verantwortlich für die Pflege, konnte eine kompetente Nachfolge innerhalb des Betriebes gefunden werden. Aufgrund der Kündigung der Assistentin Leitung Pflege Mitte Jahr und des sich abzeichnenden Funktionswechsels der Leitung Pflege per 1.1.2004 wurde im Herbst ein neues Leitungsteam rekrutiert. Mit Regula Bachmann Jenny und Beat Oehen konnten zwei führungserfahrene Kadermitarbeiter gefunden werden.

Betagtenzentrum Rosenberg

Das Jahr 2003 war von verschiedenen Schwerpunkten geprägt. Drei sind speziell zu erwähnen: wichtige Anpassungen in der Infrastruktur, das Projekt der Organisationsentwicklung und der Wechsel in der Zentrumsleitung.

Im Oktober konnten die zu einem Wohnraum umgebauten Balkone eingeweiht und den Bewohnerinnen und Bewohnern zur Nutzung übergeben werden. Sie schätzen die lichtdurchfluteten Räume und die Verbesserung der Wohnlichkeit. Die Sicherheitsschwelle im Zufahrtsbereich zum Zentrum, deren Erstellung durch einen tragischen Unfall ausgelöst wurde, ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit der Bewohner/innen. Der Bau konnte im Spätherbst realisiert werden.

Das Dienstleistungs- und Betreuungskonzept sowie das Betriebskonzept waren die Ergebnisse der ersten Phase des breit angelegten Organisationsentwicklungsprozesses. Es gilt nun, die Konzepte umzusetzen und zu überprüfen. Insbesondere wird im Jahr 2004 ein Schwerpunkt in der Überprüfung und Erarbeitung des Leitbildes liegen.

Der Wechsel in der Zentrumsleitung stellt einen Einschnitt in der Geschichte des Rosenbergs dar. Josef Galetti, der das Zentrum seit seiner Eröffnung geleitet hatte, wurde pensioniert. Er übergab seine Aufgabe der neuen Zentrumsleiterin Cati Hürlimann. Sie wurde herzlich aufgenommen und führt nun den Rosenberg weiter.

Betagtenzentrum Wesemlin

Auch im 2003 war der nötige Umbau des Wohnheims ein wichtiges Arbeitsthema. Die im Vorjahr erarbeiteten Grundlagen wurden in Arbeitsgruppen weiter verfeinert. Hinsichtlich der sich abzeichnenden Verzögerung in der Realisierung der Gesamterneuerung wurden Schwerpunkte herausgearbeitet, welche im Sinne von Sofortmassnahmen einer vorgezogenen punktuellen Erneuerung zugeführt werden müssen. Dies betrifft insbesondere die veraltete und den heutigen Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügende Schwesternrufanlage, sanitäre Einrichtungen für die Körperpflege behinderter Bewohner/innen sowie die Schaffung einer verbesserten Aufenthalts- und Essmöglichkeit für pflegeabhängige Patienten auf den Abteilungen.

Neben stadtübergreifenden Projekten zum Ausbau der Pflegequalität sind auch interne

Massnahmen zur Verbesserung und Vereinheitlichung der Leistungen in der Pflege ergriffen und umgesetzt worden. Dazu gehören insbesondere die Erhöhung des Anteils an Fachkompetenz durch vermehrte Einstellung von ausgebildeten Fachkräften anstelle von Mitarbeitenden ohne Ausbildung sowie die Umstrukturierungen einzelner Teams.

Daneben kann im BZW das Jahr 2003 als das Jahr der Gastronomie bezeichnet werden. Die Philosophie einer gelebten Gastronomie kommt immer mehr zum Tragen und wird auch von den Pflegenden als zweites Kerngeschäft anerkannt. Wenn auch nicht quantifizierbar sind die Auswirkungen in Form von sichtbar verbesserter Lebensqualität und -freude, vermehrter Inanspruchnahme alternativer Angebote und verminderter Krankheitsanfälligkeit offensichtlich. Erstaunlichster Ausdruck der veränderten Essgewohnheiten aufgrund der gepflegteren Gastronomie sind der markant gestiegene Salat- und Fruchtekonsum sowie die augenfällig längere Verweildauer der Bewohner/innen im Speisesaal während der Essenszeiten. Zur verbesserten Esskultur trägt auch der Grundsatz bei, dass im BZW den Bewohnerinnen und Bewohnern die Getränke ausgeschenkt werden, und zwar in einem reichhaltigen Auswahlsortiment, nicht bloss im Speisesaal, sondern auch auf den Pflegegruppen.

Pflegeheim Hirschpark

Die Überführung des Pflegeheimes Hirschpark in Pflegewohnungen im Jahr 2006 hat erste Aktivitäten ausgelöst. Eine Projektgruppe mit Mitarbeiterinnen der Pflegewohnungen und des Pflegeheimes Hirschpark erarbeitete als Erstes ein Pflege- und Betreuungskonzept, welches den Mitarbeiterinnen nach der Genehmigung der Steuergruppe vorgestellt wurde.

Im Herbst konnten leere Betten erst nach längerer Zeit wieder besetzt werden. Die oft genannten Gründe wie schlechte Erreichbarkeit, kein Bezug zu einem Quartier, Nähe von Spital und Psychiatrie, fehlende Cafeteria usw. zeigen auf, wie richtig der Entscheid für einen Umzug in neue Räumlichkeiten ist.

Die Erarbeitung des Dekubitus-Standards und das Audit der Krankenkasse CSS führten zu einer Optimierung der Pflegedokumentation und somit auch der besseren Nachweisbarkeit der Leistungen in der Pflege.

Auf drei von insgesamt sechs Pflegegruppen fand ein Führungswechsel statt, was Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im Pflegekader mit sich brachte. Im Rahmen einer Supervision werden die neuen Fragen bearbeitet.

Im September wurde von der Abteilung HAS die Qualitätskontrolle (Zwischenbefragung) durchgeführt. Die Rückmeldungen der Angehörigen und der Mitarbeiterinnen sind nach wie vor positiv, mit Ausnahme der Infrastruktur, deren Bewertung tiefer war als beim letzten Mal.

Pflegewohnungen

Im April konnten Bewohnende und Mitarbeitende die neue Pflegewohnung Imfangstrasse 2 beziehen. Die Genossenschaft für Arbeiterwohnungen, GEFA, vermietet der Stadt Luzern drei 4½-Zimmer-Wohnungen, die soweit nötig und möglich baulich angepasst wurden. Die neun Einzelzimmer, die grosszügigen, hellen Wohnräume, die einladenden Balkone und der Gartensitzplatz bieten mehr Komfort und Lebensqualität. Technische Einrichtungen wie Schwesternruf- und Brandmeldeanlage tragen zu erhöhter Sicherheit bei. Die in der letzten Qualitätsumfrage sehr tief bewertete Infrastruktur wird durch die neue Wohnung markant verbessert. Dass der Umzug geglückt und reibungslos verlaufen ist, ist allen Beteiligten und der guten Unterstützung durch Mitarbeitende des Tagesheimes und der Betagtenzentren zu verdanken. Ebenfalls im Sinne der Verbesserung der Infrastruktur wurden in der Pflegewohnung Studhaldenhöhe 12 a alle Zimmer mit Telefonanschlüssen nachgerüstet. Im März konnte die Leiterin an der Taubenhausstrasse einen eigenen Büroraum beziehen. Gesamthaft schlagen sich diese Verbesserungen in höheren Mietkosten nieder.

Mit der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern, ABL, konnte die Detailplanung für die Erweiterung der Pflegewohnungen um etwa 20 Plätze in Tribtschenstadt begonnen werden. Das Projekt der Zusammenführung Pflegeheim Hirschkamp und Pflegewohnungen wurde gestartet. Als Erstes befasste sich eine Arbeitsgruppe mit dem Erstellen eines Grobkonzeptes.

In der Wohnung Studhalden waren Bewohnende und Mitarbeitende mit Abschied und Neubeginn stark konfrontiert. Der Wechsel der Bewohnenden war überdurchschnittlich: Sieben Personen sind im Jahre 2003 neu ein-

gezogen, bei insgesamt zehn Plätzen. Im Bereich Personal sanken sowohl Fluktuation wie Absenzen beachtlich. Den Mitarbeitenden standen interne und externe Weiterbildungsangebote offen. Schwerpunktthemen waren Demenz und Kinästhetik.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Kinder und Jugendliche

Für die Jugendlichen der Siedlung wurde die Suche nach einer Lehrstelle bedeutend schwieriger und aufwändiger als in früheren Jahren. Erstmals konnte nicht für alle Jugendlichen eine geeignete Ausbildungsstelle gefunden werden. Es erforderte viele Motivationshilfen und Gespräche der sozialpädagogischen Mitarbeitenden, um diese schwierigen Erfahrungen und Enttäuschungen aufzufangen.

Auch bei den Neuaufnahmen stellen wir fest, dass immer mehr Jugendliche vor Schulabschluss, ohne Zukunftsperspektiven und mit grossen psychischen Problemen in die Siedlung platziert werden.

Organisation, Mitarbeitende

Dr. Hans Häfliger trat Ende April 2003 nach 27-jähriger Tätigkeit als Heimarzt der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg in den Ruhestand. Dr. Philipp Trefny trat seine Nachfolge an. Gleichzeitig wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) ausgebaut. Frau Dr. Kaiser, Oberärztin am KJPD, steht der Siedlung konsiliarisch zur Seite. Damit reagierte die Siedlungsleitung auch auf die oben beschriebenen Probleme der Jugendlichen. Eine Arbeitsgruppe mit Mitarbeitenden der Siedlung erarbeitete verschiedene Unterlagen zum Thema "Nähe und Distanz im sozialpädagogischen Alltag" und zu möglichen Vorgehens- und Interventionsmöglichkeiten bei sexueller Gewalt.

Zweites Sanierungspaket

Der Regierungsrat hat am 4. November 2003 das zweite Sanierungspaket zur Renovation der KJU, unter Vorbehalt der Beteiligung der Stadt Luzern mit mindestens Fr. 300'000.– und der Genehmigung des Projektes durch das Bundesamt für Justiz (BJ), bewilligt. Die Stadt Luzern erhob gegen die Auflage der Eigenbeteiligung Einsprache. Aus diesen Gründen verzögern sich die Sanierungsarbeiten der KJU weiterhin.

Projekt Notaufnahme Utenberg

Die KJU hat dem Kanton am 9. März 2003 ein Konzept für eine Notaufnahmestation einge-

reicht. Das kantonale Sozialamt hat den Bedarf für zusätzliche Kriseninterventions- und Notfallplätze nachgewiesen und für das Jahr 2006 in der KJU eine Notaufnahmegruppe gemäss dem vorliegenden Konzept geplant. Aus finanziellen Gründen hat die Koordinationskommission des Kantons Luzern inzwischen jedoch ein Moratorium für neue Projekte unter dem Heimfinanzierungsgesetz erlassen. Der definitive Entscheid des Regierungsrates für eine Bewilligung der "Notaufnahme Utenberg" steht noch aus.

Spitex

Der Verein Spitex Luzern wird mittels einer Leistungsvereinbarung (Dauer 2003/2004) von der Stadt Luzern finanziell unterstützt. Spitex leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung und Erhaltung der Selbstständigkeit von

Menschen bei gesundheitlichen Einschränkungen. Verstärkt werden Menschen unterstützt, die psychisch erkrankt sind. Dies teilweise auch darum, weil die Kliniken überfüllt sind.

Seniorenrat

Der Stadtrat hat im März die neue Verordnung über den Seniorenrat verabschiedet. Diese ersetzt das frühere Reglement der Bürgergemeinde aus dem Jahr 1994. Im Berichtsjahr hat der Seniorenrat bereits zum dritten Mal die Jungseniorinnen- und -seniorenfeier durchgeführt. Der Anlass war auch dieses Jahr wieder ein Erfolg. Zusammen mit der Sozialdirektion und der Spitex wurde eine Vortragstrilogie durchgeführt zu den Themen KVG, Spitex; Heimtaxen, AHV, Ergänzungsleistungen sowie BVG.

5.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Die Auswahl wurde durch weitere Kennzahlen im Sozialbereich ergänzt.

5.1.4.1 Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, welches analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Miete höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können.

b) Ergebnis

Höhe der Zusatzleistungen insgesamt: (in Mio. Fr.)	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1,98	1,48	1,34	1,41	0,92	0,85	0,71

c) Spezifische Kennzahlen

Es wurden Zusatzleistungen ausgerichtet an:	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Haushalte am 1.1. Neuanmeldungen	1'375	1'031	1'048	1'100	1'075	1'333	1'200
Abgänge							54
Anzahl Haushalte am 31.12.							894
Davon Anzahl Frauen	894	655	648	668	649	772	360
Anzahl Männer	288	244	263	291	295	403	217
Anzahl Ehepaare	193	132	137	151	131	158	84
Die jährlichen Leistungen pro Haushalt betragen in Fr.							59
im Durchschnitt	1'437	1'437	1'283	1'290	856	642	365
im Minimum	60	60	60	60	60	60	60
im Maximum	8'052	8'686	8'928	7'880	6'260	8'712	6'104

d) Kommentar

Per 1. April 2003 wurden die Verbesserungen der Ergänzungsleistungen wirksam. Aus diesem Grund erfüllten viele Bezüger und Bezüger/innen von AHIZ die Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr. Der grösste Teil der Anspruchsberechtigten besteht nach wie vor aus ledigen, geschiedenen oder verwitweten Frauen, welche über keine oder nur sehr geringe Leistungen der 2. Säule verfügen.

5.1.4.2 Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Familien und allein Erziehende geraten aufgrund der Kosten, die im Zusammenhang mit der Erziehung, Betreuung, Schulung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen entstehen, oft in finanzielle Engpässe. Die FAZ hat den Zweck, die Abgeltung dieser Kosten zu verbessern. Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 13/2001 die Verlängerung des Reglements für weitere 5 Jahre beschlossen. Gleichzeitig wurden die Leistungen von max. Fr. 50.– pro Monat und Kind auf max. Fr. 100.– pro Monat und Kind verdoppelt.

b) Ergebnis

Höhe der Zusatzleistungen insgesamt:	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
in Fr.	44'968	49'725	51'338	56'770	93'284	143'335	141'211

c) Spezifische Kennzahlen

Es wurden Zusatzleistungen ausgerichtet an:	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Haushalte	34	43	44	49	46	67	66
Anzahl Kinder	76	87	91	103	83	125	128
Die jährlichen Leistungen betragen im Durchschnitt in Fr. pro Haushalt	1'322	1'156	1'166	1'158	2'027	2'139	2'139
pro Kind	591	571	564	551	1'123	1'146	1'103

d) Kommentar

Allein Erziehende, kinderreiche Familien und junge Familien gehören gemäss der nationalen wie auch der kantonalen Armutsstudie zu den Gruppen der überdurchschnittlich von Armut Betroffenen. Obwohl Hinweise auf diese Leistungen zusammen mit den Steuerunterlagen verschickt und regelmässig veröffentlicht werden, ist die Nachfrage immer noch gering. Im Berichtsjahr ist allerdings aufgefallen, dass etwa ein Drittel der vorherigen Bezüger/innen die Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt hat. Dafür sind ungefähr gleich viele erstmalige Anmeldungen eingegangen.

Über die zukünftige Förderung und Unterstützung der Familien wird zurzeit auf Bundes- und Kantonsebene intensiv debattiert. Für einkommensschwache Familien steht der Vorschlag von bedarfsgerechten Ergänzungsleistungen – wie im Kanton Tessin – zur Diskussion.

5.1.4.3 Übrige Aufgaben

a) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Arbeitsamtdossiers							
Anfangsbestand							1'822
Neuanmeldungen							2'812
Abmeldungen							2'561
Endbestand							2'073
Renten-Dossiers							
Anfangsbestand							7'251
Neuanmeldungen							754
Abgänge							746
Endbestand							7'259
Ergänzungsleistungs-Dossiers							
Anfangsbestand							3'099
Neuanmeldungen							637
Abgänge							538
Endbestand							3'198
Revisionen							665
Prämienverbilligung							
Anmeldungen				7'429	7'592	8'106	9'142
Mutationen							1'718
AHV-Unterstellung Selbständigerwerbende							
Anfangsbestand							2'790
Neuanmeldungen							763
Abgänge							174
Endbestand							3'379
AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige							
Anfangsbestand							2'419
Neuanmeldungen							762
Abgänge							255
Endbestand							2'926

b) Kommentar

Durch die Einführung der neuen Software TUTORIS ist es möglich, relativ einfach weitere Kennzahlen auszuweisen. Diese Zahlen vermitteln einen Einblick in die Vielfalt der Aufgaben im Bereiche der Sozialversicherungen und des Arbeitsamtes. Sie wird in Zukunft aber auch Abhängigkeiten im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung aufzeigen. Im Bereiche der Prämienverbilligung ist das Ansteigen der Anträge klar ersichtlich.

5.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe

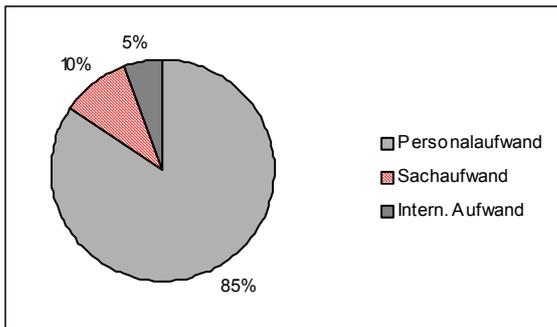
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der andern Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben 28,5 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

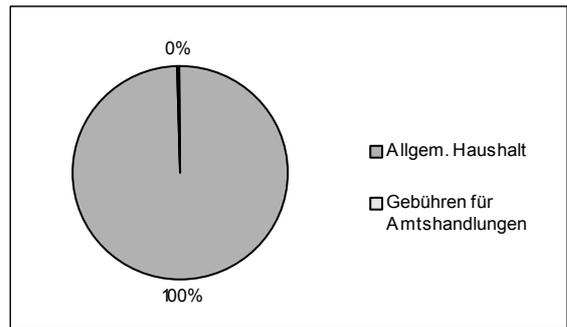
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	3'761'325	3'909'660	3'994'600	-12'640	0%	148'335	4%
Ertrag	12'213	10'669	11'000	-331	-3%	-1'544	-13%
Ergebnis	-3'749'112	-3'898'991	-3'911'300	12'309	0%	-149'879	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Ver- änd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH / Alimentenbevorschussung / Inkassohilfe)	1'614'580	1'518'341	1'570'273	1'575'089	1'666'969	5,8%
Nettokosten pro Personaleinheit	416'280	292'876	244'697	248'151	398'871	60,7%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,62	0,66	0,69	0,63	0,60	-4,8%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'241	1'186	1'123	1'169	1'194	2,1%

Kommentar

Die ausgewiesenen Kennzahlen sind nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar, da sie das erste Mal nach den Vorgaben des Kennzahlenprojektes der Städteinitiative erfasst wurden. Gemäss bisheriger Zählart wäre jedoch eine Zunahme der Fälle um 10 % zu verzeichnen.

5.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweiz. Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert. Der kantonale Ausgleichsfonds wurde eingerichtet, damit die Zentrumslasten der Stadt Luzern im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe gemildert werden. Bekanntlich ist gegen die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden des Kantons in der Stadt wohnhaft.

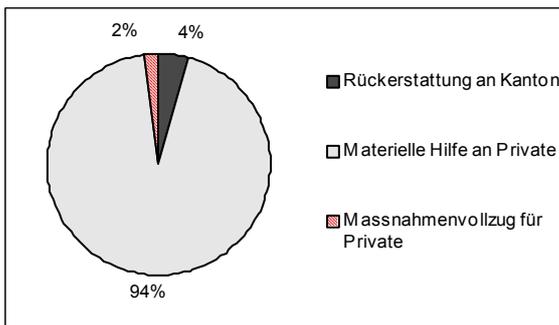
Die Gerichte können Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die straffällig werden, eine Massnahme in Form von z. B. einer Drogentherapie oder Arbeitserziehung verordnen. Die Finanzierung dieser Massnahme erfolgt jedoch durch die Wohngemeinde.

b) Ergebnis

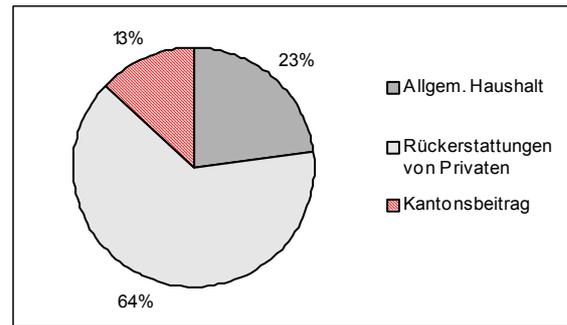
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	35'991'271	42'122'903	30'895'000	11'227'903	36%	6'131'632	17%
Ertrag	31'306'384	32'383'876	24'230'000	8'153'876	34%	1'077'492	3%
Ergebnis	-4'684'887	-9'739'027	-6'665'000	-3'074'027	-46%	-5'054'140	-108%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

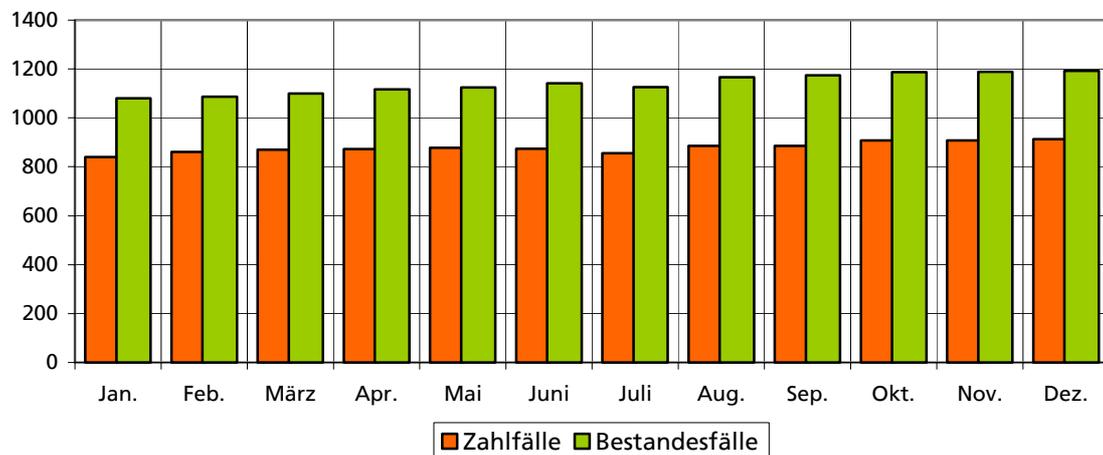
	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kumul.)	1'742	1'888	1'738	1'818	1603	-11,8%
Stadtbürger/innen	256	275	256	312	280	-10,3%
Kantonsbürger/innen	329	353	321	342	296	-13,5%
Ausserkantonale	699	757	712	758	656	-13,5%
Ausländer/innen	458	503	449	406	371	-8,6%
Nettoaufwand pro Dossier	5'377	3'703	2'462	2'577	6'076	135,8%

e) Kommentar

Die ausgewiesenen Kennzahlen sind nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar, da sie im Interesse der Vergleichbarkeit mit dem Kennzahlenprojekt der Städteinitiative anders erfasst wurden. Gestützt auf die herkömmliche Zählart ist eine generelle Zunahme der Fälle, insbesondere im Bereich der Neuzugänge, feststellbar; dies widerspiegelt sich aufgrund der neuen Erfassungsmethode jedoch nicht in der statistischen Darstellung.

Nachfolgend werden die Fallzahlenentwicklung sowie die Zu- und Abgänge für das Berichtsjahr dargestellt.

Entwicklung des Dossierbestandes der Wirtschaftlichen Sozialhilfe des Sozialamtes im Jahre 2003



Zahlfälle:

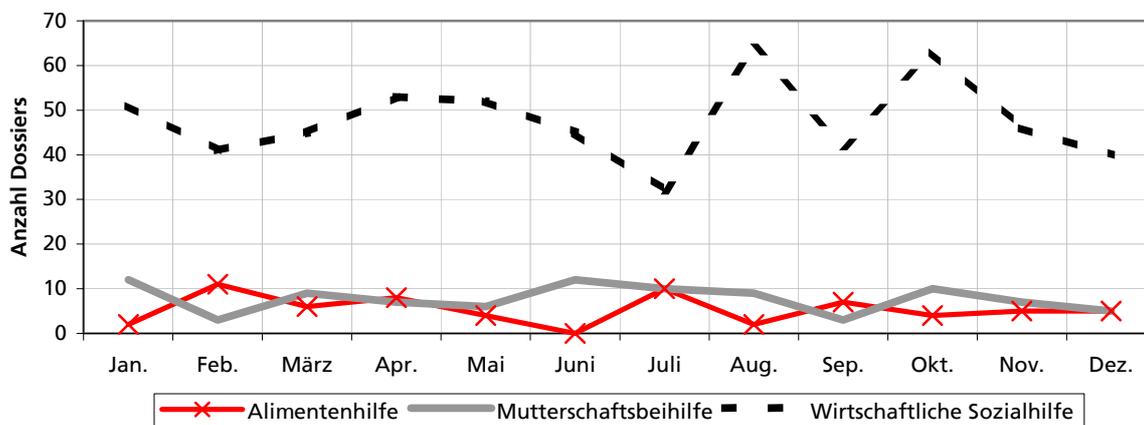
Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Bestandesfälle:

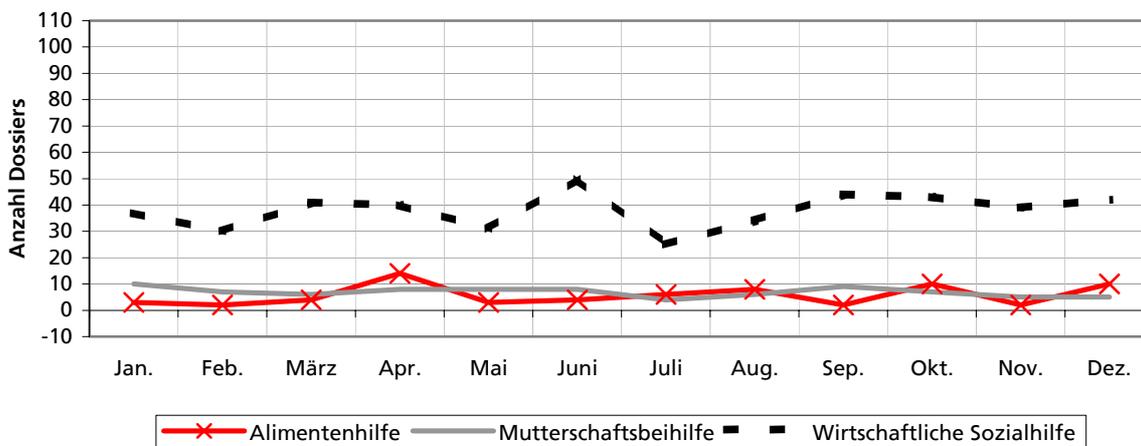
Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (hohe "Rückfallgefährdung").

Übersicht über die Zu- und Abgänge von Dossiers im Sozialamt

Zugänge von Dossiers im Sozialamt 2003



Abgänge von Dossiers im Sozialamt 2003



Die starke Fluktuation bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe verursacht hohe Verwaltungskosten.

5.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während 12 Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG). Sie versteht sich als eine Art "Ersatz" für eine Mutterschaftsversicherung.

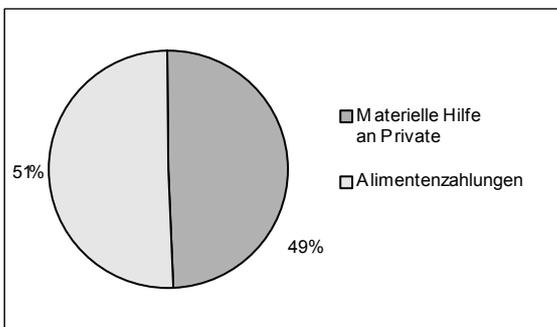
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente zu leisten, sofern diese nicht bevorschusst werden (§ 44 SHG).

b) Ergebnis

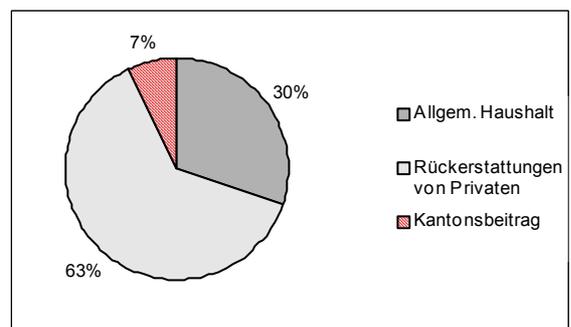
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	5'433'581	5'385'719	6'100'000	-714'281	-12%	-47'862	-1%
Ertrag	3'592'106	3'756'907	3'925'000	-168'093	-4%	164'801	5%
Ergebnis	-1'841'476	-1'628'812	-2'175'000	546'188	25%	212'664	12%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

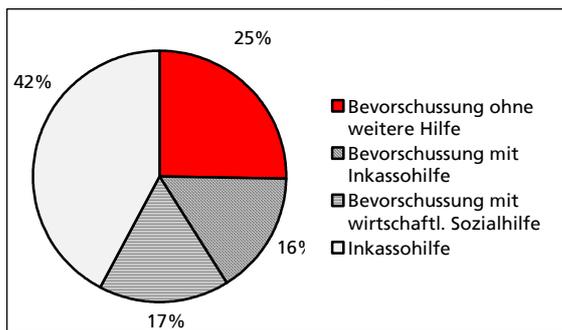
Mutterschaftsbeihilfe

	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl MBH (kumuliert)	166	149	150	0,7%
Bruttoauszahlungen	2'965'849	2'518'031	2'651'756	5,3%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	1'781'401	1'413'190	1'580'551	11,8%
Beitrag Kanton (für Vorjahr)	320'338	415'747	385'613	-7,2%
Nettoauszahlungen	864'110	689'094	685'592	-0,5%

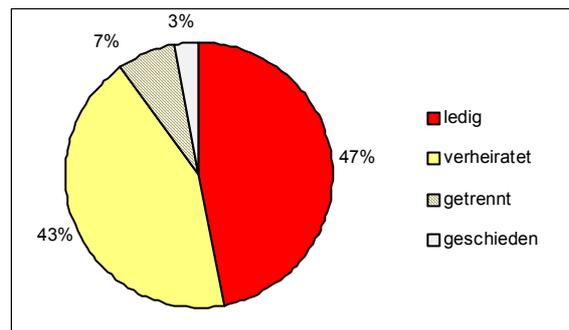
Alimentenhilfe

	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	547	616	598	-2,9%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kum.)	265	266	252	-5,3%
Bevorschusste Alimente	1'884'136	1'790'165	1'660'097	-7,3%
Rückerstattung / bez. Alimente	716'204	637'787	716'878	12,4%
Rückerstattungsquote	38%	36%	43%	19,4%
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	114	122	146	19,7%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'093'089	1'125'384	1'073'865	-4,6%

Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



e) Kommentar

Die Mutterschaftsbeihilfe hat sich im Umfang des Vorjahres entwickelt.

Die Aufwendungen für die Alimentenbevorschussung sind leicht zurückgegangen. Dank der ab 1. Januar 2003 bewilligten bescheidenen Personalaufstockung erfolgte eine intensivere Fallbearbeitung, weshalb vermehrt Bevorschussungen eingestellt werden konnten. Zudem konnten trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation 12 % mehr Einnahmen verzeichnet werden.

Analog zu den letzten Jahren wurde die Inkassohilfe auch im Berichtsjahr vermehrt in Anspruch genommen, sodass eine Zunahme zu verzeichnen ist.

5.1.4.7 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

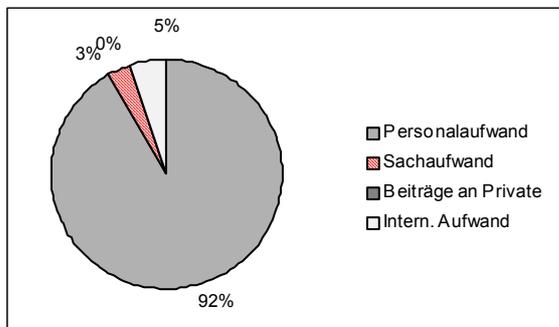
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft führen vormundschaftliche und familienrechtliche Massnahmen (Beistandschaften, Beiratschaften und Vormundschaften), die ihnen von der Vormundschaftsbehörde zugeteilt werden. Sie unterstützen und betreuen, in Zusammenarbeit mit der Fachadministration und der Kasse/Buchhaltung, die Klientinnen und Klienten in persönlicher, finanzieller und rechtlicher Hinsicht.

b) Ergebnis

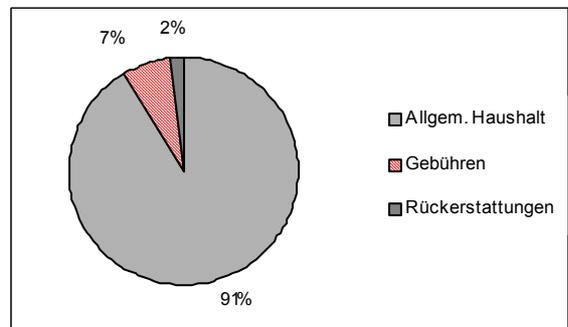
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	3'315'854	3'678'209	3'449'800	228'409	7%	362'355	11%
Ertrag	242'115	327'299	188'000	139'299	74%	85'184	35%
Ergebnis	-3'073'740	-3'350'910	-3'261'800	-89'110	-3%	-277'170	-9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd
Betreute Klientinnen und Klienten	855	879	911	971	968	0,3%
Davon gesetzliche Massnahmen	827	871	893	962	965	0,3%
Davon freie Beratungen Kinder/Jugendliche	28	8	18	9	3	-66,7%
Massnahmen/Beratungen Kinder/Jugendliche			234	253	259	2,4%
Massnahmen Erwachsene			677	718	709	-1,3%
Stellenprozent Mandatsträger/in	1'065	1'075	1'075	1'080	1'090	0,9%
Ø Anzahl Dossiers pro M'träger/in	80	82	85	90	89	-1,1%

e) Kommentar

Im Jahre 2003 wurden wesentlich mehr Berichte erstellt als im Vorjahr, womit entsprechend mehr Entschädigungen eingefordert werden konnten. Dies wie auch Nachzahlungen der SUVA für unfallbedingte Ausfälle von Mitarbeitenden des Vorjahres führten zu einer erheblichen Ertragssteigerung. Der Anstieg des Aufwands ist auf die Erhöhung des Personaletats um 300 % zurückzuführen.

Der Pendenzenabbau bewirkte neben mehr Erträgen auch vermehrte Aufhebungen und Übertragungen von Massnahmen. Damit konnte insgesamt ein weiteres Ansteigen der Massnahmenzahlen verhindert werden. Dies trifft allerdings nicht für die Kinderschuttmassnahmen zu, die trotz Pendenzenabbau weiterhin stark steigende Tendenz und mehr Komplexität zeigen.

5.1.4.8 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

a) Aufgaben / Dienstleistungen

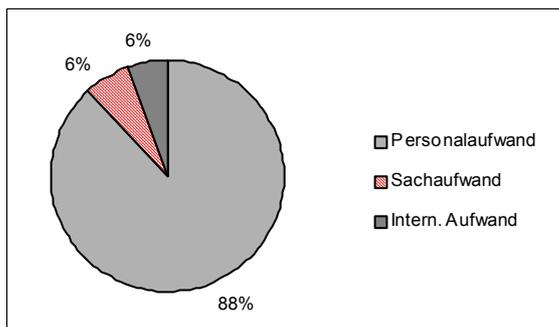
Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. In der Stadt ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig; er ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen, und stellt Anträge an den Regierungsrat im Rahmen des Adoptionsrechts und der Art. 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch.

b) Ergebnis

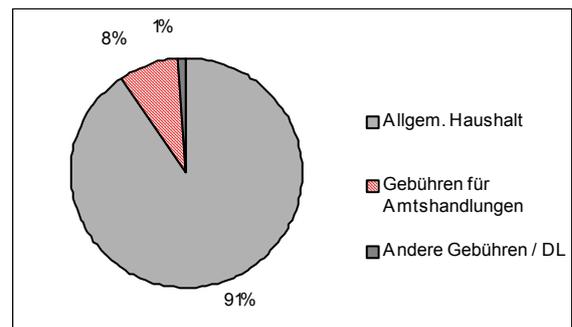
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'436'653	1'468'123	1'486'600	-18'477	-1%	31'471	2%
Ertrag	94'919	137'184	166'000	-28'816	-17%	42'265	45%
Ergebnis	-1'341'734	-1'330'939	-1'320'600	-10'339	-1%	10'795	1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	373	397	446	441	484	9,8%
Sozialabklärungen	323	343	362	350	375	7,1%
Neuanordnungen Massnahmen	146	183	161	181	153	-15,5%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	117	135	134	141	167	18,4%
Berichtsabnahmen	376	444	403	375	553	47,5%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen	79	81	86	82	97	18,3%
Zustimmungsgeschäfte	49	51	68	88	76	-13,6%
Diverse Geschäfte	131	38	81	78	142	82,1%
Inventare	96	70	90	74	66	-10,8%

e) Kommentar

2003 hat die Amtsvormundschaft einen grossen Teil der Pendenzen bei den Berichts- und Rechnungsablagen aufgearbeitet. Die Anträge an die Vormundschaftsbehörde stiegen weiter an, dies vor allem im Kinderschutz. Seit 1999 hat die Anzahl der Sozialabklärungen um rund 30 % zugenommen. Trotzdem nahm die Zahl der neu angeordneten Massnahmen wieder ab. Vor allem für betagte schutzbedürftige Menschen wird mit grossem Aufwand nach privaten Lösungen gesucht. Die hohe Zunahme der diversen Geschäfte ist auf rund 50 Mandatsträgerwechsel, ausserordentlich viele Regelungen über den persönlichen Verkehr und Zuteilungen der gemeinsamen elterlichen Sorge, Gutheissungen oder Abweisungen von Gesuchen um unentgeltliche Rechtspflege und Behandlung von Beschwerden gegen die Amtsführung oder gegen die Entscheide der Vormundschaftsbehörde zurückzuführen. Insgesamt hat das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde 2003 1'188 Geschäfte erledigt (Zunahme von 26 % gegenüber 2002).

5.1.4.9 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren

a) Aufgaben / Dienstleistungen

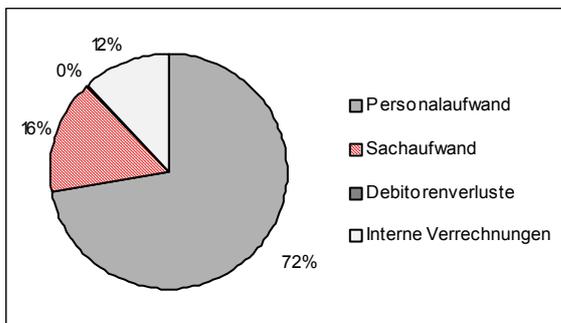
Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen betreibt die ihr zugeordneten Alterseinrichtungen (Betagtenzentren, Pflegeheim, Pflegewohnungen) und Nebenbetriebe (Tagesheim, Alterssiedlungen, Personalhäuser, Schulungsräume, Einstellhallen, Thermalbad). Diese gewährleisten fachgerechte Pflege und ganzheitliche Betreuung von vorwiegend älteren Menschen, die aus somatischen, psychischen oder sozialen Gründen nicht mehr in ihrer angestammten Umgebung bleiben können, aber keine Spitalstruktur aus akut medizinischen Gründen benötigen.

b) Ergebnis

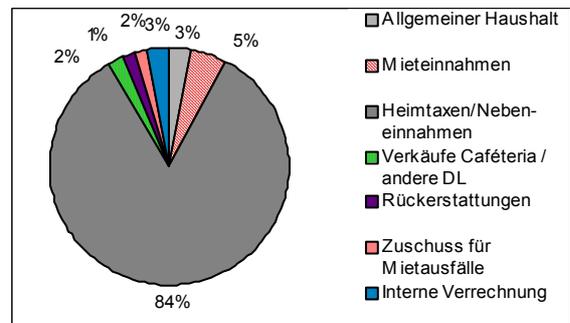
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	65'062'260	67'520'692	66'865'100	655'592	1%	2'458'432	4%
Ertrag	60'812'822	65'579'739	63'520'500	2'059'239	3%	4'766'917	8%
Ergebnis	-4'249'438	-1'940'953	-3'344'600	1'403'647	42%	2'308'485	54%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Wohn- und Pflegeheime						
Anmeldungen	186	215	312	396	384	380
Durchschnittliche Wartetage:						
– Wohnheimanmeldungen				96	104	92
– Pflegeheimanmeldungen				63	55	45
Eintritte (inkl. Temporäraufenth.)	309	412	355	383	321	329
Austritte/Todesfälle (inkl. Temporäraufenthalte)	317	435	369	377	346	343
Bettenangebot (1. Januar)	860	846	814	816	774	774
Durchschnittliche Belegung	96%	97%	96%	95%	96%	97%
Tagesheim Eichhof						
Tagesangebot (1. Januar)	12	12	12	12	12	12
Durchschnittliche Belegung	37%	41%	68%	85%	76%	87%
Alterswohnungen						
Anmeldungen	47	27	55	45	55	34
Wohnungsangebot (1. Januar)		273	272	270	269	269
Durchschnittliche Belegung		88%	91%	95%	96%	94%

e) Kommentar

Die Dienstabteilung schliesst 2003 Fr. 1,4 Mio. besser ab als budgetiert. Verantwortlich für dieses gute Ergebnis sind wachsende Budgetsicherheit, verstärktes Kostenmanagement, leicht höhere Auslastungen sowie höhere Pflegebeiträge der Krankenkassen. Da die Heimeinkommen den grössten Anteil am Ertrag ausmachen, haben die Pflegebeiträge sich entsprechend stark auf das Gesamtergebnis ausgewirkt.

Einen weiterhin tiefen Kostendeckungsgrad verzeichnen die Pflegewohnungen. Zwar gelang es im Berichtsjahr Fluktuation und Krankheitstage im Personalbereich stark zu reduzieren und das zukünftige Betriebskonzept in einer Projektorganisation weiter auszuarbeiten. Eine erfolgreiche Weiterführung mit den aus dem Betriebskonzept abgeleiteten Massnahmen wird aber die Voraussetzung für den geplanten Ausbau der Pflegewohnungen ab 2006 darstellen.

Bei ungefähr gleich vielen Heimanmeldungen wie in den beiden Vorjahren verkürzte sich die durchschnittliche Wartedauer, insbesondere für das Pflegeheim, nochmals. Dies ist umso erfreulicher, als dass es sich hier in der Mehrheit um dringende Anmeldungen im Anschluss an einen Spitalaufenthalt handelt. Mit dem Wegfall des Wohnheims 2 im Betagtenzentrum Eichhof, das zurzeit umgebaut wird, hat sich die Auslastung der Heime wieder auf gut 97 % erhöht.

Mit 87 % Belegung beim Tagesheim Eichhof und einer Vermietungsquote von 94 % bei den Alterswohnungen werden auch die Angebote der so genannten Nebenbetriebe der Dienstabteilung erfreulich gut nachgefragt.

5.1.4.10 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen 52 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden 6 junge Erwachsene der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit diesen 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

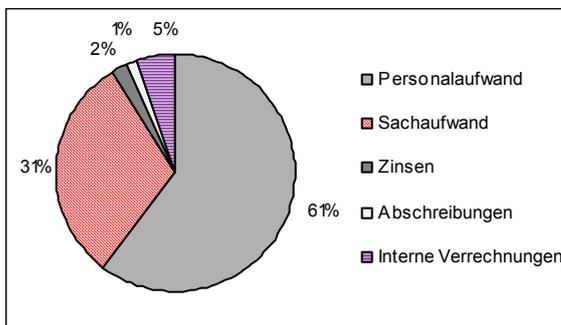
Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist eine anerkannte Institution im Sinne des kantonalen Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Heimfinanzierung. Die Siedlung gilt als subventionierte Erziehungseinrichtung gemäss dem Bundesgesetz über Bundesbeiträge an Erziehungseinrichtungen.

b) Ergebnis

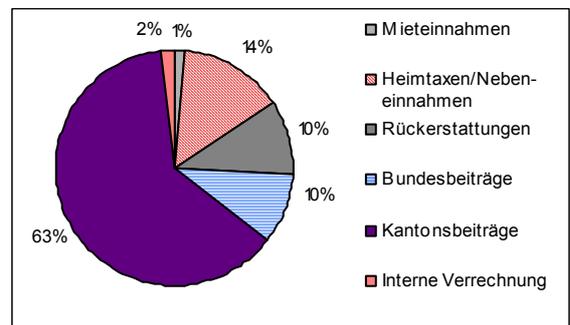
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	6'615'043	6'300'167	6'541'700	-241'533	-4%	-314'875	-5%
Ertrag	7'332'940	6'547'653	5'851'800	695'853	12%	-785'287	-11%
Ergebnis	717'897	247'486	-689'900	937'386	136%	-470'411	-66%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Eintritte	18	15	22	19	15	14
Austritte	13	19	24	19	15	14
Platzangebot (1. Januar)	60	60	55	58	58	58
Durchschnittliche Belegung	90%	90%	87%	89%	91%	92%

e) Kommentar

Die Zunahme an Anfragen für Neuaufnahmen in die Siedlung erlaubte der KJU ein differenzierteres Aufnahmeverfahren. Es konnten Kinder und Jugendliche aufgenommen werden, deren Problemstellung dem Angebot und den Dienstleistungen der KJU auch entsprechen. Somit konnte die Zahl der Ein- und Austritte, insbesondere der unerwünschten Aufenthaltsabbrüche der Kinder und Jugendlichen, weiter reduziert werden. Dies führte auch zu einer höheren durchschnittlichen Belegung der Siedlung.

Das überaus gute Ergebnis im Jahr 2002 war auf Nachzahlungen der kantonalen Heimfinanzierung aus früheren Jahren zurückzuführen.

5.2 Bildungsdirektion

Die Pausenplätze der Stadtschulen werden Schritt für Schritt kindergerecht gestaltet. 2003 konnte der neue Pausenplatz des Schulhauses Steinhof den Kindern übergeben werden.

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor

Die Zustimmung der Stimmbürgerschaft der Stadt Luzern vom 30. November 2003 zur KKL-Vorlage ist bestimmt jenes Ereignis des Berichtsjahres, das es als Erstes zu erwähnen gilt. Dieses nochmalige Ja zum KKL ist Bestätigung und Auftrag zugleich: Die Luzernerinnen und Luzerner stehen zu "ihrem" KKL und wollen gleichzeitig, dass es nun aufwärts geht. Wir werten das Ja als Vertrauensbeweis in die für den Betrieb verantwortliche KKL Management AG aber auch als Auftrag an sie, sich für eine erfolgreiche Betriebsführung einzusetzen. Das Nein zum Boa-Kredit im letzten Mai hat unsere Bemühungen, die Halle nachbarschaftsverträglicher zu machen, stark beeinträchtigt. Damit ist natürlich das Grundproblem nicht gelöst; wir arbeiten indes mit aller Intensität an Lösungen im Interesse (möglichst) aller Involvierten.

Mit Blick auf den Bildungsbereich sei an die in der Gesamtplanung 2004–2007 gemachte Aussage erinnert, wonach die politischen Behörden, die zuständigen Stellen der Verwaltung wie auch die privaten Schulträger gefordert sind, die verschiedenen Bildungsangebote auf aktuellem Stand zu halten und sie insbesondere auch den sich wandelnden Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen.

Das vom Grossen Stadtrat am 10. April 2003 verabschiedete Entwicklungskonzept für die Volksschule (B+A 1/2003) geht auf diesen gesellschaftlichen Wandel ein und beleuchtet Themen wie die Entwicklung des Schulangebotes und die Entwicklung von neuen Schulmodellen. Zudem äussert es sich ausführlich zu den speziellen Aspekten der interkulturellen Gemeinschaft und deren Folgen für die Volksschule.

Aufgrund der Tatsache, dass die Sozialisierung der Kinder heute vermehrt durch die Schule zu erfolgen hat, wurden im Jahr 2003 insbesondere Verbesserungen am heutigen Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung angestrebt und dem Grossen Stadtrat mit B+A 42/2003 ein dreijähriger Pilotversuch "Tageschule" im Schulhaus Grenzhof und ein ebenfalls dreijähriger Pilotversuch "Schule+Betreu-

ung" in den Primarschulhäusern St. Karli und Hubelmatt beantragt. Am 18. Dezember 2003 hiess der Grosse Stadtrat diese Anträge gut. Die Verwirklichung der neuen Angebote wird dazu beitragen, die Attraktivität der Stadt Luzern als Wohnort für Familien mit Kindern zu erhalten bzw. zu steigern. Diese Aussage gilt zweifelsfrei auch für die in den kommenden Jahren noch durchzuführenden Sanierungen von Schulhäusern der Volksschulstufe, die der Stadtrat bereits in der Gesamtplanung 2003–2006 angekündigt hatte. Die Stimmbürgerschaft wird am 16. Mai 2004 über einen Baukredit von 22,75 Mio. Franken zu befinden haben. Damit sollen die Schulhäuser Dula und teilweise Pestalozzi sowie die Turnhalle Dula saniert und als Neubau soll die Doppelturnhalle Säli erstellt werden. Nach Abschluss der Sanierung wird das Dula-Schulhaus als Teilzentrum linkes Ufer die Heilpädagogische Schule beherbergen.

Bekanntlich wurde die Gewerbliche Berufsschule auf den 1. Januar 2003 in kantonale Trägerschaft übergeführt. Im Sinne der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt Luzern sollen auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 auch die städtischen Mittelschulen kantonalisiert werden. Im Hinblick darauf hat der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Bildungs- und Kulturdepartement fristgerecht am 19. März 2003 mit Beschluss 301 den Vertrag zwischen Staat und Stadt Luzern betreffend die Koordination der Trägerschaft von Schulen der Sekundarstufe II und die partnerschaftliche Nutzung von Schulbauten auf dem Gebiete der Stadt Luzern im Rahmen des Projektes "Optimierung im Mittelschulbereich" auf den 31. Juli 2007 gekündigt.

Ein weiteres bedeutungsvolles Aufgabenteilungsprojekt wurde im Berichtsjahr im Kulturbereich gestartet. Hier geht es vor allem darum, zukunftstaugliche Lösungen zu finden für die Finanzierung der grossen professionellen Kulturbetriebe in der Stadt Luzern, das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester.

5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Über Konzept und Ausmass der Schulsozialarbeit in Koordination mit dem Kinder- und Jugendbereich/Soziokultur ist entschieden.
- Qualitätsentwicklung an der Volksschule: Schulhausleitbilder sind genehmigt, Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und der Schulhausleitung sind überprüft.
- Sportplanungsbericht ist erstellt.
- Verkehrshaus der Schweiz: Zukunft ist gesichert.

Konzept und Ausmass der Schulsozialarbeit in Koordination mit dem Kinder- und Jugendbereich/Soziokultur ist entschieden

Die von der Schulpflege eingesetzte Projektgruppe hat ihren Fachbericht "Schulsozialarbeit auf Kindergarten- und Primarstufe" der Schulpflege zur Beratung unterbreitet. Der Fachbericht fand breite Zustimmung sowohl bei den Schulhausleitungen als auch bei der Schulpflege.

Der Stadtrat nahm den Bericht ebenfalls zur Kenntnis und erteilte den Auftrag, auf dessen Basis zuhanden des Grossen Stadtrates einen B+A zu verfassen. Darin sind u. a. Bedarf und Umfang eines flächendeckenden Angebots, pädagogische und finanzielle Folgen, Organisation, Steuerung und Struktur sowie die Vernetzung mit bestehenden oder geplanten Angeboten aufzuzeigen.

Aufgrund der Koordination mit der Schaffung der neuen Dienststelle "Kinder, Jugend, Familie" in der Sozialdirektion konnte der Zeitplan nicht eingehalten werden, und es entstand eine zirka einjährige Verzögerung. Der B+A Schulsozialarbeit wird dem Grossen Stadtrat im Sommer 2004 unterbreitet.

Qualitätsentwicklung an der Volksschule: Schulhausleitbilder sind genehmigt, Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und der Schulhausleitung sind überprüft

Alle Schulhäuser haben gemäss vorgegebenem Konzept ihr Leitbild entwickelt, dieses den Eltern kommuniziert und von der Schulpflege genehmigen lassen. Die Schulhäuser nehmen nun einzelne Leitsätze in ihr Schuljahresprogramm auf und setzen diese in der Praxis um. Im Rahmen der Überprüfung des Führungsmodells UNITED wurden auch die Arbeitsbedingungen der Schulhausleitungen überprüft. Bevor über eine allfällige Veränderung ihrer Entlastungslektionen entschieden werden kann, müssen die Ergebnisse der noch laufenden Evaluation der Führungsstruktur und die kantonalen Vorgaben vorliegen.

Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen werden wesentlich von kantonalrechtlichen Vorgaben bestimmt. So erhielten gemäss dem

neuen Personalgesetz die meisten Lehrpersonen auf Schuljahresbeginn 2003/2004 einen auf vier Monate kündbaren öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrag.

Sportplanungsbericht ist erstellt

Die vom Stadtrat am 17. Oktober 2001 beauftragte Projektorganisation wird dem Stadtrat den verlangten Bericht im 1. Halbjahr 2004 als B+A unterbreiten, der sich in zwei Teile gliedert. In der *Standortbestimmung* finden sich ein Überblick über den Ist-Zustand betreffend das Sportstättenangebot in der Stadt Luzern sowie über die bisherigen städtischen Leistungen für den Sport. Aus dem *sportpolitischen Konzept der Stadt Luzern* gehen die für die Zukunft geplanten Aktivitäten und Investitionen in die Sportinfrastruktur hervor. Der B+A Sportplanungsbericht wird dem Grossen Stadtrat im Verlauf des Jahres 2004 zugeleitet.

Verkehrshaus der Schweiz: Zukunft ist gesichert

In der Sommersession 2003 hat der Nationalrat die Motion von Hans Widmer überwiesen, die verlangt, das Verkehrshaus der Schweiz (VHS) in das Konzept der neu zu bildenden Stiftung "Musée Suisse Gruppe" einzubeziehen und mittels Leistungsauftrag die Aufgaben des VHS zu regeln. Neben dieser mittelfristig anzustrebenden Lösung galt es, kurzfristig eine Übergangslösung zu finden. Dabei einigten sich Bund, Kanton und Stadt Luzern dahingehend, je einen eigenen Leistungsvertrag abzuschliessen. Gemäss Beschluss der eidgenössischen Räte erhält das VHS für die Jahre 2004–2007 einen jährlichen Beitrag von Fr. 1,6 Mio.

Der Grosse Rat des Kantons Luzern bewilligte am 20. Januar 2004 einen Rahmenkredit von Fr. 2,2 Mio. bzw. Fr. 550'000.– pro Jahr für die Zeit von 2004 bis 2007.

Bereits am 18. Dezember 2003 stimmte der Grosse Stadtrat dem Subventionsvertrag und damit jährlichen Beiträgen von Fr. 365'000.– zu (B+A 41/2003). Zudem stellt die Stadt weiterhin das Land zur Verfügung und erstattet dem

VHS 2/3 der eingenommenen Billettsteuern zurück.

Es zeichnet sich ferner die Bereitschaft der Zentralschweizer Kantone ab, das VHS weiterhin durch einen jährlichen Defizitbeitrag von insgesamt rund Fr. 228'000.– zu unterstützen. Damit ist die Finanzierung des Betriebs für eine weitere Übergangszeit gesichert; eine langfristig dauerhafte Lösung ist aber noch nicht in Sicht. Hier hängt es vor allem davon ab, wie die diesbezüglichen Diskussionen auf eidgenössischer Ebene weitergehen: Ende 2003 wurde die erwähnte Motion Widmer in ein Postulat umgewandelt, und das Projekt einer Musée-Suisse-Stiftung, in die das VHS integriert werden könnte, ist in seiner Realisierung nicht weitergekommen.

5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick

Präsidentialstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.-

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K101 Grosser Stadtrat	324	320	4	1%	0	0	0		(324)		
K102 Stadtrat	4'505	4'524	-19	0%	109	80	29	36%	(4'395)		49
K111 Präsidentialstab	322	327	-4	-1%	0	0	0		(322)		5
K112 Stadtkanzlei	2'473	2'335	138	6%	172	160	12	8%	(2'300)	125	
K115 Personalamt	1'832	1'851	-19	-1%	663	640	23	4%	(1'169)		42
<i>Spezialaufgaben</i>											
K121 Stadtarchiv	678	693	-15	-2%	9	7	2	29%	(669)		17
K123 Kommunikation u. Stadtmarketing	1'326	941	385	41%	0	0	0		(1'326)	385	
K126 Leistungen städti- sches Personal	1'147	1'146	1	0%	138	145	-7	-5%	(1'009)	8	
Total	12'607	12'137	470	4%	1'093	1'032	60	6%	(11'514)	522	113
Nettover- schlechterung											409

Das bessere Resultat im Stadtrat resultiert im Wesentlichen aus weniger Pensionsleistungen für ehemalige Stadträte, höheren Einnahmen für Honorare in Verwaltungsgremien sowie die Sistierung eines neuen Stadtbuches.

Der Stadtkanzlei wurden diverse nicht budgetierbare Projekte belastet: Projektmanagement strukturelle Entlastung KKL inklusive der Plausibilisierung des Lösungsmodells KKL und die Fusionsstudie Luzern–Littau.

Durch ausserordentliche Rückerstattungen (Unfall, Zivilschutz und Quellensteuer-Provisionen) sowie tiefere Arbeitgeberkosten für Pensionskasse wurde im Personalamt ein besseres Nettoergebnis erzielt.

Im Stadtarchiv wurde als Sparmassnahme gemäss StB 782 vom 9.7.2003 auf den budgetierten Einkauf von Schraubmappen für die Planschränke vorläufig verzichtet. Zusätzlich

bestimmen mehrere kleinere Einsparungen und Mehrerträge das bessere Resultat.

Im Bereich Kommunikation und Stadtmarketing schlugen folgende Aufwendungen stark zu Buche: Der Aufbau des neuen Internetauftrittes, die externe Betreuung für die Neuausrichtung des Stadtmarketings, der städtische Auftritt an der LUGA (Thema Allmendplanung), die Lancierung des Projektes "Integrierte Kommunikation" sowie die Schlussforderung aus der Fernsehsendung "Wetten dass..?"

Bei den Leistungen für das städtische Personal wurden zwar mehr Praktikantenlöhne ausbezahlt als budgetiert. Andererseits wurde aber auf der Aufwandseite für Personalanlässe, Unterstützungen in Härtefällen sowie für die Arbeitssicherheit weniger Geld aufgewendet. Auf der Ertragsseite wurde im Jahr 2003 keine Entnahme aus dem Personalhilfsfonds vorgenommen.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K311	Schulbehörde und Stab BID	1'557	1'553	4	0%	499	41	458	1117%	(1'059)		453
K312	Kindergärten	4'348	4'203	145	3%	969	1'128	-159	-14%	(3'379)	304	
K313	Primarschulen, Kleinklassen und Schulleitung	32'662	33'524	-861	-3%	7'471	8'262	-791	-10%	(25'191)		71
K314	Oberstufe	14'066	14'423	-357	-2%	5'163	5'388	-224	-4%	(8'903)		133
K315	Schulpsych. Dienst	1'170	1'222	-53	-4%	2	0	2		(1'167)		55
K317	Sport und Freizeit	3'208	3'302	-94	-3%	988	1'057	-69	-7%	(2'220)		25
K318	Schulzahnärztl. Dienst	1'008	982	26	3%	512	532	-20	-4%	(496)	46	
K319	Kultur, Kinder und Jugend, Sedel <i>Spezialaufgaben</i>	1'958	1'876	82	4%	388	374	14	4%	(1'570)	68	
K321	Sonderschulen	5'114	4'650	464	10%	4'980	3'985	995	25%	(134)		531
K322	Lehrerfortbildung	62	82	-20	-24%	108	54	55	102%	46		75
K323	Elternschule	66	79	-13	-16%	60	38	22	58%	(6)		35
K324	Schülerhorte	2'194	2'284	-90	-4%	426	426	0	0%	(1'768)		90
K325	Sonderaufwendun- gen Volksschule	940	923	18	2%	27	7	20	286%	(913)		3
K326	Mariahilfkirche	96	96	-1	-1%	0	0	0		(96)		
K327	Kulturförderung	1'820	1'786	34	2%	443	352	91	26%	(1'377)		57
K328	Stadtbibliothek <i>Beitragswesen</i>	9'927	9'671	257	3%	0	0	0		(9'927)	256	
K372	Beitr. Bildung	46	36	10	28%	0	0	0		(46)	10	
K373	Beitr. Kultur und Freizeit <i>Spezial- finanzierungen</i>	1'557	1'553	4	0%	499	41	458	1117%	(1'059)		453
K391	Musikschule	5'844	5'958	-114	-2%	5'844	5'958	-114	-2%	0		
K393	Gewerbliche Berufsschule	0	0	0		0	0	0		0		
K396	Diplommittelschule	4'076	4'174	-98	-2%	4'076	4'174	-98	-2%	0		
K397	Wirtschaftsmittel- schule	8'946	8'790	156	2%	8'946	8'790	156	2%	0		
K398	ZVL	0	0	0		0	0	0		0		
Total		99'109	99'614	-505	-1%	40'903	40'565	337	1%	(58'206)	684	1'528
Nettover- besserung											844	

Die Rechnung 2003 der Bildungsdirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 844'000.– ab. Mehraufwand und Minderertrag von Fr. 684'000.– stehen Minderaufwand und Mehrertrag von Fr. 1'528'000.– gegenüber.

Der Mehrertrag auf der Kostenstelle 311 resultiert aus internen Verrechnungen. Die Schulbehörde und ein Teil des Aufwandes Stab Bildungsdirektion werden mit internen Verrechnungen der Schulleitung Volksschule belastet. Dies wurde notwendig, da die Kostenrechnung der Volksschule eingeführt wurde.

Mutterschaftsurlaube und krankheitsbedingte Stellvertretungskosten führen zu Mehraufwand im Bereich Kindergarten. Der Wegfall von 10 % Kantonssubvention für hohen Fremdsprachenanteil führt zu Mindererträgen in den Bereichen Kindergarten, Primar und Sekstufe 1.

Aufwand und Ertrag der Sonderschule HPS sind steigend. Im Schuljahr 2003/2004 mussten 13 Abteilungen statt 11 wie budgetiert geführt werden. Da die HPS neu dem Heimfinanzierungsgesetz unterstellt ist, wird das Defizit der Schule durch Mittel des Kantons getragen.

Für die Lehrerfortbildung erhält die Stadt neu einen speziellen Kantonsbeitrag, der zweckgebunden eingesetzt werden muss.

Die Stadtbibliothek kann die Kosten der Aktion "Luzern liest ein Buch" mit Mehrausleihen überkompensieren.

Mehr Schüler an der Kantonsschule führen zu Mehraufwand in der Kostenstelle 372.

Zurückhaltender Lektioneneinsatz und unterjährige Sparmassnahmen im Sachaufwand

führen zu Minderaufwand an der Musikschule.

Eine Verschiebung zu mehr Schülern aus der Stadt an der Diplommittelschule führt zu Minderertrag. Das Gehalt des Rektors wird neu der grösseren Schule WML statt der DMS belastet.

An der Wirtschaftsmittelschule führt eine Frühpensionierung zu Stellvertretungskosten und entsprechendem Mehraufwand.

5.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege traf sich im Berichtsjahr zu neun halbtägigen Sitzungen sowie zur jährlichen Klausurtagung. Dabei behandelte sie folgende Themenschwerpunkte: Familienergänzende Kinderbetreuung, Neuorganisation Sekundarstufe I, Leistungsauftrag und Globalbudget der Volksschule, Evaluation Führungsstruktur Volksschule, Bildungsinhalte, Konzept Schulsozialarbeit.

Auch nahm sie Stellung zu parlamentarischen Vorstössen, welche die Volksschule betrafen. Die Schulpflegemitglieder arbeiteten in verschiedenen Projektgruppen mit und besuchten diverse Veranstaltungen im Bildungsbereich, darunter auch die Grossveranstaltung "Tag der Volksschule" vom 20. November 2003.

Für die Neuorganisation Sekundarstufe I be-

schloss die Schulpflege das Vorgehen und die Umsetzung in der Stadt Luzern. Danach wird auf das Schuljahr 2005/2006 das typengerechte Modell mit zusätzlicher Fördermöglichkeit für das Niveau C (Realschule) eingeführt.

In einem weiteren Schwerpunktthema konnte die Schulpflege einen wichtigen Zwischenerfolg verbuchen: Der Grosse Stadtrat bewilligte am 18. Dezember 2003 mit der Zustimmung zum B+A 42/2003 den Start der im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung vorgeschlagenen Pilotprojekte, namentlich der Teilprojekte Tagesschule im Grenzhof-Schulhaus sowie Schule+Betreuung an zwei Standorten (Schulhäuser St. Karli und Hubelmatt).

5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Präsidialstab

Ausserordentlicher Schwerpunkt bildeten die Vorabklärungen zum Gemeindegemeinschaftszusammenchluss mit Littau. Die beiden betroffenen Gemeinden und der Kanton, vertreten durch das Amt für Gemeinden, gaben dazu eine Studie in Auftrag. Weitere Ausführungen finden sich unter dem Hauptziel "Agglomerations- und Zentralschweizer Regionalpolitik".

Die Zahl der Versammlungen und Events in Luzern scheint anzusteigen. Jedenfalls wurde im Berichtsjahr die Präsenz des Stadtpräsidenten bei Kongressen, Symposien und ähnlichen Veranstaltungen überdurchschnittlich häufig nachgefragt.

Die Einwohnersprechstunde wurde im Berichtsjahr deutlich weniger genutzt als in den vergangenen Jahren. Die Art der Anliegen dagegen unterschied sich nicht gegenüber anderen Jahren.

Städtepartnerschaften

Der erste, über drei Jahre laufende Rahmenkredit endete 2003. Die angepackten Projekte konnten im Rahmen der vorgegebenen finanziellen Ressourcen durchgeführt werden. Die für die zu bewältigenden Aufgaben vorgesehenen personellen Ressourcen indes waren im Berichtsjahr zu knapp.

Im Oktober sprach das Parlament wiederum einen Rahmenkredit über Fr. 540'000.– für die Jahre 2004–2007.

Stadtkanzlei

Eine vom Stadtrat im März des Berichtsjahres eingesetzte Projektgruppe entwickelte unter der Federführung der Stadtkanzlei ein Konzept zur Stadtentwicklung. Das Resultat der Arbeiten ist in einem Bericht zusammengefasst, der zu Beginn des laufenden Jahres der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates vorgelegt wurde. Erste inhaltliche Ergebnisse sollen in die Gesamtplanung 2005–2008 einfließen. Parallel dazu werden in der Verwaltung die nötigen Ressourcen und Instrumente bereitgestellt bzw. angepasst.

Sekretariat des Grossen Stadtrates

Im April 2003 nahm eine vom Grossen Stadtrat eingesetzte Spezialkommission die Arbeit an einer Teilrevision des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates auf. Das Ergebnis kann dem Grossen Stadtrat im Frühling 2004 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt

werden. Ebenfalls an die Hand genommen wurde die Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für das Rathaus. Das Konzept soll im nächsten Herbst vorliegen.

Anlässe

Aus den verschiedenen von der Stadtkanzlei organisierten Anlässen sind folgende erwähnenswert:

- Taufe einer neuen Zugkomposition der Seetal-Bahn auf den Namen "Stadt Luzern" am 23. Juni 2003;
- Einladung von 100 Hergiswilerinnen und Hergiswilern durch den Stadtrat an das Feuerwerk vom 9. August 2003 als Gegeninvitation für den Empfang von 100 Luzernerinnen und Luzernern an das Cheese-Festival 2002 nach Hergiswil bei Willisau;
- Empfang des Kantons und der Stadt anlässlich des Europa Forums Luzern vom 27. und 28. Oktober 2003 zu den Themen: "Aktuelle europapolitische Standortbestimmung der Schweiz", "Weichenstellungen im Alpentransitverkehr" und "Bedrohter Exportstandort Schweiz?";
- Luzerner Empfang anlässlich des Blues-Festivals am 8. November 2003.

Kommunikation und Stadtmarketing

Das Berichtsjahr stand für die Stelle für Kommunikation und Stadtmarketing ganz im Zeichen des dreijährigen Projektes "Integrierte Kommunikation". Das Projekt will der Kommunikation einen zentralen Stellenwert bei der Arbeit in der Stadtverwaltung geben und ein gemeinsames Bild von Kommunikation schaffen, das es allen Mitarbeitenden ermöglicht, in den unterschiedlichsten Situationen effektiv, weitgehend selbstständig und mit Blick für das Gesamte zu kommunizieren. Voraussetzung dazu war die Neupositionierung des Stadtmarketings, das neu ein Arbeitsfeld der Gesamtstelle ist und sich mit dem Marketing für Stadtrat und Stadtverwaltung befasst. 2003 gestaltete die Stelle den ersten Akt des IK-Projektes. Er stand unter dem Motto "Sensibilisieren, mobilisieren" und wollte Kommunikation zum Thema in der Verwaltung machen. Abgeschlossen wurde der erste Akt mit dem ersten "Forum für Integrierte Kommunikation", das zehn Tage lang Workshops, Echoräume und Ausstellungsbesuche für Mitarbeitende der Verwaltung, aber auch für Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Institutionen im Umfeld der Stadtverwaltung anbot.

Stadtarchiv

Nach eingehender Beratung des Berichts "Überprüfung des Leistungsauftrags Stadtarchiv und daraus folgende Massnahmen" legte der Stadtrat im Februar 2003 den Leistungsauftrag gemäss Modell "Gesetzliches Minimum+" fest. Dieses umfasst im Wesentlichen:

- die gesetzlich vorgegebenen Kernaufgaben Übernehmen, Sichern, Erschliessen und Zugänglich-Machen der Verwaltungsunterlagen der Stadt sowie Privater, soweit sie für die Geschichte Luzerns von Bedeutung sind;
- die Beratung der Verwaltung im Bereich des Schriftgutmanagements (Vorarchiv);
- den Unterhalt einer Archivfachbibliothek als Arbeitsinstrument für die Archivarinnen und Archivare sowie die Benützendenden;
- die Beteiligung an der wissenschaftlichen Auswertung der Stadtarchiv-Bestände sowie die Publikation von Archivinventaren, Quellen zur Stadtgeschichte und wissenschaftlichen Untersuchungen.

Den für die Umsetzung notwendigen Pensenausbau hat das Stadtarchiv kostenneutral zu gestalten. In einem ersten Schritt wurden 2003 das Pensum der wissenschaftlichen Mitarbeiter von 100 auf 50 Stellenprozente und das Pensum der Beauftragten für Stadtgeschichte (Stadtarchivarin) von 80 auf 60 Stellenprozente reduziert. Im Gegenzug wurde der Unter- und Mittelbau erheblich verstärkt, wobei erstmals eine Mitarbeiterin mit der noch neuen Fachhochschulausbildung Informations- und Dokumentationspezialistin angestellt wurde. Insgesamt resultierte ein kostenneutraler Pensenzuwachs von 40 Stellenprozenten. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass sich die personelle Reorganisation bewährt, da massgebend Ressourcen geschaffen werden konnten für die Aufarbeitung der Pendenzen in der Erschliessung der Dokumente. Die Personalstruktur wird nun auch der effektiven Aufgabenstruktur besser gerecht.

Das Stadtarchiv hat im Berichtsjahr die Plausibilisierung für den Raumerhalt erstellt. Dieser wird nötig, da am jetzigen Standort der Platz voraussichtlich nur mehr bis zirka 2010 ausreicht und die gesetzlichen Sicherheitsauflagen nicht erfüllt werden. Als eine sinnvolle Option wurde die Integration des Stadtarchivs in ein allfälliges neues Musikschulzentrum geprüft. Das weitere Vorgehen in der Sache kann allerdings erst bestimmt werden, wenn das Resultat der Überprüfung aller anstehenden baulichen Investitionsprojekte der Stadt vorliegt, die wegen der Überschreitung des Investitionsplafonds nötig geworden ist.

Im Bereich Schriftgutmanagement wurde der Faden des 2001 abgeschlossenen Projektes "Indoor" wieder aufgenommen. Unter Beizug eines externen Beraters führten Stadtarchiv, Stadtkanzlei und Prozesse und Informatik eine Analyse wichtiger oder typischer Geschäftsprozesse und des dazugehörigen Schriftguts durch. Aufgrund des Analyseergebnisses hat der Stadtrat den Auftrag erteilt, das Konzept für die Einführung eines elektronischen Schriftgutmanagements auszuarbeiten und die Umsetzung mit Piloten durchzuführen sowie Richtlinien und Verfahrensweisen zu definieren, die den Umgang mit Schriftgut von der Erstellung über die Verwendung bis zur Endarchivierung bzw. Vernichtung regeln.

Im Berichtsjahr hat das Stadtarchiv zwei Publikationen herausgegeben: zusammen mit dem Staatsarchiv "Herr in Münster. Die Herrschaft des Kollegiatsstifts St. Michael in Beromünster" (Luzerner Historische Veröffentlichungen, Bd. 38) sowie zusammen mit der Kiefer Hablitzel Stiftung "Charles und Mathilde auf Dreilinden. Die Gründung und Geschichte der Kiefer Hablitzel Stiftung" (Luzern im Wandel der Zeiten, Neue Folge, Heft 10). Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Leistungsauftrags und der daraus folgenden Neuausrichtung bei der Publikationstätigkeit des Stadtarchivs wurde entschieden, die populärwissenschaftliche Schriftenreihe "Luzern im Wandel der Zeiten" als Gefäss für spezifische städtische Publikationsbedürfnisse weiterzuführen, die Finanzierung künftig jedoch nicht mehr durch die Äufnung von jährlichen Beiträgen, sondern projektbezogen zu leisten.

Personalamt

Das alle Direktionen umfassende Projekt "Unternehmen Luzern – ein Netzwerk" wurde im Berichtsjahr mit hoher Priorität weiter- und zu Ende geführt. Neben vielen kleineren, von einzelnen Dienstabteilungen initiierten Vernetzungsanlässen wurde in einem vielschichtigen Workshop mit allen Abteilungsleitenden die interne und externe Vernetzung am Projekt BaBeL beispielhaft aufgezeigt und gleichzeitig vorangetrieben.

Der in Zusammenarbeit mit der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen erarbeitete Bericht zum Aufbau eines Zielgruppen-spezifischen Personalmarketings listet ein umfangreiches Paket von Personalmarketing-Massnahmen auf, ausgerichtet auf diplomiertes Krankenpflegepersonal. Erste Massnahmen konnten in die Wege geleitet werden.

Unter dem Titel "Neue Arbeitszeit-Modelle im Pflegebereich" wurden verschiedene Varianten ausgearbeitet, wie der Wiedereinstieg einerseits und die Arbeitszeiten in einem 24-Stunden-Betrieb andererseits attraktiver gestaltet werden können. Das Ergebnis wird zurzeit geprüft und beurteilt. Diejenigen Modelle, welche den Anliegen der Bewohnenden, der Mitarbeitenden sowie dem Betrieb gerecht werden, sollen weiterverfolgt und in Pilotprojekten umgesetzt werden.

Abgeschlossen wurde ein Projekt zur Beschäftigung arbeitsloser Lehrabgängerinnen und -abgänger. Mit Hilfe eines Kredites aus dem Sozialfonds konnte die Finanzierung von 10 weiteren Praktikumsstellen gesichert werden

Aufgrund der Veränderungen in der kaufmännischen Grundausbildung mussten die Lehrverhältnisse ab Lehrbeginn 2003 auf das neue System umgestellt werden, unterstützt mit einem grossen Schulungsaufwand. Auf der Basis der Reform und im Sinne eines gezielten Ausbaus soll die Zahl der Lehrstellen in den kaufmännischen Berufen in den nächsten drei Jahren von 6 auf 18 erhöht werden. Auch der Lehrberuf Fachangestellte Gesundheit erfuhr eine starke Entwicklung. Es konnte eine beträchtliche Zahl neuer Lehrverhältnisse eingegangen werden.

Das vom Beauftragten für Arbeitssicherheit entwickelte Konzept für die Umsetzung der EKAS-Richtlinien für die Stadtverwaltung sowie die Umsetzung im Tiefbauamt wurde durch das Amt für Industrie, Gewerbe und Handel erfolgreich auditiert. Im Weiteren wurden erste Grundlagen für ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement erarbeitet.

Auf den Jahreswechsel hin wurde die Personalverordnung teilrevidiert.

Stab Bildungsdirektion

Mit Blick auf die für das Jahr 2007 vorgesehene Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen (Diplommittelschule, Wirtschaftsmittelschule) wurden in Zusammenarbeit mit dem Kanton erste Vorarbeiten zur Bildung der dazu erforderlichen gemischten Projektorganisation getroffen, die im Verlaufe des Jahres 2004 tätig werden wird.

In einem gemeinsamen Projekt mit der Sozialdirektion wurden gemäss Gesamtplanung 2002–2005 die entsprechenden Schritte zur Förderung und zum Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung eingeleitet. Die Sozialdirektion befasste sich dabei mit der Be-

treuung im Vorschulalter, während sich die Bildungsdirektion auf die Verbesserung des Betreuungsangebotes im Schulalter konzentrierte. Am 18. Dezember 2003 verabschiedete der Grosse Stadtrat den B+A 42/2003 und bewilligte damit sowohl einen dreijährigen Pilotversuch "Tagesschule" im Schulhaus Grenzhof als auch einen dreijährigen Pilotversuch "Schule+Betreuung" in den Primarschulhäusern St. Karli und Hubelmatt.

Gestützt auf das Konzept einer interdirektoralen Projektgruppe beschloss der Stadtrat am 10. Dezember 2003 mit StB 1291 die Schaffung einer neuen Dienstabteilung "Kinder, Jugend, Familie" per 1. Juli 2004. Darin werden die Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit, -animation, und -beratung zusammengefasst. Sie wird der Sozialdirektion zugeordnet. Die Sozialdirektion übernimmt damit von der Abteilung Kultur den Bereich Animation/Partizipation, u. a. mit dem Kinder- und dem Jugendparlament, den Freizeitangeboten, wie z. B. Ferienpass und Kreativwochen, der Mobilien Kinder- und Jugendarbeit, sowie die Zuständigkeit für das Jugendhaus Treibhaus. Zudem wird die Sozialdirektion neu auch zuständig sein für die bisher der Volksschule unterstellten acht Horte, den Ferienhort und die Mittagstische.

Kultur

Schwerpunkte der Kultur-Abteilung bildeten im Berichtsjahr die KKL-Vorlage sowie die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die nach dem negativen Ausgang der Abstimmung verfahren Situation rund um die Boa. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern wurden die Finanzierungen für Theater, Orchester und Kunstmuseum ausgehandelt und verlängert.

Im Bereich Kinder und Jugend war man stark mit dem Neubau des Jugendhauses Treibhaus beschäftigt; der Wärrchhof schloss Ende 2003 seine Tore endgültig. Das Projekt Mobile Kinder- und Jugendarbeit wurde abgeschlossen und ein Evaluationsbericht erstellt. Die Mitarbeitenden waren zudem stark im Organisationsentwicklungsprojekt für die Schaffung eines Kompetenzzentrums Kinder, Jugend, Familie engagiert.

Die Integrationsbeauftragte verwirklichte in Zusammenarbeit mit FABIA das Ausbildungsangebot "Leben in Luzern".

Volksschule

In der Volksschule wurden aufgrund veränderter gesetzlicher Vorgaben die beiden Grundlagenberichte zu Neuerungen auf der Sekundarstufe I – Einführung der Niveaus A und B (Sekundarklasse), C (Realklasse) und D (Werkklasse) – und zum Leistungsauftrag/Globalbudget erarbeitet und der Schulpflege zur Genehmigung vorgelegt. Diese Grundlagenarbeiten konnten mit eigenem Knowhow und mit eigenen personellen Ressourcen geschaffen werden.

Im Rahmen des Leistungsziels "Anpassung der Volksschule an die veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen" wurde der Fachbericht "Schulsozialarbeit auf Kindergarten- und Primarstufe" erarbeitet. Das Konzept zur flächendeckenden Schulsozialarbeit liegt vor.

Zur Optimierung der ausserschulischen Kinderbetreuung arbeitete das Rektorat im Projekt Schule+Betreuung mit. Schulorganisatorisch wurde ein Konzept zur Schaffung eines Tagesschulangebots ausgearbeitet und dem Grossen Stadtrat mit B+A 42/2003 am 18. Dezember 2003 zur Genehmigung unterbreitet.

Eine Arbeitsgruppe evaluierte unter externer Leitung das aktuelle Führungsmodell UNITED. Allfällige Neuerungen sind auf Beginn des Schuljahres 2004/2005 Jahr zu erwarten. Auch war das Rektorat bei der Entwicklung der neuen Dienstabteilung "Kinder, Jugend, Familie" in der Steuerungsgruppe und in weiteren Arbeitsgruppen vertreten. Als Folge dieser Reorganisation wird der Bereich Horte im Jahr 2004 in diese neue, der Sozialdirektion unterstellte Dienstabteilung wechseln.

In der Schulanlage Steinhof konnte ein Spielplatz eingeweiht werden. Dieser wurde im Rahmen der Schülerpartizipation unter Mitwirkung der Lernenden geplant und verwirklicht.

Die Sanierungsarbeiten an der Schulanlage Tribtschen wurden begonnen und konnten teilweise bereits fertig gestellt werden. Die Arbeiten wurden ohne Dislokation der Schule durchgeführt und verlangten von allen entsprechende Anpassungen.

Mit Eltern von Lernenden wurde bei schwierigen Schulhauseinteilungen eine verstärkte Zusammenarbeit gesucht und umgesetzt. Die Zufriedenheit dieser Eltern konnte verbessert werden, sodass keine Beschwerden betreffend Schulhauseinteilung eingingen.

Am Tag der aufgeschlossenen Volksschule, der im ganzen Kanton durchgeführt wurde, öffnete die Volksschule ihre Türen gegenüber der Bevölkerung. Die Aktion fand breites Interesse und das Angebot, die Schule von innen kennen zu lernen, wurde gut genutzt.

Schulzahnklinik

Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit mit der Baudirektion der B+A 45/2003 "Erweitertes Betriebskonzept Schulzahnklinik" erarbeitet, der vom Grossen Stadtrat am 5. Februar 2004 verabschiedet wurde. Damit wurde auch der Verlegung der Klinik vom Dula-Schulhaus ins ewl-Gebäude an der Industriestrasse 6 zugestimmt.

Während früher hauptsächlich die konservierende Versorgung der schulpflichtigen Kinder definiert wurde, wird mit dem neuen Betriebskonzept die zusätzliche Disziplin Kieferorthopädie angeboten. Bereits seit dem Herbst 2003 werden in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Narkosebehandlungen durchgeführt. Die Neuerungen werden eine signifikante Verbesserung des Kostendeckungsgrades von heute 47 % auf voraussichtlich rund 70 % zur Folge haben. Aufgrund des neuen Betriebskonzepts wird die bisherige Dienstabteilung Schulzahnklinik am neuen Standort die Bezeichnung "Kinder- und Jugendzahnklinik" erhalten.

Sport und Freizeit

Auf den 1. Januar 2003 gingen die Turnhallen Bahnhof (3fach) und Heimbach (1fach) mit der Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule ins Eigentum des Kantons über. Die Belegungen ausserhalb der Schulzeit werden jedoch wie bis anhin durch Sport und Freizeit koordiniert und gemäss speziellen Verträgen mit dem Kanton abgegolten. Ebenfalls bestehen für die Dreifachturnhalle Maihof und für die Einfachturnhallen Dula, Pestalozzi, Säli und Steinhof Verträge betreffend die Mitbenützung durch die Gewerbliche Berufsschule.

Während der Ostersportwoche besuchten über 1200 Kinder die mehr als vierzig Sportkurse. Die Herbstsportwoche wies etwas weniger Kursteilnehmende auf. Im Herbst 2003 wurde mit den Bauarbeiten für das durch den Grossen Stadtrat bewilligte Garderobenprojekt Allmend-Süd begonnen. Die Baukosten belaufen sich auf Fr. 4,16 Mio. Das Gebäude, das in erster Linie dem Breitensport dienen soll, wird neu 14 Garderoben aufweisen.

Auch dieses Jahr berichteten die Medien über die sportlichen Grossanlässe "Spitzen Leichtathletik", "Ruderwelt Luzern" sowie "Pferderennen" und trugen damit wiederum zum Bekanntheitsgrad der Stadt Luzern bei.

Im Informatikbereich wurde die bislang für die Hallen- und Raumbelagungen verwendete Software PATCH durch SKUBIS abgelöst, was mit einer Neuverfassung aller diesbezüglichen Daten verbunden war.

Musikschule

Nach zehnjähriger Amtszeit als Prorektor und insgesamt 30 Jahren Lehrtätigkeit ist Jürgen Lorenz altershalber per 31. Juli 2003 in den Ruhestand getreten. Neu zum Prorektor gewählt wurde Thomas Limacher, bisheriger Schlagzeuglehrer der Musikschule.

Auch dieses Jahr traten wiederum mehrmals verschiedene Ensembles der Musikschule erfolgreich an die breite Öffentlichkeit. Insbesondere ist die Höchstauszeichnung des Jugendchores "Molto Cantabile" anlässlich des 17. Zentralschweizer Gesangsfestes in Altdorf zu erwähnen. Auch das Jugendblasorchester erreichte mit dem 2. Rang in der Höchststufe am Eidgenössischen Jugendmusikfest in Chur abermals eine Spitzenrangierung.

Im Berichtsjahr wurden die Strukturen der Ensembles und insbesondere auch die Positionierung der Vereine auf der Konzertstufe geklärt und vereinheitlicht. Die entsprechend neu gefassten "MSL-Rahmenbedingungen für den Ensemblebereich" sind seit Schuljahr 2003/2004 in Kraft. Um bei Konzertensembles eine breitere logistische und finanzielle Unterstützung sowie eine grössere Publizität zu erreichen, wird nach wie vor eine Aufgabenteilung mit geeigneten Dritten (i.d.R. mittels Kooperationsvertrag mit Vereinen) angestrebt.

Im Juni 2003 wurde die pädagogische Leitbildarbeit in der Form von "Musikpädagogischen MSL-Grundsätzen" durch die Musikschullehrerschaft und Schulleitung abgeschlossen. Die Musikschulverantwortlichen entschlossen sich, den intern begonnenen Qualitätsentwicklungsprozess nahtlos fortzusetzen und ein prozessorientiertes Qualitätsmanagementsystem einzuführen.

Im März 2003 gründeten Musikschul-Leitende und -Präsidialpersonen einen Verband für die Musikschulen im Kanton Luzern (VML). Das Bildungsdepartement ersetzte die bisherigen Richtlinien für die Musikschulen der Ge-

meinden im Herbst 2003 durch entsprechende Empfehlungen und erliess kantonale Anerkennungsbestimmungen für Musikschulen.

Da die Musikschule 2006 nun endgültig ihr bestes Unterrichts- und Probezentrums Eichhof verlieren wird, wurde dieses Jahr intensiv mit der Suche nach Ersatzvarianten begonnen.

Mittelschulen

Qualitätskonzept

Im Rahmen des Q-Entwicklungsprojekts am Mittelschulzentrum (MSZ) wurden die Grundlagen für das Standortgespräch zwischen Lehrpersonen und Rektor geschaffen. Ein grösseres Projekt stellte die anonymisierte Fokusevaluation Lehrpersonen-Schulleitung dar. Ferner hat sich die gesamte Lehrerschaft am internen Q-Dialog mit Qualitätsaspekten des Unterrichts beschäftigt. Die Lehrpersonen dokumentieren im persönlichen Portfolio ihre Weiterbildungsaktivitäten und die Schüler-Feedbacks.

Diplommittelschule (DMS)

Die Realisierung des neuen schweizerischen DMS-Konzeptes (nur noch dreijährige Ausbildung ab Schuljahr 2002/2003) schritt weiter voran. Dies wirkte sich auch auf die DMS der Stadt Luzern aus. Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 zählte die DMS total acht Klassen (drei 1. Klassen, drei 2. Klassen und zwei 3. Klassen) mit insgesamt 155 Schülerinnen und Schülern. Die Abteilung Berufsmatura Gesundheit und Soziales startete im Sommer 2003 mit dem zweiten Lehrgang des Pilotprojektes "FAGE mit Berufsmatura" mit 15 Lehrtöchtern des Berufs Fachangestellte Gesundheit. Neu begann der Vollzeitlehrgang Berufsmatura BM 2, Richtung Gesundheit und Soziales, mit 18 Lernenden, alles Berufsleute mit abgeschlossener Berufslehre. Im Sommer 2003 wurden letztmals 13 Schülerinnen nach 2 Jahren diplomiert. 36 Schülerinnen und 2 Schüler erhielten das Diplom nach 3 Jahren.

Wirtschaftsmittelschule (WML)

Im Sommer 2003 konnten 137 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung in sieben Klassen an der WML beginnen (5 Berufsmaturitäts- und 2 Handelsdiplomklassen). Damit ist der Vollausbau der WML abgeschlossen. In insgesamt 21 Klassen wurden 411 Schülerinnen und Schüler an der WML unterrichtet. Die im Vorjahr bei den Neueintretenden erstmals beobachtete Zunahme der Schüler hielt auch im neuen Schuljahr an: 75 Schüler und 62 Schülerinnen. Nach erfolgtem Praxiseinsatz konnten

80 Absolventinnen und Absolventen des Diplomjahrganges 2002 die Berufsmaturitätszeugnisse im Jahre 2003 entgegennehmen. An der Diplomfeier im KKL freuten sich 102 Schülerinnen und Schüler über ihren Erfolg bei den Diplomprüfungen.

Erwachsenenbildung MSZ

Die Erwachsenenbildung des Mittelschulzentrums bietet Kurse in den Fachgebieten Informatik, Sprachen, Kunst und Gymnastik an. Im Berichtsjahr 2003 wurden 77 Kurse (Vorjahr 70) durchgeführt. Als Kursleiter wirkten einerseits Lehrpersonen des Mittelschulzentrums und andererseits externe Fachleute. Die Kurse wurden von 1018 Personen besucht. Damit hat die Erwachsenenbildung erstmals in ihrer zwölfjährigen Geschichte die "Schallmauer" von 1000 Kursbesucherinnen und -besuchern pro Jahr durchbrochen.

5.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt. Die

Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.2.5.1 Stadtarchiv

a) Aufgaben / Dienstleistungen

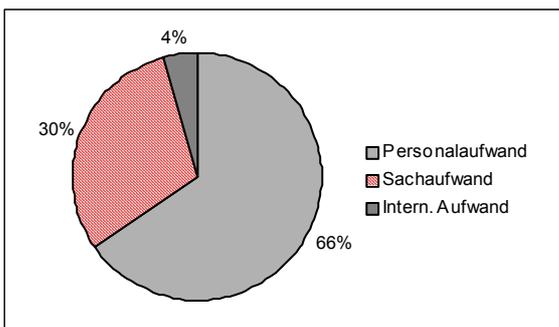
Die Aufgabe des Stadtarchivs umfasst das Sichern, Aufbewahren, Erschliessen und Zugänglichmachen von städtischem und stadtbezogenem Schriftgut mit dem Zweck, die Verwaltungskontinuität nach innen zu sichern, die Verwaltungstätigkeit nach aussen transparent zu machen und die städtische Identität zu fördern. Dazu gehören Dienstleistungen für amtliche und private Benützer ebenso wie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen. Die Einnahmen des Stadtarchivs resultieren aus der kommerziellen Nutzung von Bauplänen und Fotos sowie aus Kopierrechten. Zurzeit ist das Stadtarchiv mit 310 Stellenprozenten besetzt; davon sind 50 Stellenprozent befristet auf die Jahre 2001 bis 2003.

b) Ergebnis

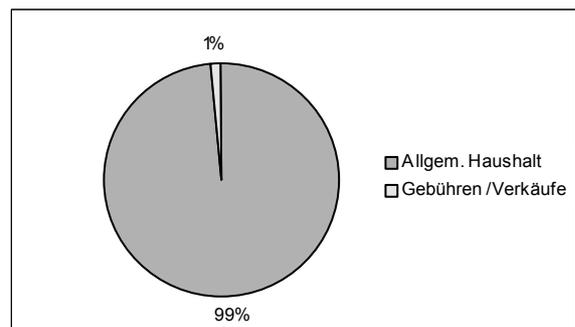
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	652'625	677'639	693'100	-15'461	-2%	25'013	4%
Ertrag	7'571	9'103	7'300	1'803	25%	1'532	20%
Ergebnis	-645'054	-668'535	-685'800	17'265	3%	-23'481	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Laufmeter Neuzugang Aktenbestand	230,7	294,1	162,6	103,53	43,1
Pensenaufwand für Auskünfte	40%	48%	45%	50%	45%
Private Auskünfte	814 64%	827 57%	792 57%	721 51%	748 56%
Verwaltungsinterne Auskünfte	452 36%	621 43%	594 43%	681 49%	599 44%
Total	1'266	1'448	1'386	1'402	1'347

e) Kommentar

Das Stadtarchiv ist mit einem erheblichen Modernisierungsnachholbedarf für die Erfüllung seiner Kernaufgaben konfrontiert. Dies schlägt sich im Aufwand nieder. Infolge verschiedener Projekte (personelle Restrukturierung, Publikation, konservatorische Massnahmen) haben sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesteigert, blieben aber aufgrund des stadträtlichen Sparauftrags unter dem Budget.

Während beim Aktenbestand im engeren Sinne ein ausserordentlich geringer Zuwachs zu verzeichnen war, nahm die Abteilung Karten und Pläne um über 720 Einheiten zu (Ablieferung Hochbau: historische Pläne von städtischen Bauten).

Im Vergleich zum letzten Jahr sind die verwaltungsinternen Auskünfte erheblich zurückgegangen, wobei solche Schwankungen seit Führen der Statistik die Regel sind. Die privaten Auskünfte hingegen haben wieder zugenommen, liegen aber immer noch deutlich unter den Zahlen vor Einführung des städtischen Internetauftritts. Markanter thematischer Schwerpunkt bei der Benützung bildete das Bauinventar der Stadt Luzern (Ressort Kulturgut und städtische Museen).

5.2.5.2 Kindergärten

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Kindergarten steht am Anfang der schulischen Sozialisation und bereitet die Kinder auf den Eintritt in die Schule vor. Er unterstützt, fördert und begleitet die Kinder auf diesem Weg und ergänzt so die Arbeit der Eltern in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder auf partnerschaftliche Weise. Dabei wird auf eine ganzheitliche Förderung der Lernenden geachtet.

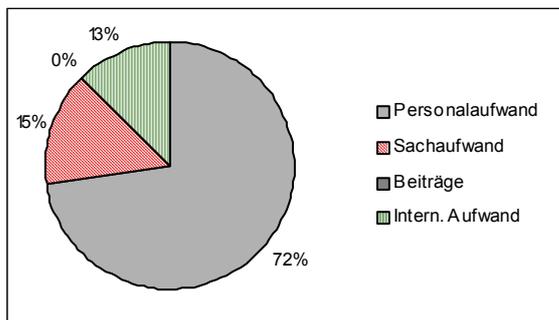
Das Gesetz über die Volksschulbildung verpflichtet die Gemeinden, bis 1. August 2005 das Kindergartenobligatorium für den ersten vorschulpflichtigen Jahrgang einzuführen und das Stichdatum für den Schuleintritt vom 30. April auf den 31. Oktober vorzulegen. Spätestens ab dem Schuljahr 2005/2006 müssen alle Kinder, die vor dem 1. November das fünfte Altersjahr erfüllen, im August davor in den Kindergarten eintreten. Die Schulpflege der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung vom 16. November 1999 festgelegt, dass das Kindergartenobligatorium in der Stadt Luzern auf Beginn des Schuljahres 2000/2001 eingeführt wird. Das Schuleintrittsalter wird in der Stadt Luzern ab Schuljahr 2000/2001 jährlich um einen Monat vorverschoben. Kinder des zweiten vorschulpflichtigen Jahrganges können den Kindergarten besuchen, sofern Platz vorhanden ist.

b) Ergebnis

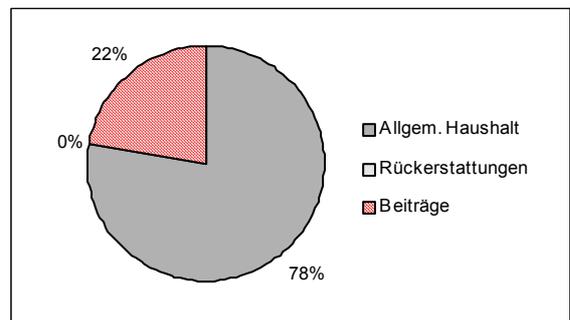
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	4'292'844	4'347'699	4'202'700	144'999	3%	54'855	1%
Ertrag	655'985	968'955	1'127'900	-158'945	-14%	312'971	48%
Ergebnis	-3'636'859	-3'378'743	-3'074'800	-303'943	-10%	258'115	7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1999	2000	2001	2002	2003	Veränderung
Schuljahr	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	
Anzahl Kindergärtner	652	610	616	624	617	-1,1%
davon 6-Jährige	469	431	444	443	424	-4,3%
davon 5-Jährige	85	73	74	81	77	-4,9%
davon Zurückgestellte	98	106	98	110	116	+5,5%
Anzahl Kindergärten (ohne Sprachheil-kindergarten)	36	35	35	35	35	-
Anzahl Kindergärtner pro Abteilung	18,1	17,4	17,6	17,8	17,6	-1,1%
Aufwand pro Kindergärtner und Jahr (brutto) in Fr.	5'895	6'258	6'490	6'879	7'046	+2,4%
Aufwand pro Kindergarten	106'766	109'061	114'236	122'653	124'220	+1,3%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	38,8	36,2	37,0	37,6	37,6	-

e) Kommentar

Die Zahl der Zurückgestellten hat erneut um 6 Kinder zugenommen. Im Vergleich mit den letzten vier Jahren wird ein neuer Höchststand erreicht. Damit bestätigt sich die Tendenz, dass mit der Vorverschöbung des Einschulungsalters vermehrt Kinder zurückgestellt werden. Die Abweichung auf der Ertragsseite im ganzen Volksschulbereich resultiert aus dem Wegfall von 10 % Subventionserhöhung für hohen Fremdsprachenanteil. Die Meldung des Kantons erfolgte nach Redaktionsschluss des Voranschlages 2003.

5.2.5.3 Primarschulen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Primarschule unterstützt die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie vermittelt den Kindern Grundwissen, Grundfertigkeiten und Grundhaltungen und fördert die Entwicklung vielseitiger Interessen.

Neu zugewandene Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse mit fehlenden Deutschkenntnissen besuchen die Aufnahmeklasse. Für die Unterstützung der in Regelklassen integrierten Fremdsprachigen wird Zusatzunterricht in Deutsch (Deutsch für Fremdsprachige) angeboten. In Abteilungen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern werden Klassenhilfen eingesetzt. Die Klassenhilfe wird auch für die Arbeit mit unterforderten deutschsprachigen Kindern eingesetzt, insbesondere wenn diese in der Minderheit sind.

Seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 haben besonders begabte Kinder die Möglichkeit, während eines Halbtages pro Woche die Begabtenwerkstatt zu besuchen. Zur Auswahl stehen folgende Angebote: Mathematik/Informatik, Englisch, Deutsch (Schreibwerkstatt)/Freiarbeit und Kreatives Gestalten.

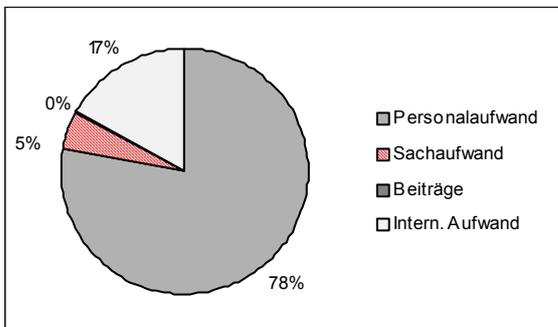
Im Schuljahr 2003/2004 wurden – gestützt auf § 8 des Gesetzes über die Volksschulbildung – erste Projekte zur Begabungsförderung in den Schulhäusern umgesetzt.

b) Ergebnis

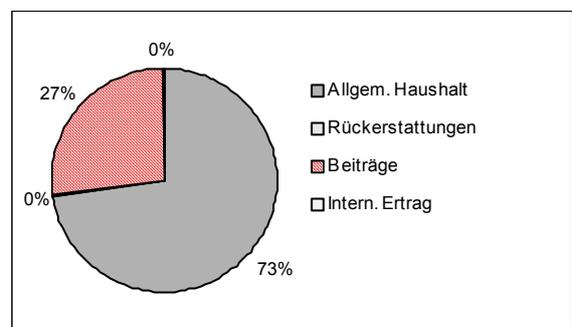
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	24'718'917	24'340'105	25'637'900	-1'297'795	-5%	-378'813	-2%
Ertrag	4'331'028	6'619'588	7'313'000	-693'412	-9%	2'288'560	53%
Ergebnis	-20'387'889	-17'720'516	-18'324'900	604'384	3%	2'667'373	13%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	2003 2002/03	Veränderung
Schuljahr						
Anzahl Schüler/innen	2'483	2'546	2'478	2'484	2'482	-0,1%
Anzahl Klassen	122	124	124	125	125	-
Anzahl Schüler/innen pro Klasse	20,4	20,5	20,0	19,9	19,9	-
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.	9'620	9'772	10'061	9'915	9'795	-1,2%
Aufwand pro Klasse	177'933	182'082	199'222	196'181	197'120	+0,5%
Anzahl Pensen (umger. in Vollpensen)	177,2	180,3	181,2	181,0	180,5	-0,3%

e) Kommentar

Da im Vergleich zum Vorjahr die Schüler- und Klassenzahlen praktisch gleich geblieben sind und keine wesentlichen Änderungen in der Schulorganisation vollzogen wurden, gab es auch finanziell keinen zusätzlichen Aufwand.

5.2.5.4 Kleinklassen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In den Kleinklassen werden Kinder mit Lern- und/oder Verhaltensschwierigkeiten betreut. Folgende Typen von Kleinklassen werden unterschieden:

Auf der Primarstufe:

- Kleinklasse A (KKA) für Schulanfänger/innen mit Entwicklungsverzögerungen
- Kleinklasse B (KKB) für Kinder mit Lernschwierigkeiten, die dem Unterricht in den Regelklassen nicht zu folgen vermögen
- Kleinklasse C (KKC) für Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten

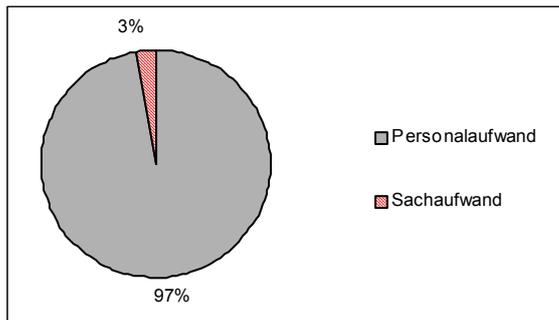
Auf der Sekundarstufe I:

- Werkschule für das 7. und das 8. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten
- Werkjahr für das 9. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten

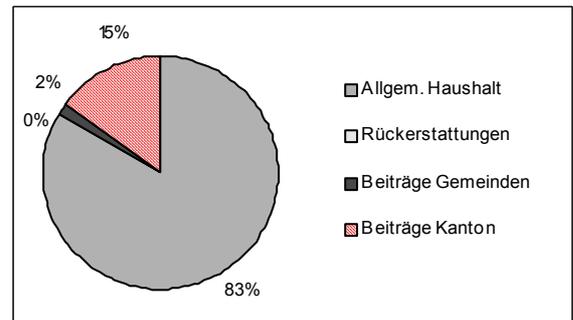
b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	5'008'295	5'072'651	4'987'300	85'351	2%	64'355	1%
Ertrag	606'007	850'648	948'600	-97'952	-10%	244'641	40%
Ergebnis	-4'402'289	-4'222'003	-4'038'700	-183'303	-5%	180'286	4%

c) Allgemeine Kennzahlen



Aufwandstruktur



Ertragsstruktur

d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2000	2001	2002	2003	Veränderung
Schuljahr	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	
Anzahl Schüler/innen (PS und OS)		294	280	268	-4,3%
(davon in Kleinklassen / Primarstufe)		(202)	(204)	(195)	(-4,4%)
Anzahl Klassen (PS und OS)		30	30	31	+3,3%
(davon in Kleinklassen / Primarstufe)		(22)	(22)	(23)	+4,5%
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung		9,8	9,3	8,6	-6,5%
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung (PS)		9,2	9,3	8,5	-8,6%
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.		16'137	17'886	18'928	+5,8%
Aufwand pro Klasse		158'146	166'943	163'634	-2,0%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)		35,3	36,2	37,1	-2,5%

e) Kommentar

Ausgehend von den Erfahrungen der Schuljahre 2000/2001 und 2001/2002 wurde eine zusätzliche Kleinklasse B eröffnet. Während der letzten zwei Monate vor Schulbeginn sanken die Schülerzahlen wegen Wegzugs mehrerer Familien.

5.2.5.5 Sekundarstufe I

a) Aufgaben / Dienstleistungen

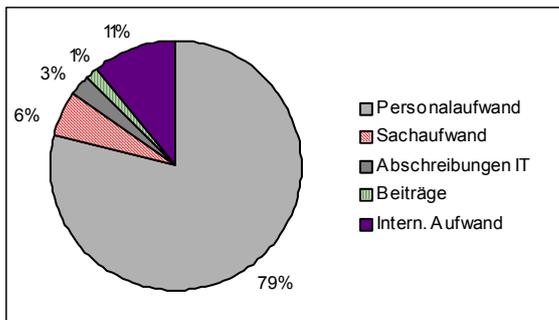
Zur Sekundarstufe I gehören einerseits die obligatorischen 7. bis 9. Schuljahre (Real-, Sekundarschule), andererseits das freiwillige 10. Schuljahr (4. Sekundar-, Berufsspezifisches 10. Schuljahr, musikalisches 10. Schuljahr, Integrations- und Vorkurs für fremdsprachige Jugendliche, Vorkurs für Pflegeberufe). Neu zugewandte fremdsprachige Jugendliche im Volksschulalter werden in der Aufnahmeklasse unterrichtet. Nach der Integration in eine Regelklasse besuchen sie weiterhin den Zusatzunterricht Deutsch.

b) Ergebnis

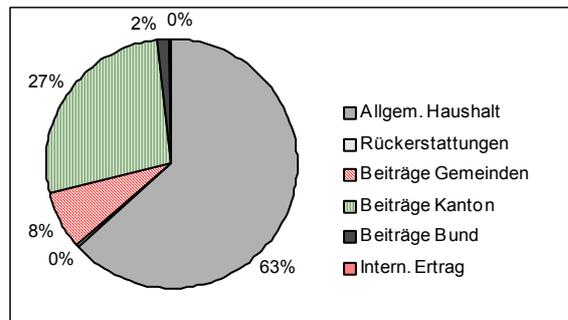
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	14'327'725	14'066'256	14'423'200	-356'944	-2%	-261'469	-2%
Ertrag	3'987'110	5'163'484	5'387'500	-224'017	-4%	1'176'374	30%
Ergebnis	-10'340'615	-8'902'772	-9'035'700	132'928	1%	1'437'843	14%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2000	2001	2002	2003	Veränderung
Schuljahr	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	
Anzahl Schüler/innen (inkl. PVK)	1'214	1'094	1'046	1'088	+4,0%
(davon in Regelklassen, ohne PVK)	(1'024)	(1'002)	(960)	989	+3,0%
Anzahl Klassen (inkl. PVK)	65	58	58	58	-
(davon Regelklassen, ohne PVK)	(51)	(52)	(52)	(52)	-
Anzahl Schüler/innen pro Klasse (inkl. PVK)	18,7	18,9	18,0	18,8	+4,4%
Anzahl Schüler/innen pro Regelklasse (ohne PVK)	20,1	19,3	18,5	19,0	+2,7%
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) in Fr.	13'421	13'350	13'698	12'928	-5,6%
Aufwand pro Abteilung	250'658	251'818	247'079	242'521	-1,8%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	102,8	93,7	93,3	92,7	-0,6%

Hinweis: PVK = Vorkurs für Pflegeberufe

e) Kommentar

Bei gleich bleibender Anzahl Klassen hat die Schülerzahl leicht zugenommen. Daraus folgt ein Rückgang des Aufwandes pro Schüler. Der Rückgang der Pensen um 0,6 % ist mit den jährlich schwankenden Anmeldezahlen für die Wahlfächer zu erklären.

5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern

a) Aufgaben / Dienstleistungen

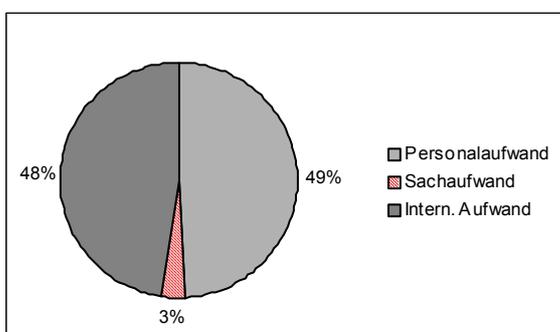
Die Dienstabteilung Sport und Freizeit stellt alle 37 städtischen Turnhallen (inkl. Gymnastikräume) und die 5 kantonalen Turnhallen auf Stadtgebiet für die Nutzung seitens Dritter zur Verfügung. Ebenso werden die Belegungen der Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit durch SF koordiniert. Die diversen Räumlichkeiten in Kellern und Estrichabteilen der Schulhäuser stehen städtischen Vereinen und Gruppierungen in Jahresmiete zur Verfügung.

b) Ergebnis

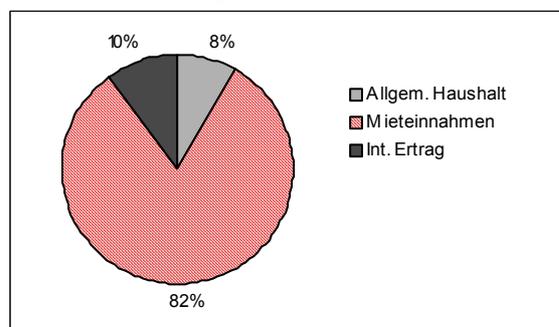
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	424'617	440'294	546'400	-106'106	-19%	15'677	4%
Ertrag	385'514	403'953	443'000	-39'047	-9%	18'440	5%
Ergebnis	-39'104	-36'341	-103'400	67'059	-65%	2'763	7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000		2001		2002		2003		Veränderung
	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	
Belegungen Erwachsene (E)	724	33'304	651	29'946	634	29'164	578	26'588	-56
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	599	27'554	545	25'070	520	23'920	468	21'528	-52
Belegungen Jugendliche (J)	690	31'740	697	32'062	730	33'580	782	35'972	+52
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	532	24'472	591	27'186	610	28'060	593	27'256	-17
Total E und J	1'414	65'044	1'347	61'962	1'364	62'882	1'360	62'537	-4
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'131	52'026	1'136	52'256	1'130	51'980	1'061	48'784	
Aufwand pro Raum und Stunde in Fr. (alle Räume)	6.23		6.67		6.75		7.05		+0.30
Vergleich: Schulbelegungen (40 Kalenderwochen)	1'287	51'480	1'246	49'840	1'286	51'440	1'192	47'680	

e) Kommentar

Die obigen Zahlen zeigen die Belegungen durch die Vereine ausserhalb der Schulzeiten von Montag bis Sonntag. Die Jugendlichen der Stadtluzerner Vereine belegen sämtliche Räumlichkeiten und Turnhallen gebührenfrei. Die Belegungen durch Erwachsene sind immer noch stark rückläufig, hingegen nehmen diejenigen durch Jugendliche erheblich zu. Während der Wintermonate steigen die Belegungszahlen bei den Erwachsenen und Jugendlichen gegenüber den Sommermonaten an. Die Schulraumbelegungen durch die diversen Ergänzungsunterrichte und Integrationsbereiche haben speziell an den Wochenenden stark zugenommen und erfolgen ebenfalls kostenlos. Nach wie vor sind die Turnhallen der Stadt Luzern während der Wintermonate (Oktober bis März) extrem ausgelastet.

5.2.5.7 Kulturförderung

a) Beschreibung

Im Zusammenhang mit dem Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern werden die Zahlen zur Kulturförderung analog zur Darstellung auf Seite 25 des Grundlagenberichtes ausgewiesen, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet wurden die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel (Konto 3194), die Aufwendungen für den Kunstpreis (Konto 3191.318.09) sowie die Aufwendungen im Beitragswesen (Konto 8730).

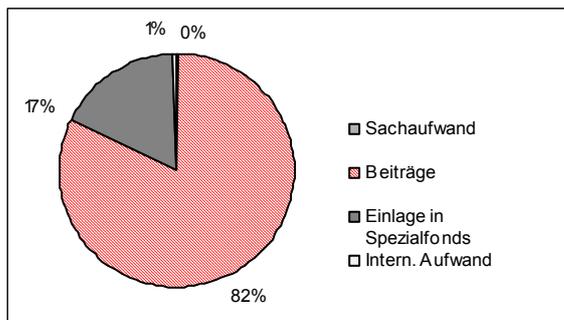
b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Kulturförderung aus LR	17'042'619	17'552'496	17'585'800	-33'304	0%	509'877	3%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'528'555	3'342'879	3'288'000	54'879	2%	-185'675	-5%
Total	20'571'174	20'895'375	20'873'800	21'575	0%	324'202	2%

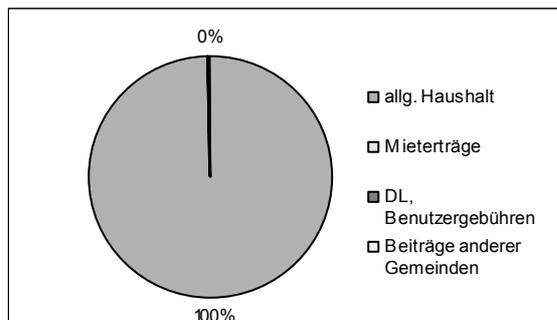
R02 und R03: ohne Rückstellung/Zahlung von Fr. 18 Mio. für die strukturelle Entlastung/betriebliche Stabilisierung des KKL.

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt Luzern in Fr. ²	308.64	354.77	410.38	399.22	408.51
Leistungszahlen Luzerner Theater					
Anzahl Aufführungen (Hauptbühne)	212	279	205	212	188
Durchschnittliche Sitzbelegung	64,86%	47,99%	55,98%	48,12%	54,02%
Anzahl übriger Aufführungen	114	170	192	151	174
Anzahl Besucher insgesamt	94'772	81'003	82'209	71'575	74'190
Leistungszahlen LSO (ehemals AML)					
Anzahl Abo-Konzerte, Kammermusikabende	26	25	25	26	22
Auslastung bei Abo-Konzerten und Kammermusikabenden	90%	85%	84%	86%	84%
Anz. übriger Konzertveranstaltungen	20	13	16	15	14
Anz. Besucher übriger Konzertveranstaltungen	47'200	20'800	17'500	5'200	14'900

e) Kommentar

Wiederum konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Die gegenüber dem Vorjahr leichte Erhöhung der Ausgaben aus Laufender Rechnung widerspiegelt die Massnahmen gemäss kultureller Standortbestimmung des Stadtrates, v. a. die Einstellung von Jahresbeiträgen, die bisher aus Billettsteuermitteln geleistet wurden, in die laufende Rechnung. Die Billettsteuereinnahmen entwickelten sich über Budget, aber leicht rückläufig, was vor allem auf kleinere Ablieferungen von Verkehrshaus und Lucerne Festival zurückzuführen ist.

² Bis 2000 ohne Billettsteuern, ab 2000 konsolidiert; inkl. Stadtbibliothek.

5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zu Lasten der Veranstaltungsbesucher und nicht zu Lasten der städtischen Steuerzahlenden). Die jährliche Einlage von rund Fr. 40'000.– in den regionalen Kulturfonds der RKK (1/3 Kanton, 1/3 Stadt und 1/3 Agglomerationsgemeinden) stammt ebenfalls aus dem FUKA-Fonds.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die städtische Kulturabteilung ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	1999	2000	2001	2002	2003
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	625'930.45	685'267.80	702'398.20	740'548.30	719'193.55
Einlage aus Laufender Rechnung	0.00	0.00	0.00	0.00	00.00
Darlehen/Rückstellungen	0.00	0.00	25'000.00	0.00	-255'000.00
Total Fondseinlagen	625'930.45	685'267.80	702'398.20	740'548.30	719'193.55
Geleistete Beiträge pro Jahr	451'342.95	450'384.30	545'874.65	660'533.20	772'672.00
Fondsreserve per 1.1.	572'407.10	746'494.60	981'378.10	1'162'901.65	1'242'916.75
Fondsreserve per 31.12.	746'494.60	981'378.10	1'162'901.65	1'242'916.75	934'438.30

c) Spezifische Kennzahlen

Wie im Jahr 2001 bereits angekündigt, wurde die Tabelle neu aufgebaut. Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	1998	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Ausstellungen/Installationen (alle Sparten)	9,89	12,32	6	11	13	8	-5
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	23,63	28,04	25	23	25	35	10
Theater/Tanz/Performance	21,42	14,67	18	21	14	14	0
Film/Video	8,19	6,28	5	10	8	9	1
Druckkosten (inkl. Literatur)	7,72	6,01	15	8	17	9	-8
Spartenübergreifende / diverse Projekte*	29,10	32,58	31	27	23	25	2

*Spartenübergreifende Veranstaltungsförderung: Veranstaltungspauschalen an verschiedene Institutionen, interkulturelle Veranstaltungen usw.

d) Kommentar

Im Jahr 2003 wurden an acht Fondssitzungen rund 300 Gesuche behandelt.

Im Oktober 2003 wurde der FUKA-Kiosk definitiv eingeführt und damit zu einem festen Bestandteil der städtischen Kulturförderung und Kulturvermittlung. Seit November 2002 haben neun Kiosköffnungen stattgefunden. Am FUKA-Kiosk wird den Luzernerinnen und Luzernern regelmässig und kostenlos Kultur angeboten: Die Fondsverwaltung erwirbt von Produktionen und Veranstaltungen, die unterstützt wurden und besonders überzeugt haben, Eintrittskarten bzw. Publikationen und CDs. Das kleine, aber feine Angebot umfasst Eintrittskarten zu Konzerten verschiedenster Stilrichtungen, zu Theater- und Tanzaufführungen, Publikationen wie Künstlerbücher oder CD-Produktionen. Die Daten der Kiosköffnungen werden jeweils öffentlich publiziert. Das Interesse der Bevölkerung ist gross, die Angebote werden rege wahrgenommen.

Im Rahmen der Kompetenz der Fondsverwaltung und im Sinne des Kulturförderungsauftrages des Fonds wurden folgende drei zinslose Darlehen gewährt:

- Konzerthaus Schüür: Fr. 80'000.-;
(Für das Konzerthaus Schüür wird zurzeit eine strukturelle Analyse vorgenommen. Es handelt sich um eine Überbrückungsfinanzierung, der Rückzahlungsmodus für das Darlehen ist noch offen.)
- Verein Filmhaus / stattkino: Fr. 120'413.20;
(Ablösung des Darlehens bei der Stiftung Bourbaki Panorama, rückzahlbar in drei Raten per 31.3.2003 / 1.1.2004 / 1.1.2005.)
- GWAND: Fr. 75'000.-;
(Überbrückungsfinanzierung, per 1.1.2004 mit dem ordentlichen Beitrag verrechnet.)

5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder im Alter von 7 bis 19 Jahren sind, unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon 60 % gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40 % sind in der Laufenden Rechnung der Abteilung SF einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20 % Vereinsquote und 80 % Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:

Stufe I	bis 50 Aktivmitglieder
Stufe II	51–150 Aktivmitglieder
Stufe III	151–300 Aktivmitglieder
Stufe IV	ab 301 Aktivmitgliedern

Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	2000	2001	2002	2003
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	685'267.80	702'398.20	740'548.30	719'193.55
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	367'062.50	386'240.00	427'930.00	434'442.75
Entnahme für Jugendsport	220'354.35	226'262.85	232'061.95	271'310.80
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	658'286.50	756'137.45	846'032.80	926'589.15
Fondsreserve per 31.12.	756'137.45	846'032.80	926'589.15	940'029.15

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2001	Anteil in %	2002	Anteil in %	2003	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	82'960	21,5	82'611	20,5	83'427	19,2
Fussball und Landhockey	54'510	14,1	73'837	20,6	81'293	18,7
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	82'200	21,3	67'217	15,7	65'129	15
Schnee-, Eis-, Bergsport	40'450	10,5	42'721	10	52'377	12
Radsport	6'290	1,6	4'197	2,1	4'662	1,1
Wassersport	47'800	12,4	49'156	12,9	59'311	13,7
Schiesssport	6'510	1,7	5'511	0,5	7'301	1,7
Kampfsport	22'610	5,9	26'588	6,2	26'960	6,2
Diverse ³	34'250	8,8	40'876	9,5	47'306	10,9
Assoziierte	8'660	2,2	8'380	2	6'675	1,5
Total	386'240	100	401'094	100	434'442	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge, die von den Vereinen jährlich mittels Gesuch einverlangt werden, belaufen sich auf zirka 60 % der zur Verfügung stehenden 15 % der Billettsteuererträge. Die verbleibenden rund 40 % werden dem Fonds entnommen und der Rechnung der Dienstabteilung Sport und Freizeit gutgeschrieben. Dies erlaubt die Finanzierung sämtlicher Jugendsportveranstaltungen durch SF, die Oster- und Herbstsportwochen sowie die Hallenbad- und Kunsteisbahneintritte der Stadtschulen. Überdies wird damit teilweise die gebührenfreie Nutzung der städtischen Turnhallen durch die Vereinsjugend abgegolten. Die höheren Fondsreserven sind auf die wesentlich höheren Billettsteuereinnahmen zurückzuführen.

³ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Bogenschiessen, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen

5.2.5.10 Ferienpass

a) Aufgaben / Dienstleistungen

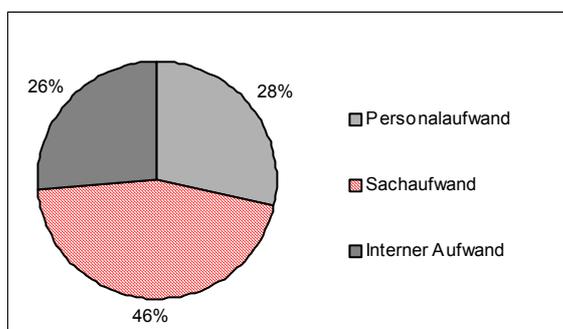
Der Ferienpass wird während der Sommerferien angeboten. Die Kinder können sich im Ferienpasszentrum kreativ, spielerisch, handwerklich und sportlich betätigen. Mit dem Grundangebot (Verkehrsmittel, Museen und Schwimmbäder) steht ihnen ein attraktives Angebot zur Erkundung der ganzen Agglomeration zur Verfügung. Für Jugendliche gibt es einen Jugendpass nur für das Grundangebot. Die Finanzierung des Ferienpasses erfolgt durch alle beteiligten Gemeinden gemeinsam und beruht auf einer Vollkostenrechnung.

b) Ergebnis

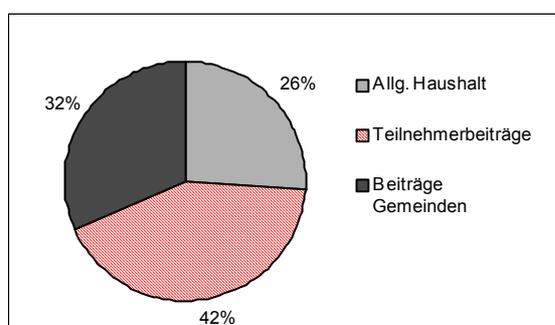
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	193'828	208'129	196'300	11'829	6%	14'301	7%
Ertrag	148'821	153'625	161'700	-8'075	-5%	4'804	3%
Ergebnis	-45'007	-54'504	-34'600	-19'904	-58%	-9'497	-21%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl verkaufter Ferienpässe	5'090	5'917	5'169	5'375	4'999	5'564	+565
davon Kinderpässe	1'342	1'498	1'290	1'867	1'421	1'518	+97
davon Jugendpässe	3'748	4'419	3'879	3'508	3'578	4'046	+468
davon Kinder u. Jugendliche aus der Stadt Luzern	1'349	1'431	1'435	1'418	2'061	2'361	+300
Aufwand pro Ferienpass in Fr.	34	31	33	36	39	37	-2

e) Kommentar

Dank den Bemühungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Attraktivierung des Ferienpasszentrums und dem anhaltend schönen Wetter weist der Ferienpass 2003 Rekordverkaufszahlen auf. Trotz der hohen Anzahl verkaufter Ferienpässe darf die Öffentlichkeitsarbeit vor allem in den Gemeinden nicht vernachlässigt werden.

Der Versuch mit dem Betreuungsangebot wird mangels Interesse – was auf den Ausbau des Ferienhortes zurückzuführen ist – nicht mehr wiederholt.

5.2.5.11 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

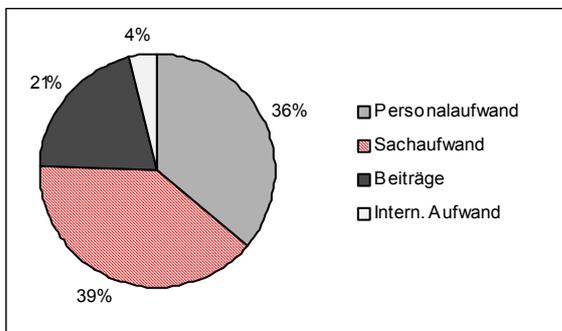
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 93'700 BVL-Medien der 7 Verbandsgemeinden waren per Ende 2003 58'500 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 18'500 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den über 20'000 aktiven Benützerinnen und Benützern der Stadtbibliothek Luzern stehen also insgesamt 77'000 Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

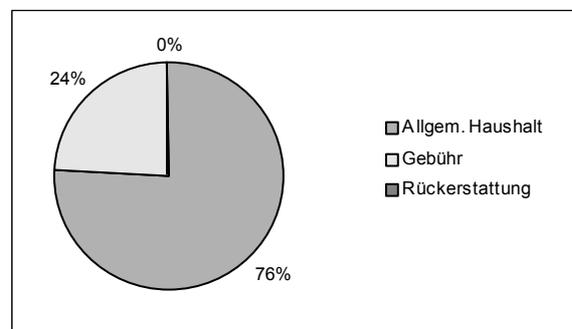
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'746'933	1'820'048	1'785'700	34'348	2%	73'115	4%
Ertrag	330'801	443'152	352'000	91'152	26%	112'352	34%
Ergebnis	-1'416'133	-1'376'896	-1'433'700	56'804	4%	39'237	3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Ausleihen	310'470	318'882	377'267	442'321	503'680	520'556
Bestandeszahl	55'329	55'563	53'412	63'021	70'243	77'001
Umsetzung des Bestandes	5,61-mal	5,74-mal	7,06-mal	7,01-mal	7,17-mal	6,76-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 2.90	Fr. 3.67	Fr. 3.93	Fr. 3.08	Fr. 2.81	Fr. 2.65
Benützer, aktive	14'587	14'734	16'459	17'464	19'007	20'197
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	7'794	7'854	8'802	8'941	9'639	10'011
Anteil BVL	3'129	3'242	3'574	3'569	3'866	4'203
Anteil übrige	3'664	3'638	4'083	4'954	5'502	5'983

e) Kommentar

Erfreulicherweise wuchs der Medienbestand erneut um 7'000 Einheiten. Demgegenüber scheint die Phase der jährlichen drastischen Ausleihsteigerungen nun zu Ende gegangen zu sein. Damit bahnt sich endlich die Trendwende zu einer tieferen Umsetzung des übernutzten Bestandes an. Die auf den 1.1.2003 erhöhten Ausleihgebühren wurden von der Kundschaft gut akzeptiert. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen erhöhten den Eigenfinanzierungsgrad auf 24 %. Dieser Wert dürfte in der Schweiz kaum von einer anderen Bibliothek übertroffen werden.

5.2.5.12 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

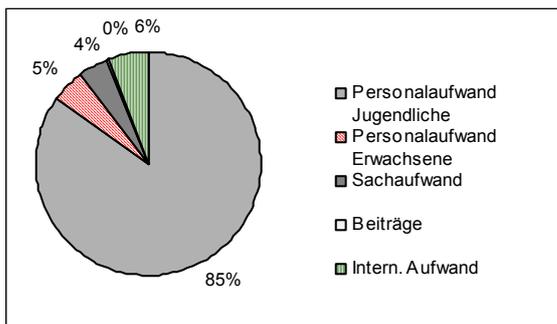
In der Musikschule werden lernwillige Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu kostendeckenden Tarifen (Vollkosten) aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind in der Regel diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Der Kostendeckungsgrad des gesamten Musikschulbetriebes (exklusive Raumkosten) ist auf 40 % festgelegt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gesprochen.

b) Ergebnis

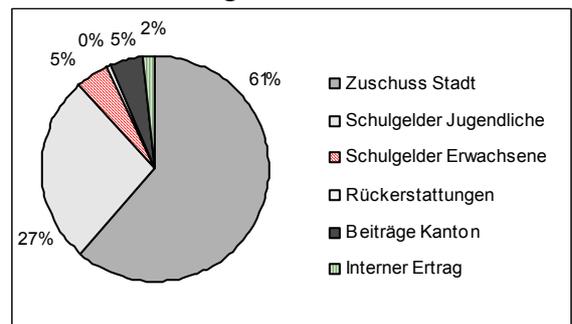
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	5'876'401	5'972'568	6'075'200	-102'632	-2%	96'166	2%
Ertrag	2'266'112	2'308'816	2'305'900	2'916	0%	42'703	2%
Ergebnis	-3'610'289	-3'663'752	-3'769'300	105'548	3%	-53'463	-1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	2003 2002/03	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'734	2'860	2'817	2'861	2'754	-107
davon Erwachsene	248	247	242	243	227	-16
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'099	1'962	2'012	2'054	2'169	+115
Kostendeckungsgrad	41,7%	40,6%	42,6%	41,5%	42,2%	+0,7
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	41,8	42,5	42	42,5	42,1	-0,4

e) Kommentar

Durch bewusst sparsamen Lektioneneinsatz und nochmals mehr erreichte qualitativ gewichtete kantonale Pro-Kopf-Beiträge um rund Fr. 40'000.– konnte ein besseres Ergebnis erzielt werden als budgetiert.

Die Schwankung bei der Schülerzahl und der entsprechend höhere Aufwand pro Schüler/in entspricht zur Hauptsache einer ausnahmsweise geringeren Ensemblebeteiligung.

Nach wie vor ist der Kostendeckungsgrad mehr als eingehalten und die Lohnkostendeckung bei den Erwachsenen erreicht.

5.2.5.13 Mittelschulen DMS und WML

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Realisierung des neuen schweizerischen DMS-Konzeptes (nur noch dreijährige Ausbildung ab Schuljahr 2002/2003) schritt weiter voran. Dies wirkte sich auch auf die **Diplommittelschule (DMS)** der Stadt Luzern aus. Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 zählte die DMS total acht Klassen (drei 1. Klassen, drei 2. Klassen und zwei 3. Klassen) mit insgesamt 155 Schülerinnen und Schülern. Die Abteilung Berufsmatura Gesundheit und Soziales startete im Sommer 2003 mit dem zweiten Lehrgang des Pilotprojektes "FAGE mit Berufsmatura" mit 15 Lehrtöchtern des Berufs Fachangestellte Gesundheit. Neu begann der Vollzeitlehrgang Berufsmatura BM 2, Richtung Gesundheit und Soziales, mit 18 Lernenden, alles Berufsleute mit abgeschlossener Berufslehre. Im Sommer 2003 wurden letztmals 13 Schülerinnen nach 2 Jahren diplomiert. 36 Schülerinnen und 2 Schüler erhielten das Diplom nach 3 Jahren.

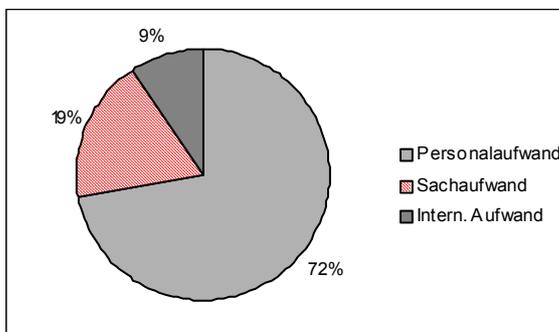
Die DMS werden weiterentwickelt. Im Sommer 2004 startet die erste Klasse der neuen Fachmittelschule.

Die **Wirtschaftsmittelschule (WML)** vermittelt eine umfassende Allgemeinbildung sowie fundierte kaufmännische Kenntnisse auf Mittelschulniveau. Gute Fremdsprachen- und Informatikkenntnisse eröffnen breit gefächerte Berufsaussichten in kaufmännischen wie nichtkaufmännischen Bereichen. Nach der dreijährigen Ausbildung wird das eidgenössisch anerkannte Diplom und zusätzlich die kaufmännische Berufsmatura erworben.

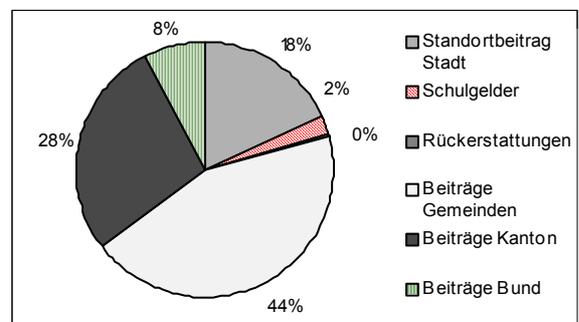
b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	11'696'543	12'673'924	12'682'500	-8'576	0%	977'381	8%
Ertrag	9'307'441	10'375'261	10'584'700	-209'439	-2%	1'067'820	11%
Ergebnis	-2'389'102	-2'298'663	-2'097'800	-200'863	-10%	90'439	4%

c) Allgemeine Kennzahlen



Aufwandstruktur



Ertragsstruktur

d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	2003 2002/03	Veränd.
Anzahl Schüler/innen	484	560	539	545	551	+6
(davon aus der Stadt)	(128)	(133)	(126)	(127)	(112)	-15
Anzahl Abteilungen	24	26	27	27	28	+1
Anzahl Schüler/innen pro Abt.	20,2	21,5	20,0	20,2	19,7	-0,5
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	20'042	18'753	20'533	21'462	23'002	+1'540
*Aufwand pro Schüler aus der Stadt (netto) in Fr.	13'728	11'444	16'000	18'812	20'524	+1'712
Aufwand pro Abteilung	404'185	403'904	388'944	433'205	452'640	+19'435
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	42,4	46,3	46,4	46,2	48,3	+2,1

* Nettoaufwand zu Lasten der Stadt / Anzahl Schüler/innen aus der Stadt

e) Kommentar

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler und die Anzahl Abteilungen haben sich leicht erhöht. Die Klassengrösse ist leicht gesunken, z. T. bedingt durch das Führen einer Klasse der neuen Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FAGE) mit nur 11 Schülerinnen und Schüler.

Wie in den vergangenen Jahren stieg durch den Ausbau der Anzahl Abteilungen von 27 Klassen im SJ 01/02 auf 28 Klassen im SJ 02/03 der Personalaufwand 2003 und somit auch der Gesamtaufwand. Der durchschnittliche Aufwand pro Abteilung erhöhte sich, da der Gesamtaufwand auf dem Kalenderjahr 2003 (32 Klassen ab August 2003) basiert, die Anzahl Abteilungen jedoch auf dem Schuljahr 2002/03 (28 Klassen).

5.3 Sicherheitsdirektion

Der gemeinsame Einsatz von Polizei und Feuerwehr gewährleistet bei Grossanlässen und politischen Kundgebungen die Sicherheit und sorgt für einen reibungslosen Ablauf.

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

Die Stadt Luzern ist im Jahr 2003 von Grosseignissen, die den Einsatz von Polizei und Feuerwehr erfordert hätten, glücklicherweise weitgehend verschont geblieben. Hingegen hat die Belastung der städtischen Blaulichtororganisationen durch Grossanlässe zugenommen. Auch über die Stadt hinaus musste die Polizei Einsätze am World Economic Forum in Davos oder am G8-Gipfel in der Westschweiz leisten.

Die Stadt Luzern ist ein beliebter Ort für Veranstaltungen aller Art. Die wunderschöne Kulisse der Altstadt, der See und die zentrale Lage bieten sich geradezu an für Events aller Art. Es kommt hinzu, dass sich viele Organisationen gerne in der Öffentlichkeit präsentieren und dass die Anzahl von Grossveranstaltungen tendenziell zunehmend ist.

Der Ruf nach einer besseren Koordination und Steuerung von Anlässen in der Stadt Luzern wurde von unterschiedlichen Seiten immer drängender.

Für Feuerwehr und Polizei ist es aus Sicherheitsgründen zunehmend wichtig, frühzeitig in die Planung von Grossanlässen in der Stadt Luzern miteinbezogen zu sein. Dasselbe gilt auch für Dienstabteilungen anderer Direktionen wie Sport und Freizeit, Kommunikation und Stadtmarketing, die Liegenschaftsverwaltung oder das Strasseninspektorat. So können Veranstaltungen in enger Zusammenarbeit mit den Organisierenden geplant und die städtischen Personalressourcen effizient eingesetzt werden.

Aber auch für veranstaltende Organisationen sind eine gute Koordination, eine transparente Bewilligungspraxis und klare Kriterien hilfreich. Ausserdem wünschen sie sich auch Beratung und Begleitung.

Ziel ist es, Veranstaltungen mit einem guten Qualitätsstandard zu unterstützen und fördern, gleichzeitig aber auch Mass zu halten und den öffentlichen Raum nicht über die Masse zu strapazieren. Das bedeutet, dass den Anliegen der Anwohnerschaft nach mehr Ruhe Rechenschaft getragen werden soll. Dafür sind Kriterien für Bewilligungen zu erarbeiten.

Ein Schwerpunkt der Direktion waren deshalb die Vorarbeiten zur Bildung einer Stelle für Eventkoordination. Erklärtes Ziel ist es, das Bewilligungsverfahren für Anlässe in Luzern zu vereinfachen.

Durch diese Vereinfachung kann für Veranstaltende eine erhöhte Kundenfreundlichkeit erreicht werden. Sie sollen nicht mehr von Pontius zu Pilatus rennen müssen, bis sie nur wissen, wer für eine Bewilligung überhaupt zuständig ist.

Für mehr Transparenz soll ein Kataster sorgen, in dem die wichtigsten Plätze mitsamt dem erforderlichen Event-Anforderungsprofil erfasst sind, das via Internet eingesehen werden kann. So können Veranstaltende, aber auch Anwohnerinnen und Anwohner transparent sehen, welche Regeln für einen Standort gelten, welche Infrastruktur vorhanden ist, wie der Platz belegt ist und wann allfällige Sperr- oder Ruhezeiten gelten.

Gleichzeitig will die Stadt künftig Anzahl und Örtlichkeiten von Anlässen besser steuern. Ein Kriterienkatalog soll die qualitative Beurteilung von Veranstaltungen erlauben und der Bewilligungsbehörde als Basis für den Entscheid dienen. Entsprechende Rechtsgrundlagen sollen ebenfalls geschaffen werden.

Beim Aufbau der städtischen Eventkoordination sollen auch Veranstaltende, Quartiervereine und Tourismuskreise, Sportorganisationen und Wirtschaftsverbände miteinbezogen werden. So wurden bereits im Rahmen eines Vorprojektes zahlreiche Interviews geführt. Ein entsprechender Grundlagenbericht wurde dem Stadtrat im September 2003 präsentiert.

Im Zeichen von Koordination und Effizienzsteigerung steht auch die Neuorganisation des Zivilstandsamts. Seit dem 1.1.2004 bilden die Gemeinden Littau, Malters, Meggen und Schwarzenberg gemeinsam mit der Stadt Luzern ein regionales Zivilstandsamt. Der entsprechende Vertrag konnte im abgelaufenen Jahr unterzeichnet werden.

Mit der Genehmigung des neuen Taxireglements und des geänderten Parkkartenreglements durch den Grossen Stadtrat wird in diesen Bereichen ebenfalls eine verbesserte Organisation und eine Effizienzsteigerung möglich.

5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Massnahmen zur Gewaltprävention sind in Zusammenarbeit mit kantonalem Sicherheitsdepartement umgesetzt.
- Massnahmen gegen negative Begleiterscheinungen der Strassenprostitution sind ergriffen.
- Luftreinhaltung/Klimaschutz: Massnahmen sind umgesetzt, Indikatoren sind erarbeitet.
- Finanzierung der Umweltberatung ist sichergestellt.

Massnahmen zur Gewaltprävention sind in Zusammenarbeit mit kantonalem Sicherheitsdepartement umgesetzt

Die Stadt Luzern hat im vergangenen Jahr mehrfach Mediatorinnen und Mediatoren bei Anlässen wie LUGA-Lunapark, Altstadtfest, Mäas eingesetzt. Sie wurden von einer privaten Organisation ausgebildet und geschult. Diese präventive Massnahme zur Verhinderung von Gewalt unter Jugendlichen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Stadt- und Kantonspolizei und hat sich bewährt. Während die Aus- und Weiterbildung der Mediatorinnen und Mediatoren von Bund und Kanton finanziert wurden, hat die Stadt die Einsätze bezahlt.

Über die Einsätze entschieden hat das Netzwerk Jugendgewalt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Sicherheits-, Bildungs- und Sozialdirektion. In Zukunft wird diese Arbeit von einem interdirektoralen Koordinationsgremium im Rahmen der neuen Dienstabteilung Kinder, Jugend, Familie übernommen.

Massnahmen gegen negative Begleiterscheinungen der Strassenprostitution sind ergriffen

Der Stadtrat hat im Mai Massnahmen gegen den Suchverkehr im Zusammenhang mit der Strassenprostitution im Raum Werkhofstrasse beschlossen. Teilstücke der Werkhof-, Landenberg- und Bürgenstrasse werden nachts von 22 bis 5 Uhr in einer oder beiden Fahrtrichtungen gesperrt. Gegen diese Massnahmen erhoben ein Betrieb und eine Taxi-Vereinigung Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Luzern. Dieses wies die Beschwerden in zwei Urteilen vom 16. Oktober 2003 ab und gab dem Stadtrat vollumfänglich Recht. In seinen Urteilsbegründungen schreibt das Verwaltungsgericht unter anderem, die Anordnungen seien verhältnismässig, zweckmässig und geeignet. Nach ungenutztem Ablauf der Beschwerdefrist wurden die Massnahmen im Januar 2004 umgesetzt.

Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, die Auswirkungen der Strassenprostitution in Wohnquartieren zu bekämpfen. Ein direktes

Vorgehen gegen die Prostitution ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Durchschnittlich arbeiteten pro Nacht 15 bis 20 Frauen auf dem Strich im Rösslimattquartier. Pro Nacht wurden hunderte zusätzliche Autofahrten von Freiern und Schaulustigen aus den Kantonen Luzern, Ob- und Nidwalden sowie Uri gezählt.

Luftreinhaltung/Klimaschutz: Massnahmen sind umgesetzt, Indikatoren sind erarbeitet

Die Dienstabteilung Umweltschutz hat im abgelaufenen Jahr mehrere Aktionen durchgeführt, die der Luftreinhaltung und dem Klimaschutz dienen. Die GentleDriver-Kurse für sicheres und umweltschonendes Autofahren waren wie im Vorjahr sehr gut besucht. Der Aktionstag "Ohne Auto mobil" vom 22. September hat in der Aktionswoche zu einem Verkehrsrückgang in der Stadt geführt und bildet den Ausgangspunkt für eine längerfristige Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmen.

Die Anzahl der von der Stadt unterstützten Solaranlagen konnte innert Jahresfrist auf 51 verdreifacht werden. Auch die Förderung von energieeffizienten Neubauten (Minergie) wurde weitergeführt.

Finanzierung der Umweltberatung ist sichergestellt

Der Grosse Stadtrat hat am 23. Oktober 2003 den B+A 20/2003 "Vollzug der Gesetzgebung im Bereich Umweltberatung, Betriebskonzept öko-forum 2004+" beschlossen. Das öko-forum wird mit Leistungsauftrag weitergeführt. Bis 2007 wurde ein jährlicher Betriebskredit von Fr. 130'800.– bewilligt, ab 2008 stehen jährlich noch Fr. 100'000.– zur Verfügung. Finanzielle Beiträge leisten der Kanton, mehrere Gemeinden und eine Stiftung. Soll das heutige, sehr gut genutzte Angebot beibehalten werden, sind bis 2008 weitere Fremdbeiträge zu generieren.

5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

<i>in Fr. 1'000.–</i> <i>Dienst-</i> <i>abteilungen</i>		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K411	Stab Sicherheits- direktion	666	685	-19	-3%	17	0	17		(648)		37
K412	Stadtpolizei	22'854	23'066	-212	-1%	13'060	14'056	-996	-7%	(9'794)	784	
K415	Bevölkerungs- dienste	2'905	2'296	609	27%	2'159	1'208	951	79%	(747)		341
K417	Umweltschutz <i>Spezialaufgaben</i>	2'301	2'579	-278	-11%	687	913	-226	-25%	(1'614)		52
K420	Wahlen und Abstimmungen	770	734	36	5%	4	0	4		(766)	32	
K421	Gewerbe- und Ge- sundheitspolizei	1'978	1'840	139	8%	1'630	1'809	-179	-10%	(348)	317	
K422	Dauerparkierung	453	460	-7	-2%	1'691	1'536	155	10%	1'238		161
K425	öko-forum	247	241	7	3%	107	86	21	24%	(140)		15
K426	Zivilschutz	1'475	1'538	-62	-4%	48	22	26	118%	(1'427)		89
K429	Verschmutztes Erdreich <i>Spezial-</i> <i>finanzierungen</i>	3'600	0	3'600		0	0	0		(3'600)	3'600	
K491	Parkingmeter	4'076	3'800	276	7%	4'076	3'800	276	7%	0		
K492	Feuerwehr	3'657	3'466	191	6%	3'657	3'466	191	6%	0		
Total		44'984	40'703	4'281	11%	27'138	26'896	241	1%	(17'846)	4'733	695
Nettover- schlechterung												4'038

Die Rechnung der Direktion schliesst insgesamt um rund Fr. 4 Mio. schlechter ab als budgetiert. Entscheidend für diese Verschlechterung sind die Kosten für die Entsorgung von verunreinigtem Aushubmaterial auf dem Tribschenareal sowie Mindereinnahmen beim Bussenertrag. Die zusätzliche Rückstellung beträgt Fr. 3,6 Mio. und führt zu einer massiven Nettoverschlechterung des Direktionsergebnisses. Ohne diesen unvorhergesehenen Aufwand würde die Nettoverschlechterung Fr. 0,4 Mio. betragen.

In den Kauf- und Baurechtsverträgen zum Projekt "Tribschenstadt" verpflichtete sich die Stadt, Mehrkosten infolge Belastung der Standorte zu übernehmen. Gestützt auf diese vertragliche Bindung bewilligte der Stadtrat als gebundene Ausgabe einen zusätzlichen Kredit. Er beschloss, die Rückstellung zu Lasten des Jahresabschlusses 2003 um Fr. 3,6 Mio. zu erhöhen.

Durch Mutationsgewinne und Reduktion der ALV- und PK-Arbeitgeberbeiträge reduzierten sich die Lohnkosten beim Polizeikorps um rund Fr. 0,65 Mio.

Zur Reduktion des Personalunterbestandes wurden zusätzliche Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter angestellt, was Mehrkosten für Ausrüstung, Aus- und Weiterbildung im Betrag von rund Fr. 100'000.– verursachte.

Im Zusammenhang mit vermehrten sicherheitspolizeilichen Einsätzen und dem Unterbestand des Personals musste der zeitliche Aufwand für die Verkehrsüberwachung zu Gunsten der sicherheitspolizeilichen Tätigkeiten entsprechend reduziert werden. Durch die Anstellung von fünf Verkehrsassistentinnen und Verkehrsassistenten im Juni 2003 konnte der Minderertrag bei den Bussen auf rund Fr. 0,96 Mio. (VJ Fr. 1,5 Mio.) reduziert werden.

Der Nettomehraufwand im Fahrzeugbetrieb beträgt rund Fr. 150'000.–, verursacht hauptsächlich durch den Ersatz von drei defekten Fahrzeugen.

Die Dienstabteilung Bevölkerungsdienste schloss mit einer Nettoverbesserung im Betrag von Fr. 341'000.– ab. Die Einführung des neuen Passes per 1.1.2003 löste eine grosse Zunahme von Passbestellungen aus. Gleichzei-

tig wurde der Gebührentarif angepasst. Mutationsgewinne bei den Löhnen, Abnahme der internen Verrechnungen und Zunahme der Einkaufsbeiträge aus den Einbürgerungen sind weitere Positionen, die zum obigen Ergebnis führten.

Eine zusätzliche Stelle im Büro für Zustellungen und Zuführungen, Mindererträge bei den Konzessionsgebühren für Plakatstellen (APG) und bei den Ablagerungsgebühren auf öffentlichem Grund verursachten bei der Gewerbe- und Gesundheitspolizei eine Nettoverschlechterung von Fr. 317'000.–.

Der Ertrag aus den Gebühren für die Anwohnerbevorzugung beim Parkieren liegt mit Fr. 169'000.– über dem Budget.

Beim Zivilschutz betreibt die Stadt Luzern zusammen mit Horw und Kriens die gemeinsame Zivilschutzorganisation ZSO Pilatus. In die Rechnung fliessen der Beitrag der Stadt an die ZSO Pilatus sowie die Unterhaltskosten für Zivilschutzanlagen, die im Besitze der Stadt sind, ein. Dabei resultiert insgesamt ein Minderaufwand von Fr. 62'000.– und ein Mehrertrag von Fr. 26'000.–. Das ergibt eine Nettoverbesserung von Fr. 89'000.– gegenüber dem Budget.

5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Ein Schwerpunkt der Direktion war die Vorarbeit zur Bildung einer Stelle für Eventkoordination. Das Bewilligungsverfahren für Anlässe in Luzern soll künftig zentral durchgeführt werden. Durch diese Vereinfachung erhofft die Stadt sich mehr Kundenfreundlichkeit. Gleichzeitig will sie künftig klarer Aussagen machen, welche Anlässe wo erwünscht und wo unerwünscht sind. Für die Dienstabteilungen soll die Optimierung der Prozesse zu mehr Effizienz und frühzeitiger Information führen.

Im Sommer hat der Stadtrat den Bericht der Arbeitsgruppe Sicherheit im Stadt- und Rathaus zur Kenntnis genommen. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass die Sicherheit innerhalb der Stadtverwaltung bis anhin nicht genügend und vor allem nie gesamtheitlich angegangen worden sei. Sie fordert organisatorische, bauliche und technische Massnahmen sowie die Einsetzung einer Person bzw. eines Personenkreises, der sich der Sicherheitsfragen künftig gesamtheitlich, permanent und nachhaltig annimmt. Der Stadtrat beauftragte die Sicherheitsdirektion, die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und dem Stadtrat zum Entscheid vorzulegen.

Stadtpolizei

Kommando

Die Stadtpolizei Luzern hat sich Ende des Jahres 2003 ein neues Leitmotiv gegeben: "Für die Sicherheit in einer attraktiven Stadt, ihre Partnerin – die Stadtpolizei Luzern". Dieses Leitmotiv ist Kern eines Leitbildprozesses, der im abgelaufenen Jahr gestartet ist und in den alle Korpsangehörigen miteinbezogen sind.

Die Stadtpolizei will unter der Führung des neuen Kommandanten Pius Segmüller kompetent, flexibel, vernetzt und bürgerorientiert auftreten. Auf dem Weg zu einer noch bürgernäheren Polizei hat er mit seinen Leuten erste Schritte getan. So wurde neben dem Leitbildprozess das Instrument des "Lagebilds" entwickelt. Sicherheitsrelevante Informationen über Phänomene laufen darin zusammen und sollen frühzeitig gezielte präventive Massnahmen ermöglichen, bevor die Polizei auf dem Wege der Repression intervenieren muss. Ein Schritt in Richtung "Bürgernähe" ist auch die Einsetzung eines zusätzlichen Quartierpolizisten für Teile des Tribschen- und Hirschmattquartiers.

Auch dieses Berichtsjahr war geprägt durch personelle Unterbestände und viele Überstunden in praktisch allen Bereichen. Die Polizei liegt mit heute 189 Stellen immer noch unter ihrem personellen Soll-Bestand von 197, dies trotz der Vereidigung von 14 neuen Polizistinnen und Polizisten sowie 5 Verkehrsassistentinnen und -assistenten im Sommer. Eine weitere Personalaufstockung zur Wahrung und wenn möglich Verbesserung des Sicherheitsstandards ist unumgänglich.

Mit dem Abschluss des Projekts InForm 2000 (Überprüfung und Optimierung der Organisation und Arbeitsabläufe bei der Stadtpolizei unter Ausnützung möglicher Synergien mit der Kantonspolizei) konnte die Stadtpolizei noch effizienter werden. Jährlich können rund Fr. 420'000.– eingespart werden. Einige Folgeprojekte werden auch im Jahr 2004 noch laufen.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Die Belastungen durch Gewaltdelikte und sicherheitspolizeiliche Sondereinsätze bei Demonstrationen, Sportanlässen, Kongressen und anderen Veranstaltungen hat wesentlich zugenommen.

Die vielen Grossanlässe (Kultur, Sport, Kongresse) mit oft 5-stelliger Besucherzahl erfordern zunehmend eine besondere polizeiliche Betreuung. Der Polizeieinsatz beschränkt sich nicht nur auf den Präventionseinsatz zur Sicherheit der Besucherinnen und Besucher, sondern zunehmend sind Polizeiinterventionen nötig. Es gibt leider praktisch keinen Grossanlass bzw. kein Fest mehr, bei dem nicht Streitereien, Schlägereien, Randalen und andere negative Vorkommnisse (z. B. Vandalismus, Verschmutzungen usw.) Interventionen und Pikettstellungen nötig machen. Vorab die Fussballspiele des FC Luzern mit seinem überregionalen Publikum, aus dem sich auch die gewaltbereiten Luzerner Hooligans rekrutieren, sind für die Stadtpolizei mit einem grossen personellen Aufwand verbunden.

In der Zentralschweiz finden alle grösseren Demonstrationen in der Regel in der Stadt Luzern statt. Analog zum teilweise hohen Gewaltpotenzial bei derartigen Ereignissen sind in den letzten Jahren die personellen und materiellen Anforderungen an die Stadtpolizei massiv gestiegen.

Viele Kongresse und Veranstaltungen mit mehrheitlich auswärtigen Organisatorinnen und Organisatoren sowie Teilnehmenden bergen von der Thematik und den Veranstaltenden her die Gefahr von Protestaktionen mit gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen verschiedener Gruppierungen. Sie bedürfen eines immer grösser werdenden sicherheitspolizeilichen Schutzes oder entsprechender personeller Dispositionen der Stadtpolizei.

Während die Fahndung seit 1975 auch auf Stadtgebiet Aufgabe der Kantonspolizei ist, übernimmt die Stadtpolizei die Arbeitslast im Bereich der Alltagskriminalität. Dazu gehören auch die Vermögensdelikte wie Diebstahl und Einbruch. Da vorab die Städte im Visier von Taschen- und Ladendieben sind, weil diese grössere Menschenmengen oder grössere Verkaufsgeschäfte suchen, ist die Belastung der Stadt im Kantonsvergleich überproportional hoch. Der Arbeitsaufwand für die Stadtpolizei in diesem Bereich (Interventionsarbeit, sichtbare präventive Polizeipräsenz sowie die spezifische täter- und ereignisorientierte Präsenz) ist gegenüber ländlichen Gebieten deutlich angestiegen und befindet sich auf einem hohen Niveau.

Die Drogenproblematik mit all ihren negativen Erscheinungen konzentriert sich auch im Kanton Luzern praktisch ausschliesslich auf das Stadtgebiet. Von den sich dauernd in der Stadt aufhaltenden Drogenabhängigen (zwischen 500 bis 600 Personen) hat jedoch nur ein Drittel Wohnsitz in der Stadt. Im Bereich des Handels mit harten Drogen ziehen zur Hauptsache ausländische Gruppierungen die Fäden. Die Kantons- und die Stadtpolizei haben im letzten Jahr mehrere grosse Aktionen gegen Kokainhändler durchgeführt.

Markant angestiegen ist auch die Verkehrsdichte auf dem städtischen Strassennetz in der Nacht und den frühen Morgenstunden der Wochenenden. Verursacher sind grösstenteils auswärtige Fahrzeugführer, die motorisiert am Luzerner Nachtleben teilnehmen und häufig wegen aggressiver Fahrweise oder verbotenen Abänderungen an ihren Fahrzeugen auffallen. In mehreren Aktionen gegen Raser, insbesondere am Schweizerhofquai sowie an der Seeburg- und der Zentralstrasse, hat die Polizei zahlreiche Fahrzeuge überprüft und einige aus dem Verkehr gezogen. Gegen die Lenker wurde Anzeige erstattet. An kritischen Orten wurde auch der Veloverkehr gezielt überprüft.

Das Ausgehverhalten hat sich in den letzten Jahren verändert, indem der Besuch von Bars,

Dancings, Restaurants und anderen gastgewerblichen Vergnügungsorten später beginnt und entsprechend erst in den Morgenstunden endet. Diese Entwicklung fördert die Ruhestörungen in der Nacht, insbesondere verursacht von den Besucherinnen und Besuchern, die von Lokal zu Lokal wechseln und oftmals angetrunken sind und ihre Meinungsverschiedenheiten verbal oder tätlich austragen. Zahlreiche Interventionen der Stadtpolizei sind die Folge. Diese Entwicklung wurde gefördert durch den steten Ausbau von öffentlichen Fahrverbindungen zwischen der Landschaft und der Stadt (Nachtbusse, Nachtzüge usw.) an den Wochenendnächten bis in die frühen Morgenstunden.

Problematische Auswirkungen hatte der vergangene einmalig schöne Sommer in den öffentlichen Parks und den Quaianlagen um das Seebecken. Diese wurden praktisch rund um die Uhr vorab von Jugendlichen, aber auch von Randgruppen als Treffpunkt und Aufenthaltsort gewählt. Die Anlagen erfüllen vermehrt die Funktion von Open-Air-Gastwirtschaftsbetrieben. Mit dieser Entwicklung häufen sich negative Erscheinungen wie Vandalismus, liegen gelassener Abfall, Lärm durch Geschrei, Gejohle, lautes Lauflassen von Radiogeräten, Spielen auf Musikinstrumenten usw. sowie gewalttätige Auseinandersetzungen.

Ein besonderes Problem ist die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Die Zahl der Übergriffe hat in diesem Jahr erschreckend zugenommen, besonders im ersten Halbjahr.

Das vom Parlament beschlossene und auf den 1. Januar 2004 in Kraft getretene Reglement über die Parkraumbewirtschaftung beim Dauerparkieren regelt das Dauerparkieren von leichten Motorwagen neu. Es ersetzt die bisherige Regelung des Dauerparkierens gemäss Reglement über das Dauerparkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund vom 30. November 1989 und gemäss Reglement über die Anwohnerbevorzugung beim Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 30. November 1989. Mit der neuen Regelung des Dauerparkierens verbunden sind Neuerungen des zeitlich beschränkten Parkierens: Das neue Parkplatz-Bewirtschaftungskonzept sieht eine Beschränkung der Parkdauer auf allen Parkplätzen der Stadt vor. Auf den bisher weiss markierten Gratisparkplätzen in Aussenquartieren gilt neu eine maximale Gratisparkdauer von 3 bzw. 5 Stunden. Wer eine Monats- oder Tageskarte gelöst hat, darf länger parkieren.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei hat im vergangenen Jahr eine weitere Zunahme der Gesuche für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund festgestellt. Viele der Gesuche erreichen Dimensionen, die Absprachen zwischen verschiedenen städtischen Dienstabteilungen (insbesondere mit Feuerwehr, Strasseninspektorat und Stadtgärtnerei) nötig machen. Eine Effizienzsteigerung erhofft sich die Gewerbepolizei von der Einführung einer zentralen Eventkoordination innerhalb der Stadtverwaltung.

Im Bereich der Umweltschutzpolizei machten Interventionen im Zusammenhang mit Lärmimmissionen aus gastgewerblichen Betrieben den grössten Teil der Arbeit aus.

Zu einem Durchbruch im Taxiwesen kam es mit dem Erlass des Reglements über das Taxiwesen. Das Parlament hat den B+A 40/2001 "Reglement über das Taxiwesen" im Juni verabschiedet. Die neuen Bestimmungen sind auf den 1. Januar 2004 in Kraft getreten und ersetzen die bisherige Rechtsgrundlage für das Taxigewerbe, die Verordnung betreffend den Dienst der Automobil-Droschken aus dem Jahre 1910/1911. Mit dem neuen Reglement werden Ungleichbehandlungen zwischen Inhabern und Inhaberinnen von Betriebsbewilligungen und Konzessionen aufgehoben und die Qualität der Taxi-Dienstleistung stärker gewichtet.

Eine Praxisänderung erfolgte bei der Bewilligung von Boulevardrestaurants auf öffentlichen Parkplätzen. Entsprechende Gesuche werden bewilligt, wenn die beanspruchten Parkplätze in der näheren Umgebung kompensiert werden. Ausgeschlossen ist die Nutzung von Parkplätzen in der Blauen Zone.

Stabs- und Kommandodienste

Der bereits erwähnte Abschluss des Projekts InForm 2000 und der Aufbau des Instruments "Lagebild" zählen zu den Schwerpunktaufgaben der Stabs- und Kommandodienste.

Im Bereich der Ausbildung liefen die Projektierungsarbeiten für eine neue interkantonale Polizeischule in Hitzkirch. Sie soll ab dem Jahr 2006 die bestehende Schule in Sempach ablösen und eine wesentlich breitere Trägererschaft erhalten.

Im Sommer haben 14 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter sowie 5 Verkehrsassistentinnen und Verkehrsassistenten ihre Ausbildung abgeschlossen.

Zivilschutz

Im Zentrum stand der Verkauf des ehemaligen Zivilschutz-Ausbildungszentrums Blattig in Kriens-Obernau an einen privaten Unternehmer. Die Truppenunterkunft im Untergeschoss der Anlage muss von der Stadt Luzern gemäss Vereinbarung mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport weiter betrieben werden. Die ZSO Pilatus übernimmt diese Aufgabe. Nach der Annahme des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes durch die schweizerische Stimmbevölkerung wird auch im Kanton Luzern ein neues Einführungsgesetz erarbeitet. Die nach wie vor ungewisse Zukunft belastet die Mitarbeitenden der ZSO Pilatus, die sich nach dem Zusammenschluss mit Horw und Kriens in der Konsolidierungsphase befindet. Sie erschwert auch die strategische Planung.

Bevölkerungsdienste

Am 18. Februar hat die Stadt Luzern mit den Gemeinden Littau, Malters, Meggen und Schwarzenberg den Gemeindevertrag über die Bildung des Zivilstandskreises Luzern unterzeichnet. Damit konnte das regionale Zivilstandsamt in Luzern am 1. Januar 2004 seinen Betrieb aufnehmen. Die nötigen Umbauarbeiten werden im Jahr 2004 ausgeführt.

Der Bundesgerichtsentscheid über die Einbürgerungen führte zu einer Überprüfung der Organisation. Die Abläufe in der Stadt Luzern widersprechen dem Entscheid nicht und werden beibehalten. Die einzige Änderung besteht darin, dass die Bürgerrechtskommission künftig bei Ablehnung eine schriftliche Begründung verfassen muss.

Das Wahl- und Abstimmungsjahr mit den Grosseinsätzen anlässlich der kantonalen und eidgenössischen Wahlen konnte reibungslos bewältigt werden.

Feuerwehr

Die umfassende Sanierung des Feuerwehrgebäudes Kleinmatt führte zu einer erheblichen Mehrbelastung, musste doch die Einsatzbereitschaft trotz teilweise unzumutbaren Umständen immer aufrechterhalten bleiben. Durch die Sanierung konnte das Gebäude bezüglich der Betriebsabläufe optimiert und in seiner Substanz verbessert werden.

Bezüglich Einsätzen war das Jahr ruhig. Es wurden kaum grössere Brände und praktisch keine Unwettereinsätze verzeichnet. Auch für die Ölwehr war das Jahr 2003 ruhig.

Wie heikel die Situation bei Grossanlässen in Luzern sein kann, zeigten zwei Brände, die am Schmutzigen Donnerstag und am Güdismontag mit den Fasnachtsumzügen zusammenfielen. Die Verkehrsprobleme erschwerten den Einsatz, die Brände konnten aber trotzdem erfolgreich bekämpft werden.

Im abgelaufenen Jahr wurden mehrere grössere Übungen durchgeführt. So war die Feuerwehr an der Übung "Lohengrin" des koordinierten Sanitätsdiensts vor dem KKL beteiligt. Rund 100 Feuerwehrleute retteten 40 Personen aus einem in den See gestürzten Bus und übergaben sie der Obhut der Samariter und des Rettungsdienstes 144. Im August wurde die Feuerwehr im Rahmen einer grossen, ernstfallmässig inszenierten Alarmübung mit Brand im Sonnenbergtunnel aufgeboden. Im Spätherbst führten beide Kompanien je eine grosse Einsatzübung in den Schulhäusern Maihof und Säli durch. Beteiligt waren jeweils auch zwei Schulklassen.

Umweltschutz / öko-forum

Der Grosse Stadtrat hat am 23. Oktober 2003 die Finanzierung des öko-forums sichergestellt. Mit der Zustimmung zum B+A 20/2003 "Vollzug der Gesetzgebung im Bereich Umweltberatung, Betriebskonzept öko-forum 2004+" sicherte er dem öko-forum einen jährlichen Betriebskredit von Fr. 130'800.-, ab 2008 Fr. 100'000.-, zu. Finanzielle Beiträge leisten der Kanton, mehrere Gemeinden und eine Stiftung. Soll das heutige, sehr gut genutzte Angebot beibehalten werden, sind bis 2008 weitere Fremdbeiträge zu generieren.

Die Zahl der Beratungen durch das öko-forum ist erneut um 9 % (auf über 11'000) gestiegen. Besonders zugenommen haben Anfragen zu den Themen Abfall und Verkehr. Die Umwelt-

bibliothek verzeichnete 10'331 Ausleihen (+6 %).

Der Umweltschutz der Stadt Luzern organisierte auch im abgelaufenen Jahr am 22. September den Aktionstag "Ohne Auto mobil". In Zusammenarbeit mit rund 70 mittleren und grösseren Unternehmen wurden die Mitarbeitenden motiviert, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen. Die automatischen Messstellen des Tiefbauamtes registrierten an diesem Tag im Kordon Innenstadt ein um 5 % geringeres Verkehrsaufkommen als an vergleichbaren Montagen.

Der B+A 7/2003 "Lenkungsabgabe auf dem Stromverbrauch" wurde vom Parlament zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein zweites Rechtsgutachten zum so genannten "Stromrappen" zu erstellen. Geklärt werden sollte insbesondere die Frage, ob der Stromrappen Lenkungswirkung habe bzw. ob er als Lenkungsabgabe taxiert werden könne.

Ein Höhepunkt war die Eröffnung des ersten Taubenschlags der Stadt im Dach des Rathauses. In enger Zusammenarbeit mit Polizei und Baudirektion konnte diese Massnahme zur Regulierung der Taubenpopulation realisiert werden.

Erfolgreich weitergeführt wurde in diesem Jahr die Förderung der Erstellung von Solaranlagen (Verdreifachung innert eines Jahres auf 51 Anlagen) und die Förderung energieeffizienter Wohnbauten (Minergie).

In der Publikationsreihe "Naturschauplätze" erschienen zwei weitere Faltblätter. Nach "Fledermäuse" im Jahr 2002 widmen sie sich dem Thema "Wasservögel" beziehungsweise dem Lebensraum "Allmend".

5.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabtei-

lungen und Bereiche dargestellt. Die Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.3.4.1 Polizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

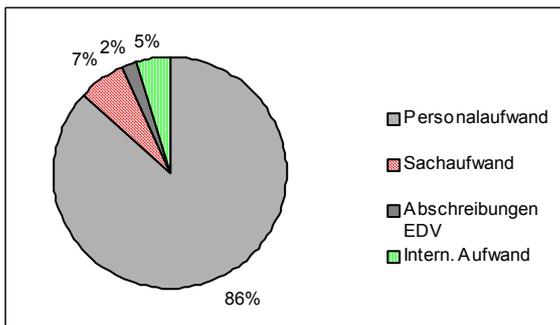
Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Im Bereich Sicherheitspolizei sorgt sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über jene kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Im Bereich Verkehrspolizei erfüllt sie alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

b) Ergebnis

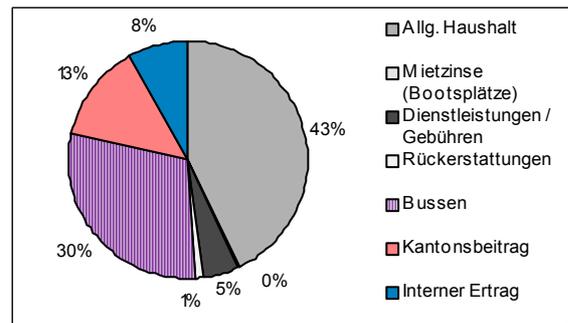
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	22'296'327	22'854'437	23'066'300	-211'863	-1%	558'109	3%
Ertrag	12'440'513	13'060'161	14'056'000	-995'839	-7%	619'648	5%
Ergebnis	-9'855'814	-9'794'275	-9'010'300	-783'975	-9%	61'539	1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	Veränd.	
Total Stunden Kernprodukte Polizei	153'158	149'480	146'753	177'282	21%	
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei	76'315	74'733	72'070	87'979	22%	
Leistungsgruppe Alltagskriminalität	34'344	33'430	37'253	44'739	20%	
Leistungsgruppe Verkehrspolizei	42'499	41'317	37'430	44'564	19%	
Verkehrspolizei	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	56'869	58'864	56'078	51'047	47'979	-6%
Automat. Verkehrsüberwachung	66'217	60'899	57'436	63'110	63'904	1%
Angetrunkene Fahrzeugführer/innen	249	190	205	152	127	-16%
Verkehrsunfälle	1'015	964	1'026	914	865	-5%
Verletzte Verkehrsteilnehmer/innen	319	325	350	351	364	4%
Sicherheitspolizei	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Einfacher Diebstahl	2'390	2'354	2'574	2'926	2'562	-12%
Einbruchdiebstahl	818	601	648	878	634	-28%
Vorläufige Festnahmen	1'396	1'113	1'077	1'114	1'045	-6%
Betäubungsmitteldelikte	664	658	549	414	353	-15%

e) Kommentar

Die Erhöhung des Stundenaufwandes ergibt sich aus der umfassenden Berechnung mit dem neu eingeführten EDV-System "timOffice Web Client". So sind bei den Leistungsgruppen Sicherheitspolizei und Alltagskriminalität die durch die Einsatzpolizei erbrachten 13'572 Überstunden (Vorjahr 8'132) und 17'651 Pickettstunden (Vorjahr 15'218) enthalten.

5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

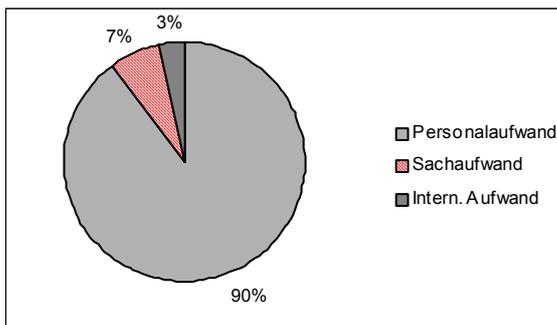
Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messewesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter unterliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, der Lebensmittelkontrolle, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei beschäftigt 14 Sachbearbeiter und im Jahr 2003 erstmals zusätzlich zwei Praktikantinnen.

b) Ergebnis

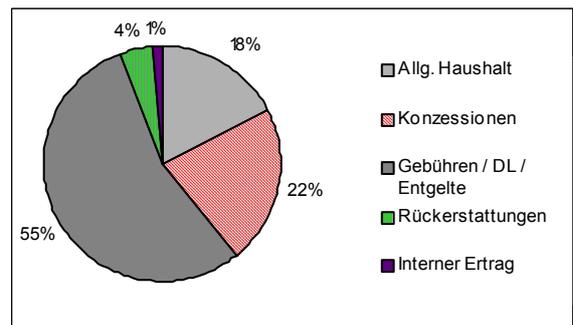
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'801'207	1'978'488	1'839'500	138'988	8%	177'280	10%
Ertrag	1'721'274	1'630'116	1'809'000	-178'884	-10%	-91'157	-5%
Ergebnis	-79'934	-348'371	-30'500	-317'871	-1'042%	-268'438	-336%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Bewilligungen für Benützung öffentlichen Grundes	509	484	573	606	604	631	4%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die Stadtpolizei	1'058	1'196	1'371	1'089	760	911	20%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	821	865	1'111	1'258	1'289	1'332	3%
Anzahl Probenahmen der Lebensmittelkontrolleure	996	1'160	904	912	1'121	1'006	-10%
Total Kleintierweschaffung (Tierwesen/Wasensteinerei)	1'549	1'131	1'789	1'413	1'427	1'752	23%
Fundgegenstände	3'866	3'910	4'030	4'338	4'249	4'530	7%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehrrecht usw.)	101	69	113	108	74	68	-8%

e) Kommentar

Die Anzahl Verlängerungen im Gastgewerbe, ausgestellt durch die Stadtpolizei, hat in diesem Jahr erstmals seit 2000 wieder zugenommen. Die Zunahme ist auf die Änderung der Gastgewerbeverordnung vom 8.4.2003 zurückzuführen. Dabei wurde die Anzahl der Verlängerungen pro Jahr und Betrieb von 36 auf 52 erhöht. Die Änderung trat am 1.7.2003 in Kraft. Für das laufende Jahr konnten bereits bestehende Betriebe als Übergangslösung um 44 Verlängerungen nachsuchen.

Aufgrund eines personellen Engpasses in der Abteilung Mikrobiologie des kantonalen Labors wurden die Lebensmittelkontrolleure angewiesen, die Anzahl Probenerhebungen zu reduzieren. Es wurden daher 114 Proben weniger erhoben als im Vorjahr.

Die massive Zunahme bei der Wegschaffung von Kleintieren ist auf den heissen Sommer und den vermehrten Abschuss von Tauben (Taubenprojekt) zurückzuführen.

5.3.4.3 Einwohnerdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

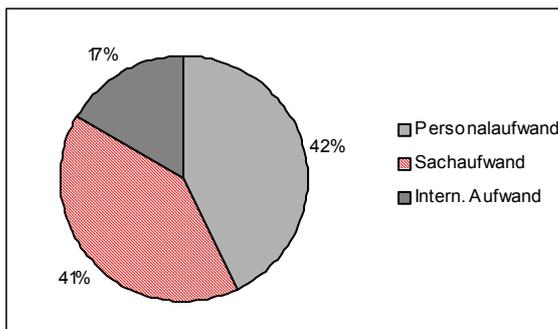
Die Einwohnerdienste führen das Einwohner- und Geschäftsregister. Darunter fallen die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohner/innen, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen, Bescheinigungen, die Überwachung und Bearbeitung von Pflichten und Bewilligungen, die Bearbeitung von Adressanfragen und weitere Auskünfte. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters und das Inkasso der Hundesteuer. Die Einwohnerdienste beschäftigen 11 Personen (1'000 Stellenprozente).

b) Ergebnis

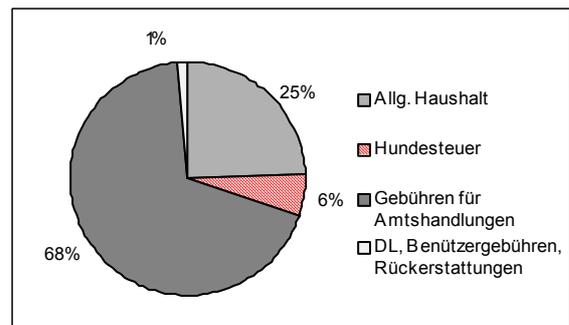
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'836'094	2'223'260	1'561'400	661'860	42%	387'167	21%
Ertrag	1'143'110	1'677'615	768'000	909'615	118%	534'505	47%
Ergebnis	-692'984	-545'645	-793'400	247'755	31%	147'339	21%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die häufigsten Geschäftsfälle	2000	2001	2002	2003	Abw.
Kostenpflichtig					
- Adressauskünfte	4'349	4'166	4'404	4'416	0%
- Bewilligung Ausländer/innen	8'483	8'319	8'768	7'722	-12%
- Identitätskarten-Anträge	4'378	4'290	4'381	2'294	
- Pass-Anträge				2'475	
- Kombi-Anträge (Pass und ID)				2'735	
- Zuzug Einwohner/innen	5'158	5'395	5'451	4'920	-10%
Nicht kostenpflichtig					
- Adressänderung	3'625	3'643	3'309	3'561	8%
- Zivilrechtliche Ereignisse (Heirat, Todesfall, Anerkennung, Scheidung, Geburt)	1'971	1'814	1'811	1'750	-3%
- Wegzug Einwohner/innen	5'345	5'737	5'359	4'850	-9%

e) Kommentar

Das GIS-Dienstleistungszentrum ist seit dem 1.1.2003 zuständig für die Strassen- und Häusernummerierung.

Per 1.1.2003 tritt der neue Pass sowie die neue Identitätskarte in Kraft. Neu können Einwohnerinnen und Einwohner Identitätskarten und Pässe gleichzeitig bestellen. Die Gebühren für die Herstellung eines Passes oder einer Identitätskarte wurden erhöht. Der Pass kostet neu für Erwachsene Fr. 125.–, die Identitätskarte Fr. 70.–.

5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Zivilstandsamt ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes von Stadtluzerner Bürgerinnen und Bürgern und von allen Personen, welche in der Stadt Luzern einen Zivilstandsfall bewirken (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind die Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Geburten und Eheschliessungen sowie die Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Zivilstandsamt angegliedert ist das Bestattungsamt. Ebenso obliegen die Erstellung und die Kontrolle der Heimatscheine dem Zivilstandsamt.

Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jedes Bürgers und jeder Bürgerin, den Nachweis des Bürgerrechts in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechts, die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, vormundschaftliche Massnahmen, die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

Das Büro Bürgerrechtswesen ist die Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität. Es ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusage des Stadtluzerner Bürgerrechts, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, der Einholung der erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

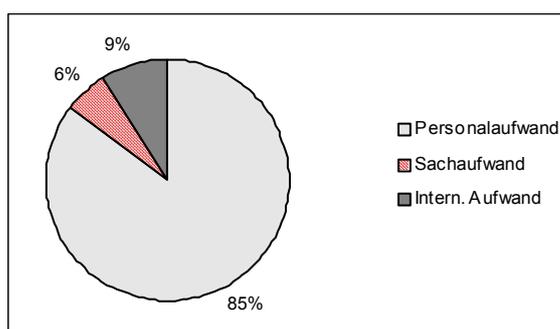
Total Pensen Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen sowie Bestattungsamt: 600 %.

b) Ergebnis

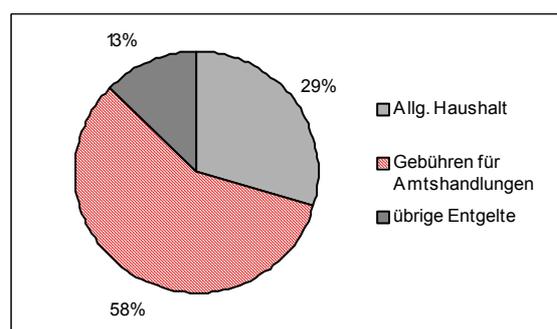
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	715'385	682'133	734'600	-52'467	-7%	-33'252	-5%
Ertrag	483'939	481'051	440'000	41'051	9%	-2'888	-1%
Ergebnis	-231'446	-201'082	-294'600	93'518	32%	30'364	13%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	Abw.
Geburten in Luzern	2'328	2'149	2'231	2'222	0%
– davon von nicht Einwohnern/-innen	1'833	1'700	1'800	1'806	0%
– davon von Einwohnern/-innen	495	449	431	416	-3%
Eheschliessungen in Luzern	453	404	418	432	3%
– Braut u. Bräutigam nicht Einwohner/in	148	138	140	118	-16%
– Braut, Bräutigam oder beide Einwohner/-innen von Luzern	305	266	278	314	13%

	2000	2001	2002	2003	Abw.
Todesfälle in Luzern	1'141	1'132	1'018	1075	6%
– davon nicht Einwohner/innen	474	475	583	467	-20%
– davon Einwohner/innen von Luzern	667	657	435	608	40%
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	189/346	231/421	254/504	211/415	-17%/-18%
– an Schweizer/innen (Gesuche/Personen)	84/147	104/198	112/201	100/185	-11%/-8%
– an Ausländer/innen (Gesuche/Personen)	105/199	127/223	142/303	111/230	-22%/-24%
– davon erleichterte Einbürgerungen	135	63	79	98	24%

e) Kommentar

Die Gemeinden Littau, Luzern, Malters, Meggen und Schwarzenberg bilden ab 1.1.2004 den Zivilstandskreis Luzern. Der entsprechende Gemeindevertrag wurde unterzeichnet. Das Regionale Zivilstandsamt hat seinen Betrieb am 1.1.2004 aufgenommen. Zusätzlich erhält das schweizerische Zivilstandswesen vom Bund eine moderne Informatiklösung, das so genannte Infostar.

5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

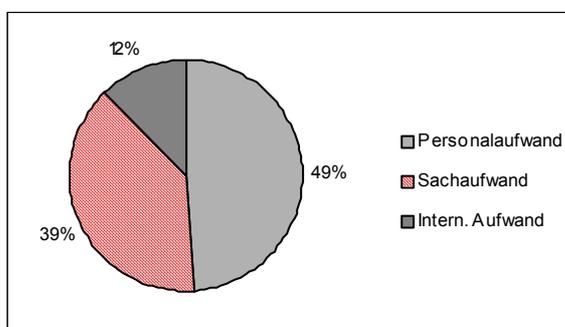
Dem Büro Wahlen und Abstimmungen obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro W+A die Stimmrechtskontrolle der Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt.

b) Ergebnis

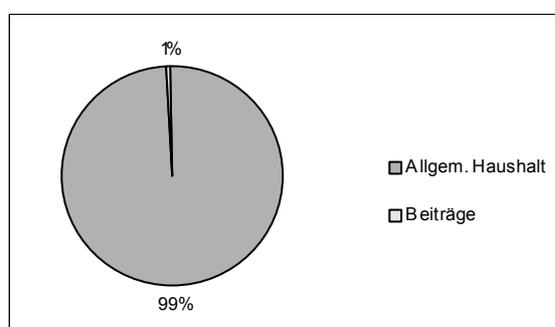
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	577'803	769'862	733'500	36'362	5%	192'059	33%
Ertrag	1'153	4'211	0	4'211		3'059	26%
Ergebnis	-576'650	-765'650	-733'500	-32'150	-4%	-189'000	-33%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Urnengang vom:	9.2.03	6.4.03	18.5.03	19.10.03	30.11.03	Ø
Stimmberechtigte	40'443	40'455	40'415	40'477	40'496	40'457
Stimmbeteiligung (gerundet)	31 %	40 %	56 %	49 %	47 %	44 %
Stimmende	12'626	16'052	22'550	19'748	18'812	17'958
Gesamtkosten	67'189	173'132	144'904	167'271	65'606	123'621
Kosten pro Stimmberechtigte/r	Fr. 1.66	Fr. 4.28	Fr. 3.59	Fr. 4.13	Fr. 1.62	Fr. 3.06
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 5.32	Fr. 10.79	Fr. 6.43	Fr. 8.47	Fr. 3.49	Fr. 6.90

Spezifikation der Urnengänge

09.02.03	2 Sachabstimmungen Bund
06.04.03	Kantonale Wahlen (Grossrat und Regierungsrat)
18.05.03	11 Sachabstimmungen (9 Bund, 2 Stadt) und 2. Wahlgang Regierungsrat
19.10.03	Eidg. Wahlen (National- und Ständerat) und 2 Sachabstimmungen (1 Kanton, 1 Stadt)
30.11.03	1 Sachabstimmung Stadt

e) Kommentar

Im Personalaufwand sind auch die Entschädigungen für die Urnenbürofunktionäre integriert. Im Vergleich zum Vorjahr sind die durchschnittlichen Kosten pro Stimmberechtigte/n um etwa 30 % und pro Stimmabgabe um rund 57 % gestiegen. Dies ist auf die beiden Wahlen sowie den umfangreichen Urnengang vom 18.5.2003 zurückzuführen.

5.3.4.6 Feuerwehr

a) Aufgaben / Dienstleistungen

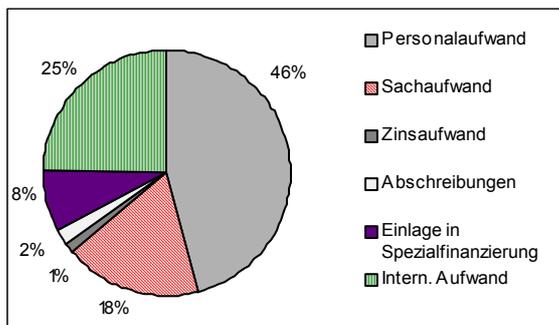
Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Wach- und Kontrolldienste, Verkehrsdienste und technische Einsätze. Als Stützpunkfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch zu Einsätzen im Strassenrettungsdienst, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboden. Bei der Feuerwehr sind acht Personen als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mittels Funk- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboden.

b) Ergebnis

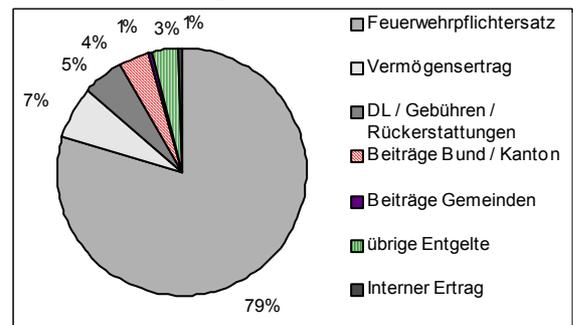
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	3'455'206	3'656'766	3'465'800	190'966	6%	201'560	6%
Ertrag	3'455'206	3'656'766	3'465'800	190'966	6%	201'560	6%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Alarmeingänge	804	458	564	665	527	-21%
Davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	280	249	308	297	266	-10%
Anzahl echte Einsätze	524	209	256	368	261	-29%
Einsatzstunden Löschpikett und Feuerwehrkorps (inkl. Fehlalarme)	13'609	4'428	5'518	7'305	6'289	-14%
Soldkosten für Feuerwehrleute pro Einsatz	513	515	535	500	550	10%
Durchschnittlich pro Einsatz eingesetzte Feuerwehrleute	22	13	12	10	16	60%

e) Kommentar

Trotz markanter Abnahme der Einsätze ist die Anzahl eingesetzter Feuerwehrleute im Durchschnitt wesentlich höher als 2002. Dies ist auf die vielen Fehlalarme für die Piktetgruppen oder ganze Kompanien zurückzuführen. Im Jahre 2003 gingen überdurchschnittlich viele Meldungen auf der Alarmstelle ein, welche gemäss Alarmplan ein Piktetgruppen- oder Grossaufgebot erforderten. Auf dem Platz stellte sich dann aber heraus, dass das Ereignis weit weniger schlimm war, als vom Melder beschrieben worden, oder gar nichts vorgefallen war. Dennoch muss weiterhin aufgrund der Meldung alarmiert werden. Ein Zuwarten bis zur Gewissheit, ob etwas und was genau vorgefallen ist, hätte verheerende Folgen.

5.3.4.7 Zivilschutzorganisation

a) Aufgaben / Dienstleistungen

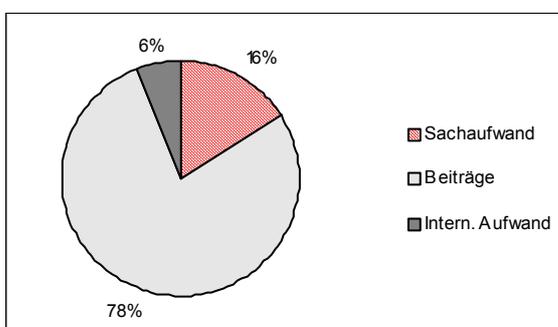
Hauptaufgabe des Zivilschutzes ist es, den Schutz der Bevölkerung in Katastrophen und Notlagen zu gewährleisten. Zudem werden immer mehr kostendeckende Leistungen zu Gunsten Dritter erbracht. Die Angehörigen des Zivilschutzes werden deshalb in Kursen aus- und weitergebildet. Die Ausbildungen erfolgen im kantonalen Ausbildungszentrum in Sempach und im eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg.

b) Ergebnis

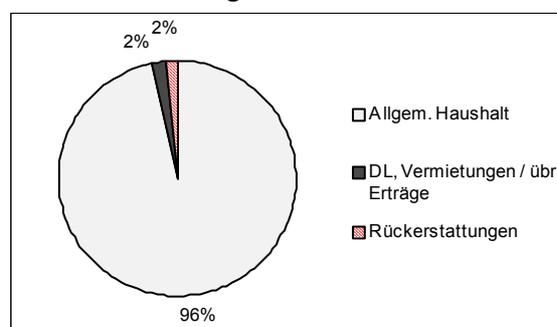
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'496'129	1'475'394	1'537'700	-62'306	-4%	-20'735	-1%
Ertrag	53'778	48'013	22'200	25'813	116%	-5'766	-11%
Ergebnis	-1'442'351	-1'427'382	-1'515'500	88'118	6%	14'969	1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Kurskosten Blattig in Fr.	318'794	273'906	70'000	0	0	
Anzahl Kurstage im Blattig	340	244	0	0	0	
Kosten/Kurstag im Blattig in Fr.	339	1'122	0	0	0	
Kurskosten Sempach in Fr.			77'958	340'041	268'656	-21%
Anzahl Kurstage in Sempach			199	1'194	927	-22%
Kosten/Kurstag in Sempach in Fr.			392	284	289	2%
Kurskosten ZSO in Fr.	31'186	71'510	47'952	70'572	62'651	-11%
Anzahl Kurstage in der ZSO	3'786	3'891	2'877	3'571	3'449	-3%
Kosten/Kurstag in der ZSO in Fr.	9	18	16.60	19.75	18.15	-8%

e) Kommentar

Seit dem Zusammenschluss der Zivilschutzorganisationen der Stadt Luzern und der Gemeinden Kriens und Horw zur ZSO Pilatus werden die in der Rubrik d) aufgeführten Kosten durch die Vertragsgemeinden paritätisch getragen. Der Anteil der Stadt Luzern beträgt zirka 60 %.

Die Kurstage in der ZSO wurden fast ausschliesslich zu Gunsten der Allgemeinheit erbracht. Dabei wird beachtet, dass die Vertragsgemeinden im Verhältnis zur Kostenbeteiligung auch am Nutzen teilhaben. Erwähnenswert sind in Luzern die Arbeiten zur Werterhaltung der Zivilschutzanlagen, die Einsätze im Betagtenzentrum Dreilinden und im Stadtforst. Weiter wurde im Interesse der Stadt die Durchführung der Rotsee-Regatta und das Leichtathletik-Meeting personell unterstützt.

Der Verein Insieme wurde mit 250 Personentagen zur Betreuung mehrfach behinderter Personen unterstützt. Einem Nothilfesuch der unwettergeschädigten Gemeinde Thusis konnte mit 500 Personentagen entsprochen werden.

Der Aufwand pro Dienstag zu Gunsten der Allgemeinheit konnte um 8 % reduziert und der Gesamtaufwand deutlich unter den dafür budgetierten Fr. 80'000.- gehalten werden.

5.3.4.8 Umweltschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

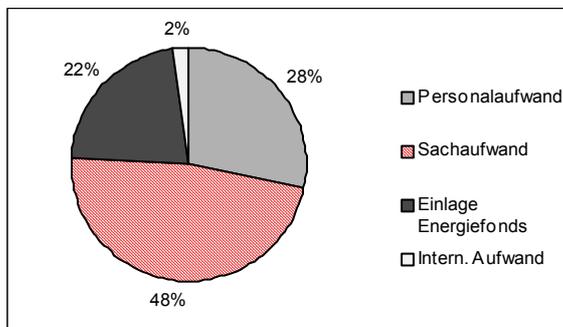
Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki-Panorama stationierten öko-forum.

b) Ergebnis

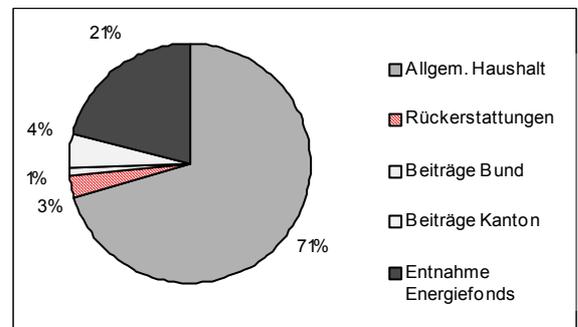
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	2'375'646	2'301'284	2'578'800	-277'516	-11%	-74'362	-3%
Ertrag	697'944	687'464	913'000	-225'536	-25%	-10'481	-2%
Ergebnis	-1'677'702	-1'613'820	-1'665'800	51'980	3%	63'881	4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anz. durchgeführte Feuerungskontrollen	2'476	2'403	2'274	2'582	2'177	2'598
Anteil Beanstandungen im Bereich Feuerungskontrolle bei Ölfeuerungen	21,5%	16,7%	14,7%	6,4%	7,3%	8,4%
bei Gasfeuerungen	21,6%	11,8%	8,2%	8,2%	6,7%	10,7%

e) Kommentar

Die allgemeinen Kennzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Die Entnahmen aus dem Energiefonds lagen mit insgesamt rund Fr. 489'000.– leicht unter dem Vorjahreswert bzw. unter der jährlichen Einlage von Fr. 500'000.–, jedoch deutlich unter dem budgetierten Betrag von Fr. 800'000.–. Entsprechend lagen sowohl Aufwand als auch Ertrag der Dienstabteilung Umweltschutz unter dem Budget.

Die spezifischen Kennzahlen zur Feuerungskontrolle zeigen, dass die Beanstandungsquote bei den Ölfeuerungen seit dem Jahr 2001 (Marktöffnung Feuerungskontrolle) auf konstant tiefem Niveau liegt. Bei den Gasfeuerungen hingegen war im vergangenen Jahr eine deutliche Zunahme der Beanstandungen zu verzeichnen. Sie betrifft in erster Linie die gasbefeuerten Speicherwasserwärmer.

5.3.4.9 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Ökologie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern. Es wird vom Kanton für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanziell entschädigt.

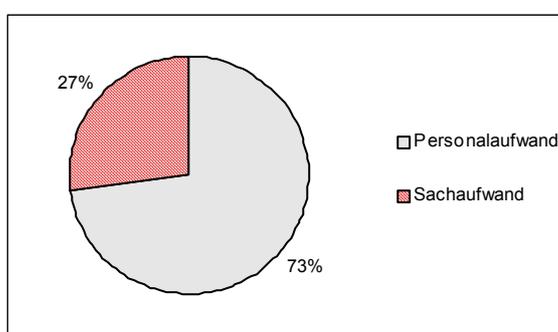
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

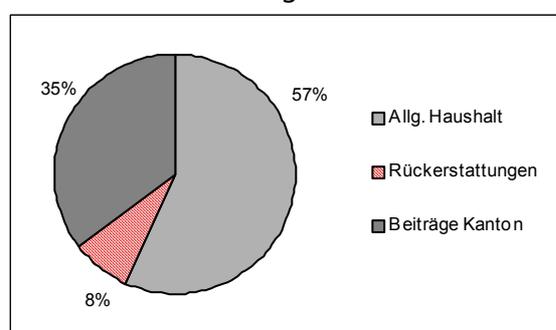
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	241'698	247'120	240'600	6'520	3%	5'423	2%
Ertrag	105'402	107'257	86'000	21'257	25%	1'854	2%
Ergebnis	-136'296	-139'864	-154'600	14'736	10%	-3'568	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Beratungen	4'691	6'251	7'516	10'220	11'146
davon Stadtbevölkerung	2'471	4'347	4'316	4'757	5'689
Anzahl Ausleihen von Medien	2'862	1'855	3'662	9'724	10'331

e) Kommentar

Die Anzahl der Umweltberatungen konnte weiter gesteigert werden. Die Zunahme fiel mit knapp 10 % gegenüber den Vorjahren (20–35 %) eher bescheiden aus, dürfte sich aber im laufenden Jahr dank der neu anlaufenden Zusammenarbeit mit zusätzlichen Agglomerationsgemeinden weiter fortsetzen.

Die Anzahl der Ausleihen von Medien nahm um 6 % zu. Sie liegt heute rund viermal so hoch wie noch vor vier Jahren.

5.4 Baudirektion

Die Nutzung der Allmend hat sich in den letzten Jahren intensiviert, und neue Anliegen sind formuliert. Ein Planungsbericht soll die Grundlagen für eine koordinierte Entwicklung der Allmend liefern.

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Ein Vergleich der Möglichkeiten und des Ablaufs eines Menschenlebens vor 100 Jahren mit heute fällt in verschiedenster Hinsicht unterschiedlich aus. Der gesellschaftliche Wandel hat zu einer besseren Chancengleichheit geführt, die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vorangetrieben worden, in der Schweiz konnte ein vor 100 Jahren nicht vorstellbares Wohlstandsniveau erreicht werden. Aus der Sicht des städtischen Baudirektors ist insbesondere folgendes Phänomen bedeutungsvoll: Die Mobilität von uns allen hat ein ungeahntes Ausmass angenommen. Früher hatte regelmässig der ganze Lebenszyklus mit allen Facetten (Arbeit, Wohnen, Freizeit) in einem räumlich sehr begrenzten Gebiet stattgefunden. Vor diesem Hintergrund haben die Gemeinden je selbstständig autonom Aufgaben erledigt. So hat die Stadt Luzern bei der Abfallbewirtschaftung im Tribschengebiet eine eigene Deponie unterhalten, die Verkehrsverbindungen konnten im Rahmen der Stadtstrukturen ohne weiteres zuverlässig sichergestellt werden usw. Obwohl sich die Erfüllung der kommunalen Aufgaben grundlegend gewandelt hat, funktionieren die Gemeinden immer noch nach dem seit mehr als 100 Jahren bestehenden geografischen Muster. In der Agglomeration Luzern bestehen seit alters her die gleichen Gemeindegrenzen. Eingemeindungen blieben aus (im Unterschied beispielsweise zu Winterthur und Zürich). Da die Aufgabenerfüllung jedoch immer mehr gemeindeübergreifend wurde, setzte man neue Organisationsformen wie Gemeinde- oder Zweckverbände ein. Insbesondere dann, wenn grosse, die Möglichkeit einer Gemeinde übersteigende Infrastrukturvorhaben anstanden, wurde dieser Weg beschritten. Beispielsweise wäre es für keine Gemeinde finanziell opportun gewesen, eine eigene Kehrichtverbrennungsanlage zu realisieren. Vor diesem Hintergrund entstand der Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU). Nur wenn diese Verbände optimal funktionieren, ist in allen Lebensbereichen eine gedeihliche Fortentwicklung unserer Agglomeration sichergestellt. Dies sei anhand einiger Beispiele, bei welchen der städtische Baudirektor mitwirken kann, dargestellt.

Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern

Die Abfallbewirtschaftung wurde in jüngerer Vergangenheit insbesondere unter ökologischen Aspekten anspruchsvoller. Die Umweltschutzgesetzgebung schreibt vor, dass die Entsorgung unserer Abfälle nach dem Verursacher-

prinzip gestaltet werden muss. Im Lichte dieser Erkenntnisse hat die Justiz entschieden, dass die frühere gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Kehrichtbeseitigungsgebühr (0,7 ‰ des Gebäudeversicherungswertes) der Zielsetzung einer verursachergerechten Gebühr nicht gerecht wird. Aus diesem Grunde war es bei entsprechender Opposition für die Stadt Luzern nicht mehr möglich, ohne individuelle Veranlagung die Gebühr zu erheben. Es war eine zunehmende Tendenz feststellbar, dass die nach bisherigem Muster vorgenommenen Veranlagungen von den Adressaten nicht mehr hingenommen wurden. Es drohte ein Vollzugsnotstand. Dieses Risiko trugen auch diejenigen Gemeinden des Verbandes für Kehrichtbeseitigung, die bis anhin noch kein verursachergerechtes System eingeführt hatten. Der GKLU, gebildet aus 23 Gemeinden, hat es sich sodann zur Aufgabe gemacht, diese schwierige Situation zu überwinden. Prozesshaft unter Beizug aller fachlichen und politischen Verantwortungsträger der Gemeinden wurde ein verursachergerechtes Modell entwickelt, welches schlussendlich zeitlich gestaffelt in allen sich in einem Vollzugsnotstand befindenden Gemeinden eingeführt wurde, in der Stadt Luzern per 1. Juli 2003. Durch die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten war es möglich, ein für die Agglomeration schwieriges Thema gemeinsam einer guten Lösung zuzuführen. Die Gemeindeautonomie wurde dabei gewahrt. Jede einzelne Gemeinde musste das vom GKLU entwickelte System auf die eigenen Bedürfnisse herunterbrechen und umsetzen. Ein wichtiger Aufgabenbereich konnte somit trotz der Überstrukturiertheit unserer Region einer angemessenen Lösung zugeführt werden.

Regionalplanungsverband Luzern

Der Regionalplanungsverband Luzern hat die Aufgabe, einen regionalen Richtplan auszuarbeiten und periodisch anzupassen. Dieses Planungsinstrument soll u. a. sicherstellen, dass die kommunalen Richt- und Nutzungsplanungen koordiniert sind. In jüngster Vergangenheit wurde immer vordringlicher, dass die Aspekte Siedlung und Verkehr aufeinander abgestimmt werden und das raumplanerische Gebot der inneren Verdichtung sorgfältig angegangen wird (beispielsweise geografische und inhaltliche Definition von Entwicklungsschwerpunkten). Die über 20 Verbandsgemeinden haben Ende 2002 den regionalen Entwicklungsplan (REP) 21 verabschiedet. Darin sind in umsichtiger Weise die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine verantwortungsbewusste siedlungs- und

verkehrsmässige Entwicklung definiert. Es gelang der Agglomeration somit, auch in diesem Bereich tragfähige Lösungen zu bewirken. Allerdings mussten dafür während Jahren enorme Ressourcen eingesetzt werden. Wegen der Überstrukturiertheit unserer Agglomeration konnte den Geboten der Effizienz und Effektivität kaum nachgelebt werden.

Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr (övl)

Der Zweckverband övl plant, organisiert und finanziert den öffentlichen Agglomerationsverkehr. In der Stadt und den Agglomerationsgemeinden besteht der ÖV vornehmlich im Busbetrieb. Früher waren die Verkehrsbetriebe Luzern (VBL) in der Direktion städtische Unternehmungen angesiedelt. Von der Stadt aus wurden auch die angrenzenden Gemeinden mit dem Bussystem bedient. Aus finanziellen und politischen Gründen war diese Organisationsform nicht mehr aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde wurde der Zweckverband övl gegründet, welcher heute als Bestellerorganisation fungiert. Die vbl hat sich zu einem selbstständigen Transportunternehmen gewandelt. Im Zweckverband övl ist die Stadt nur noch ein Mitglied unter vielen. Auch bei der

Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Agglomerationsverkehrs müssen sich somit heute die Verbandsgemeinden auf gute Lösungen verständigen. Auch diese Aufgabe ist bis anhin recht gut gelungen, wird doch unser Bussystem als gutes ÖV-Angebot qualifiziert. Aber auch in diesem Bereich muss festgestellt werden, dass enorm viele Ressourcen zur Sicherstellung eines guten Ergebnisses eingesetzt werden müssen.

Schlussbemerkungen

Es wurden oben lediglich einige Beispiele aus der Baudirektion skizziert. Ähnliche Problemstellungen ergeben sich im Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Sicherheitsbereich. Überall müssen unter Miteinbezug einer Vielzahl von Personen für die Bürgerschaft gute Lösungen erarbeitet werden. Dass derartige Organisationsformen kostspielig sind, muss nicht weiter betont werden. Auch wenn dabei die demokratischen Rechte des Souveräns gewahrt sind, ist dies nicht in optimaler Weise der Fall. Auch unter diesen Gesichtspunkten werden wir uns in naher Zukunft vermehrt mit der Frage beschäftigen müssen, ob Strukturreformen einzuleiten sind.

5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Projektierungskredit für das Hallenbad Tribtschen ist bewilligt.
- Ausführungskredit für Rückbau, Sanierung und Neubau der Turnhallen Dula und Säli ist bewilligt.
- Agglomerationsprogramm ist bis Ende 2003 erstellt.
- Rahmenbedingungen für die Überbauung Mühlebachweg sind festgelegt.
- Ideenwettbewerb Schweizerhofquai ist abgeschlossen und über weiteres Vorgehen ist entschieden.
- Mit der Konservierung der Bausubstanz Zytturm wird begonnen.

Projektierungskredit für das Hallenbad Tribtschen ist bewilligt

Der Projektwettbewerb für ein neues Hallenbad auf dem Areal des Strandbades Tribtschen konnte abgeschlossen werden. Dem Projektierungskredit hat der Grosse Stadtrat am 18. Dezember 2003 zugestimmt und gleichzeitig beschlossen, die Vorlage den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Abstimmungstermin ist der 16. Mai 2004.

Ausführungskredit für Rückbau, Sanierung und Neubau der Turnhallen Dula und Säli ist bewilligt

Die Projektierungsarbeiten für die Sanierung des Schulhauses und der Turnhalle Dula, den Rückbau der Turnhalle Säli und den Neubau einer Doppelturnhalle Säli wurden im Oktober 2003 abgeschlossen. Der B+A 1/2004 für den Baukredit wurde dem Grossen Stadtrat am 11. März 2004 vorgelegt. Die Volksabstimmung ist auf den 16. Mai 2004 terminiert. Der Baubeginn ist im Februar 2005 vorgesehen.

Agglomerationsprogramm ist bis Ende 2003 erstellt

Nachdem der Bund aufgrund seiner im Dezember 2001 definierten Agglomerationspolitik die Agglomerationen zur Erarbeitung von Agglomerationsprogrammen im Verkehrsreich angeregt und entsprechende Beiträge in Aussicht gestellt hatte, startete der Kanton Luzern im Sommer 2002 die entsprechenden Arbeiten. Die Agglomerationsprogramme sollen abgestimmte Massnahmenbündel in den Bereichen Raumordnung, Verkehr und Umwelt mit entsprechenden Schlüsselprojekten aufzeigen sowie die finanzielle und politische Machbarkeit nachweisen.

Die Stadt hatte inzwischen die bereits im Geschäftsbericht 2002 beschriebene Strategie weiterentwickelt und präsentierte sie im März 2003 unter dem Titel "Luzern macht mobil". Diese Strategie wurde ins Agglomerationsprogramm übernommen. Machbarkeit und Wirk-

samkeit der wichtigsten Schlüsselprojekte wie Bahnhofzufahrt und Doppelspur Rotsee, S-Bahn, Bypass A2, Spange Grosshof-Tribtschen und Schlossberg-Sedel, Tieferlegung Brünigbahn konnten qualitativ nachgewiesen werden wie auch das vorhandene Ausbaupotenzial des Bussystems, insbesondere auf der Achse Luzern-Kriens. Städtische Vertreter in allen entsprechenden Projektorganisationen sowie in der Projektorganisation Agglomerationsprogramm waren an der Erarbeitung des Dossiers beteiligt. Ende 2003 konnte termingerecht mit dem Standbericht 2 zum Agglomerationsprogramm die Konzeptphase abgeschlossen werden. Gestützt darauf sollen im Synthesebericht die Machbarkeits- und Wirksamkeitsnachweise vertieft werden als Grundlage für die Eingabe an den Bund im Sommer 2004.

Der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative wurde am 8. Februar 2004 vom Volk abgelehnt und damit die notwendige Verfassungsänderung, welche u. a. Beiträge aus den Mineralerträgen für den Agglomerationsverkehr möglich gemacht hätte. Die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt, dass die Ablehnung vor allem der 2. Gotthardröhre und der Aufhebung des Alpenschutzes galt, dass hingegen das Problem des Agglomerationsverkehrs erkannt ist und hierfür Beiträge nicht bestritten sind. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass entsprechend überarbeitete Finanzierungsbeschlüsse innert absehbarer Frist möglich sind. Vor diesem Hintergrund will der Kanton die Arbeiten für das Agglomerationsprogramm zügig vorantreiben; die Stadt unterstützt ihn dabei.

Rahmenbedingungen für die Überbauung Mühlebachweg sind festgelegt

Die Testplanung für die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für die Überbauung Mühlebachweg konnte erst etwas später als vorgesehen gestartet werden. Ende Jahr lagen Zwischenresultate zur städtebaulichen und verkehrlichen Lösung vor. Es wird damit gerech-

net, dass dem Stadtrat noch in der ersten Hälfte 2004 die Resultate unterbreitet werden können (siehe dazu auch Kap. 5.4.3., Testplanung Pilatusplatz).

Ideenwettbewerb Schweizerhofquai ist abgeschlossen und über weiteres Vorgehen ist entschieden

Im Januar 2003 konnte der Ideenwettbewerb abgeschlossen werden. Aus den 21 eingereichten Vorschlägen wurde das Projekt Flux mit dem ersten Preis und dem ersten Rang ausgezeichnet.

Das Projekt überzeugte durch den Verzicht auf eine Veränderung der bekannten, qualitativ vollen bestehenden Uferlinie; allerdings mit einer entsprechend unbefriedigenden Verkehrslösung.

Weil die gewählten Abmessungen der eigentlichen Quaianlage die Möglichkeit einer akzeptablen Verkehrsführung erkennen liessen, wurde das Projekt trotz dieses Mangels mit dem ersten Preis bedacht. Es wurde auf eine zweite Stufe des Wettbewerbes verzichtet

und stattdessen die Detailprojektierung auf der Basis des Projektes Flux, unter Mitwirkung des Siegerteams und eines Ausschusses der Jury, beschlossen. Diese Detailprojektierung konnte 2003 noch nicht abgeschlossen werden; sie wird, unter Einbezug der Anspruchsgruppen, also der interessierten und betroffenen Anstösser usw., im Frühjahr 2004 fertig sein.

Mit der Konservierung der Bausubstanz Zytturm wird begonnen

Der Unterhalt der Museggmauer soll einer Stiftung übertragen werden. Die Federführung für dieses Projekt liegt daher seit 2003 bei der Finanzdirektion. Voraussetzung für die Aufnahme der Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten ist die Bestimmung der Bauträgerschaft. Die Gründung der Stiftung erfolgte am 19. November 2003 und der Grosse Stadtrat hat am 1. April 2004 dem B+A 47/2003 "Museggmauer und Museggtürme, Baubeitrag und Unterhaltsbeitrag" zugestimmt. Mit der Konservierung und Restaurierung kann frühestens Ende 2004 begonnen werden.

5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K511	Stab Baudirektion	945	772	173	23%	2	1	1	100%	(943)	172	
K512	Liegenschafts- verwaltung	2'119	2'042	77	4%	798	799	-1	0%	(1'321)	78	
K513	Tiefbau	38'162	37'505	657	2%	18'072	17'160	912	5%	(20'090)		255
K514	Hochbau	2'215	2'262	-47	-2%	1'237	1'568	-331	-21%	(978)	284	
K515	Stadtplanungsamt	2'117	2'169	-52	-2%	594	715	-121	-17%	(1'523)	69	
K516	GIS-DLZ <i>Spezialaufgaben</i>	3'029	3'051	-22	-1%	3'793	3'265	528	16%	764		550
K521	Heizung und Rei- nigung	6'278	6'334	-56	-1%	6'278	6'334	-56	-1%	0		
K522	Kunst- und Kultur- güterschutz	402	404	-2	0%	5	35	-30	-83%	(397)	28	
K523	Waldbewirtschaf- tung	372	365	7	2%	7	0	7		(365)		
K524	Liegenschaften des Verwaltungs- vermögens	14'699	13'381	1'318	10%	17'086	16'202	884	5%	2'387	434	
K525	Öffentl. Toiletten <i>Spezial- finanzierungen</i>	459	532	-73	-14%	3	2	1	100%	(456)		74
K591	Stadt- entwässerung	12'124	11'044	1'080	10%	12'124	11'044	1'080	10%	0		
K592	Kehricht- beseitigung	9'865	11'334	-1'469	-13%	9'865	11'334	-1'469	-13%	0		
Total		92'786	91'195	1'591	2%	69'864	68'459	1'405	2%	(22'922)	1'065	879
Nettover- schlechterung												186

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 186'000.– ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 1'065'000.– stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 879'000.– gegenüber.

Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Mehrausgaben von Fr. 1,6 Mio. ab. Darin enthalten sind Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO (gebundene Ausgaben) im Betrag von Fr. 1,1 Mio. und in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO (frei bestimmbare Ausgaben) im Betrag von Fr. 1,0 Mio. Demgegenüber stehen Einsparungen bei diversen Aufwandkonti von Fr. 0,5 Mio.

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 1,4 Mio. ab. Bei diversen Konti ergaben sich Mehrerträge von insgesamt Fr. 3,3 Mio. Diese resultieren aus mehr verrechneten

Dienstleistungen des Regiebetriebes Tiefbauamt von Fr. 0,9 Mio., Mehrerträgen bzw. Subventionseingängen beim GIS-Dienstleistungszentrum von Fr. 0,5 Mio., höheren internen Verrechnungen an die Bildungsdirektion bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögen von Fr. 0,9 Mio. und höheren Betriebsgebühren sowie Entnahme aus der Rückstellung für die Spezialfinanzierung der Stadtentwässerung von Fr. 1,0 Mio. Demgegenüber stehen Mindererträge von total Fr. 1,9 Mio. Dazu führten weniger verrechnete Eigenleistungen des Hochbaus zu Lasten der Investitionskredite von Fr. 0,3 Mio., weniger verrechnete Dienstleistungs- und Baupolizeigebühren der Stadtplanung infolge geringerer Bautätigkeit von Fr. 0,1 Mio. und weniger Ertrag bei der Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung infolge Einführung der gewichtsabhängigen Verursachergebühr auf den 1. Juli 2003 von Fr. 1,5 Mio.

5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Liegenschaftenverwaltung

Die im Jahre 2002 aufgenommenen Aktivitäten für die Abgabe des Baurechtsgrundstücks Kreuzbuch wurden mit der Genehmigung des Unterbaurechtsvertrages durch die Stimmberechtigten der Stadt Luzern vom 19. Oktober 2003 erfolgreich abgeschlossen.

Die Bewertung von ca. 135 ausgewählten Liegenschaften des städtischen Finanzvermögens durch die Wüest & Partner AG, Zürich, wurde im November 2003 abgeschlossen. Dadurch wurde die Grundlage zur Einführung eines Leistungsauftrages mit Globalbudget ab Budget 2005 für das Finanzvermögen gelegt. Zudem können aus diesen Bewertungen wichtige Erkenntnisse für den Liegenschaftenbericht Teil 2 gewonnen werden. Es ist geplant, den entsprechenden B+A in der ersten Hälfte 2004 dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten.

Im Januar 2003 wurde die neue Immobiliensoftware RIMO installiert. Nach der Schulung der mit dieser Software betrauten Mitarbeiter wurde die Neuaufnahme der gesamten Datenbank vorgenommen. Nach Abschluss diverser Testläufe wurde das RIMO per 1. Juli 2003 definitiv in Betrieb genommen. Das bisherige Bewirtschaftungsprogramm IMMOB wurde per 31. Dezember 2003 ausser Betrieb gesetzt.

Die Dach- und Fassadensanierung der Liegenschaft Maihofstrasse 43 wurde im abgelaufenen Jahr abgeschlossen. Obwohl die gesamte Dachkonstruktion inkl. Treppenhausaufbau erneuert werden musste, konnten die Arbeiten 7 % unter dem Budgetkredit von Fr. 0,34 Mio. abgerechnet werden. Ebenfalls im Jahre 2003 wurde die Dach- und Fassadensanierung sowie die Neugestaltung der Umgebung der Liegenschaft St. Karli-Strasse 26 abgeschlossen. Hier wurde der Budgetkredit von Fr. 0,19 Mio. um 13 % unterschritten.

Per 1. Februar 2003 trat Franz Iten (dipl. Immobilienverwalter) die Nachfolge der im November 2002 ausgetretenen Susanne Steger als Liegenschaftenverwalter im Ressort Finanzvermögen an.

Für die Reinigung der öffentlichen WC-Anlagen wurde ein neuer Leistungsauftrag definiert und ausgeschrieben. Die Neuvergabe dieses Auftrags erfolgte per 1. Januar 2003. Dadurch konnten, bei gleich bleibendem Leistungsumfang, jährlich wiederkehrende Einsparungen von ca. Fr. 60'000.– erzielt werden.

Tiefbau

Der zukünftige Agglomerationsverkehr war für den Tiefbau wieder ein Hauptthema. Den Höhepunkt bildete die Präsentation des stadt-rätlichen Konzeptes "Luzern macht mobil". Gestützt hierauf konnte zusammen mit dem Kanton das so genannte Agglomerationsprogramm erarbeitet werden, welches bezüglich Bearbeitungstiefe und -fortschritt schweizweit beispielhaft ist (vgl. dazu Ziffer 5.4.1).

Das Referendum gegen die Umgestaltung der Achse Grendel-Löwengraben wurde, wenn auch knapp, angenommen. Unterschiedliche Gründe kumulierten zur Ablehnung des Projektes. Jetzt soll zusammen mit den verschiedenen Interessengruppen nach neuen Lösungen zur Attraktivierung dieser Achse gesucht werden (vorerst ohne bauliche Massnahmen).

Die Verlängerung der Buslinie 7 zur Endstation Oberlöchli wird weiterhin mit rechtlichen Mitteln verhindert. Die baulichen Voraussetzungen für die Linienverlängerung, d. h. die Buspiste Mettenwylstrasse-Hünenbergstrasse und der Kreisel Oberlöchli, wurden fertig gestellt; die Fahrleitungsmasten konnten leider noch nicht aufgestellt werden.

Nach langjährigen Diskussionen konnten die Anforderungen an eine neue Langensandbrücke definiert werden. Nach Zustimmung zum entsprechenden Kredit durch den Grossen Stadtrat wurde der Wettbewerb Ende Jahr gestartet.

Mit dem Neubau der Gütschtobelbrücke konnte eine weitere baufällige Kunstbaute aus den 30er-Jahren ersetzt werden. Die elegante Stahl-Beton-Verbundkonstruktion wurde termingerecht und im Rahmen des Kostenvoranschlages erstellt und der Bevölkerung anlässlich einer gelungenen Eröffnung übergeben.

Im Auftrag des Kantons wurden verschiedene Kantonsstrassenprojekte bearbeitet. So konnte die Verzweigung Friedental/Sedelstrasse termingerecht zu Gunsten von Bus- und Veloverkehr neu gestaltet werden.

Im Interesse vor allem der Gäste und Touristen wurde die erste Etappe des Fussgängerleitsystems installiert. Gleichzeitig konnte das Parkleitsystem für die Parkhäuser City und Löwencenter ergänzt werden.

Für die erste Etappe der Überbauung Tribtschenstadt konnte die letzte Baubewilligung erteilt werden. Mit Beginn der Aushubarbeiten im Bereich des ehemaligen städtischen Werkhofes zeigte sich, dass der Boden bedeutend stärker verschmutzt ist als bisher angenommen. Die finanziellen Belastungen der Stadt sind daher deutlich höher als erwartet.

Im Bereich der Strassenlärmbekämpfung wurden neue Lösungen diskutiert und auch umgesetzt. So verzichtete man an der Dreilindenstrasse auf unbefriedigende Massnahmen wie Schallschutzfenster oder gar Wände und beschränkte stattdessen die Geschwindigkeit auf 30 km/h. Die Anwohner sind durchwegs zufrieden.

Als weitere Massnahme gegen den Fremdwassereintrag und für die Werterhaltung des Entwässerungssystems wurden verschiedene undichte Leitungen ersetzt, so z. B. im Inseli-quai und in der Hirschmattstrasse 1. Teil. Zur direkten Überwachung und Steuerung der Sonderbauwerke konnte das Prozessleitsystem eingeführt werden; damit können die Anlagen durch die Mitarbeiter der Stadtentwässerung vom Arbeitsplatz aus gesteuert und betrieben werden.

Der ausserordentlich warme Sommer mit entsprechend hohem Nutzungsdruck auf die Naherholungsgebiete, insbesondere die Seeuferbereiche, bedeutete einen ausserordentlich hohen Unterhaltsaufwand: Dazu kam noch das zum Teil intensiv notwendige Schneiden des durch das warme Klima stark wachsenden See-grases.

Im Rahmen des baulichen Unterhaltes konnten verschiedene Strassenzüge saniert werden. Wegen den 2003 schon zum zweiten Mal stark reduzierten Mitteln im Sachaufwand konnte der als Ziel vorgegebene Standard auf den Gemeindestrassen nicht eingehalten werden, womit langfristig der Werterhalt nicht garantiert werden kann.

Am 1. Juli wurde die verursachergerechte Abfallgebühr eingeführt. Der Aufwand für die Vorbereitung, für die Information der Bevölkerung, für die vorgängigen Entrümpelungsaktionen und technischen Umrüstungen waren beträchtlich. Die eigentliche Umstellung erfolgte ohne grosse Probleme. Die befürchtete Zunahme der gesetzwidrigen Entsorgungen trat leider ein und wird das Strasseninspektorat noch intensiv beschäftigen.

In den gegenüber den übrigen Verwaltungszweigen stark unfallgefährdeten Regiebetrieben erfolgte das erste Audit nach Einführung der EKAS-Richtlinien 2001 (Eidg. Kommission für Arbeitssicherheit) mit durchwegs guter Beurteilung.

Die Umgestaltung des Dreilindenparks musste aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. Hingegen konnte zur Freude der Kinder und Jugendlichen der Spielplatz Dammgärtli neu gestaltet werden.

Für die Beurteilung der Leistungen von Abteilungen mit Globalbudgets sind Bevölkerungsumfragen vorgesehen. Die als Pilot durchgeführte Umfrage über die Arbeiten der Stadtgärtnerei bestätigte die hohe Qualität und die starke Wahrnehmung der Stadtgärtnerei in der Bevölkerung.

Für eine bessere Ausnützung möglicher Synergien wurde die Friedhofverwaltung in die Stadtgärtnerei als Ressort integriert. Gleichzeitig wurden auch die übrigen Bereiche der Stadtgärtnerei in Ressorts zusammengefasst und damit die ganze Organisation gestrafft.

Hochbau

Beim neuen Sozialzentrum Rex wurde Anfang Februar 2003 die Baustelleninstallation erstellt, anschliessend erfolgten die verschiedenen Abbrucharbeiten. Mit den eigentlichen Umbauarbeiten konnte Anfang März begonnen werden. Sie schreiten termingerecht voran.

Die umgebauten Räumlichkeiten im Dachstock und im Erdgeschoss Ost des Fluhmatt-Schulhauses konnten wie vorgesehen per Mitte Oktober 2003 dem kantonalen Schulbetrieb übergeben werden. Einige Abschlussarbeiten erfolgten Anfang 2004.

Mit den Sanierungsarbeiten der Schulanlagen Wartegg/Tribtschen wurde im Sommer begonnen. Die Arbeiten im Kindergarten, in der Wohnung des Hauswartes sowie im Hauswirtschaftstrakt Wartegg wurden per Ende Jahr abgeschlossen.

Trotz der anfänglichen Schwierigkeiten bei der Sanierung des Feuerwehrgebäudes Kleinmattstrasse (Altbau und Wohnhaus) konnten die Wohnungen auf Ende Jahr bezogen werden. Beim Feuerwehrgebäude sind die Hauptarbeiten abgeschlossen. Die Übergabe erfolgte im Februar 2004.

Beim Neubau der Garderobenanlage Allmend-Süd erfolgte der Baubeginn aufgrund der Verzögerungen (Redimensionierung Projekt, neuer B+A 49/2002 im Dezember 2002 genehmigt, Referendumsfrist und Baueingabe mit Einsprache) erst im Dezember 2003. Der Bezug ist auf Ende Oktober 2004 vorgesehen.

Der Ausführungskredit für Schallschutz und Neuregelung der Zugangssituation beim Kulturzentrum Boa wurde am 18. Mai 2003 durch die Stimmberechtigten abgelehnt. Die Überführung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen hat stattgefunden.

Der Grosse Stadtrat hat den B+A 5/2003 "Planungsbericht Seeclub-Haus", der den Erhalt dieses Gebäudes vorschlug, abgelehnt. Der Kanton hat dem Gesuch um Eintragung des Seeclubgebäudes in das kantonale Denkmalverzeichnis nicht stattgegeben. In der Folge wurde das baufällige Gebäude im Dezember 2003 abgebrochen.

Die ursprünglich geplante Sanierung der Dachhaut für das Rathaus musste auf die ganze Tragkonstruktion ausgedehnt werden. Ebenfalls wurden bei diesen Arbeiten Fäulnisschäden und Holzpilze an den Fussbindern (Primärkonstruktion) entdeckt. Die grossen Schäden sind mit enormem Arbeitsaufwand verbunden; entstanden sind sie auch durch frühere Fehleingriffe. Die Hauptarbeiten sind abgeschlossen. Die noch fehlenden Zugstangen im Bereich der Wohnung werden mit der Wohnungssanierung im Sommer 2004 eingezogen.

Im Zusammenhang mit der Konzeptentwicklung im Betagtenwesen, B 31/2002 "Entwicklungsbericht zur stationären Altersbetreuung", ist beim Zentrum Eichhof ein Projektierungsauftrag für den Umbau und die Sanierung des Pflegeheims bewilligt worden. Es werden Lösungen für anstehende Anpassungen (zukunftsgerichtetes Pflegekonzept mit erhöhten Ansprüchen der Bewohner und Betreuenden) gesucht. Aufgrund eines öffentlich ausgeschrieben Studienauftrags wurden von den eingegangenen Bewerbungen sechs Büros zur Teilnahme am Studienauftrag zugelassen. Der Studienauftrag ist abgeschlossen, und das Projekt "Atrium" wurde von der Jury zur Weiterbearbeitung empfohlen. Um die Investitionskosten beim Projekt Atrium zu reduzieren, entschied sich der Stadtrat im November 2003, das Projekt zu überarbeiten.

Im Rahmen des ausserordentlichen Unterhaltes wurden verschiedene Arbeiten an städtischen Liegenschaften ausgeführt:

- Ersatz der leckgefährdeten Wasserzuleitungen beim Grenzhof-Schulhaus
- Erneuerung von Gussasphaltbelägen beim St. Karli-Schulhaus
- Sanierung der Heizzentrale Haldenstrasse 14/16
- Erneuerungen/Teilsanierung verschiedener Flachdächer
- Sanierungen und Instandsetzungen diverser Kanalisationszu- und -ableitungen
- Ersatz der vom kantonalen Umweltschutzamt abgeschriebenen Wärmeerzeugungsanlage im Hallenbad an der Bireggstrasse

Im Berichtsjahr sind für grössere Unterhalts-/Sanierungsarbeiten folgende Budgetkredite bewilligt und ausgeführt worden:

- Sanierung und Neugestaltung der Pausen- und Spielplätze der Schulanlage Steinhof, unter Einbezug der Lehrerschaft und der Schulkinder (Finanzierungsbeitrag des Kinderparlaments von Fr. 8'000.–)
- Umbau von Räumen im Stadthaus zu einem Scanning-Raum für das Steueramt
- Anpassungen beim Konzertzentrum Schüür
- Ausbau der Balkone beim BZ Rosenberg zu Aufenthaltsräumen (die Abschlussarbeiten erfolgen über den gebildeten Rückstellungskredit)
- Erneuerung der Personensuch- und Telefonanlage im BZ Rosenberg. Die Betriebsphase wird zeigen, ob auf die Erneuerung der Personensuchanlage verzichtet werden kann. Eine Rückstellung auf 2004 wurde gebildet.
- Anpassung der Aufenthaltsräume/Nasszellen im BZ Dreilinden, Haus Pilatus. Die Abschlussarbeiten erfolgen über den gebildeten Rückstellungskredit.
- Büroerweiterungen beim Tiefbauamt an der Industriestrasse 6
- Abdichtung des Flachdachs bei der Tiefgarage des BZ Eichhof

Das budgetierte Investitionsvolumen konnte dieses Jahr nicht vollständig aufgebraucht werden. Die Gründe dafür waren Belegungskonzeptänderungen bei schon bewilligten Krediten, Einsprachen/Beschwerden, Verschiebungen von Gesamtplanungen, Änderungen und aufwändigere Konzeptentwicklungen, Rückweisungen von Vorlagen und damit verbundenen Überarbeitungen. Der Bearbeitungsaufwand gegenüber den umsatzwirksamen Investitionsprojekten hat stark zugenommen.

Die nicht getätigten Investitionen sind lediglich aufgeschoben, und die Ausgaben erfolgen zusätzlich im nächsten Jahr. Der Investitionsrechnung 2003 ist deshalb ein Rückstellungs-

betrag in der Höhe von Fr. 9,5 Mio. für Hochbauten belastet, damit der Investitionsplafond 2004 nicht überschritten wird.

Stadtplanung

Auch im Berichtsjahr beschäftigte sich die Stadtplanung sowohl mit konzeptionellen planerischen Aufgaben als auch mit der Konkretisierung und Aktualisierung bestehender Planungsgrundlagen. Dabei galt es, die begründeten projektbezogenen Nutzungsplanänderungen auf die übergeordneten stadtplanerischen Interessen abzustimmen.

Zur qualitativen Stadtentwicklung sind wiederum verschiedene private und öffentliche Wettbewerbsverfahren organisiert oder beratend begleitet worden, wie z. B. Bebauung Am Reussufer, Bebauung Sentimatt, Schulanlage Unterlöchli, Uni Kasernenplatz.

Das interdisziplinäre Stadtentwicklungsprojekt BaBeL (Basel-/Bernstrasse Luzern) wurde im Jahr 2003 weitergeführt. Der Zielfindungsprozess ist abgeschlossen worden. Dazu wurden am 25. Januar 2003 eine Grossgruppenveranstaltung sowie mehrere Dutzend Gespräche mit betroffenen Gruppen und Einzelpersonen durchgeführt. Auf Basis des Konsensszenarios wurden in 16 Bausteinen konkrete Massnahmen zur Umsetzung dieses Szenarios formuliert. Der Grosse Stadtrat wurde anfangs April 2004 mit B 4/2004 über den aktuellen Stand der Arbeiten sowie über das weitere Vorgehen in Kenntnis gesetzt.

Die Planung des Entwicklungsschwerpunkts (ESP) Bahnhof und Umgebung wurde 2003 gestartet. Ziel dabei ist es, das Gebiet zwischen Bahnhof, See, Tribschen- und Werkhofstrasse zu einem städtebaulich attraktiven und verdichteten Quartier mit gemischter Nutzung zu entwickeln. Verkehrsinfrastruktur und Nutzung sind aufeinander abzustimmen. Mit dem Koordinationsabkommen vom 19. Dezember 2003 zwischen den Planungsträgern SBB, Post, Kanton und Stadt Luzern wurde die Vorphase des Projekts abgeschlossen und die Finanzierung für die nächsten Planungsschritte gesichert.

Das zweite Auflageverfahren für die Anpassung des Bebauungsplans B 138 Wesemlin-/Dreilinden konnte im Sommer abgeschlossen werden. Aufgrund von diversen Einsprachen wurden Änderungen vorgenommen, die eine dritte öffentliche Auflage notwendig machten. Am 7. April 2004 konnte der B+A 11/2004

zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet werden.

Am Pilatusplatz beschreitet die Stadtplanung mit einer so genannten Testplanung neue Wege in der Planung (vgl. auch Ziffer 5.4.1, Überbauung Mühlebachweg). Drei Teams, bestehend aus Architekten und Verkehrsingenieuren, beschäftigen sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit den städtebaulichen und verkehrlichen Problemen am Pilatusplatz und entwickeln in einem gemeinsamen Arbeitsprozess Lösungsvorschläge. Begleitet werden sie dabei von einer Leitungsgruppe, bestehend aus einem externen Projektleiter, Vertretern der Stadtverwaltung und dem Quartierverein. Die mit der Testplanung gewonnenen Erkenntnisse sollen als Grundlage für die städtebauliche und verkehrsplanerische Entwicklung dienen.

Die "Arbeitsgruppe Industriestrasse" hat dem Stadtrat im Sommerseminar 2003 einen Bericht über die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens bei den städtischen Liegenschaften Industriestrasse vorgelegt. Der Stadtrat hat im Sommerseminar keine Entscheidung über das weitere Vorgehen gefällt. Der Liegenschaftensbericht Teil 2 soll abgewartet werden. Die Planung "Nutzungskonzept Industriestrasse" wurde sistiert.

Die Gestaltungspläne G 304 Pilatusplatz II, G 306 Güterareal sowie G 310 Lützelmatte II konnten im vergangenen Jahr durch den Stadtrat bewilligt werden. Diverse andere Gestaltungspläne (Schönbühl, Unterlöchli, Vorderrain, Reussinsel, Bernstrasse, Sentipark II) wurden vom Ressort Planung bearbeitet.

Im Berichtsjahr wurden total 419 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Fensterersatz usw. Es mussten 37 Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden 32 nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Entschieden wurde über 413 Gesuche, davon 59 mit Einsprachen. Das Bauvolumen der bewilligten Projekte erreichte Fr. 341 Mio.

Erstmals wurden Baugesuche nach § 198 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) im vereinfachten Verfahren durch die Baudirektion entschieden. Es handelt sich um 151 der 413 Gesuche.

In der Berichtsperiode sind folgende drei Objekte in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Kornmarkt 10 (Gesamtbauwerk)
- Originales Mobiliar des Hotels Schweizerhof, Schweizerhofquai 3b
- Schulanlage Dula, Bruchstrasse 78

Nach dem Auftrag des Grossen Stadtrates begann 2003 die Inventarisierung der erhaltens- und schützenswerten Bauten. Im Siedlungsgebiet des Bebauungsplanes B 135 Baselstrasse/Bernstrasse wurden 211 Objekte detailliert inventarisiert. Die Inventarisierung im Gebiet des Bebauungsplans B 128 Bruch/Obergütsch umfasst 199 Objekte und ist noch nicht abgeschlossen. Im Laufe der Inventarisierungsarbeiten zeigte es sich, dass die Zahl der erfassten Objekte in den Bebauungsplänen B 135 und B 128 mehr als viermal höher ist, als ursprünglich gemäss kantonalen Empfehlungen angenommen wurde.

Die intensive Bautätigkeit erforderte zudem Einzelinventarisierungen im übrigen Stadtgebiet. Zusätzlich entstand ein Sonderinventar der Bauten aus den 70er-Jahren. Mit der Inventarisierung im Bereich des B 132 Tribtschen/Bahnhof wurde Ende 2003 begonnen.

2003 wurden repräsentative Teile der städtischen Kunstsammlung innerhalb der Publikumszonen in den Gebäuden Hirschengraben 17 und Obergrundstrasse 1 neu ausgestellt. Barockgemälde aus dem Besitz der ehemaligen Bürgergemeinde sind nach der Restaurierung im ehemaligen Heilig-Geist-Spital (Obergrundstrasse 1) zu sehen. Der Austausch von Bildern war im Berichtsjahr aufwändig.

Das Picasso-Museum wurde 2003 von 38'302 Besuchern aufgesucht (2002: 27'122). Die Besucherzahl erhöhte sich damit im Vergleich mit dem Vorjahr um 41 % und erreichte somit nahezu das Ergebnis der Vorjahre. Die Erhöhung ist u. a. auch eine Folge des Kombibilletts mit dem Museum Sammlung Rosengart und verstärkter Marketingmassnahmen.

Das Richard-Wagner-Museum / Sammlung alter Musikinstrumente erhielt mit der diplomierten Museologin Katja Fleischer 2003 eine neue Museumsleiterin. Die Handschriften-sammlung der Gedenkstätte wurde umge-

staltet, drei Sonderausstellungen und neue Marketingmassnahmen wurden durchgeführt. Die Besucherzahlen stiegen um 27 % auf 6'776.

Zehn Jahre nach dem Brand wurde im Dezember 2003 die neue Hängeordnung der Kapellbrückenbilder und die Rekonstruktion der Kapellbrücke offiziell von der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege abgenommen und für gut befunden.

Zahlreiche denkmalpflegerische und kultur-güterschützerische Beratungen erfolgten im Jahre 2003. Der Kulturgüterschutz-Raum Fluhgrund erhielt neben der bestehenden Brandschutz- eine moderne Einbruchssicherungsanlage.

GIS-Dienstleistungszentrum

Das Projekt WIS (Werkinformationssystem) wurde im Sommer 2003 abgeschlossen. Anschliessend wurde ein GIS-Konzept ausgearbeitet, das den Weiterausbau des digitalen Rauminformationssystems beinhaltet. Vorgeesehen ist eine digitale Aufnahme von weiteren Anwendungen aus der Stadtverwaltung (Stadtplanung, Stadtpolizei usw.). Dabei werden die neuen kantonalen Rechtsgrundlagen, nämlich das Gesetz über die Geoinformation und amtliche Vermessung, soweit erforderlich berücksichtigt.

Da der GIS-Bereich im GIS-Dienstleistungszentrum an Bedeutung zugenommen hat, wurde ein Abteilungschef GIS eingestellt. Marco Dellenbach, dipl. Ing. ETH, hat seine Stelle im August 2003 angetreten.

Das GIS-Dienstleistungszentrum war 2003 sehr gut ausgelastet. Die Nachfrage nach Dienstleistungen, Planprodukten und Daten ist zunehmend. Die Nachführung von grafischen Planwerken wurde bis auf wenige Gebiete eingestellt. Die Datensätze werden fortlaufend ausgebaut und die Anwendungen verbreitet.

Die Erneuerungsarbeiten im amtlichen Vermessungswerk wurden fortgesetzt. Erfassungsarbeiten wurden in den Gebieten "Altstadt", "Hirtenhof" und "Neustadt" geleistet.

5.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt. Die

Leistungsblätter blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Innerhalb der Liegenschaftenverwaltung betreut das mit 300 Stellenprozenten besetzte "Ressort Finanzvermögen" sämtliche Liegenschaften des Finanzvermögens. Die wichtigsten Aufgaben sind:

- Vermietung und Bewirtschaftung der Liegenschaften
- Rechnungswesen, insbesondere: Mietzinsinkasso, Heiz- und Nebenkostenabrechnungen, Liegenschaftenabrechnungen, Budget- und Rechnungswesen
- Ordentlicher und ausserordentlicher Liegenschaftenunterhalt
- Abnahme und Übergabe der Mietobjekte
- Kauf und Verkauf von Liegenschaften / Abgabe von Baurechten

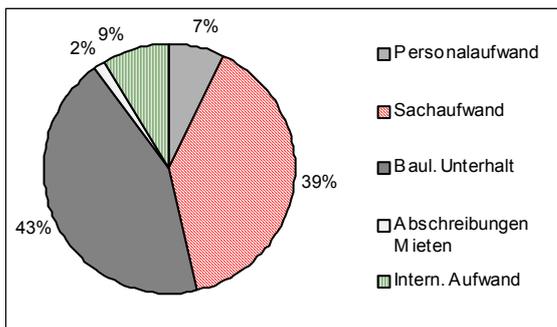
b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	4'344'593	3'737'831	4'088'200	-350'369	-9%	-606'762	-14%
Ertrag	8'449'462	8'074'819	8'124'300	-49'481	-1%	-374'644	-4%
Ergebnis	4'104'870	4'336'988	4'036'100	300'888	7%	232'118	6%
BU LfV	1'339'821	1'626'395	1'723'000	-96'606	-6%	286'573	21%

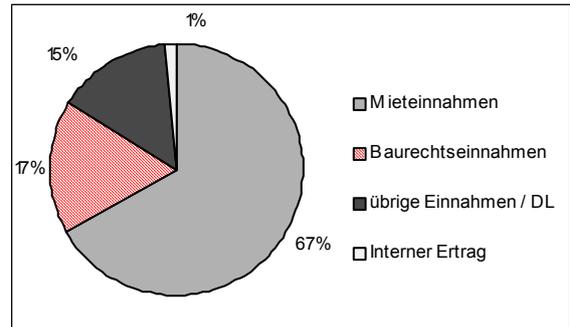
BU LfV = Baulicher Unterhalt Liegenschaften Finanzvermögen

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Wohnungen	196	196	193	265	266	266	
Durchschnittliche Nettorendite	4,07%	4,08%	4,33%	4,62%	4,89%	4,4%	-0,49 PP

e) Kommentar

Im vergangenen Jahr ist die durchschnittliche Nettorendite um 0,49 PP gesunken. Dieser Rückgang ist unter anderem auf die Weitergabe der Hypothekarzinssenkung von 3,75 % auf 3,25 % zurückzuführen. Trotz dieser Abnahme konnte das Ergebnis um 6 % gegenüber dem letzten Jahr bzw. 7 % im Vergleich zum Budget 03 gesteigert werden. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf den Wegfall der Liegenschaftensteuer, Rückerstattung aus dem Brandfall Baselstrasse 21 sowie bessere Auftragsvergaben beim baulichen Unterhalt zurückzuführen.

5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppen 1–3 und 6 des Globalbudgets)

Seit dem 1. Januar 2002 wird das Tiefbauamt mit einem Leistungsauftrag mit Globalbudget geführt. Gegenüber dem Vorjahr hat der Berichtsteil keine Änderung erfahren, d. h., die Dienstleistungen, Ergebnisse und Kennzahlen werden in den Leistungsgruppen 1–6 dargestellt und kommentiert. Details dazu befinden sich auch im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget im Zahlen- teil der Rechnung 2003.

Der betriebliche und bauliche Strassenunterhalt wird auf dem Stadtgebiet sowohl auf Kantons-, Gemeinde- wie auch teilweise auf Privatstrassen vorgenommen. Der Strassendienst umfasst auch den Unterhalt der Fuss- und Wanderwege, Treppen und Treppenwege, Plätze, Trottoirs, öffentlichen Brunnen, Fängeranlagen, Velounterstände, die Entleerung sämtlicher Abfallkörbe, der Unterhalt und die Erneuerung der Robidog-Kasten, die Beflaggungen im öffentlichen Raum sowie die Instandstellung des öffentlichen Grundes nach Grossanlässen und allfälligen Unwettern. Der technische Dienst (Markierung und Signalisation), die öffentliche Beleuchtung sowie der Unterhalt und die Pflege des Strassengrüns und der Strassenbäume gehören ebenfalls zu diesem Aufgabengebiet. Diese Arbeiten werden sowohl von eigenem Personal (durchschnittlich 100 Personen) wie auch von privaten Bau- und Transportunternehmen sowie der ewl AG ausgeführt. Die baulichen Aufwendungen sowie der Winterdienst an Kantonsstrassen werden durch den Kanton finanziert, und gewisse Dienstleistungen, wie z. B. an Privatstrassen oder für Grabenaufbrüche, werden an Private verrechnet. Neu beinhaltet die LG 1 auch den Gemeindeanteil Motorfahrzeugsteuern (Ertrag Kanton) sowie die Entnahme der Parkplatzunterhaltungsaufwendungen aus der Spezialfinanzierung Parkplätze.

Im Bereich Strassenraum der Leistungsgruppe 2 erfolgt die Planung, Projektierung, Kreditierung, Genehmigung und die Ausführung der diversen Verkehrsbauten. Dieser Aufgabenbereich umfasst auch die Abwicklung der Strassensanierungsprogramme sowie die Planungen für den öffentlichen Verkehr.

Das Personal der Stadtgärtnerei (durchschnittlich 50 Personen, darunter auch mehrere Baumpfle- gespezialisten) ist für die Pflege sämtlicher Parkanlagen, Kinderspielplätze sowie der Allee- und Anlagebäume auf dem Stadtgebiet zuständig. Diese Leistungen umfassen den Ersatz und periodi- schen Schnitt, das Wässern, die Pflege der Baumscheiben sowie besondere Baumpfleagemassnahmen. Im Bereich Baumschutz behandelt das Team auch jährlich einige hundert Beseitigungs- und Rückschnittgesuche von Privaten. Seit einigen Jahren erfolgen zudem systematische Aufnahmen, die es erlauben, dem grafischen Baumkataster Daten zur Entwicklungsbeobachtung zuzuordnen. Die Grünpflege der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie der Schulanlagen wie auch der Unterhalt und Betrieb der Aussensportanlagen vervollständigen diesen Dienstleistungsbereich.

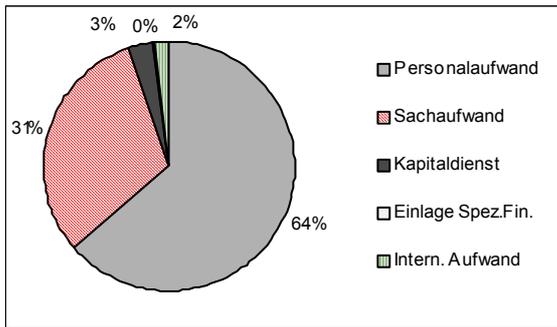
Im administrativen Bereich der Friedhofverwaltung werden alle Bestattungen sowie alle Gräber er- fasst und registriert. Der Friedhofverwaltung (18 Mitarbeitende) obliegt auch die Verwaltung der Vertragsgräber für den Grabunterhalt. Zu den Aufgaben im technischen Bereich gehören die Vor- bereitungen und Ausführungen der Bestattungen in folgenden Friedhöfen: Friedental, Hoffried- hof, Kloster Wesemlin, Kloster Gerlisberg und der israelitische Friedhof. Hinzu kommt der Unter- halt der gesamten Anlage und das Pflegen und Anpflanzen der Vertragsgräber.

b) Ergebnis

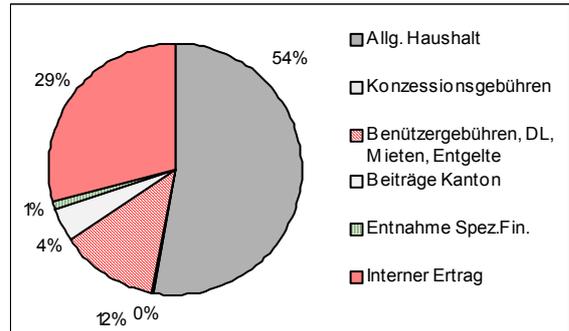
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	37'125'507	38'161'944	37'505'300	656'644	2%	1'036'437	3%
Ertrag	17'898'493	18'071'645	17'160'300	911'345	5%	173'152	1%
Ergebnis	-19'227'015	-20'090'299	-20'345'000	254'701	-1%	-863'284	4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Bearbeitete Fläche in m ²	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	--
Kantonsstrassen				310'000	310'000	--
Gemeindestrassen				1'290'000	1'290'000	--
Parkanlagen, Friedhof, Aussensportanlagen				690'000	690'000	--
Liegenschaften Verwaltungsvermögen (inkl. Schulhäuser)				530'000	530'000	--
Anzahl Robidogs inkl. Sackspender				210	213	+3
Anzahl öffentliche Brunnen	157	157	157	157	157	--
Anzahl Velounterstände	42	42	62	59	59	--
Anzahl Abfallkörbe	1'100	1'100	1'268	1'308	1'329	+21
Anzahl Fängeranlagen	47	47	47	47	47	--
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;				7'612	7'612	+2
davon ausgewechselt				157	159	
Anzahl Kinderspielplätze				40	40	--
Kennzahlen Strassenraum	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Unterhaltskosten pro m ² in Fr.	6.20	5.95	8.10	14.75	15.17	+0.42
Kosten pro Einwohner in Fr.	164.70	158.05	217.50	316.50	325.10	+8.60
K'deckungsgrad Planungen				49,3%	45,3%	-8 %
Kennzahlen Anlagenpflege	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Kosten pro m ² Rasenspielfeld				5.20	6.45	+1.25
Kosten pro m ² Allwetterplatz				2.85	1.85	-1.-
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)				2.80	2.75	-0.05
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.				80.80	78.80	-2.-
Kennzahlen Baumpflege	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Strassenbäume				3'300	3'300	--
Kosten pro Strassenbaum in Fr.				139.90	141.90	+2.-
Kosten pro Einwohner in Fr.				7.70	7.80	+0.10
Anzahl Bäume in Anlagen				6'500	6'500	--
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.				73.90	82.85	+8.95
Kosten pro Einwohner in Fr.				8.-	8.95	+0.95
Kennzahlen Friedhof	1999	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Anzahl Bestattungen	846	852	840	772	825	+53
Anzahl Vertragsgräber	567	586	554	545	565	+20
Kosten pro Erdbestattung				1'870.-	1'742.-	-128.-
Kosten pro Urnenbestattung				705.-	698.-	-7.-

e) Kommentar

Im Zahlenteil der Rechnung 2003 werden wie üblich die Details des Netto-Minderaufwandes kommentiert. Die Netto-Unterhaltskosten pro m² Strassenraum (Leistungsgruppe 1: Betrieb, Bau, Technischer Dienst, Beleuchtung, Strassengrün und -Bäume) sind teuerungsbedingt leicht höher als im Vorjahr, bewegen sich jedoch mit Fr. 15.17/m² exakt innerhalb der Soll-Vorgabe gemäss Vorschlag 2003.

In der Leistungsgruppe 2 (Planung, Projektierung und Neubau) sind am Jahresende total 80 offene Planungen zu verzeichnen (15 Planungen kamen in der Berichtsperiode dazu, und 15 konnten abgeschlossen werden). Der Kostendeckungsgrad verringerte sich gegenüber dem Vorjahr und betrug lediglich 45,3 % (budgetiert waren 50,2 %), da die Erträge den Soll-Wert um zirka Fr. 67'000.– unterschreiten; die Kosten hingegen bewegen sich im Rahmen des Budgets.

Der Kostendeckungsgrad der Leistungsgruppe 3 (Grün- und Sportanlagen, Friedhof) beträgt analog dem Vorjahr 46,2 % (Budget 39,4 %). Bei den Kennzahlen der einzelnen Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr minime Abweichungen zu verzeichnen; die budgetierten Nettowerte und der Kostendeckungsgrad konnten jedoch eingehalten bzw. gesteigert werden.

Die Zahl der Vertragsgräber bewegt sich in etwa im Rahmen der Vorjahre. Die Anzahl Bestattungen erhöhte sich im Berichtsjahr um zirka 7 %. Den 145 Erdbestattungen (Vorjahr 150) stehen 680 Urnenbeisetzungen (Vorjahr 622) gegenüber. Die Beisetzungen im Gemeinschaftsgrab belaufen sich auf total 309 (Vorjahr 246). Der Durchschnittspreis von Fr. 881.40 verringerte sich um Fr. 50.10 pro Bestattung.

5.4.4.3 Stadtentwässerung

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 4 des Globalbudgets)

Die Schmutzwasserbeseitigung für die Stadt Luzern erfolgt durch den Gemeindeverband für Abwasserreinigung Luzern und Umgebung (GALU) über die ARA Buholz.

Die Stadt Luzern beteiligt sich an den Betriebskosten (Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Pumpwerke und Spezialwerke sowie Investitionsbeiträge an den ARA-Ausbau) wie die übrigen Verbandsgemeinden nach einem vereinbarten Verteilschlüssel (Verhältnis der Einwohnergleichwerte und Betriebskostenverteiler EAWAG). Die jährlichen Kosten für die Abwasserbeseitigung werden durch ARA-Betriebsgebühren abgedeckt. Das Gebühreninkasso (Verrechnung nach Wasserverbrauch) wird im Auftrag durch die ewl AG für die Baudirektion besorgt.

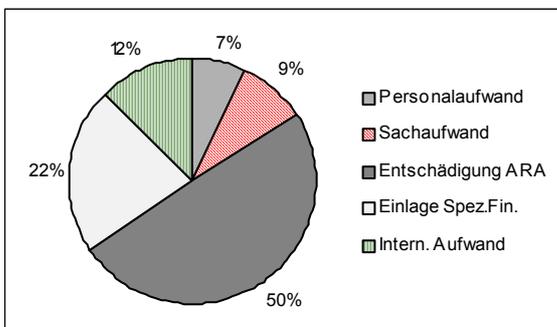
Für den betrieblichen Unterhalt des städtischen Kanalnetzes und der Pumpstationen ist eine Unterhaltsgruppe mit durchschnittlich 14 Personen verantwortlich. Nebst der Reinigung dieser Abwasseranlagen führt dieses Personal auch Entsorgungsarbeiten für Garagen- und gastgewerbliche Betriebe gegen Verrechnung aus (Entleerung Mineralöl- und Fettabseider). Zudem werden private Abwasseranlagen nach Auftrag unterhalten. Für den Untersuch und die Beobachtung des Kanalnetzes steht dem Team nebst mehreren Spezialfahrzeugen eine moderne Kanalfernseh-Anlage zur Verfügung.

b) Ergebnis

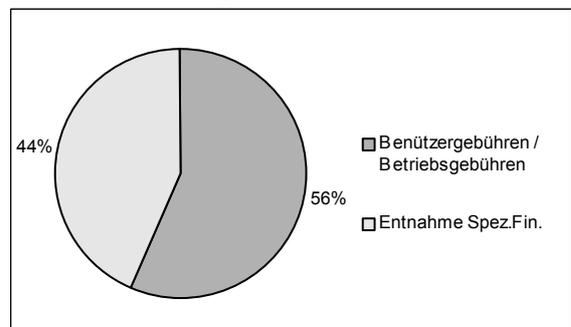
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	11'990'996	12'123'850	11'043'700	1'080'150	10%	132'854	1%
Ertrag	11'990'996	12'123'850	11'043'700	1'080'150	10%	132'854	1%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Länge des Kanalnetzes	145 km					
Anlagewert in Mio. Fr. (Stadt)	410	410	410	410	410	410
Angelieferte Wassermenge in m ³	7,1 Mio.	7,5 Mio.	7,0 Mio.	7,1 Mio.	7,3 Mio.	7,46 Mio.
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'302	60'279	60'022	59'750	60'123	60'195
Kennzahlen Unterhalt	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unterhaltskosten pro Laufmeter Kanalnetz	Fr. 9.70	Fr. 9.70	Fr. 10.15	Fr. 9.95	Fr. 8.75	Fr. 8.95
Kosten in % des Anlagewertes					0,31%	0,32%
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr. 23.30	Fr. 23.40	Fr. 24.50	Fr. 24.10	Fr. 21.10	Fr. 21.55

Kennzahlen Wasser	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Wasserverbrauch pro Einwohner	118 m ³	124m ³	117 m ³	119 m ³	121 m ³	124 m ³
Kosten pro m ³ Wasser				Fr. 1.44	Fr. 1.64	Fr. 1.62
Kosten pro Einwohner					Fr. 199.45	Fr. 201.40
Kostenanteil der Stadt an GALU in Fr. und %	40,4%	41,0%	4'403'725 43,9%	5'297'366 46,07%	5'684'616 45,94%	5'915'443 45,94 %

e) Kommentar

Die einzelnen Leistungen innerhalb der Leistungsgruppe 4 (Stadtentwässerung) sind gegenüber der Vorjahresrechnung nochmals detaillierter dargestellt, indem die LG neu 7 (bisher 3) Produkte umfasst. Erstmals sind in dieser Leistungsgruppe auch kalkulatorische Kosten im Umfang von Fr. 5,2 Mio. (1,25 % vom Anlagewert) enthalten.

Der betriebliche Unterhalt des Kanalnetzes beträgt pro Laufmeter Fr. 8.95. Die Soll-Vorgabe 2003 (< Fr. 10.–) konnte somit auch im Berichtsjahr eingehalten werden. Die gegenüber dem Budget höheren Gesamtaufwendungen von rund Fr. 1,1 Mio. sind auf höhere Dienstleistungsaufwendungen (Erfassungskosten Kanalisationsdaten im WIS durch GIS-DLZ), grössere Betriebskostenbeiträge an den GALU (inkl. Investitionsanteil für den ARA-Ausbau) sowie eine höhere Einlage in die Spezialfinanzierung aufgrund des Mehrertrages aus Betriebsgebühren zurückzuführen. Der Kostenanteil der Stadt an den GALU in Prozenten von 45,94 % gilt gemäss DV-Beschluss vom Oktober 2002 für die Jahre 2002 und 2003.

Die Erträge dieser Leistungsgruppe setzen sich aus Kanalisations- und ARA-Betriebsgebühren von Fr. –.85 pro m³ Wasser, aus Kanalisationsanschlussgebühren bei Neu- und Umbauten von 1,5 % der wertvermehrenden Investitionen sowie aus Entnahmen aus der Spezialfinanzierung für Unterhalt und Investitionen der Stadtentwässerungsanlagen, deren Bestand am 31.12.2003 Fr. 3,27 Mio. betrug, zusammen.

5.4.4.4 Abfallwirtschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 5 des Globalbudgets)

Der Autobetrieb des Strasseninspektorates ist u. a. für die Kehrichtentsorgung in der Stadt Luzern zuständig. Diese Aufgabe umfasst die Entsorgung des häuslichen Kehrichts sowie verschiedener Wertstoffe (Organisation, Sammeldienst, Verwertung). Dabei wurden im Jahr 2003 zirka 38'900 Tonnen Abfälle von rund 30'000 Haushaltungen und 50'000 Arbeitsplätzen eingesammelt, transportiert und ordentlich entsorgt. Es stehen dazu 10 Kehrichtwagen und bis zu 30 Mitarbeiter im werktäglichen Einsatz. Gewisse Dienstleistungen, wie z. B. das Einsammeln von Weinflaschen, werden von Fall zu Fall durch private Transportunternehmen ausgeführt. Für die Kartonsammlungen werden auch Jugendorganisationen gegen Entgelt zugezogen. Die Gesamtaufwendungen für die Kehrichtbeseitigung werden gemäss den gesetzlichen Vorschriften vollumfänglich durch Kehrichtgebühren abgedeckt. Die Berechnung dieser Gebühren erfolgte dabei im Berichtsjahr bis 30. Juni 2003 aufgrund des Gebäudeversicherungswertes. Am 1. Juli 2003 trat das neue Abfallreglement mit einer Grund- und Verursachergebühr (regional Volumen und/oder Gewicht) in Kraft.

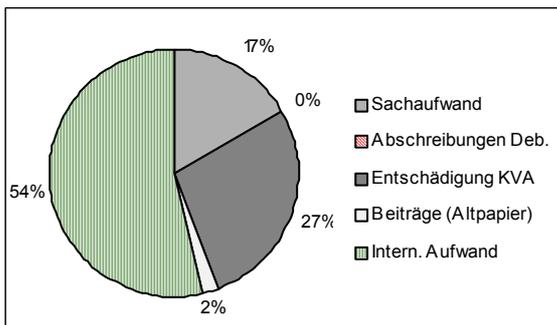
b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	10'553'684	9'864'624	11'333'500	-1'468'876	-13%	-689'060	-7%
Ertrag	10'891'445	9'322'865	10'833'500	-1'510'635	-14%	-1'568'580	-14%
Ergebnis	337'761	-541'759	-500'000	-41'759	-8%	-879'520	-260%

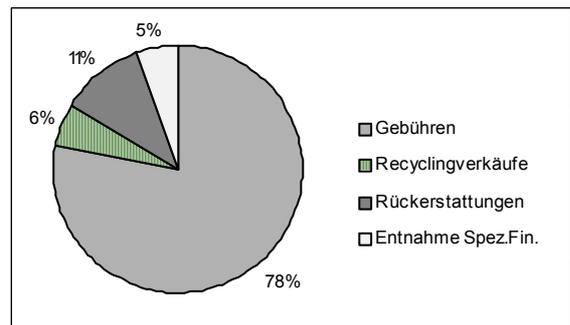
Anmerkung: Das Ergebnis entspricht der Einlage/Entnahme in die Spezialfinanzierung.

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'302	60'279	60'022	59'750	60'123	60'195
Anzahl Haushalte					30'000	30'000
Anz. Arbeitsplätze	53'000	53'000	54'500	54'500	54'500	50'000
Kostendeckungsgrad					103,2%	95%

Kehricht

Kosten in Fr. pro Tonne / Stück

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Hauskehricht	290.-/t	291.-/t	289.-/t	297.-/t	283.-/t	201.-/t
Kompost-Abfälle	435.-/t	403.-/t	422.-/t	470.-/t	416.-/t	397.-/t
Altmetall	156.-/t	157.-/t	175.-/t	187.-/t	161.-/t	223.-/t
Altglas	144.-/t	126.-/t	113.-/t	136.-/t	100.-/t	81.-/t
Weissblechbüchsen	818.-/t	603.-/t	594.-/t	546.-/t	569.-/t	711.-/t
Batterien	467.-/t	274.-/t	149.-/t	417.-/t	570.-/t	610.-/t
Kühlgeräte	-2.-/St.	-5.70/St.	-13.89/St.	-17.27/St.	-5.17/St.	-- /St.
Altpapier	91.-/t	64.-/t	50.-/t	52.-/t	45.-/t	41.-/t
Karton	778.-/t	564.-/t	448.-/t	517.-/t	507.-/t	379.-/t
Leuchtstoffröhren	1.73/St.	1.58/St.	1.43/St.	1.42/St.	1.62/St.	1.52/St.
Elektronikschrott	5'045.-/t	2'307.-/t	3'200.-/t	3'823.-/t	827.-/t	108.-/t
Altöl	645.-/t	478.-/t	508.-/t	1'058.-/t	1'318.-/t	1'683.-/t

Abfallmengen	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Gesamtabfallmenge	37'372 t	38'782 t	39'142 t	39'038 t	39'521 t	38'913 t
Anteil Hauskehricht	26'021 t	26'712 t	26'800 t	26'884 t	26'990 t	24'247 t
Anteil Wertstoffe	11'351 t	12'070 t	12'342 t	12'152 t	12'531 t	14'666 t
Anteil Wertstoffe in % (Recycling; Separatsammlung)	30,37%	31,12%	31,53%	31,13%	31,70%	37,70%
Hauskehrichtmenge pro Einwohner	434 kg	443 kg	446 kg	450 kg	449 kg	403 kg
Entsorgungskosten pro Einwohner in Fr.	166.41	170.55	169.90	178.20	170.10	127.50

e) **Kommentar**

Seit dem 1. Juli 2003 gilt in der Stadt Luzern das neue Abfallreglement mit einer so genannten Grund- und Verursachergebühr (Volumen und/oder Gewicht). Das Gesamtbudget 2003 und die Vorjahreskennzahlen basieren dabei noch auf dem bisherigen System, weshalb in diesem "geteilten" Jahr einige Abweichungen zu Voranschlag und Vorjahreswerten zu verzeichnen sind.

Die Gesamtabfallmenge reduzierte sich im Berichtsjahr um 608 Tonnen oder rund 1,5 %. Die Separierungsquote liegt mit 37,7 % deutlich über dem Vorjahreswert, wobei die Soll-Vorgaben des parlamentarischen Leistungsauftrages von 40 % erst nach Ablauf eines ganzen Jahres mit neuer Gebührenregelung erreicht werden können. Immerhin beträgt dieser relevante Wert für das zweite Halbjahr 2003 alleine betrachtet rund 47 %.

Der finanzielle Gesamtaufwand für die Abfallwirtschaft reduzierte sich aufgrund des neuen Abfallreglements gegenüber dem Budget um rund Fr. 1,5 Mio., weil ab 1. Juli 2003 ein Teil der Entsorgungskosten direkt dem Verursacher verrechnet werden. Die Kennzahlen "Kosten pro Tonne Hauskehricht" und "Entsorgungskosten pro Einwohner" sind mit den Vorjahreswerten nur noch bedingt vergleichbar, da im 2. Halbjahr die Verbrennungsgebühren nicht mehr in den Kennzahlen enthalten sind.

Wie budgetiert erfolgte dagegen eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung für Infrastruktur-Umrüstungen im Wagenpark (Wägesysteme) sowie PR- und Einführungsmassnahmen; die Rückstellung beträgt danach per 31. Dezember 2003 noch Fr. 3,3 Mio.

5.4.4.5 Baulicher Unterhalt für die Verwaltungsliegenschaften

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die durch den Hochbau erbrachten und organisierten Leistungen umfassen zwei Hauptbereiche: Organisation und Abwicklung des baulichen und betrieblichen Unterhalts der städtischen Liegenschaften. Ziel dieser Gesamtaufgabe ist es, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einen optimalen Substanzerhalt sowie die vorgesehene Gebäudenutzung sicherzustellen. Eine weitere Aufgabe ergibt sich aus der städtischen Investitionstätigkeit. Hierbei übernimmt der Hochbau die Projektleitung und ist verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten.

b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
<i>Hochbau: Eigenaufwand für Unterhalt und Investitionen</i>							
Aufwand	2'187'080	2'215'500	2'261'900	-46'400	-2%	28'420	1%
Ertrag	441'963	1'237'261	1'568'000	-330'740	-21%	795'297	180%
Ergebnis	-1'745'117	-978'239	-693'900	-284'339	41%	766'877	44%

Aufwendungen für den baulichen Unterhalt

Funkt. Gliederung	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Verwaltung	1'735'717	1'882'959	1'300'400	582'559	45%	147'242	8%
Sicherheit	64'321	66'896	75'000	-8'104	-11%	2575	4%
Bildung	2'973'221	1'475'501	1'407'500	68'001	5%	-1'497'720	-50%
Kultur und Freizeit	286'990	275'112	253'000	22'112	9%	-11'878	-4%
Gesundheit	11'525	9'258	44'500	35'242	-79%	-2'267	-20%
Soziale Wohlfahrt	2'710'718	2'334'200	2'406'000	-71'800	-3%	-376'518	-14%
Verkehr	42'052	24'300	41'000	-16'700	-41%	-17'752	-42%
Volkswirt- schaft	49'635	60'328	55'000	5'328	10%	10'693	22%
Finanzen	99'336	135'707	156'500	-20'793	-13%	36'372	37%
Zwischen- total	7'973'515	6'264'261	5'738'900	525'361	14%	-1'709'253	-21%
./. Aufwand Art. 60 GO	-2'709'328	-835'472				1'873'856	-69%
Total¹	5'264'187	5'428'789	5'738'900	-310'111	-5%	164'603	3%

¹ reiner baulicher Unterhalt

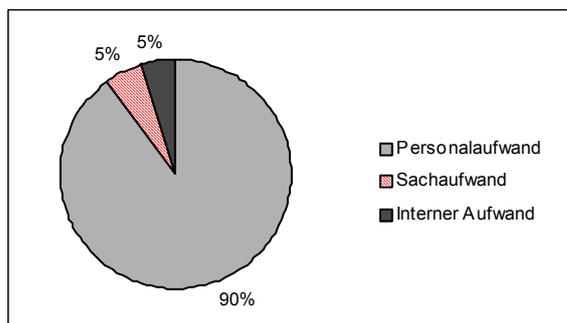
Vergleich Rechnung 2003 zu Budget 2003

Die Unterhaltsarbeiten konnten insgesamt wie budgetiert eingehalten werden. Die zusätzlichen notwendigen Massnahmen sind mittels Nachtragskrediten ausgeführt worden. Die Nachtragskredite (gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO) lösten ein Umsatzvolumen von gut Fr. 0,835 Mio. aus. Die grösseren Kredite sind:

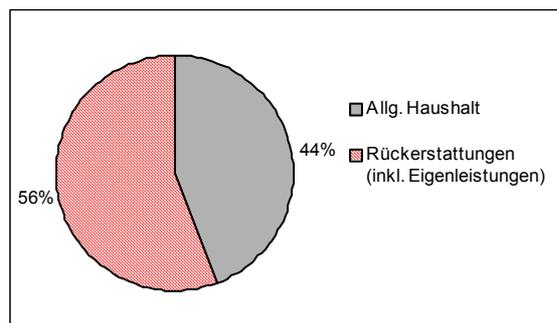
- Bei Verwaltung und Kultur: die Sofortmassnahmen für das neue Schliesskonzept und den behindertengerechten Zugang zum Stadthaus, die Nachrüstung für äusseren Sonnenschutz bei der Stadtbibliothek im Bourbaki-Panorama, die Schadenbehebungen und zusätzlichen Unterhaltsarbeiten beim Rathaus und die Sanierungsarbeiten beim Wohnhaus Bramberg.
- Bei der Bildung: der Abbruch des Kindergartens Gundoldingen und damit verbunden das Kindergartenprovisorium im Utenberg, weiter die Führung einer HPS-Vorstufe im KG Rodtegg und der Wasserschaden im Kindergarten Würzenbach.
- Einen weiteren grösseren Nachtragskredit benötigte es für die Beseitigung der vermehrten Vandalismusschäden an den öffentlichen Gebäuden (vorwiegend bei den Schulhäusern, Turnhallen und WC-Anlagen) sowie bei den öffentlichen Anlagen (Bänke, Abfalleimer und Pflanzen).

Der Ertrag fiel kleiner aus als geplant, da weniger Projekte mit Drittleistungen zur Ausführung kamen.

c) **Allgemeine Kennzahlen (Hochbau)**
Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) **Spezifische Kennzahlen**

	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Eigenaufwand in % des Unterhaltes	16%	15%	13%	14%	1%
Eigenaufwand in % der Investitionen	6%	13%	9%	5%	-4%
Aufwand in Fr. für Primarschulen (inkl. Turnhallen)	798'451	1'986'259	2'174'183	1'627'305	-25%
pro Schülereinheit (02: 2'688 / 03: 2'686 / 0%)	292	738	809	606	-25%
pro m ² (42'496 m ²)	19	47	51	38	-25%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	220'557	1'013'631	1'232'973	396'967	-68%
pro Schülereinheit (02: 1'124 / 03: 1'161 / 3%)	182	848	1'097	342	-68%
pro m ² (30'056 m ²)	7	34	41	13	-68%
Berufsschulen (inkl. Turnhallen)	414'505	630'192	1'263'490	0	-100%
pro Schülereinheit (02: 4'748 / 03: 0 / -100%)	91	144	266	0	-100%
pro m ² (34'986 m ²)	12	18	36	0	-100%
vbl-Unterstände	29'499	26'013	47'899	43'433	-9%
pro Einheit (02: 82 Anl. / 03: 83 Anl. +1%)	369	325	584	523	-10%
WC-Anlagen	56'480	63'295	62'034	76'242	23%
pro Einheit (02: 35 Anl. / 03: 35 Anl. 0%)	1'614	1'808	1'772	2'178	23%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen		1'544'791	1'369'090	3'118'016	128%
pro Bett (02: 774 / 03: 772 / 0%)		1'893	1'769	4'039	128%
Alterssiedlungen		990'492	1'068'576	736'164	-31%
pro Wohnung (02: 269 / 03: 269 / 0%)		3'682	3'972	2'737	-31%
Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg		137'316	656'347	128'291	-80%
pro Jugendliche/n (02: 58 / 03: 58 / 0%)		2'368	11'316	2'212	-80%

e) **Kommentar**

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten alle Massnahmen für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der städtischen Liegenschaften, welche von der Abteilung Wartung und Unterhalt durchgeführt wurden. Es sind dies:

	in Mio. Franken
▪ Aufwand der externen und internen Beauftragungen für den baulichen Unterhalt inklusive der beantragten Nachtragskredite gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO	6,26
▪ Ausserordentlicher Unterhalt, der grösser als Fr. 200'000.- (Budgetkredite) und deshalb in der Investitionsrechnung aufgeführt ist, jedoch einen grösseren baulichen Unterhalt darstellt	2,15

▪ Mobiliar Ersatz- und Neubeschaffungen (Kostenart 311). Hier erarbeiten wir den Anforderungskatalog, die Submission, Prüfung, Vergabe und Bestellung, Eingangskontrolle	0,35
▪ Auftragserteilung und Abwicklung an interne Regiebetriebe (Kostenart 390513)	0,20
▪ Personal- und Sachaufwand	<u>1,32</u>
Total Franken	10,28

Die Kennzahlen weichen bei einzelnen Projekten gegenüber dem Vorjahr aus folgenden Gründen wesentlich ab:

- Bei den Primar- und Oberstufenschulen sowie bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg: Normal getätigter Unterhalt (gegenüber dem letzten Jahr mit Unwetterschäden)
- Bei den Berufsschulen: Diese gingen per 1.1.2003 an den Kanton über.
- WC-Anlagen: Mehr Reparaturen und Vorfinanzierung Schadenfall
- Bei den Betagtenzentren: Flachdachsanierung Eichhof, Balkonsanierung Rosenberg, Personensuch- und Telefonanlage Rosenberg sowie Umbau Haus Pilatus Dreilinden
- Alterssiedlung Eichhof: Normal getätigter Unterhalt (gegenüber Mehrforderungen Baumeister im letzten Jahr)

Das Ziel der mehrjährigen Eigenaufwandquoten für den Investitionsbereich beträgt im Durchschnitt 4,5 %. Wir befinden uns also im Bereich der Zielvorgabe. Das budgetierte Investitionsvolumen konnte dieses Jahr nicht vollständig aufgebraucht werden. Die Gründe dafür sind Kapitel 5.4.3 "Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen" aufgelistet.

5.4.4.6 Stadtplanung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

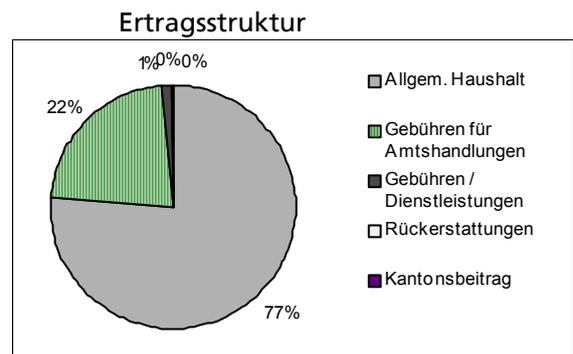
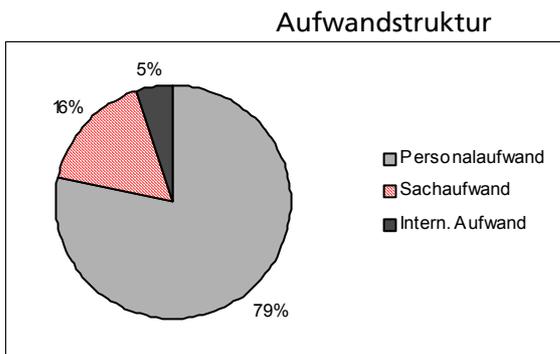
Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren.

Der Stadtplanung angegliedert ist das Ressort Kulturgut und städtische Museen. Darunter fallen die Beratungen in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes als Kompetenzzentrum, die Betreuung der städtischen Kunstsammlung sowie die Leitung und Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Museen.

b) Ergebnis

	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	2'709'145	2'518'804	2'572'900	-54'096	-2%	116'347	5%
Ertrag	848'816	599'149	750'500	-151'351	-20%	3'794	1%
Ergebnis	-1'860'329	-1'919'655	-1'822'400	-97'255	5%	-112'552	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Eingereichte Baugesuche						419
Abgewiesene Baugesuche						37
Zurückgezogene Baugesuche						32
Anzahl erteilte Baubewilligungen ⁴	232	218	208	236	278/436	413
- davon mit Einsprachen					59	59
Bewilligtes Bauvolumen	235 Mio.	128 Mio.	210 Mio.	212 Mio.	292 Mio.	341 Mio.
Erledigte Baugesuche	1998	1999	2000	2001	2002	
Bis 6 Wochen	56%	53%	53%	31%	39%	
7 bis 10 Wochen	27%	31%	28%	27%	26%	
11 bis 15 Wochen	9%	7%	7%	18%	18%	
16 bis 20 Wochen	5%	3%	5%	12%	5%	
Länger	3%	5%	7%	12%	12%	
Erledigte Baugesuche (neue Darstellung)					2002	2003
Ordentliches Verfahren innert 40 Arbeitstagen					28%	42%
Ordentliches Verfahren über 40 Arbeitstage					72%	58%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 Arbeitstagen					25%	42%
Vereinfachtes Verfahren über 25 Arbeitstage					75%	58%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren					56	56
Einsprachen im vereinfachten Verfahren					3	3

⁴ Bis 2002 ohne Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen und Fensterersatz. Ab 2003 (mit angepassten Vorjahreswerten) inkl. Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz usw. Es wurden sieben Vorprojekte bearbeitet.

e) Kommentar

Neu wurden nach § 198 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) 151 Gesuche im vereinfachten Verfahren durch die Baudirektion entschieden.

Aufgrund der in der Planungs- und Bauverordnung (PBV) gesetzlich vorgeschriebenen Fristen musste die Statistik über die Behandlungsdauer den Vorgaben des Kantons angepasst werden. Um einen Vergleich zu erhalten, wurden die Zahlen von 2002 gegenübergestellt, nach der gleichen Vorgehensweise.

§ 68 PBV sieht vor, dass 80 % der Fälle im ordentlichen Verfahren innert 40 Arbeitstagen nach Eingang des Gesuches mit Entscheid abzuschliessen sind. Beim vereinfachten Verfahren beträgt die Frist 25 Arbeitstage. Obschon die Bearbeitungszeit im Jahre 2003 gegenüber 2002 deutlich vermindert bzw. verkürzt werden konnte, war es nicht möglich, die vorgesehenen Fristen gemäss PBV einzuhalten. Die Gründe dafür liegen in den mehrheitlich städtetypischen, sehr komplexen Baubewilligungsverfahren, die mit einem erheblichen zeitlichen Mehraufwand verbunden sind. Eine weitere Verkürzung der Behandlungsdauer wäre deshalb nur mit Personalaufstockungen in den betroffenen Abteilungen möglich. Weitere Optimierungen der Verfahrensabläufe werden angestrebt, um eine nochmalige Reduktion der Bearbeitungszeit zu erreichen.

5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

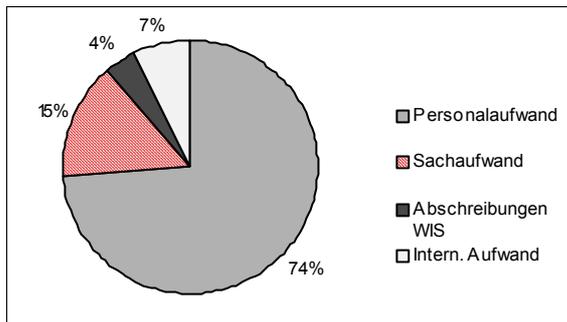
Das GIS-Dienstleistungszentrum führt die amtliche Vermessung der Stadt nach, erneuert diese im Rahmen eines Projektes, betreibt einen Leitungskataster, koordiniert die Leitungsverlegung, bewilligt die Aufbrüche im öffentlichen Grund, erbringt Dienstleistungen für die Verwaltung und Private im Bereich Vermessung und im Zusammenhang mit Leitungsbau. Im Auftrag der Stadt und der ewl AG betreibt das GIS-Dienstleistungszentrum ein geografisches Informationssystem, in dem momentan 2400 km Leitungen (Rohrleitungen und Kabeltrassen) und deren Attribute verwaltet werden. Für diese Dienstleistungen werden 21 Personen eingesetzt (17,8 Stellen gemäss Stellenplan plus 3 projektbezogene Stellen). Der grösste Anteil der aufgewendeten Stunden wurde im Bereich Leitungen und in diesem für die privatisierten städtischen Werke (ewl AG) geleistet. Die Beschaffung und das Bereinigen von Daten für das Werkinformationssystem beanspruchte die personellen Ressourcen des GIS-Dienstleistungszentrum stark.

b) Ergebnis

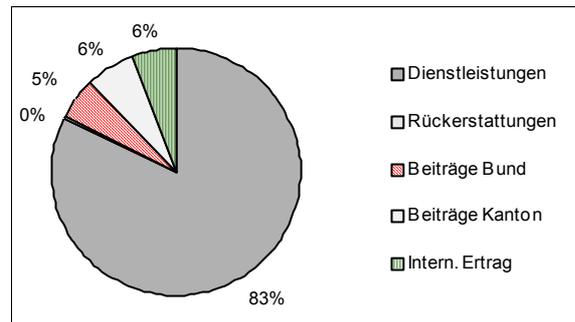
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	3'084'720	3'029'010	3'051'700	-22'690	-1%	-55'710	-2%
Ertrag	3'866'862	3'793'042	3'265'600	527'442	16%	-73'820	-2%
Ergebnis	782'142	764'032	213'900	550'132	257%	-18'110	2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Kommentar

Das Ergebnis wurde beeinflusst durch die ausserplanmässige Überweisung von Fr. 220'000.– Kantonsbeiträgen für die Erneuerung des Vermessungswerkes sowie eine mit dem Projektabschluss WIS (Werkinformationssystem) fällige interne Zahlung von Fr. 350'000.–. Der Auftragsbestand war sehr gut. Die Beschaffung von Daten für das Werkinformationssystem und Arbeiten in Zusammenhang mit diesem System bewirkten weiterhin eine hohe Auslastung.

5.5 Finanzdirektion

Am 30. November sagten die Stimmberechtigten Ja zur Ablösung der Fremdfinanzierung und genehmigten eine neue Subvention an den Betrieb. Das KKL steht nun auf einer gesunden Basis.

Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor

Die National- und Ständeratswahlen vom Oktober sowie die Bundesratswahlen vom Dezember 2003 sind vom Begriff "Wirtschaftliches Wachstum" entscheidend geprägt und geführt worden. Alle politischen Kräfte haben wirtschaftliches Wachstum zu einem zentralen Punkt ihrer politischen Botschaft erklärt. Dies ist verständlich vor dem Hintergrund, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im OECD-Vergleich seit 1973 unterdurchschnittlich entwickelt. Obwohl in der öffentlichen Diskussion von Zeit zu Zeit die unterschiedlichen Berechnungsarten thematisiert und positioniert werden, ist eines sicher: Der Vorsprung hat sich seit 1973 aus verschiedenen Gründen gegenüber dem europäischen – aber auch globalen – Umfeld verringert. Erschwerend zählt für den Standort Luzern, dass sich die Dynamik gegenüber anderen Regionen innerhalb der Schweiz unterdurchschnittlich entwickelt. Kritisch gesehen, befindet sich der Standort Luzern in Bezug auf das wirtschaftliche Wachstum im nationalen wie auch im internationalen Umfeld auf den hintersten Rängen.

Wirtschaftspolitik wird zu einem überwiegenden Teil – vor allem in den Bereichen der Fiskalpolitik, der Migration oder der wirtschaftlichen Deregulierung – auf nationaler und kantonalen Ebene definiert. Die Auswirkungen, sei es im Sozial-, Infrastruktur- oder im Mobilitätsbereich, sind auf kommunaler Ebene spürbar. Vor diesem Hintergrund hat eine Experten-Gruppe aus Vertretern der lokalen Wirtschaft und des Stadtrates im vergangenen Jahr einen "Masterplan Stadt Luzern / Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung" verabschiedet und klar positioniert, was aus Sicht der Wirtschaft, bezogen auf den Fokus der Stadt, getan werden kann. Inhaltlich befasst sich der Masterplan – aus mittel- und langfristiger Betrachtungsweise – mit der wirtschaftlichen Positionierung und der städtebaulichen und infrastrukturellen Entwicklung der Wirtschaftsregion Luzern. Finanzpolitische Massnahmen waren nicht Gegenstand des Expertenberichtes. Doch wurde die mittel- und langfristige Stärkung der Ertragsseite als zentrale Leitlinie gesehen.

Die wirtschaftliche Positionierung der Schweiz, mit den beiden dominierenden Wirtschaftsräumen Zürich und Basel, ist gegeben. Deshalb wurde bewusst darauf verzichtet, unerreichbare Visionen zu positionieren. Im Vordergrund stand die Suche nach bestehenden "Stärken" in unserer Wirtschaftsstruktur mit

ihrem überdurchschnittlichen Anteil wertschöpfungsschwacher Arbeitsplätze und Branchen. Die zentrale Nähe zu den national bedeutenden Wirtschaftsräumen, die landschaftliche Schönheit, der global bekannte Brand "Luzern" mit seiner starken touristischen Ausrichtung sind Stärken, auf denen aufgebaut werden kann.

Acht Stossrichtungen in den Bereichen Freizeit- und Ausflugstourismus, Kongress- und Kulturtourismus (inkl. Messen- und Ausstellungswesen), Gesundheitswesen und Wellness, kommerzielle Dienstleistungen sowie Wohnen stellen Positionierungsmöglichkeiten für den Wirtschaftsstandort Luzern dar. Ergänzend zu diesen Branchen und Segmenten sind folgende Massnahmen vorgesehen: ein Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur zur Sicherstellung der Erreichbarkeit des Wirtschaftsraums, die Verbesserung der Investitionsfähigkeit der Stadt Luzern sowie die Lancierung einer städtebaulichen Studie für das Entwicklungsgebiet "Bahnhof - Tribtschen - Steghof".

Um den heutigen Wohlstand und das hohe Leistungsangebot zu halten (Infrastruktur, kulturelles Angebot, Attraktivität Luzerns als Wohn- und Wirtschaftsstandort sowie Soziales), sind wirtschaftspolitische Massnahmen auch auf Stufe der Stadt unabdingbar. Alle gesellschaftspolitischen Kräfte, die öffentlichen Institutionen, aber auch die Wirtschaft selber sind gefordert, an den bestehenden Rahmenbedingungen zu arbeiten und diese zu verbessern. Der Expertenbericht ist nicht nur ein Papier für politische Diskussionen, sondern auch eine Grundlage für mittel- und langfristige Optimierungen der bestehenden Rahmenbedingungen.

Der B+A 3/2004 "Wirtschaftliche Stossrichtungen" beinhaltet erste Konkretisierungen und will – vom Parlament mitgetragen - vertiefte Abklärungen treffen. Für eine gute Zukunft muss sich (auch) Luzern bewegen. Eine Schubladisierung des Expertenberichtes Masterplan Wirtschaft wäre die schlechteste Lösung.

5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Leistungsauftrag und Globalbudget für die Volksschule und die Liegenschaften des Finanzvermögens im Hinblick auf das Budget 2005 bzw. 2004 sind vorbereitet.
- Kostenrechnung für die Volksschule und die Liegenschaften des Finanzvermögens ist eingeführt sowie für die Stadtpolizei vorbereitet.
- E-Government: Erste Instrumente des E-Governments sind eingeführt.
- Wirtschaftsförderung ist neu positioniert.

Leistungsauftrag und Globalbudget für die Volksschule und die Liegenschaften des Finanzvermögens im Hinblick auf das Budget 2005 bzw. 2004 sind vorbereitet

Für die Volksschule konnten auf der Basis des kantonalen Gesetzes über die Volksschulbildung in enger Zusammenarbeit mit der Schulpflege sowie den Mitarbeitenden der Bildungsdirektion in den vergangenen Monaten der Leistungsauftrag formuliert und die Unterlagen zum Globalbudget erarbeitet werden. Damit kann nebst den Bereichen HAS und TBA ein weiterer grosser Aufgabenbereich künftig mit den Instrumenten der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung geführt werden.

Auf der Basis der Bewertung durch Wüest & Partner – die ihren Schlussbericht im November 2003 abgegeben haben – erarbeitete die Finanzverwaltung zusammen mit der Liegenschaftsverwaltung die weiteren Grundlagen für die Einführung des Leistungsauftrages mit Globalbudget.

Basis bildete dabei der B+A 6/2002 "Bericht zur Liegenschaftspolitik der Stadt Luzern", in welchem der Stadtrat seine Haltung zur Verwaltung der Finanzliegenschaften aktualisierte sowie die in Aussicht genommenen zukünftigen Bewirtschaftungsstrategien aufzeigte.

Die vom Grossen Stadtrat eingesetzte Spezialkommission behandelte diesen Bericht als Teilbericht mit wichtigen Grundlagen. Sie verlangte mit der Motion 206 2000/2004 vor einer abschliessenden Beurteilung der Liegenschaftsstrategie auch den Einbezug der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens als Voraussetzung für eine fundierte Diskussion der zukünftigen Liegenschaftsstrategie der Stadt Luzern.

Dem Grossen Stadtrat werden im Herbst 2004 die Entscheidungsgrundlagen für die Einführung des Leistungsauftrages mit Globalbudget bei den Liegenschaften des Finanzvermögens auf das Budget 2005 hin unterbreitet. Auch die mit der Motion 206 verlangte Kategorisierung und Strategie soll umgesetzt werden: Die Liegenschaften des Finanzvermögens

werden künftig in die fünf Teilportfolios Standard, Spezial, Land und Entwicklungsareale, Grün und Baurechte gegliedert und nach den Entwicklungsperspektiven Halten, Entwickeln oder Verkaufen beurteilt.

Für die von den Motionären geforderte Gesamtschau über alle Liegenschaften hat der Stadtrat eine Bündelung des Knowhows für das technische und infrastrukturelle Management beschlossen, um die langfristige Bestandspflege und Planung der Renovationen in Einklang mit den Benützern und dem Finanzhaushalt realisieren zu können. Die Nutzungsflexibilität, die Wirtschaftlichkeit (Arbeitsproduktivität), die Kapitalrentabilität und die Werterhaltung sollen verbessert werden. In Anbetracht der in der Gesamtplanung 2004–2007 aufgezeigten Investitionsspitze besteht Handlungsbedarf.

Kostenrechnung für die Volksschule und die Liegenschaften des Finanzvermögens ist eingeführt sowie für die Stadtpolizei vorbereitet

Da per Budget 2005 der Bereich der Volksschule mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt werden wird, wurde eine aussagekräftige Kostenrechnung implementiert. Die Daten der Rechnung 2003 wurden abgebildet und für alle definierten Leistungsgruppen ermittelt. Mit der Erstellung des Budgets 2005 werden erstmals die geplanten Kosten für alle Leistungsgruppen errechnet werden.

Die Vorstudie zur Ablösung des aktuellen Finanzinformationssystems hat ergeben, dass dieses früher als geplant abzulösen ist (per 2006 anstelle 2007). Es wäre nun ineffizient, neue Kostenrechnungen auf dem alten System zu implementieren, um sie dann unmittelbar auf das neue System zu übertragen. Für die geplante Einführung einer Kostenrechnung für die Stadtpolizei wurde deshalb (zusammen mit der Sicherheitsdirektion) entschieden, dieses Projekt vorderhand zurückzustellen. Gemäss den Vorgaben des Kantons haben die Gemeinden die Kostenrechnung flächendeckend spätestens bis im Jahre 2009 einzuführen.

Zudem war es nötig, die Kostenrechnung HAS auf die spezifischen Kostenarten, welche vom Heimverband vorgegeben werden, abzubilden. Auf die Kostenstufenrechnung und die Berechnung der Kosten für die Leistungsgruppen hatte diese Umstellung keinen Einfluss, womit die Kontinuität gewährleistet ist.

E-Government: Erste Instrumente des E-Governments sind eingeführt

Zielsetzung für das Jahr 2003 war die Einführung einer elektronischen Steuererklärung: Die Einreichung der Steuererklärung direkt über Internet sollte ermöglicht werden. In Absprache mit der kantonalen Steuerverwaltung wurde vereinbart, dass die Internet-Steuererklärung für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons gemeinsam eingeführt werden soll. Die Umsetzung soll darum durch den Kanton erfolgen. Aufgrund von internen Prioritätenverschiebungen in der Steuerverwaltung wurde die Realisierung der Internet-Steuererklärung allerdings bis auf weiteres verschoben. Damit haben auch in der Stadt keine Aktivitäten stattgefunden. Die Arbeiten werden erst wieder aufgenommen, wenn die Voraussetzungen beim Kanton geschaffen sind. Im Zuge des neuen Internetauftrittes der Stadt konnte die Anzahl der elektronischen Formulare/Anträge erhöht werden. Die Formulare zur Bestellung von Einzahlungsscheinen und zur Beantragung von Fristverlängerungen und Ratenzahlungen werden rege benutzt. Ebenso gehen viele Anfragen und Anregungen über das Feedback-Formular ein.

Wirtschaftsförderung ist neu positioniert

Die künftige Struktur der Wirtschaftsförderung Luzern, welche durch zahlreiche Institutionen und Organisationen auf Stufe Zentralschweiz, Kanton, Region und Gemeinden geprägt ist, ist derzeit noch offen. Dass Handlungsbedarf für eine organisatorische Straffung und Bündelung der vorhandenen Kräfte besteht, ist mittlerweile unbestritten. Die Stadt ist interessiert am Prozess, der durch den Kanton initiierte wurde und für kundenorientierte Lösungen offen.

Die heutigen Wirtschaftsförderungsstrukturen des Kantons Luzern zeigen ein breites Netz von Akteuren. Die im Frühjahr 2003 abgeschlossene Analyse zeigte erhebliche Defizite in Bezug auf Koordination, Effizienz und Transparenz auf. Für die am Wirtschaftsstandort Luzern interessierte Kundschaft und für die ansässigen Unternehmen entsteht ein uneinheitlicher und unübersichtlicher Auftritt. Der Kanton Luzern hat entschieden, an der

bisherigen Struktur der Wirtschaftsförderung festzuhalten und wird mit den regionalen Organisationen verbindliche Leistungsaufträge abschliessen. Der Auftritt nach aussen wird durch einen einheitlichen Namen/Bezeichnung konzentriert und gebündelt.

Der Masterplan Wirtschaft macht eine Reihe konkreter Vorschläge zur Optimierung der Massnahmen der städtischen Wirtschaftsförderung, vor allem in den Bereichen Ansiedlung und Pflege der Unternehmen und zum optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Als notwendige Aufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung werden bezeichnet:

- Ansprechpartner und Koordinator für Eigentümer und Investoren sein
- Aktive Mitwirkung bei Ansiedlungen im Einzelfall in Zusammenarbeit mit kantonalen und/oder Fachstellen der Zentralschweiz
- Ombudsfunktion zwischen Wirtschaft und Politik bzw. Verwaltung ("one-stop-shop")
- Sensibilisierung für Anliegen und Bedürfnisse der Wirtschaft
- Bestandespflege

Als Massnahmen werden unter anderem vorgeschlagen:

- Optimaler Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen durch Konzentration auf eine schlagkräftige Organisation
- Konzentration der Kräfte im Bereich Wirtschaftsförderung
- Überprüfen der Einführung monetärer Anreize in Bezug auf Firmenansiedlungen

Der Masterplan Wirtschaft betont die Bedeutung guter Dienstleistungsorientierung der Verwaltung. Diese trägt massgeblich zur Wahrnehmung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes bei. Aufgrund wirtschaftspolitischer Aspekte ist es wichtig, dass die Verwaltungseinheiten kundenorientiert und transparent handeln.

Mit der im Masterplan aufgezeigten Stossrichtung drängt sich auch für die Kommission für Wirtschaftsfragen (KWF) eine Neubeurteilung und Neuausrichtung auf. Die KWF wird auf sieben bis neun Mitglieder verkleinert und soll sich personell aus Fachpersonen der Wirtschaft zusammensetzen. Der Finanzdirektor wirkt als ständiger Gast mit. Der Beauftragte für Wirtschaftsfragen führt das Sekretariat. Die Kommission soll den Stadtrat als wirtschaftspolitisches Gremium beraten. Der Stadtrat wird die Reorganisation im ersten Halbjahr 2004 vornehmen (B+A 3/2004 "Wirtschaftspolitische Stossrichtungen").

5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K611 Stab Finanz- direktion	951	930	21	2%	162	172	-9	-5%	(789)	31	
K612 Finanzverwaltung	1'821	1'908	-86	-5%	472	456	15	3%	(1'350)		102
K614 Steueramt	8'113	8'149	-36	0%	4'918	4'400	517	12%	(3'196)		553
K615 Teilungsamt	1'693	1'642	51	3%	1'390	1'287	103	8%	(303)		52
K616 Prozesse und Informatik	7'344	7'581	-237	-3%	7'251	7'188	63	1%	(93)		300
K617 Gastrodienste <i>Spezialaufgaben</i>	9'288	9'252	36	0%	8'777	9'365	-587	-6%	(510)	623	
K624 Annuität PK-Schuld Pensionierten- fürsorge	8'297	8'642	-346	-4%	0	0	0		(8'297)		345
K625 Wirtschafts- förderung <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	307	244	62	25%	0	0	0		(307)	63	
K631 Betreibungsamt	1'808	2'107	-298	-14%	2'155	2'310	-155	-7%	347		144
K632 Finanzinspektorat	620	684	-63	-9%	111	100	11	11%	(509)		75
K633 Friedensrichteramt	145	145	0	0%	59	57	2	4%	(86)		2
K634 Amtsgericht	204	206	-2	-1%	0	0	0		(204)		2
Total	40'591	41'490	-899	-2%	25'295	25'335	-40	0%	(15'296)	717	1'575
Nettoverbesserung										858	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 0,9 Mio. aus.

Die Einsparung bei der Finanzverwaltung von Fr. 0,1 Mio. ist überwiegend auf Pensenreduktionen und den Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte im Projektbereich zurückzuführen. Die beim Steueramt ausgewiesene Nettoverbesserung von Fr. 0,5 Mio. betrifft hauptsächlich die höheren Steuerinkassoprovisionen vom Kanton für Veranlagungen von Selbstständigerwerbenden gemäss der Verordnung über das Steuerwesen.

Der Pendenzenabbau im Teilungsamt führte zu Nettomehreinnahmen von Fr. 0,1 Mio. Das um Fr. 0,3 Mio. bessere Ergebnis bei der PIT entstand durch Sparmassnahmen, insbesondere durch Verzicht auf Investitionen aufgrund anstehender Ablöseprojekte.

Bei der Pensioniertenfürsorge wirkten sich weniger Übergangsrenten als im Budget angenommen und geringerer Einkauf von Teuerungszulagen auf Renten (0,9 statt 1 %) mit Fr. 0,3 Mio. aus.

Die Verbesserung beim Betreibungsamt von Fr. 0,2 Mio. ergab sich durch Mutationsgewinne und vakante Stellen im Personalbereich.

Die Gastrodienste schlossen insgesamt mit einem Verlust von Fr. 0,5 Mio. ab, budgetiert war ein Gewinn von Fr. 0,1 Mio. Die Begründung liegt einerseits in höheren Sonntags- und Nachtzulagen sowie Krankheitsausfällen und andererseits in wirtschaftlich bedingtem Minderumsatz.

5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung

Auch im Jahr 2003 waren die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung im Rahmen der Stammaufgaben mit anforderungsreichen Aufgaben betraut; dazu gehörten insbesondere der Übergang zum neuen Finanzausgleich mit einer zweiphasigen Budgetierung sowie die Umsetzung der Wachstumsvorgaben für die Konsumausgaben. Daneben wurden zahlreiche Projekte bearbeitet:

Im Bereich *Finanzmanagement/Tresorerie* wurde die bestehende Systematik weiterentwickelt, um die Aufgaben Cash Management, Finanzanlagen und Finanzierung noch stärker zusammenzuführen und mit einem integrierten Berichtswesen zu führen.

Eines der Hauptprobleme der finanziellen Führung liegt im Kostenwachstum. Mit dem Projekt *Kostenmanagement* wurde dieser Problematik höheres Gewicht gegeben.

Im Sommer 2003 zeichnete sich bei den Konsumausgaben gemessen an den Vorgaben ein zu hohes Wachstum ab. Durch Sofortmassnahmen im Rahmen des Kostenmanagements konnte zusätzliches Sparpotenzial von Fr. 3,5 Mio. identifiziert und realisiert werden. Die Bemühungen um die Begrenzung der Kostenentwicklung haben auch den Budgetprozess 2004 stark beeinflusst.

Als weiterer Schritt zur Verbesserung der Kostenkontrolle wurde das *unterjährige Controlling* ausgebaut. Die weitere Vereinheitlichung des Reportings und eine überarbeitete Systematik für Hochrechnungen bilden die Basis für die verbesserten Instrumente, die auf Anfang 2004 eingeführt werden konnten.

Die Gesamtplanung 2004–2007 hat für die Zeit nach 2004 einen *Investitionsbedarf* aufgezeigt, der den Investitionsplafond bei weitem überschreitet. In einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe unter der Führung der Finanzverwaltung wurden die Ursachen dieser Zunahme ermittelt und Lösungen aufgezeigt, die in die Gesamtplanung 2005–2008 einfließen werden.

Nach Massgabe der GO und des Finanzhaushaltsreglements sollen vermehrt Aufgaben der finanziellen Führung an die Direktionen und Dienstabteilungen delegiert werden. In diesem Sinne wurde im Berichtsjahr im Bereich *Volkschule* die Kostenrechnung eingeführt, und die Vorarbeiten für die Einführung des Globalbudgets mit Leistungsauftrag werden im Jahr 2005 abgeschlossen.

Auch für die *Liegenschaftsverwaltung* wird zusammen mit der betroffenen Abteilung ein Leistungsauftrag erarbeitet, damit für das Jahr

2005 das Globalbudget eingeführt werden kann. Die Finanzverwaltung hat bei der Analyse und Reorganisation des Liegenschaftswesens in der Stadt Luzern massgebend mitgewirkt.

Dem mit StB 1202 vom 30. Oktober 2002 an die Finanzverwaltung übertragenen Auftrag, ein *Beteiligungscontrolling* aufzubauen, wurde im Berichtsjahr nachgekommen. Mit der Beantwortung der Motion 196 2000/2004 für eine transparente Eigentümerstrategie der Stadt im Bereiche ihrer Aktienpakete wurden die provisorischen Eigentümerstrategien der drei 100%-Beteiligungen ewl Holding AG, vbl AG und ÖKK (heute: Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG) im März 2003 dem Parlament vorgestellt. Bei der Entwicklung des Konzepts Beteiligungscontrolling und des Reglements wurde das Parlament in einem Workshop am 28.8.2003 miteinbezogen. Vertreter der drei 100%-Beteiligungen sowie der übrigen wichtigen externen Leistungserbringer wurden regelmässig über Stand und Inhalt des Projektes informiert. Mit dem B+A 40/2003 "Beteiligungs- und Beitragscontrolling" wurde dem Parlament ein umfassendes Konzept und ein Reglement unterbreitet, das die formalen Vorgaben definiert. Dem B+A wurde vom Parlament am 5.2.2004 zugestimmt. Die materiellen Voraussetzungen und die Instrumente für ein funktionierendes Controlling in diesem Bereich werden im 2004 entwickelt und stufenweise eingeführt.

Das Finanzinformationssystem in der Verwaltung muss auf das Budget 2006 hin abgelöst werden. Die Finanzverwaltung hat erste Abklärungen im Hinblick auf den Ersatz der Software getroffen und einen groben Zeitplan für die Ablösung entworfen.

Im Weiteren arbeitete die Finanzverwaltung in zahlreichen Projekten anderer Dienstabteilungen mit, so bei der Vorlage KKL und der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie engagierte sich auch bei kantonalen Projekten wie dem neuen Gemeindegesetz, Finanzhaushaltsgesetz, der Finanzhaushaltsverordnung und auf Bundesebene im Projekt Kolibri zur Entwicklung eines harmonisierten Grundrasters für Kosten-Leistungs-Rechnungen in den Kantonen und Gemeinden.

Steueramt

Das Jahr 2003 war für das Steueramt ein ruhiges Jahr: Der Auftrag konnte in gut dokumentierten und bewährten Abläufen erledigt werden. Kleinere Fehler wurden rasch behoben. Die Veranlagungen der Unselbstständigerwer-

benden wurden zeitgerecht erledigt, ja es gelang sogar noch, die geringen Rückstände aus dem Vorjahr aufzuholen. Der Veranlagungsstand per Ende Jahr entsprach den geplanten 80 %. Bei den Selbstständigerwerbenden konnten die Rückstände aus dem Jahressteuerverfahren noch nicht abgebaut werden: Dieses Ziel wird aber per Ende 2004 erreicht sein. Auch bei den Einspracheverfahren bestehen noch Rückstände, welche nun aufgeholt werden. Insgesamt kann aber den Mitarbeitenden im Steueramt eine gute Leistung attestiert werden.

Im Frühjahr wurde die Stelle eines Informatikers im Steueramt neu besetzt. Damit konnte ein Teil der Verantwortung in der engeren Applikations- und Nutzerbetreuung von PIT auf das Steueramt verlegt werden. Diese Lösung wurde durch die hohe Abhängigkeit der Steueramtsprozesse von der Informatik notwendig.

Im Bereich des Kundendienstes zeigt sich trotz der Tatsache, dass das geltende Recht nun seit drei Jahren das Gleiche ist, ein steigendes Betreuungsbedürfnis. Die Anzahl der im Kundendienst betreuten Kunden nahm auch im Jahr 2003 nochmals zu. Dank der neuen Telefonzentrale seit Dezember 2003 stehen uns mehr technische Möglichkeiten zu einer optimalen Kundenbetreuung zur Verfügung.

Im Jahr 2003 wurden nun auch noch die letzten Arbeiten der Reorganisation mit einer ausführlichen Dokumentation der Prozesse beendet. Damit ist das Projekt STA2001 abgeschlossen. Die laufenden Verbesserungen der Prozesse und der eingesetzten Hilfsmittel werden nun im Rahmen des operativen Tagesgeschäftes vom Leitungsteam des Steueramtes durchgeführt.

Prozesse und Informatik (PIT)

Für einen Dienstleistungsbetrieb wie die öffentliche Hand, der stark von der Informatik abhängig ist, bekommt die Sicherheit (IT-Security) einen immer grösseren Stellenwert. Mit einer begleiteten Ausstellung "IT-Security" im Lichthof Stadthaus und an verschiedenen Ausenstandorten hat PIT die rund 1'200 Informatikanwendenden der Stadt Luzern für dieses Thema sensibilisiert. Die Ausstellung unterstützte die Einführung der "10 Goldenen Regeln für Informatikanwender", welche vom Stadtrat im März 2003 verabschiedet wurden. Die schnell fortschreitende Technologie hat auch im Jahr 2003 ihre Auswirkungen gezeigt. Mit einem erheblichen Aufwand wurde die Telefonzentrale des Stadthauses mit den angeschlossenen Systemen ausgetauscht. Damit eine reibungslose Umstellung sichergestellt

werden konnte, musste sehr viel Energie in die Vorbereitung der technischen Konzepte und die Planung investiert werden. Die weitgehend reibungslose Umstellung hat aber für viele Mühen entschädigt.

Gleiches gilt auch für die Vorbereitung zur Umstellung der PC-Systeme auf das Betriebssystem Windows XP und für den hardwaremässigen Austausch der PCs am Arbeitsplatz der Mitarbeitenden. Es bedarf sehr umsichtiger Planung, aber auch Durchsetzungs- und Standvermögen, um zirka 300 Softwaresysteme auf deren XP-Kompatibilität zu testen und sie für die Installation vorzubereiten. Es hat sich auch gezeigt, dass zunehmend Aufwand in die Sicherstellung der Informatiksicherheit der PC-Systeme investiert werden muss.

Mit dem Bezug des neuen Postdienstlokals im Frühjahr 2003 wurden die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, dass die Verarbeitung des Postein- und -ausgangs für das Gebäude Rex, welches im Herbst 2004 bezogen wird, ohne zusätzliche Stellenprozentage erfolgen kann.

Im Rahmen des Projekts "Internet Relaunch" wurde ein modernes CMS (Content Management System) zur Verwaltung der Inhalte des Internetauftritts der Stadt eingeführt. Mit diesem Hilfsmittel können Vertreterinnen und Vertreter der Dienstabteilungen die Inhalte des Auftritts laufend aktualisieren. Im Zuge der Überarbeitung wurden aber auch die Gestaltung, die Navigation und die Inhalte überarbeitet. Damit hat die Stadt wieder einen modernen, aktuellen Auftritt im Internet.

In vielen Informatik- und Organisationsprojekten ist die Erkenntnis gereift, dass eine Reorganisation der Prozesse ohne eine saubere Dokumentation der Geschäftsprozesse fast nicht möglich ist. PIT hat nun die notwendigen Grundlagen in der Form eines Prozess-Management-Handbuchs geschaffen. Das Handbuch definiert die Grundlagen und die Methode zur einheitlichen Erfassung der Geschäftsprozesse. Zudem wurde eine Software evaluiert, damit die Prozesse einfach erfasst und gepflegt werden können.

Mit der Durchführung der Vorstudie "Schriftgutmanagement" wurde einer der wichtigsten administrativen Hilfsprozesse einer öffentlichen Verwaltung analysiert. Die Studie hat gezeigt, dass das Volumen der erzeugten und verwalteten Informationen ohne entsprechende Hilfsmittel mittelfristig nicht oder nur mit erheblichem Mehraufwand bewältigt werden kann. Damit die technische, aber auch die historische Archivierung sichergestellt werden kann, müssen technische und vor allem auch organisatorische Hilfsmittel geschaffen werden. Die Umsetzung ist auf Ende 2006 geplant.

Wirtschaftsförderung

Die verhaltenen Prognosen für das Wirtschaftsjahr 2003, welche Ende 2002 von Konjunkturforschern prognostiziert worden sind, haben sich vollumfänglich bestätigt. Die schwierige Situation mit der im OECD-Vergleich verhaltenen Dynamik des Wirtschaftswachstums führt dazu, dass Wirtschaftsentwicklung zunehmend in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen breit diskutiert und thematisiert wird. Dieses Interesse und die Sensibilisierung ist als Chance zu nutzen. Denn durch wirtschaftliches Wachstum werden wichtige gesellschaftspolitische Erfordernisse ermöglicht, wie Sicherung des heutigen Standards im Bereich der Wohlfahrt, Aufrechterhaltung der Attraktivität für Investoren und somit letztendlich auch ein ausgewogenes Verhältnis der Staatsquote.

Obwohl Wirtschaftspolitik und somit auch Wirtschaftswachstum zum überwiegenden Teil auf kantonaler und eidgenössischer Ebene bestimmt wird, hat der Stadtrat mit der Auftragserteilung und Veröffentlichung des "Masterplans Wirtschaft" Stossrichtungen und Massnahmen definiert, welche aus mittel- und langfristiger Optik mithelfen, die Ertragspotenziale unserer Stadt sicherzustellen. Der Bericht sucht nicht primär nach neuen zukunftssträchtigen und wertschöpfungsintensiven Wirtschaftszweigen, sondern baut bewusst mit der Region Luzern und der Zentralschweiz auf den bestehenden Stärken auf.

Dank der breit gefächerten Branchenstruktur sowie den zahlreichen kleinen und innovativen Unternehmen (KMU) sind die konjunkturellen Ausschläge weniger spürbar als in anderen Regionen der schweizerischen Wirtschaftszentren. Luzern verfügt über keine ausgeprägte Abhängigkeit einzelner Branchen. Dies ist insbesondere in einem konjunkturell schwierigen Umfeld von Vorteil.

Das schon im Vorjahr schwierige konjunkturelle Umfeld hat beim Tourismus, einer Hauptstütze der Luzerner Wirtschaft, auch wegen der Lungenkrankheit SARS, des Irak-Kriegs und der Dollarschwäche deutliche Spuren hinterlassen. In wichtigen Zielmärkten wie den Vereinigten Staaten und Fernost konnten die Vorjahreszahlen nicht erreicht werden. Durch das lang anhaltend stabile Sommerwetter war es immer-

hin möglich, einen Teil dieser Frequenzeinbrüche mit inländischen und europäischen Gästesegmenten zu kompensieren. Insbesondere touristische Betriebe, welche vom Tages-tourismus profitieren, dürfen auf ein gutes – teilweise sogar hervorragendes Jahr – zurückblicken.

Vor dieser wirtschaftspolitisch nicht einfachen Ausgangslage kam die Veröffentlichung der vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Studie "Masterplan Stadt Luzern – Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung" zum richtigen Zeitpunkt. Acht Stossrichtungen im Bereich Tourismus und Freizeit, Gesundheit und Wellness, Mobilität, Wohnungsbau, kommerzielle Dienstleistungen sowie raumrelevante Stossrichtungen haben zu einer breiten Diskussion geführt. Nach erfolgter Vernehmlassung will der Stadtrat die prioritären Stossrichtungen einer vertieften weiteren Prüfung unterziehen (B+A 3/2004 "Wirtschaftspolitische Stossrichtungen").

Betreibungsamt

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 16'189 Betreibungen mit einem Gesamtforderungsbetrag von Fr. 108 Mio. bearbeitet. Es kam zu 7'000 Pfändungsvollzügen, wo Vermögenswerte erfasst oder Lohn- und Verdienstpfindungen verfügt wurden. Das Amt hat 4'528 Verlustscheine im Gesamtbetrag von Fr. 16,6 Mio. ausgestellt.

Die Grundpfandgeschäfte waren leicht rückläufig. Dagegen hat die Verwaltung von Liegenschaften, aufgrund von Grundpfandbetreibungen mit Ausdehnung auf die Miet- und Pachtzinsen, in der zweiten Jahreshälfte zugenommen. Per 31.12.2003 wurden 8 Liegenschaften mit zirka 80 Mietern durch das Betreibungsamt verwaltet. Die Aufnahme von Retentionsverzeichnissen von bis zu 1'000 Positionen hat die Vollzugsbeamten stark beansprucht. Der Zugang zu verschiedenen Informationen aus anderen Dienstabteilungen und Ämtern (Einwohnerkontrolle, Handelsregisteramt, Internet, Twix Tel), ermöglicht ein effizientes Arbeiten vom Arbeitsplatz aus. Die Mitarbeitenden wurden im fachlichen Bereich geschult, damit die Kundschaft rasch und kompetent bedient werden kann.

5.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Die Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug

a) Aufgaben / Dienstleistungen

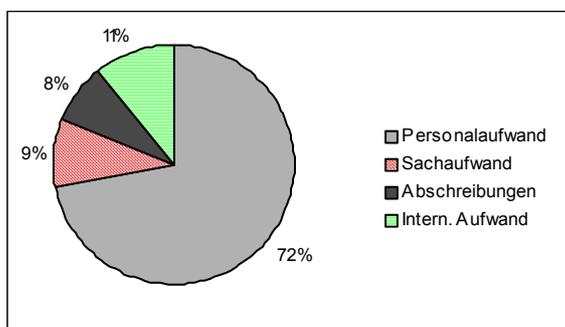
Im Steueramt sorgen 50 Mitarbeitende für die Feststellung der Steuerpflicht, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Steuerverwaltung. Zudem werden die Billettsteuern, die Liegenschaftssteuern und andere Sondersteuern veranlagt und bezogen. Das Steuerregister umfasst rund 45'000 Personen und Gesellschaften.

b) Ergebnis

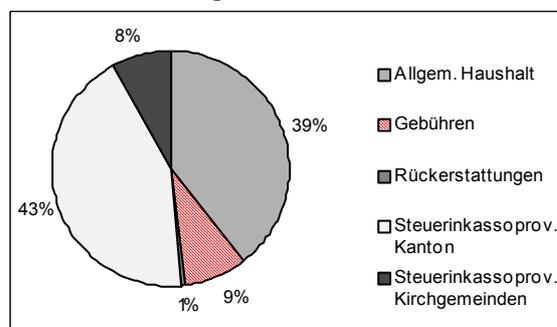
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	7'878'619	8'113'114	8'149'400	-36'286	0%	234'495	3%
Ertrag	4'453'357	4'917'515	4'400'400	517'115	12%	464'158	10%
Ergebnis	-3'425'262	-3'195'599	-3'749'000	553'401	15%	229'663	7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Erledigte Veranlagungen	24'218	22'674	22'275	20'475	15'776	19'585	39'071
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende (bis 1999 in Unselb. enthalten)				1'331	375	1'733	3'286
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	30'883	11'708	27'881	10'384	3'166	13'992	6'952
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	170	149	165	160	187	182	168
Aufwand netto pro Steuerpfl.	63	44	42	37	80	71	57
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000	99'959	103'571	118'284	110'779	118'365	128'511	126'521

e) Kommentar

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget kam einerseits dank einem rigorosen Kostenmanagement und andererseits wegen den höheren Fallentschädigungen des Kantons pro Steuerkunden zustande. Diese Entschädigung wurde in der Verordnung über die Entschädigung im Steuerwesen (SRL 688) neu geregelt. Erstmals seit der Umstellung auf die einjährige Veranlagung konnte mehr als eine Jahresproduktion an Fällen veranlagt werden. Die noch bestehenden Rückstände bei den Selbstständigerwerbenden werden bis Ende 2004 ebenfalls aufgeholt sein. Hauptaufwandart bleiben die Personalkosten. Die Abschreibungen enthalten die Kosten für das Projekt STA2001, welches bis 2006 abgeschrieben wird. Die Informatikkosten belaufen sich (inkl. Interne Projektkosten) auf zirka Fr. 0,12 Mio. und liegen damit im Rahmen der Erwartungen. Die Kosten pro Steuerpflichtige/n konnten deutlich gesenkt werden und liegen nun wieder in der Grössenordnung von 1997 und 1999.

5.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

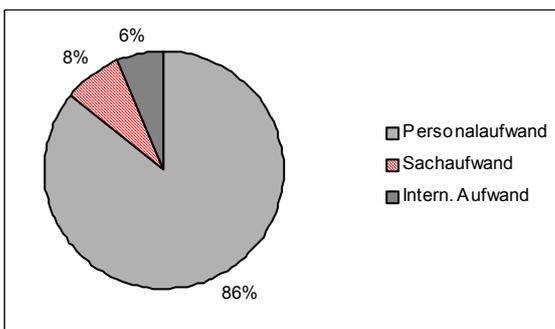
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbgangsbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositastelle für Testamente und nimmt als Steuerungsbehörde amtliche Steuerungen vor. Schliesslich werden auch Mandate als Willensvollstrecker und Erbteilungen im Auftrag der Erben übernommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Übrigen ist das Teilungsamt Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker und Erbschaftsverwalter. Der Personalbestand umfasste 13 Mitarbeitende (12,70 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

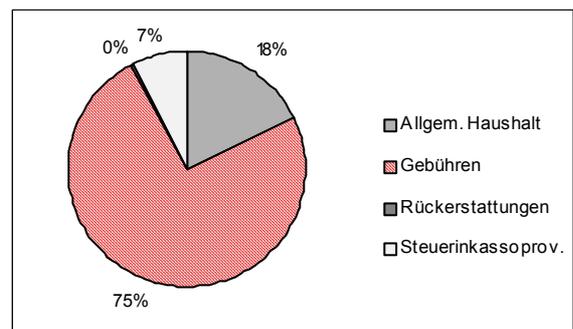
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	1'572'612	1'693'093	1'641'600	51'493	3%	120'481	8%
Ertrag	966'394	1'389'793	1'287'000	102'793	8%	423'398	44%
Ergebnis	-606'218	-303'301	-354'600	51'299	14%	302'917	50%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl neue Erbschaftsfälle	768	763	784	791	790	719	764
Anzahl pendente Erbschaftsfälle	588	574	697	652	536	493	453
Anzahl erledigte Erbschaftsfälle	863	777	661	836	906	762	804
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	1'920	2'083	2'618	1'901	1'940	2'056	2'106
Ertrag	1'646	1'859	2'033	1'248	1'683	1'268	1'729
Erbschaftssteuern	4'961	4'328	16'685	6'364	6'400	6'619	6'948

e) Kommentar

Gegenüber dem Vorjahr wurden die pendenten Erbschaftsfälle nochmals um 8 % reduziert. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung ist sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich besser ausgefallen, dies insbesondere dank dem gesteigerten Ertrag aus Erbteilungen und Willensvollstreckungen. Dieser Ertrag ist allerdings nur sehr bedingt beeinflussbar. Die Erbschaftssteuern sind mit Fr. 5,6 Mio. rund Fr. 0,8 Mio. höher ausgefallen als budgetiert.

5.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

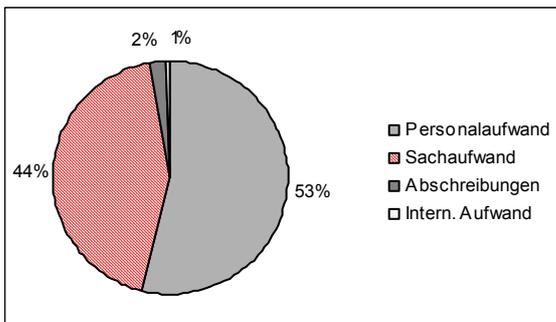
Die Abteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie unterstützt die Anwender der vernetzten bürotechnischen Infrastrukturen, sie integriert und unterhält die technischen Instrumente, und sie betreibt ein Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste) und den Einkauf für die Stadtverwaltung. Seit 2000 gehören der Postdienst und der Betrieb der Telefonie-Anlagen ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT.

b) Ergebnis

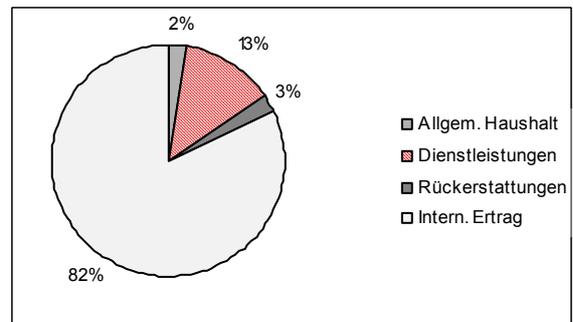
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	7'296'897	7'343'732	7'580'800	-237'068	-3%	46'835	1%
Ertrag	7'117'854	7'250'597	7'187'700	62'897	1%	132'743	2%
Ergebnis	-179'043	-93'135	-393'100	299'965	76%	85'908	48%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003
Informatik-Ausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet	746	1'036	1'076	1'042	1'093
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	3'500.-	3'500.-	3'300.-	3'300.-	3'300.-
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	99,2%	98,9%	99,49%	99,77%	99,5%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	47,25%	31%	23%	20,3%	23%
Helpdesk:					
Total gelöste Helpdeskfälle		5'835	5'760	5'230	5'913
Schulung:					
Kurse und Workshops	70	46	84	70	57
Total Kursteilnehmer	497	357	575	475	379
Projekte:					
Anzahl Projekte		110	124	77	68
Anzahl Stunden für Projekte		13'168	13'808	16'170	17'621
Stundenanteil PIT für Projekte		20,3%	21,5%	22,2%	24,7%

e) Kommentar

Der Betriebsaufwand konnte als Beitrag zur geforderten Kostenreduktion leicht zurückgefahren werden. Infolge von technischen Problemen mit den File-Servern hat sich die Verfügbarkeit leicht reduziert. Bei diesen Ausfällen waren meist die Hälfte aller Office-Anwender betroffen. Die "alternden" Windows-NT-Systeme und die Monitore am Ende ihrer Nutzungszeit haben vermehrt zu Problemmeldungen geführt. Der PIT-interne Projektaufwand hat sich als Folge der allgemeinen Projekte "PC-Ablösung" und "Ablösung Telefonzentrale im Stadthaus" deutlich erhöht.

5.5.4.4 Gastrodienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

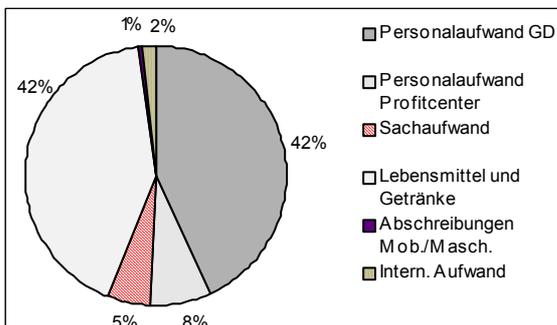
Die Gastrodienste sind ein Care- und Private-Catering-Unternehmen. Kernaufgabe ist die tägliche Versorgung der rund 1'000 Betagten und Jugendlichen in den Heimen und Pflegewohnungen der Stadt Luzern sowie Betagten im eigenen Haushalt mit Fertigmahlzeiten und Mahlzeitenkomponenten. Sie umfassen den Zentraleinkauf für Nahrungsmittel, Getränke und Nonfood-Artikel für die Hauswirtschaft, das Zentrallager und die Zentralküche, unterteilt in die Bereiche Produktion und Fertigung. Im Weiteren führen die Gastrodienste die Mensa des Mittelschulzentrums am Hirschengraben und, als voneinander unabhängige Profitcenter, die Cafeteria im Betagtenzentrum Eichhof sowie das Personalrestaurant Salü im Stadthaus. Überschüssige Kapazitäten der Zentralküche werden zur Belieferung von privaten Dauer- und Individualkunden zu marktkonformen Konditionen ausgeschöpft. Der daraus resultierende Gewinn dient zur Reduktion der Verpflegungskosten im eigenen Kreislauf.

b) Ergebnis

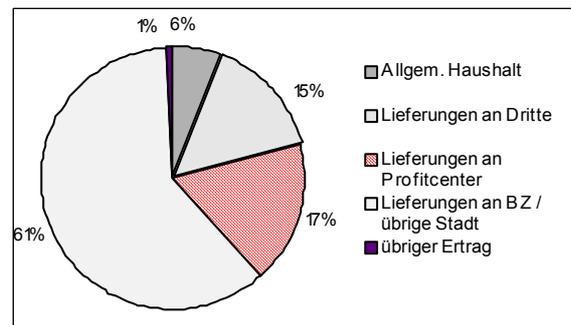
	R 2002	R 2003	B 2003	Abw. zu B 03 in Fr.	Abw. zu B 03 in %	Abw. zu R 02 in Fr.	Abw. zu R 02 in %
Aufwand	10'547'525	9'287'802	9'251'900	35'902	0%	-1'259'723	-12%
Ertrag	10'129'848	8'777'415	9'364'500	-587'085	-6%	-1'352'433	-13%
Ergebnis	-417'677	-510'387	112'600	-622'987	-553%	-92'711	22%
GD-interner Umsatz	1'091'863	711'590	852'500	-140'910	-17%	-380'274	-35%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl Mahlzeiten	2000	2001	2002	2003	Veränd.
Durchschnittliche Produktion/Fertigung pro Betriebstag (ohne Cafeterias und Profitcenter)	2'075	2'018	1'955	1'902	-53
- für Zentren, Heime, Siedlungen, Pflegewohnungen	1'770	1'719	1'640	1626	-14
- für Mahlzeitendienst Pro Senectute	162	159	162	159	-3
- für private Dauer- und Individualkunden	143	140	153	117	-36
Umsätze in Franken des Gastrodienstes mit					
- Zentren, Heime, Siedlungen, Pflegewohnungen	3'702'046	3'689'711	3'597'475	3'785'348	+187'873
- Mahlzeitendienst Pro Senectute	600'010	600'277	586'395	523'126	-63'269
- Profitcentern	843'050	872'949	1'091'863	711'588	-380'275
- privaten Dauer- und Individualkunden	898'322	782'566	963'154	733'935	-229'219
Leistung/Umsätze pro Stelleneinheit/Jahr					
- bei den GD	162'898	158'451	171'398	158'132	-13'266
- in den Profitcentern	133'283	147'801	137'616	141'639	+4'023

e) Kommentar

Die seit Jahren anhaltende Ungewissheit über die Zukunft der Verpflegungsorganisation hat sich bis zum Entscheid des Stadtrates im Oktober fortgesetzt. Entsprechend belastet war die Zusammenarbeit mit den Zentren und Heimen. Die durch Rücksichtnahme auf diese Verhältnisse ausgelöste Teilliberalisierung der Einkaufspraxis zur individuellen Qualitätssteigerung hat einen wesentlich höheren Lebensmittelverbrauch ausgelöst. Dies sowie die überdurchschnittliche Teuerung auf Agrarprodukten bedingt durch Sommerhitze und Trockenheit hatte eine massive Überschreitung des budgetierten Warenaufwandes zur Folge. Im Bereich Private-Catering hatte die Wirtschaftslage negative Auswirkungen auf den budgetierten Umsatz. Reorganisationen in der Zusammenarbeit mit dem Mahlzeitendienst der Pro Senectute haben Preissenkungen und damit verbunden Umsatzeinbussen nach sich gezogen. Ein nachhaltiger Turnaround ist zu erwarten, sobald der Beschluss des Stadtrates zur Neuausrichtung umgesetzt ist. Die Cafeterias Dreilinden, Wesemlin und Rosenberg wurden am 1. Januar 2003 an die entsprechenden Zentren übergeben. Der Betrieb des Personalrestaurants der Rhodia Industrial Yarns in Emmenbrücke wurde Ende September eingestellt. Gründe dafür waren massive Frequenz- und Umsatzeinbussen, nachdem die Auftraggeberin wiederholt Arbeitsstellen abgebaut und die gesamte Verwaltung aus dem Hauptgebäude, in dem sich das Personalrestaurant befindet, ausgelagert hat.

Der seit 1998 unveränderte Stellenplan in den Bereichen Zentraleinkauf, -Küche und -Lager wurde von 36,4 auf 43,4 Personaleinheiten erhöht. Grund dafür war die Bereinigung des Stellenplanes. Der Stellenplan der Profitcenter wurde von bisher 20 auf neu 11 Stelleneinheiten reduziert. Grund dafür war die Übernahme der Cafeterias Dreilinden, Wesemlin und Rosenberg durch die entsprechenden Zentren. Anfang Oktober, nach Aufgabe des Personalrestaurants Siesta, wurden davon weitere 4 abgebaut. Von den betroffenen Mitarbeitenden konnten je 2 intern und 2 extern umplatziert werden.

5.6 Beitragswesen

5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	R 03	B 03	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K870 Beiträge Allg. Verwaltung	93	93	0	0%	0	0	0		(93)		
K871 Beiträge Sicherheit	0	0	0		0	0	0		0		
K872 Beiträge Bildung	270	174	96	55%	0	0	0		(270)	96	
K873 Beiträge Kultur- und Freizeit	37'508	19'662	17'846	91%	18'707	425	18'282		(18'801)		436
K874 Beiträge Gesundheit	3'809	3'828	-19	0%	0	0	0		(3'809)		19
K875 Beiträge Soziale Wohlfahrt	1'843	1'963	-119	-6%	160	170	-10		(1'683)		110
K876 Beiträge Verkehr	13'756	12'820	936	7%	1'007	974	34		(12'749)	903	
K877 Beiträge Umwelt- und Raumordnung	60	61	-1	-2%	0	0	0		(60)		1
K878 Beiträge Volkswirtschaft	632	649	-17	-3%	0	0	0		(632)		17
Total	57'972	39'249	18'723	48%	19'875	1'569	18'306		(38'097)	999	583
Nettover- schlechterung											416

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen übersteigt den Voranschlag um rund Fr. 0,4 Mio. Die Auszahlung des Sonderbeitrages an das KKL von Fr. 18 Mio. konnte durch die Entnahme aus der Vorfinanzierung kostenneutral ausgewiesen werden.

Der Mehraufwand gegenüber dem Budget an den öffentlichen Verkehr von netto Fr. 0,9 Mio. entstand durch zu tiefe Budgetierung; die Reduktion des Beitrages aufgrund des neuen kantonalen Finanzausgleiches wurde zu hoch geschätzt. Der ausserordentliche Beitrag von Fr. 0,1 Mio. an die Mitfinanzierung der musikalischen Vorbildung an der Musikhochschule beschloss der Stadtrat nachträglich.

Die Denkmalpflegebeiträge fielen aufgrund von weniger Gesuchen als angenommen um insgesamt Fr. 0,4 Mio. geringer aus. Der Beitrag an die GSW-Geschäftsstelle von Fr. 0,1 Mio. entfällt gemäss den neuen Regelungen im B+A 52/2002. Die Miete für die Boa von Fr. 0,1 Mio. musste nach der Übertragung der Räumlichkeiten (B+A 45/2002) ins Verwaltungsvermögen nicht mehr geleistet werden, was jedoch zu einem Minderertrag bei der städtischen Liegenschaftenverwaltung führt.

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

- I.**
folgende Nachtragskredite zu Lasten der Rechnung 2003 zu bewilligen:
- a) Fr. 4 Mio. für zusätzliche Abschreibung der Investitionen bis zur Höhe des Investitionsplafonds (Konto 991.332.01)
 - b) Fr. 1'166'607.75 aus Buchgewinnen zur Bildung einer Rückstellung für die Finanzierung künftiger Investitionen beim Verwaltungsvermögen (Konto 950.385.00)
 - c) Fr. 3,6 Mio. für die Einlage in die Vorfinanzierung "verschmutztes Erdreich" zur Deckung des Minimalbedarfes für die Entsorgung der Altlasten Tribschenland (Konto 429.385.00)
 - d) Fr. 0,9 Mio. für die Erhöhung des Delkredere für Steuerdebitoren (Konto 900.330.01)
- II.**
den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2003 zu genehmigen;
- III.**
die Jahresrechnung und die Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2003 zu genehmigen.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 28. April 2004

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 16/2004 betreffend

Geschäftsbericht 2003,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 63 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zu Lasten der Rechnung 2003 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:

- a) Fr. 4 Mio. für zusätzliche Abschreibung der Investitionen bis zur Höhe des Investitionsplafonds (Konto 991.332.01)
- b) Fr. 1'166'607.75 aus Buchgewinnen zur Bildung einer Rückstellung für die Finanzierung künftiger Investitionen beim Verwaltungsvermögen (Konto 950.385.00)
- c) Fr. 3,6 Mio. für die Einlage in die Vorfinanzierung "verschmutztes Erdreich" zur Deckung des Minimalbedarfes für die Entsorgung der Altlasten Tribschenland (Konto 429.385.00)
- d) Fr. 0,9 Mio. für die Erhöhung des Delkredere für Steuerdebitoren (Konto 900.330.01).

II.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2003 wird genehmigt.

II.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2003, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 603'038'079.70
Ertrag	<u>Fr. 604'200'447.13</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 1'162'367.43

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 1'162'367.43 Einlage ins Eigenkapital / Steuerausgleichsreserve

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 625'267'087.80 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

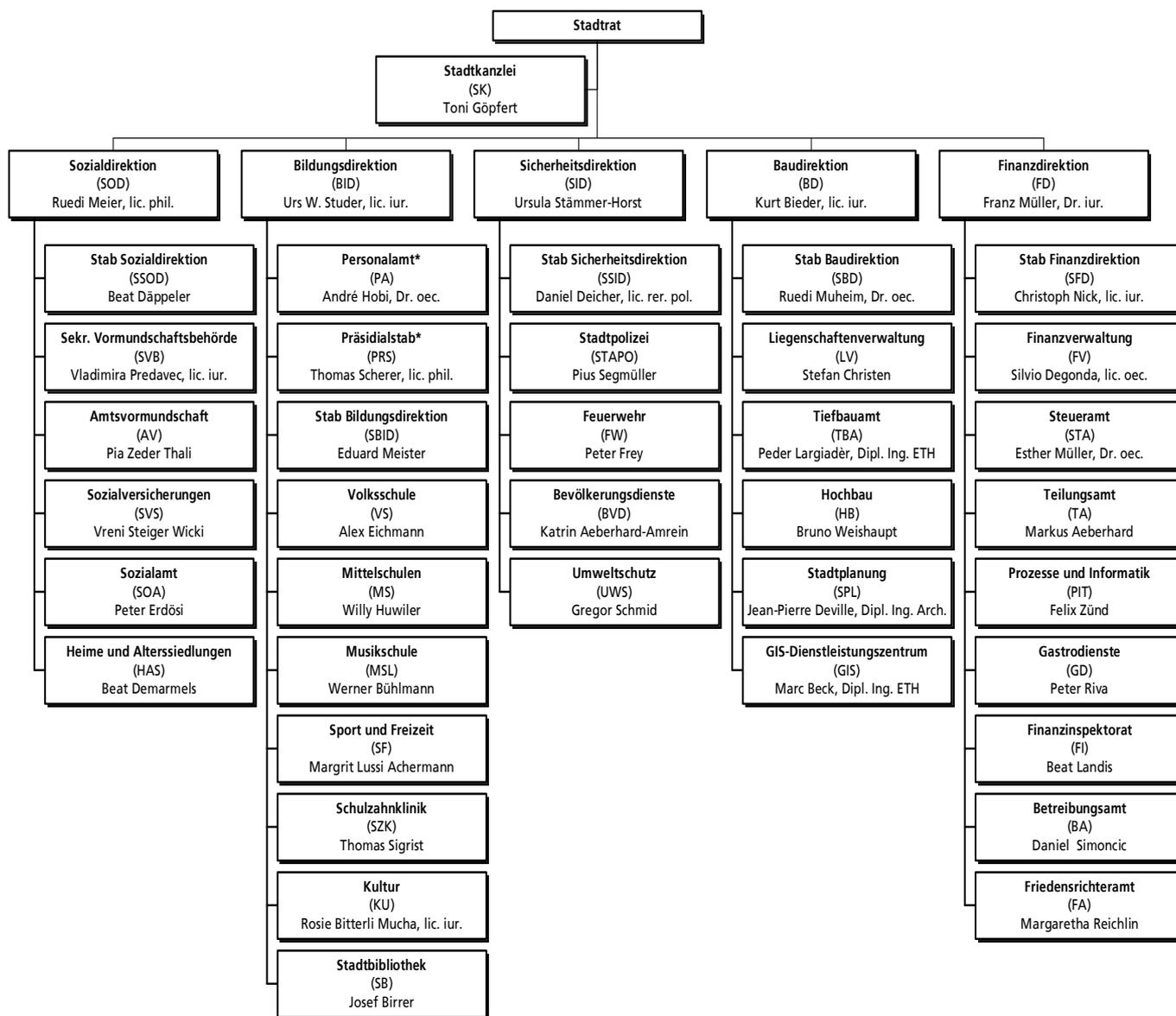
Fr. 450'600.45 für den Bereich Kultur und von

Fr. 418'307.42 für den Bereich Sport aufweist.

Luzern,

Anhang

a) Gesamt-Organigramm per 1.1.2004



b) **Separate Berichte**

		erscheint
▪	Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2003	Februar 2004
▪	Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2003	April 2004
▪	ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2003	Mai 2004
▪	Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2003	Mai 2004
▪	Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG (vormals ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern) Geschäftsbericht 2003	Mai 2004
▪	Statistisches Jahrbuch 2003 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	März 2004

c) **Berichte Regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände**

		erscheint
▪	Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2003	April 2004
▪	Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2003	April 2004
▪	Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2003	Mai 2004
▪	Zweckverband für den öffentlichen Regionalverkehr Geschäftsbericht 2003	Mai 2004